

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 1

(Beginn: 14.10 Uhr - Ende: 22.13 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag und eröffne die 17. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode.

Als Erstes begrüße ich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle, die im Livestream zuschauen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und den anwesenden Bezirksbürgermeister - die Bezirksbürgermeisterinnen sind heute in großer Anzahl vertreten, was mich sehr freut -

(Beifall)

und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Besonders begrüße ich am heutigen Tag Herrn Dr. Steinkamp, für den es heute - jedenfalls in seinem Amt als Geschäftsführer der Stadtwerke Köln GmbH - die letzte Ratssitzung ist. Er wird an anderer Stelle noch gebührend von uns verabschiedet werden. Ich habe ja viele Jahre in seiner unmittelbaren Nähe gesessen und glaube, dass er vielleicht auch sonst noch einmal zu einer Ratssitzung zurückkehrt - dann aber möglicherweise nicht mehr an diesem Platz, sondern anderswo. Ein Opernglas wird zur Verfügung gestellt, Dieter.

(Lebhafter Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute eine große Anzahl von Ratsmitgliedern entschuldigt. Herr Breite, Herr Busch, Frau Dickas, Frau Glashagen, Frau Heuser, Herr Homann, Frau Jäger, Herr Richter, Herr Schallehn, Frau Steinmann, Frau Syndicus, Frau Venturini und Herr Wolter werden an dieser Ratssitzung nicht teilnehmen.

Als Stimmzähler und Stimmzählerinnen benenne ich Herrn Dr. Unna, Herrn Dr. Akude und Frau Brock-Storms.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen, meine Damen und Herren. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil TOP 3.2.2, TOP 10.37 und 10.38 und bei den Gremienbesetzungen TOP 17.3 bis 17.12 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 23.7 und TOP 24.4.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.3, 10.30, 16.1 und 25.2.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Matthias Büschges (AfD): Zur Tagesordnung meinen Sie, ja?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Zu den Zu- und Absetzungen.

Matthias Büschges (AfD): Nein, das nicht. Zur Tagesordnung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So weit bin ich noch nicht.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktionen SPD und LINKE und Frau Gabrysch haben heute zum Thema „Entlastung für die Beschäftigten der Unikliniken von Köln und ganz NRW“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.8, wenn Sie es dann so beschließen.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist auch nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Nun kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung. - Herr Weisenstein und Herr Hammer melden sich. Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich hoffe, ich bin jetzt nicht zu spät. Aber ich würde gerne unseren - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann Sie nicht mehr verstehen.

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 2

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Entschuldigung. Ich probiere es noch einmal. - Ich hoffe, ich bin jetzt nicht zu spät, Frau Oberbürgermeisterin. Aber - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Leider kann ich Sie nicht verstehen, Herr Weisenstein. Ihr Mikrofon geht immer wieder aus.

(Zuruf)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Näher herangehen muss ich, glaube ich, nicht. Das Lämpchen geht aus. Das hat mit „näher herangehen“, fürchte ich, nichts zu tun.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es geht immer an der gleichen Stelle aus.

(Heiterkeit)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe vergessen, vorhin den Punkt 3.1.7 anzusprechen und zu sagen, dass wir diesen Antrag gerne zurückziehen möchten. Die Sache ist insofern erledigt, als dass die Ziele schon modifiziert sind. Und es wurde zugesagt, dass das auf der Homepage auch deutlicher dargestellt wird. Somit ist unser Antrag erledigt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Das nehmen wir gerne noch auf. - Dann habe ich die Wortmeldung von Herrn Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum TOP 10.32 - das ist der Regionalplan - liegen Ihnen zwei Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vor: einer aus dem Stadtentwicklungsausschuss und einer, der zur heutigen Sitzung eingestellt worden ist. Wir ziehen den Änderungsantrag AN/1245/2022 - das ist der Antrag aus dem Stadtentwicklungsausschuss - zurück und möchten heute in der Ratssitzung den Änderungsantrag AN/1265/2022 behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Den Änderungsantrag AN/1265/2022. Okay.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Zu Tagesordnungspunkt 10.32 nur den Änderungsantrag AN/1265/2022.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin. Es war leider hier nicht zu verstehen. Da müsste ich noch einmal nachfragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte noch einmal.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, sehr gern. Ich glaube, ich habe hier die gleichen Mikrofonprobleme wie Herr Weisenstein.

Zum Regionalplan unter TOP 10.32 gibt es zwei Änderungsanträge von CDU und Grünen: einen unter der Nummer AN/1245/2022 und einen unter der Nummer AN/1265/2022. Wir ziehen den Antrag unter der Nummer AN/1245/2022 zurück und behandeln heute nur den Antrag unter der Nummer AN/1265/2022.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Der Änderungsantrag aus dem Stadtentwicklungsausschuss wird also zurückgezogen?)

- Genau.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Der Antrag aus dem Stadtentwicklungsausschuss wird also zurückgezogen. Ich sage das jetzt noch einmal von hier aus. - Dann hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Der Tagesordnungspunkt 3.1.1 kann aus unserer Sicht nicht behandelt werden, da die Deckung nicht die Deckung ist, die in unserer Geschäftsordnung hinterlegt ist.

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 3

Bei Bedarf kann ich noch einmal kurz zitieren:

Erfordert ein Antrag Mittel, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, kann über ihn nur beraten und abgestimmt werden, wenn er gleichzeitig einen ausreichenden und gesetzlich zulässigen Deckungsvorschlag enthält.

Das ist beides nicht der Fall.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie sprechen vom Tagesordnungspunkt 3.1.1, Herr Büschges?

Matthias Büschges (AfD): Genauso sieht es aus.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Habe ich Sie richtig verstanden?

Matthias Büschges (AfD): Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich darf noch einmal nachfragen. Warum braucht es da eine Deckung, wenn wir eine Satzung ändern?

Matthias Büschges (AfD): Es steht so in der Geschäftsordnung. Das ist ein Antrag, der Haushaltsmittel gebraucht. Über ihn darf nur beraten und abgestimmt werden, wenn er einen ausreichenden und gesetzlich zulässigen Deckungsvorschlag enthält. Das ist hier nicht der Fall. Es wird gesagt, wo Geld entnommen wird, -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Genau.

Matthias Büschges (AfD): - aber eine Deckung ist das nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte? Ich habe den letzten Halbsatz nicht verstanden.

Matthias Büschges (AfD): Ich habe auch Probleme mit dem Mikrofon. - Eine Deckung ist das nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht kann die Kämmerin dazu Stellung nehmen. Denn wir haben das als Deckung angenommen. Es geht um TOP 3.1.1. Das ist der gemeinsame Antrag auf Satzungsänderung - mit der Deckung:

Die Auszahlung erfolgt aus dem Produktbereich 01 Innere Verwaltung, ...

Frau Dr. Diemert, bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gerade dabei, die maßgebliche Vorschrift im Bereich der Zuständigkeitsordnung herauszusuchen, die meines Erachtens besagt, dass, wenn es zusätzliche Aufwendungen gibt, diese durch einen Deckungsvorschlag zu hinterlegen sind. Hier ist ein Deckungsvorschlag formuliert.

Ich gehe jetzt noch einmal in den Antrag hinein. - Bitte haben Sie ein klein wenig Geduld. Nicht nur die Mikrofontechnik, sondern auch Mandatos lässt ein bisschen auf sich warten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde sonst bitten, zu prüfen, ob noch ausreichend Deckungsmittel vorhanden sind. Ich bin davon ausgegangen, dass es daraus gedeckt werden kann. Sonst wäre das ja nicht bei uns durchgegangen.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Genau. - Mir liegt jetzt der Antrag auch vor. Ich bitte um Nachsicht; Mandatos ist im Moment ein bisschen verzögert.

Hier liegt eine ausreichende Produktkennzeichnung vor:

Produktbereich 01 Innere Verwaltung,
Produktgruppe 0101 ...

Das ist geprüft worden. Damit müsste eine ausreichende Deckung vorliegen.

Ich hoffe, dass das an dieser Stelle als Aussage vonseiten der Kämmerei reicht. - Vielen Dank.

(Zuruf von der AfD: Das steht aber im Antrag nicht drin!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Doch. Im Antrag steht drin, aus welchem Produktbereich - und zwar 01 Innere Verwaltung, Produktgruppe 0101 - ausgezahlt werden soll. Ich gehe davon aus, dass die Auszahlung auch möglich ist, weil darin noch Mittel enthalten sind. Wenn das so ist, dann ist damit für mich ein ausreichender Deckungsvorschlag vorhanden.

Ich habe weitere Wortmeldungen. Bitte sehr, Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Reker. - Es geht um den Tagesordnungspunkt 3.1.5 „Beitritt in das Regionalbündnis Cradle to Cradle“. Da ist noch nicht ganz ausbeurteilt. Das würden wir gerne erst in der nächsten Sitzung verhandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Also Zurückstellung. - In die nächste reguläre Sitzung, Herr Hock, ja? Nicht in die Haushaltssitzung?

Michael Hock (Die FRAKTION): Nein, nein. In die nächste reguläre Sitzung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Jetzt frage ich noch einmal abschließend, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung oder zu ihrer Reihenfolge gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Kann ich das gesammelt machen? - Ja. Gut.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann können wir die Tagesordnung so behandeln. - Vielen Dank.

Weil wir keinen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde haben, rufe ich jetzt sofort auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Schenkung von zwei unbetitelten Aquarellen von Sigmar Polke durch Dr. Alfred M. Fischer an das Museum Ludwig 0891/2022

Wer diese Schenkung anzunehmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, die AfD, die Fraktion Die FRAKTION, Herr Zimmermann und Frau Gabrysch - somit alle.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Dr. Alfred Fischer für die Schenkung an das Museum Ludwig.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

2.2 Schenkung eines Kunstwerkes der Künstlerin Sharon Lockhart durch Herrn Michael Neff an das Museum Ludwig 0916/2022

Wer dafür ist, dass das Museum Ludwig auch diese Schenkung bekommt, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch hier besteht große Übereinkunft im Rat. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Neff.

(Beifall)

Dann kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt

und Die FRAKTION betreffend „Änderung der Hauptsatzung, hier: § 25 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Köln“ AN/0587/2022

Dazu hat Herr Büschges als Erster das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum vor dem Livestream! Heute Morgen las ich, dass Christian Lindner, FDP-Bundesfinanzminister, die EU-Länder zu mehr Haushaltsdisziplin aufruft, und musste stutzen. Ob sich der Vorschlag Christian Lindners bis nach Köln herumgesprochen hat?

Schauen wir uns den Antragskopf an, stellen wir fest, dass alle Fraktionen draufstehen, nur die AfD nicht. Jetzt können Sie ja sagen, dass Sie uns eh nicht gefragt hätten. In diesem Fall hätten Sie aber auch eine klare Absage bekommen.

(Beifall bei der AfD)

Denn jeder aufmerksame Leser, der sich informiert, was heute in der Ratssitzung behandelt wird, stolpert über diesen Antrag. Böse Stimmen würden diesen Antrag als Inflationsausgleich für verdiente Ausschussmitglieder bezeichnen. Hier muss ich Sie fragen, ob das wirklich Ihr aller Ernst ist.

Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat angehören, sollen für die Teilnahme an Ausschusssitzungen und jährlich höchstens 80 von einer Fraktion anberaumten Sitzungen ein Sitzungsgeld erhalten. Vorher waren es nur 60 Sitzungen im Jahr, also schon mehr als einmal wöchentlich. Zieht man bei Ihrem Vorschlag die Ferien ab, so können zweimal wöchentlich Arbeitskreise, Fraktionssitzungen etc. abgehalten werden.

Pro Sitzung, verehrte Steuerzahler, sind es übrigens 65 Euro - also, wenn man Glück hat, eine Tankfüllung.

Der Dank geht an dieser Stelle nach draußen an die Menschen, die dieses Geld in einer finanziell sehr schweren Zeit erwirtschaften müssen.

Dieser Antrag ist eine Unverschämtheit und sorgt nicht nur bei uns für Unverständnis und Kopfschütteln.

Fehlt Ihnen wirklich jede Empathie für die Menschen, die jeden Morgen aufstehen, arbeiten gehen und trotzdem am Ende des Monats kaum ihre Rechnungen bezahlen können? War einer von Ihnen denn in letzter Zeit einkaufen? Wissen Sie, was ein Liter Milch kostet? Ja, wahrscheinlich.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Was kostet er denn?)

- 92 Cent. Teuer, wirklich teuer. - Oder wissen Sie, was ein Päckchen Quark kostet?

Begründen Sie diesen Antrag doch einmal vor den Hunderten Kölnerinnen und Kölnern, denen es nicht so gut geht. Wir sollten nämlich gerade in schweren Zeiten als gutes Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der AfD)

Sie können sich sicher vorstellen, dass wir hier Einspruch bei der Bezirksregierung einlegen werden, weil die Deckung unserer Ansicht nach nicht den Vorgaben unserer Geschäftsordnung entspricht. Ich sage: Gott sei Dank. Wir brauchen nämlich auch dringend mehr Haushaltsdisziplin.

Wir lehnen diesen Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich bei diesem Antrag natürlich mitnichten um eine Selbstbereicherung von Ratsmitgliedern. Uns geht es darum, dass diejenigen, die hier ehrenamtlich tagtäglich - es ist eben mehr als einmal die Woche - zu einer Fraktionssitzung zusammenkommen, und zwar als Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler, die sich hier tagtäglich für diese Stadt engagieren und die für diese Stadt das Beste herausholen wollen, dafür entsprechend auch eine finanzielle Entschädigung bekommen.

(Beifall)

Wir wissen, dass wir ein ehrenamtliches Parlament sind. Die Frage, ob Köln ehrenamtlich regiert werden sollte oder nicht, muss an völlig anderer Stelle auch noch einmal diskutiert werden,

glaube ich. Aber wenn unsere sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, die auch in allen Fraktionen vertreten sind, uns beraten - auf ihren Sachverstand sind wir trotz aller Größen in den Fraktionen selbstverständlich auch angewiesen, um hier eine adäquate und gute Politik für diese Stadt zu machen -, dann gehört es auch dazu, dass nicht ab September auf einmal kein Sitzungsgeld mehr ausgezahlt werden kann.

Anders, als Sie es darstellen, geht es natürlich nicht nur um von irgendwelchen Fraktionen einberufene Sitzungen, sondern auch um Ausschusssitzungen etc. Ja, da kommt selbst beim Ehrenamt die eine oder andere Sitzung zusammen.

Daher sage ich vielen Dank dafür, dass alle Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen hier auf mit diesem Antrag draufstehen und ihn auch unterstützen. Ich freue mich über die breite Mehrheit für diesen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke. - Ich schließe mich dem Kollegen Hammer vollumfänglich an und widerspreche auch dem Vorredner. Ich finde nämlich, dass dieser Ansatz gerade nicht diskriminierend ist, sondern im Gegenteil genau diejenigen Menschen mehr befähigt, sich an dieser politischen Teilhabe zu beteiligen, die wirtschaftlich schwächer sind und sich ein solches Ehrenamt sonst nämlich gar nicht leisten können. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Wird darüber hinaus das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Stadtwaldholz für Köln sinnvoll und nachhaltig nutzen“ AN/1190/2022

Frau Martin hat als Erste das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Vertreter*innen der Verwaltung! Liebe Zuschauer*innen hier auf der Tribüne und zu Hause an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eiche, Buche, Ahorn, Erle, Birke, Robinie, Kiefer, Lärche und Fichte, aber auch Schwarznuss, Götterbaum und Paulownia: Das ist nur eine kleine Auswahl der über 40 Baumarten, die in unseren städtischen Wäldern wachsen, die übrigens 15 Prozent des Stadtgebietes ausmachen. Um diese Vielfalt zu erhalten und den Wald zu pflegen, wird er regelmäßig naturnah durchforstet. Dabei fällt - na klar - Holz an.

Als ich das erste Mal von der Idee hörte, aus diesem Holz unsere Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, kurz KGAB, Möbel für unsere städtischen Kitas bauen zu lassen, dachte ich: Komisch! Wieso machen wir das nicht längst? Die Idee ist gleichermaßen genial wie naheliegend. Daher dachte ich als Zweites: Alles klar, dann machen wir das ab jetzt.

Dann merkte ich schnell: Es gibt Gründe, warum das Holz aus dem Stadtwald bisher auf dem freien Markt verkauft wird und unsere Kita-Möbel bei einem weltweit agierenden Kita-Bedarfshändler erworben werden.

Plötzlich befand ich mich in der Welt von langjährigen Rahmenverträgen, TÜV-Zertifizierungen, Festmeterpreisen, Beihilferichtlinien usw. usf. Dabei ging es lediglich darum - ich wiederhole es noch einmal -, unser eigenes Holz von unserer eigenen KGAB zu Möbeln für unsere eigenen Kitas verarbeiten zu lassen. Das ist so genial wie naheliegend, aber offensichtlich schwierig.

Bis dieser nun vorliegende Antrag fertig war, verging über ein Jahr. Ich habe mit allen Beteiligten gesprochen: dem Grünflächenamt, dem Jugendamt, der KGAB, der Kämmerei. Die Schwierigkeiten dürften jetzt ausgeräumt sein und einer Umsetzung nichts mehr im Wege stehen.

Ich freue mich, dass ich Sie nun einladen darf, dieser Idee zuzustimmen und einen kleinen, sehr feinen Beitrag zur Nachhaltigkeit in unserer Stadt zu leisten:

- nachhaltig im Sinne der Wirtschaftlichkeit; denn die Möbel werden preiswerter werden;
- nachhaltig im sozialen Sinne; denn die KGAB hat so die Möglichkeit, noch mehr Menschen, die lange Zeit arbeitslos waren, eine berufliche Perspektive zu bieten;
- nachhaltig im ökologischen Sinne; denn wir ersparen immense Transportwege.

Ganz nebenbei gewinnt die Umweltbildung in Köln auch. Kölner Kinder können den Weg des Holzes vom Stadtwald über die Werkstatt bis hin zu ihren Kita-Möbeln verfolgen.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören und bitte um Zustimmung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Erkelenz das Wort.

Martin Erkelenz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung und Mitglieder des Rates und an den Bildschirmen! Ein pkW, ein paar kurze Worte, zur Nachhaltigkeit auch von mir: Es geht um die Nutzung von heimischen Ressourcen.

Unsere Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung - wir kennen sie alle unter der Abkürzung KGAB - ist vor allem im handwerklichen Bereich sehr umtriebig und bietet insbesondere langzeitarbeitslosen Menschen eine qualifizierte Perspektive zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt.

Die mögliche Verarbeitung von Holz aus dem heimischen Stadtwald stellt einen Beitrag sowohl zum Umweltschutz in Köln als auch zur effektiven Verarbeitung von heimischen Ressourcen dar.

Dabei ist die Volatilität auf dem Holzmarkt durchaus bemerkenswert. Wir sind alle wahrscheinlich noch der Meinung, dass es ein sehr hochpreisiger Rohstoff ist. Aber insgesamt sind die Holzpreise am Weltmarkt - man höre und staune - wieder um

47 Prozent gesunken und liegen damit um 65 Prozent niedriger als zu dem Höchststand im Jahr 2021.

Für die Schreinerei der KGAB wäre damit eine Ergänzung der Leistungspalette durch Weiterentwicklung des hauseigenen Portfolios verbunden. Weitere Beschäftigungsmöglichkeiten würden geschaffen und damit die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Handwerkermarkt gestärkt sowie nachhaltige Produkte aus Köln für die Stadt Köln erstellt.

Wir bitten die Verwaltung um Prüfung, ob dies funktioniert und wie es funktioniert, wenn es denn funktioniert, und Sie alle um Zustimmung zu unserem Bündnis-Antrag und damit zu einem weiteren Mosaikstein für ein umweltfreundliches Köln.

- Danke schön.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier oben und zu Hause! Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft ist gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich notwendig.

Dieser Übergang - die Kollegin Christiane Martin hat es gerade schon erwähnt - erfordert allerdings enge Abstimmungen zwischen allen Ebenen von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern. Man würde meinen, hier in Köln, wo sich alle gut kennen, könnte das schneller gehen.

Mit unserem Antrag wollen wir einen kleinen Schritt in diese Richtung Kölner Kreislaufwirtschaft, also lokaler nachhaltiger Wirtschaft, gehen - mit Holz aus unserem Stadtwald für Kölner Kitas und mit Involvierung der schon angesprochenen Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung. Es ist also auch im Sinne der sozialen Perspektive ein nachhaltiger Zweck.

Wir verändern mit diesem Antrag nicht die Welt, würde man meinen. Aber es ist ein kleines Projekt. Ich möchte bei diesem kleinen Projekt noch

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 8

einmal insbesondere den Beispielcharakter hervorheben, der uns allen helfen soll, solche kleinen Ideen, die in der Summe dann etwas Großes ergeben, bei uns zu identifizieren. Wir wollen sie hier dann auch vorantreiben. Deswegen freuen wir uns über eine breite Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen, ganz besonders liebe Kolleg*innen von den Grünen, der CDU und Volt, dem sogenannten Gestaltungsbündnis! Gute Ideen verpackt in einen Antrag an den Rat der Stadt Köln haben es manchmal schwer. Sie werden gerne von den politischen Mitbewerbenden mit mal mehr, mal weniger guten Argumenten weggestimmt. Besonders die Vertreter*innen der demokratischen Fraktionen in diesem Hohen Haus, die nicht dem Gestaltungsbündnis angehören, können ein Lied davon singen.

Ich habe noch gut die Debatte zu dem Antrag von der LINKEN, der Fraktion Die FRAKTION, Frau Kollegin Gabrysch und meiner Fraktion in unserer letzten Ratssitzung zum Thema „Kostenfreie Ferienangebote für Schüler*innen und Auszubildende in den Sommerferien anbieten“ unter TOP 3.1.10 in Erinnerung.

(Zuruf)

- Geben Sie mir jetzt 15 Sekunden oder vielleicht auch 30 Sekunden. Ich werde die Redezeit nicht überschreiten und komme gleich dazu.

Ich weiß noch, welche große Wertschätzung Sie unserem Antrag entgegengebracht haben, den Sie dann leider - nach sicher intensiver Beschäftigung damit und unter Abwägung aller Argumente -, sicher auch zu Ihrem Leidwesen, ablehnen mussten.

Ich erinnere mich ebenfalls immer wieder gerne an die kollegiale Wertschätzung und Freundlichkeit, die Sie, liebe Kolleg*innen, und auch Sie,

liebe Frau Oberbürgermeisterin, der Person unseres Kollegen Jörg Detjen und meiner Person entgegengebracht haben, als Sie über den von uns beiden vorgestellten Antrag debattiert haben.

Wie gesagt, war unsere Idee leider nicht gut genug für diesen Rat, und Sie mussten sie - vielleicht mit einer Träne im Knopfloch - ablehnen.

Ein bisschen Leid tut es mir nun schon. Wenn Sie unserer vielleicht doch nicht so ganz dummen Idee gefolgt wären, könnten ab dem nächsten Samstag alle Kids und alle Jugendlichen mit der KVB ömesöns ins Müngersdorfer Stadion oder ins Waldbad fahren und könnten da ebenfalls ömesöns baden gehen, und zwar so oft sie wollten.

Bei dem heißen Sommer, der sich ankündigt, hätten sie sich das nach zwei harten Jahren sicher verdient. Aber das ist Schnee von gestern und verschüttete Milch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jetzt komme ich dann auch tatsächlich zum Thema. Wir, die SPD-Fraktion, gehen heute ein bisschen anders mit Ideen um. Ja, hinter Ihrem Antrag steckt eine gute Idee. Wenn Sie Beschäftigungsförderung fördern wollen und gleichzeitig unsere Kitas mit guten Möbeln ausstatten wollen, können Sie auf uns zählen. Da sind wir gerne mit dabei, gerne auch mit Holz aus städtischen Forsten.

Ob das funktionieren kann, wissen Sie genauso wenig wie wir. Deshalb stellen Sie auch einen Prüfantrag. Wir sind sehr gespannt auf die Antwort der Verwaltung.

Deshalb kurz und knapp: Die SPD-Fraktion stimmt Ihrem Antrag zu. - 2:34 Minuten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen und Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen! Wer Ihren Antrag, den Antrag des Bündnisses, überfliegt, könnte im ersten Moment auf die Idee kommen, dass es ein guter Antrag ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber eigentlich ist ja alles, was Sie darin beantragen und beschließen lassen wollen und mit Ihrer Mehrheit auch beschließen werden, über eine Anfrage an die Verwaltung zu klären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis, ist Ihnen beim Erstellen ein Kopierfehler unterlaufen? Ich frage das, weil Ihr Punkt 2 eigentlich ein Stück Begründung ist und es sich beim letzten Satz Ihrer Begründung um einen weiteren Prüfauftrag handelt.

Kommen wir zum Inhalt. Sie wollen wissen,

... inwieweit zukünftig Stadtwaldholz von der Stadt an die KGAB abgegeben werden kann, um es dort zu bearbeiten und es einer nachhaltigen Wertschöpfung zuzuführen.

„Abgeben“ hört sich jetzt nicht nach „verkaufen“ an, sondern danach, dass es hier - Sie haben ja keine Zahlen genannt; aber Frau Prof. Dr. Diemert wird sie sicher kennen - sechsstelligen Einnahmeverluste im Haushalt geben soll, während die KGAB durch diese verdeckte Wirtschaftsförderung weniger Ausgaben hat.

Wollen Sie erfahren, ob es bei den städtischen Kitas überhaupt einen Bedarf für das gibt, was die KGAB nach Ihrer Vorstellung daraus bauen soll? Sie wollen einen Markt bedienen, der immer kleiner wird. Denn - zur Erinnerung - die Stadt baut keine eigenen Kitas mehr. Hier kann es sich daher nur um Erneuerung der jetzigen Ausstattung handeln.

Zudem ist anzuzweifeln, dass im Stadtwald sehr viel hochwertiges, entsprechend zu nutzendes Holz zu ernten ist.

Noch mehr langzeitarbeitslosen Menschen eine Beschäftigung und Qualifizierung zu ermöglichen, wäre ein positiver Effekt Ihres Antrages - oder, wie ich schon eben sagte, einer Anfrage. Dass es in der KGAB seit April 2021 keine Ein-Euro-Kräfte mehr gibt, freut meine Fraktion sehr.

Wir sind gemeinsam mit Ihnen auf die Prüfergebnisse und darauf gespannt, ob wir hier ein Stück aus der Marktwirtschaft ausbrechen können. Wir stimmen der Vorlage zu. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich oute mich hier als stolze Besitzerin von Kerzenständern aus dem Stadtwaldholz. Vielleicht war das auch der Grund für meine Fraktion, zu sagen: Du hast eine Affinität zu dem Thema; deswegen sprichst du zu dem Thema.

Darüber hinaus bin ich ja auch Sozialpolitikerin, wie Ihnen bekannt ist. Deswegen ist mir auch das Thema „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ ein vertrautes sowie ein wichtiges Anliegen.

Um es vorab zu sagen: Wir werden dem heutigen Antrag zustimmen, weil wir natürlich auch für die Nutzung von regionalen Hölzern sind sowie jede Chance nutzen wollen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten.

Wir werden dem Antrag aber vor allem zustimmen, weil es sich um einen Prüfauftrag handelt. Das ist auch gut so. Der Kollege Erkelenz sagte eben so schön: wenn es dann auch funktioniert. Ich glaube, dass das eine sehr wichtige Aussage war: wenn es denn funktioniert.

Wenn man die bisherige Kommunikation des Bündnisses zu dem Antrag verfolgt hat, konnte man nämlich den Eindruck gewinnen, dass hier Hoffnungen geweckt werden, die sich nur schwerlich erfüllen lassen.

Man konnte den Eindruck gewinnen, dass von nun alle Kindertagesstätten mit Möbeln aus Stadtwaldholz ausgestattet werden, hergestellt von der KGAB. Das scheint doch sehr unrealistisch zu sein. Nach meinen Informationen werden bei der jährlichen Durchforstung der städtischen Wälder - wohl gemerkt in allen städtischen Wäldern und nicht allein in Stadtwald - 15 Festmeter geschlagen. Davon lässt sich - das hat Frau Röhrig auch schon gesagt - nur ein Bruchteil zur Weiterverarbeitung nutzen.

Diese Weiterverarbeitung ist bisher in einem privaten Schreinereibetrieb erfolgt. Als Partei, der

Handwerk und Mittelstand am Herzen liegen, wünschen wir uns als FDP natürlich, dass solche privaten Geschäftsideen auch weiterhin eine Zukunft haben.

(Beifall bei der FDP)

Aber seien wir ehrlich, liebe Frau Martin: Diese Möbel, die dort angeboten werden, liegen in einem Preissegment, das sich beileibe nicht jeder leisten kann. Bestimmt sind sie nicht so preisgünstig, wie Sie das eben beschrieben haben.

Wenn die KGAB bei der Weiterverarbeitung des Holzes aus städtischen Wäldern zum Zuge kommen soll, dann wohl weniger in der Möbelgestaltung für Kindergärten als in der Gestaltung der Kita-Außengelände. Klettergerüste, Sandkästen, Sitzgelegenheiten und Ähnliches sind hier wohl die angesagten Möglichkeiten. Dies entspricht nach meiner Erfahrung - ich war auch eine Zeit lang im Aufsichtsrat der KGAB - auch eher den Kapazitäten der KGAB.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wer sich denn auch vorstellt, in diesem Bereich könnten zahlreiche Langzeitarbeitslose beschäftigt werden, der ist im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Holzweg. Realistisch wird es wohl eine Zahl im einstelligen Bereich sein.

Meine Damen und Herren, wir geben Ihnen diese Anmerkungen mit auf den Weg. Trotzdem werden wir, weil es ein Prüfauftrag ist, dem Antrag schließlich und letztlich dann doch zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eine Frage dazu. Es gibt die eingetragene Marke StadtwaldHolz. Ich würde Sie bitten, in den Prüfauftrag zumindest einzubringen, dass man die markenrechtlichen Kollisionen, die möglicherweise geschehen, abklärt. Ich weiß nicht, inwieweit mit dem entsprechenden Unternehmen schon Gespräche geführt worden sind. Aber wenn unter diesem Begriff StadtwaldHolz morgen Produkte auf den Markt

kommen, dann können Sie mit einem markenrechtlichen Einspruch rechnen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir nehmen das gerne auf - nicht nur ins Protokoll, sondern prüfen auch das -, Herr Wortmann.

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Existenz der Ausflugsschiffahrt sichern - Konzept für Lieferverkehre und Entsorgung entwickeln“ AN/1189/2022

Ich gebe zunächst Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man ist ja immer wieder erstaunt, wie in dieser Stadt manche Dinge über viele Jahre funktionieren und es auch zahlreiche Ankündigungen gibt, vielleicht an der einen oder anderen Stelle Modifikationen durchzuführen, um dann doch urplötzlich festzustellen, dass diese Übergangs- und temporären Lösungen, für die wir ja durchaus bekannt sind, dann plötzlich keine Gültigkeit mehr haben - so auch in der Frage der Anlieferung unserer Ausflugsschiffe hier vor dem Altstadtpanorama, die wir ja alle sehr gut kennen und, glaube ich, durchaus zu verschiedenen Anlässen auch sehr gerne nutzen.

Deswegen musste es uns alle, hoffe ich doch, auch sehr verwundern, in der Zeitung lesen zu müssen, dass just jetzt, nachdem Corona endlich wieder vieles möglich macht - der Sommer steht coronamäßig schon wieder ein bisschen auf der Kippe, muss man fairerweise sagen, aber macht doch mehr möglich als die vergangenen Sommer -, das Ordnungsamt kommt und ausgerechnet jetzt die entsprechenden Belieferungen einschränkt bzw. unmöglich macht oder mit weiten Fußwegen bis zu 400 Metern versieht, obwohl es doch schon lange, seit drei Jahren, Ankündigungen gibt, richtigerweise mit den Betreibern, mit

den Anlieferern und auch mit allen weiteren Interessierten ein gutes Einvernehmen zu erzielen, wie die Anlieferungen zukünftig vollzogen werden können.

Da sind ja auch alle, wenn ich das richtig weiß - ich habe es auch noch einmal hinterfragt -, bereit, ihren Beitrag zu leisten, insbesondere auch die Betreiber - auch mit alternativen Konzepten und im Zweifelsfall auch alternativen Bauten an anderer Stelle oder Belieferung vom Wasser aus. Ideen sind also mannigfaltig vorhanden. Warum erfolgt dann jetzt diese Einschränkung?

Das hat uns dazu veranlasst, dieses Thema hier noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, um ein klares, aus unserer Sicht notwendiges politisches Signal zu senden. Genauso wie die Außen-gastronomie, zu der wir später noch kommen, haben auch gerade diese Angebote doch auf der einen Seite einen hohen Freizeitwert für die Kölnerinnen und Kölner und steigern auf der anderen Seite auch die Attraktivität unserer Stadt für Touristen. Insofern haben sie gleich eine doppelte Bedeutung - ganz abgesehen von den Arbeitsplätzen und den wirtschaftlichen Existenzen, die unmittelbar an dem Schiffsverkehr selber hängen.

Daher bitten wir Sie sehr, dieser aus unserer Sicht doch etwas bürger- und wirtschaftsfeindlichen Politik der Verwaltung, die an dieser Stelle auch sehr eigenständig agiert, eine klare Richtung zu geben, indem wir heute noch einmal diesen Auftrag erneuern, den es meines Erachtens zumindest implizit schon gibt, sich da mit allen Beteiligten um Lösungen zu kümmern, und gleichzeitig auch die bisherige Durchführung der Anlieferungen weiter zu dulden und so existieren zu lassen, bis es eine verabredete klare Regelung gibt.

Je schneller man ins Gespräch kommt, desto besser kann man, glaube ich, die in der Tat nicht immer einfachen Verhältnisse am Rheinufer an der Schnittstelle zu Fahrradverkehren und Fußgängerverkehren auch beseitigen und auflösen.

Aber es kann doch nicht sein, dass wir jetzt zum Sommerbeginn gerade diesen Betrieben hier Steine in den Weg räumen.

Deswegen würde ich mir sehr wünschen, dass wir heute gemeinsam ein klares Signal in Richtung Verwaltung schicken.

Ich bin mir auch ganz sicher, dass man, wenn hier alle - die Ordnungsbehörde und das Verkehrsdezernat zusammen mit den Betreibern - schnell und zügig arbeiten, auch schnell und zügig zu entsprechenden Lösungen kommt.

In diesem Sinne würden wir uns sehr über die Zustimmung zu unserem Antrag freuen. - Vielen Dank und einen schönen Tag.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da ich auch nicht möchte, dass wir den Unternehmen Steine in den Weg räumen, um Sie zu zitieren, würde ich jetzt Herrn Egerer bitten, einmal aufzuklären, wie die Realität der Situation da ist.

Beigeordneter Ascan Egerer: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Diese Thematik ist aufgenommen und auch in den mit den Betreibern geführten Gesprächen aufgenommen worden. Wir sind in der Finalisierung von Übergangsmietverträgen mit den Nutzern insbesondere der Anleger im Abschnitt von Hohenzollernbrücke bis Machabäerstraße. In dem Rahmen werden auch mit den Betreibern zusammen diese Belieferungskonzepte im Detail abgestimmt.

Da geht es beispielsweise darum, welche Fahrzeuge geeignet sind, um auch den Belangen der Altstadt und dem Verkehrskonzept Altstadt gerecht zu werden, also die Belange der dort zu Fuß Gehenden und Radfahrenden zu berücksichtigen, aber auch neue Konzepte zu implementieren, beispielsweise die eben auch angesprochene wasserseitige Belieferung.

Das fließt da mit ein. Es wird auch ein weiteres Gespräch mit den Betreibern geben. Das ist jetzt wegen der Corona-Krise ausgesetzt gewesen.

Das haben wir also in der Planung. Insofern werden wir jetzt in eine Finalisierung eintreten, was diese Konzepte betrifft. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Egerer. - Ich habe als Nächsten Herrn Wahlen auf der Rednerliste.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Rheinuferpromenade ist einer der wichtigsten Naherholungsorte der Kölner Innenstadt. Dort können sich Menschen an der frischen Luft erholen, ohne zahlen oder konsumieren zu müssen. Die Menschen nehmen dieses Angebot auch an. Gehen Sie einmal an einem schönen Tag ans Rheinufer. Dort werden Sie Familien mit Kindern, Radfahrer*innen und Menschen, die sich ausruhen oder einfach nur herumschlendern wollen, sehen.

Und jetzt stellen Sie sich vor, dass da auch noch reihenweise Lieferwagen und Lkws parken und entladen werden. Bei einem so begrenzten Platz mit so vielen Menschen drängt sich doch geradezu auf, dass es früher oder später zu Konflikten und auch Gefährdungen kommen muss. Am meisten leiden darunter natürlich die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen.

Die Fußgängerzone sollte doch gerade der letzte Ort sein, an dem es zu Gefährdungen für Fußgänger*innen kommen darf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sollte eigentlich jeder verstanden haben.

Das hat auch das Ordnungsamt verstanden, weshalb es jetzt gegen diese Gefährdungen vorgeht.

Das hat auch die Bezirksvertretung Innenstadt verstanden, als sie bereits 2015 auf Initiative der Grünen beschlossen hat, dass zukünftig eine Be- und Entladung der Schiffe wasserseitig erfolgen soll.

Es freut mich auch sehr, dass dieses Konzept bereits in der Finalisierung ist, das heißt, dass dieser Bezirksvertretungsbeschluss auch so zeitnah umgesetzt wird. Daher bin ich da auch sehr frohen Mutes.

Ich sagte gerade, alle hätten verstanden, dass Fußgängerzonen für Fußgänger*innen sein sollen. Leider stimmt das nicht ganz. Das bezeugt der heute hier vorliegende Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn wenn es nach diesem Antrag geht, dann gilt die Straßenverkehrs-Ordnung in Köln zwar noch, aber halt nur, wenn die lokale Wirtschaft damit einverstanden ist - und wenn nicht, dann sollen

sich die Fußgänger*innen eben nicht so anstellen und das Ordnungsamt beide Augen feste zudrücken. Dadurch entsteht allerdings eine ganz neue Art der Gefahr: dass die Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes dann vor lauter Augen-Zudrücken in den Rhein stolpern.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die Rheinuferpromenade ist eine Fußgängerzone und keine Ladezone. Das muss auch so bleiben. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Ich versuche es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Überschrift „Existenz der Ausflugsschiffahrt sichern“ ist meines Erachtens ein wenig drüber und wird dem Thema nicht gerecht. Denn die Verwaltung arbeitet bereits im Rahmen der anstehenden Vertragsverhandlungen mit den Interessenvertretern der Rheinschiffahrtsgesellschaften an Lösungen. Ziel ist es, zukünftig eine wasserseitige Ver- und Entsorgung vorzunehmen.

Für die Übergangslösungen bedarf es noch der Daten der Lade-, Liefer- und Entsorgungsvorgänge.

Ein Beschluss ist nicht erforderlich. Denn - der Kollege hat es gesagt - diesen gibt es bereits aus der Bezirksvertretung Innenstadt.

Eines Beschlusses von Punkt 2 bedarf es auch nicht, da bereits heute das Liefern und Laden mit angemessenen Fahrzeugen für die Ausflugsschiffe in der Fußgängerzone vom Ordnungsamt geduldet wird.

(Zuruf)

Bei Behinderungen oder gar Gefährdungen wird der Ordnungsdienst unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit weiterhin einschreiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Fahrverbot: Getränkehändler müssen Ausflugsschiffe in Köln mit Sackkarren beliefern“ - so die Schlagzeile auf der Seite des WDR. Man stellt sich vor, wie mit Sackkarren Waren angeliefert werden, und wundert sich. Ein bisschen schräg klingt das schon, wenn man diese Schlagzeile liest.

Tatsächlich beschreibt der Antrag der SPD ein Problem, welches gelöst werden muss. Deswegen ist es ja richtig, dass es hier auf der Tagesordnung steht.

Die Rheinpromenade ist Fußgängerzone. So ist auf den ersten Blick und auch auf den zweiten und dritten Blick sehr verständlich, dass hier ausnahmslos ein Fahrverbot für Autos und Lieferwagen gilt. Fakt ist aber auch, dass Ausflugsschiffe, Partyschiffe und Kreuzfahrer auf Lieferung von Speisen und Getränken, auf Kraftstoff und auf Entsorgung von Abfällen angewiesen sind. Dass Waren in großen Mengen mit Sackkarren angeliefert werden sollen, kann auch nicht die Alternative sein. Insofern ist es ein Spannungsverhältnis.

Dem Beschlusspunkt 1 des SPD-Antrages können wir natürlich folgen. Darin geht es darum, gemeinsam mit den Interessenvertreter*innen ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Jetzt hat auch Herr Egerer dankenswerterweise noch einmal Stellung genommen und ausgeführt, dass ein Konzept in der Finalisierung ist und mit den Interessenvertreter*innen auch Gespräche geführt werden.

Wir sehen allerdings, dass man heute eigentlich nicht vernünftig über diesen Antrag abstimmen kann. Warum sagen wir das? Weil wir natürlich wissen müssen: Wie sehen diese Konzepte denn aus? Wie soll das entsprechend befahren werden? Wo soll tatsächlich die Lieferung erfolgen? - Ohne dieses Konzept zu kennen, heute einfach etwas zu beschließen oder auch abzulehnen, halten wir nicht für den richtigen Weg. Insofern ist es wirklich schwierig, heute eine Entscheidung in der Sache zu treffen.

Beim Beschlusspunkt 2 des Antrages geht es darum, dass an der Promenade bis zur Neuregelung die Anlieferung geduldet werden soll.

In einer schriftlichen Stellungnahme an den WDR hat die Stadt Köln das Fahrverbot schon bestätigt. Das ist schon einmal klar.

In der Vergangenheit soll es aber Ausnahme genehmigungen für Lieferanten gegeben haben. So ist es dem Artikel des WDR zu entnehmen.

Da darf ich Sie vielleicht auch noch einmal fragen, Herr Egerer: Gab es diese Ausnahme genehmigungen? Trifft das tatsächlich zu?

Wie man diesem Artikel weiterhin entnimmt, hat die Geschäftsführung der Kölntourist Personenschiffahrt am Dom GmbH den Vorschlag gemacht, auf der Deutzer Werft, also an dem anderen Rheinufer, einen Logistikpunkt für die Beladung, das Tanken und die Entsorgung zu schaffen. Auf diesen Vorschlag soll die Stadt bisher nicht reagiert haben.

Auch da bitte ich um Stellungnahme, ob das in diesen Gesprächen mit den Interessenvertreter*innen auch Thema ist.

Daher müssen wir als LINKE sagen: Dem Punkt 1 der SPD können wir natürlich folgen. Es ist gut, wenn es Gespräche gibt. Aber diese Gespräche gibt es ja tatsächlich schon. Insofern kann man das beschließen - wir beschließen ja alles doppelt und dreifach -, muss man aber nicht.

Was den Beschlussvorschlag angeht, bis zur Neukonzeptionierung zu dulden, dass auf der Rheinuferpromenade angeliefert wird, gilt aber: Das ist natürlich konfliktreich und sehen wir auch nicht. Wir halten es für sehr schwierig, zu sagen: Wir erstellen jetzt ein Konzept, und bis dahin dulden wir diese Praxis. - Denn ich gebe Herrn Wahlen vollkommen recht, was die Gefährdung der Fußgänger*innen angeht. Da sind wir natürlich nicht dabei.

Insofern glaube ich, dass wir heute gar nicht vernünftig darüber entscheiden können, sondern das Konzept abwarten müssen und dann darüber diskutieren sollten, was man tatsächlich in diesen Bereichen macht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben an diesem Wochenende erlebt: Köln lebt wieder. Viele von Ihnen waren ja gestern bei der „Straßenland“. Viele von Ihnen sind wahrscheinlich eben ins Rathaus gefahren und haben Schulklassen gesehen, die durch die Innenstadt tummeln. Köln lebt. Nach zweieinhalb Jahren Pandemie sehen wir: Köln lebt.

Ich habe im vierten Schuljahr einen Schulausflug nach Köln gemacht. Wir sind mit einem Bötchen vom Dom nach Mülheim und zurück gefahren. Das weiß ich heute noch.

Damit will ich Folgendes sagen: Wir reden hier nicht über irgendeine abstruse Gefährdungssituation, lieber Kollege Wahlen, sondern über ein Schmuckstück und ein Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir reden im Übrigen auch nicht über irgendwelche Fahrgastschiffe, die von internationalen Großkonzernen bereedert werden, sondern auch über solche Schiffe wie die „RheinEnergie“. Herr Dr. Steinkamp, ich grüße Sie an dieser Stelle. Wir alle waren ja schon oft gemeinsam auf der „RheinEnergie“, und wir alle wissen: Die „RheinEnergie“ muss natürlich auch beladen und entladen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, dass die Diskussion der Fragestellung nicht gerecht wird.

Herr Kollege Wahlen, es muss in den Ohren der Fahrgastschiffbetreiber schon ein wenig wie Hohn klingen, wenn Sie sich hier hinstellen und erzählen, dass Familien nicht mehr am Rheinufer spazieren gehen könnten - als wäre die jetzige Situation, in der dort mit Sackkarren herumoperiert wird, um einen Deut besser als das, was Sie eben vorgeschlagen haben.

Dann kommen Sie allen Ernstes und schlagen eine wasserseitige Belieferung vor. Ich freue mich jetzt schon auf die kleinen dieselbetriebenen Barkassen - dieselbetrieben -

(Beifall bei der FDP und der SPD)

die rheinseitig die Ausflugsschiffe beliefern. Größeren ökologischen Nonsens als den, den Sie eben vorgeschlagen haben, habe ich hier lange nicht mehr gehört.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Lieber Dirk Michel, oftmals ist es ja so, dass man der gleichen Veranstaltung beiwohnt und hinterher das Gefühl hat, wenn der andere etwas vorträgt, man habe irgendwie geschlafen. Aber ich kann nicht erkennen, dass das Problem gelöst wäre. Ich habe andere Informationen. Die Rheinschiffer sind ja momentan rege. Wahrscheinlich sind Sie auch alle angesprochen worden.

Ich kann nicht erkennen, Herr Egerer, dass bereits Lösungen greifbar wären. Ich nehme es Ihnen eins zu eins ab, dass Sie dabei sind, ein Konzept zu finalisieren. Aber „finalisieren“ ist doch ein nichtssagendes Wort. Wann beginnt denn das Finale? Beim Fußball wissen wir, dass es 90 Minuten sind. Aber wenn ich mir vor Augen führe, wie lange Sie und Ihre Vorgänger schon im Finale sind, führt mich das zu der Annahme, dass hier in Wahrheit gar keine greifbaren Ergebnisse messbar sind.

Außerdem wird hier gesagt, eine Duldung könne man nicht durchgehen lassen. Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterhalten uns doch gleich bei den Gastronomen an Land über genau das Gleiche. Bei Gastronomen auf dem Wasser soll es keine Duldung geben, und bei Gastronomen auf dem Land soll eine Duldung von irgendwelchen Zuständen erfolgen.

(Dirk Michel [CDU] meldet sich zu Wort)

Das ist zweierlei Maß, lieber Kollege Michel.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Das ist zweierlei Maß, das wir ansetzen. Das kann man einem normalen Bürger da draußen nicht mehr erklären.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie Herrn Michel eine Zwischenfrage?

Volker Görzel (FDP): Ja. - Dirk, bitte.

Dirk Michel (CDU): Ich möchte nur kurz sagen, dass du es falsch wiedergegeben hast. Ich habe von einer Duldung gesprochen und gesagt, dass es bei der Verwaltung so gelebt wird. Es ist nicht so, wie du es gerade vorgetragen hast. Das ist falsch; sorry.

Volker Görzel (FDP): Dann sind ja die Informationen und die Berichterstattung und alle anderen Dinge falsch. Denn du suggerierst ja, es gäbe hier kein Problem. Offensichtlich muss also irgendjemand andere Informationen haben.

Dennoch darf ich darauf hinweisen, dass andere Redner vor mir einer Duldung nicht entsprochen haben. Auch hier gilt: zweierlei Maß.

Herr Egerer, wenn Sie denn dabei sind, mit der Verwaltung ein Konzept zu entwickeln, dann müssten Sie doch gerade vor Freude Luftsprünge machen. Denn mehr als ein Votum dieses Rates, um Sie in diesen Verhandlungen zu bestärken, kann man sich doch eigentlich gar nicht wünschen.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Herrn Egerer für seine Verhandlungen den Rücken stärken sollten, dann stimmen Sie bitte mit Ja. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Egerer, Ihr Wortbeitrag kam ja erst nach meiner Rede. Insofern konnte ich darauf noch nicht Bezug nehmen. Vieles hat Herr Görzel bereits vorweggenommen. Ich bitte Sie jetzt noch einmal ganz konkret um Zahlen, Daten, Fakten, Herr Egerer. Das sind Sie uns in der Tat - das hat Herr Görzel gerade auch angesprochen - ein bisschen schuldig geblieben.

Gibt es tatsächlich ein belastbares Konzept, das Sie uns als Rat hier auch im Anschluss an die Ratssitzung zur Verfügung stellen können, sodass man ein Gefühl dafür bekommt, wie das zukünftig aussehen wird?

Ist es auch tatsächlich so, wie hier der Eindruck erweckt wird, dass die Lieferverkehre, die notwendig sind, um die Fahrgastschiffe zu beliefern, ausnahmslos geduldet werden? Das wurde ja eben vom Kollegen Michel noch einmal unterstrichen.

Wenn diese beiden Dinge gegeben wären - es liegt ein Konzept vor, das Sie uns quasi morgen zukommen lassen können, und es gibt eine Duldung -, dann hätte sich unser Antrag ja tatsächlich erledigt. Das gebe ich zu. Aber das ist nicht der Sachstand, den ich und wohl auch Herr Görzel von den Betreibern, also von denen, die da involviert sind, als Rückmeldung mitgeteilt bekommen haben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, meine Damen und Herren, wäre es denn auch in Anbetracht unserer Tagesordnung nicht wirklich angemessen, das im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie müssen das selber wissen. Ich will den Rat auch nicht belehren. Aber wir unterhalten uns jetzt tatsächlich eine halbe Stunde über die Beladung der Rheinschiffe.

(Christian Joisten [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin, ich glaube, dass das Bedeutung für diese Stadt hat!)

Vielleicht kann Herr Egerer - dem ich jetzt das Wort gebe, weil Sie ja die Verwaltung fragen, noch etwas zur Erhellung beitragen.

Beigeordneter Ascan Egerer: Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie ich eben bereits ausgeführt habe, sind wir in der Erarbeitung und Finalisierung der entsprechenden Verträge mit den Betreibern, in denen das aufgenommen werden soll. Insofern kann ich Ihnen jetzt nicht direkt nach der Ratssitzung hier ein fertiges Konzept präsentieren. So vorbereitet sind wir nicht. Ich habe das Thema übernommen. Die Gespräche kommen auch noch. Wir wollen auch eine größere Runde mit allen Betreibern durchführen - allerdings auch erst nach der Sommerpause. Das Ganze soll natürlich in Abstimmung und im Gespräch mit den Betreibern finalisiert werden. Insofern brauchen wir diese Zeit dann noch.

Was die ebenfalls angesprochene Duldung betrifft, sollen die Belieferung sowie die Ver- und Entsorgung auch weiterhin stattfinden, aber natürlich in angemessener Weise. Wenn sie in unangemessener Weise erfolgen, muss natürlich auch eingeschritten werden. Das ist aber auch Praxis wie bisher. Da ändert sich aus meiner Sicht nichts.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wir befinden uns in der zweiten Runde. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Von Frau Gabrysch und der LINKEN. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Eckpunkte zur umgehenden Weiterentwicklung der Plangebiete im Mülheimer Süden sowie zur Beendigung des derzeitigen Baustopps“
AN/1195/2022**

Als Erster hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Köln braucht dringend neue preiswerte Wohnungen und die dazugehörige soziale, kulturelle, ökologische und technische Infrastruktur.

Wir alle hatten die Hoffnung, dass wir mit der Bebauung des Mülheimer Südens diesen Zielen etwas näherkommen. Schließlich sollen mehrere Tausend Menschen auf dem ehemaligen und einzigartigen Industrieareal arbeiten und leben.

Diese Ziele sind in Gefahr. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Investoren wollen möglichst viel Profit machen und weigern sich deswegen, einen ordentlichen Teil der Wohnungen im geförderten Bereich zu bauen. Stattdessen fordern die Investoren Hochhäuser, um die Rendite zu optimieren.

Andere kaufen Boden und verkaufen ihn wieder. Sie wollen gar nicht bauen; sie wollen spekulieren und dicke Gewinne einfahren. Einer hat sich verhoben; er ist jetzt pleite.

Das Land Nordrhein-Westfalen lässt die Stadt am langen Arm verhungern. Die alte Landesregierung hat die Direktvergabe des Otto-Langen-Quartiers an die Stadt verweigert.

Die Stadtverwaltung wiederum lässt die Künstler*innen von raum13 nicht in das - mittlerweile städtische - Verwaltungsgebäude der Gasmotorenfabrik. Warum eigentlich nicht? Die Kunst wäre doch für den Mülheimer Süden in unserer Regie umsetzbar und ein Hoffnungsschimmer für ganz Mülheim.

Statt Wohnungen, Arbeit und Kunst herrscht im Mülheimer Süden ein Desaster.

Liebe Kolleg*innen vom Gestaltungsbündnis und von der Verwaltung, setzen Sie die Entwicklung des Mülheimer Südens bitte ganz oben auf die To-do-Liste.

Sorgen Sie dafür, dass die schärfsten Instrumente, die das Baurecht zur Verfügung stellt, zum Wohle der Stadt eingesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Bitte sorgen Sie dafür, dass keine Hochhäuser genehmigt werden, bevor nicht das Hochhauskonzept für die innere Stadt diskutiert und zu Ende gebracht ist.

Sorgen Sie auch dafür, dass möglichst viel Fläche aus dem Mülheimer Süden in öffentliche Hand kommt.

Liebe Kolleg*innen von Grünen und CDU, Sie werden ja mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die neue Landesregierung stellen. Ich möchte Sie bitten: Reden Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Düsseldorfer Landtag und auch aus der künftigen Landesregierung, damit zumindest mal das Otto-Langen-Quartier in unseren Besitz kommt.

Pochen Sie darauf, meine Damen und Herren, dass wir auf dem Gesamtgelände - nicht nur auf dem NRW.URBAN-Gelände, sondern im gesamten Mülheimer Süden - auf mindestens 30 Prozent geförderten Wohnraum kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das muss das Mindeste sein, was wir auf diesem Areal verwirklichen.

Sorgen Sie bitte dafür, meine Damen und Herren, dass der ganze Mülheimer Süden im Sinne des Gemeinwohls gestaltet wird. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Seiger das Wort.

Christine Seiger (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Geehrter Herr Weisenstein, den Wunsch, dass es mit der Entwicklung des Mülheimer Südens schneller gehen möge, teilen wohl alle hier im Saal.

Die großen Linien der Entwicklung sind durch das Werkstattverfahren markiert. Den aktuellen Sachstand der Planungen hat das Stadtplanungsamt im Mai öffentlich vorgestellt.

Die Bauleitplanungen sowie die technischen und finanziellen Herausforderungen sind komplex. Die eigenen Zielsetzungen der wechselnden Eigentümer machen es nicht eben einfacher.

Es lohnt sich also, genau zu schauen, was wir als Politik tun können, damit die industriehistorischen Schätze dieses besonderen Stadtteils für die Zukunft erhalten bleiben und hier ein großer urbaner und gemeinwohlorientierter Stadtteil neu entsteht.

Es lohnt sich auch, zu schauen, was wir besser unterlassen.

Der vorliegende Antrag der LINKEN enthält scheinbare Vereinfachungen, Widersprüche und Elemente, die eher an eine Anfrage erinnern. Für meine Fraktion nehme ich zu einzelnen Punkten Stellung.

Die Geltung des Kooperativen Baulandmodells für alle größeren Wohnungsbauvorhaben ist kölnweit selbstverständlich und muss für den Mülheimer Süden nicht eigens gefordert und bekräftigt werden. Bauherren verlassen sich zu Recht darauf, dass das Kooperative Baulandmodell gilt.

Von einzelnen Bauherren höhere Anteile an gefördertem Wohnungsbau zu fordern, würde wohl eher nicht dazu führen, dass mehr Wohnungen gebaut werden oder dass dies schneller geschieht. Daher lehnen wir diesen Punkt des Antrags ab.

Laut Antrag der LINKEN soll die Stadtverwaltung sicherstellen, dass Schulen, Grünflächen und Mobilitätsstationen fertiggestellt sind, sobald erste Wohnungen bezogen werden. Wie das gehen soll, wird leider nicht erklärt. Da die Planungen für einzelne Teilgebiete sehr unterschiedlich weit gediehen sind und jeweils im eigenen Tempo umgesetzt werden, würde dies bedeuten: Wenn zuerst auf den Plangebieten X und Y Schule und Park fertiggestellt werden müssen, bevor im Plangebiet Z Wohnungen bezogen werden, dann müssten wohl viele frisch gebaute Wohnungen erst einmal leer stehen. - Das kann niemand wollen: die Wohnungssuchenden nicht, die Bauherren nicht und der Rat der Stadt auch nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Zu den aktuellen Baustopps: Im Stadtentwicklungsausschuss haben wir bereits einen Antrag auf den Weg gebracht, der die rechtlichen Möglichkeiten prüfen lässt, die es möglicherweise gibt, diese Baustopps zu beenden.

Die im Antrag vorgeschlagene Aussetzung der Planungen zu Hochpunkten würde in der Praxis bedeuten, Bebauungsplanverfahren zu verzögern. Wenn die zulässige Höhe von Hochhäusern nicht im B-Plan definiert ist, kann dieser nicht beschlossen werden, und die Baugenehmigungen werden nicht erteilt. Umgekehrt gilt: Wenn Politik und Verwaltung im Bauleitplanverfahren Hochhäuser genehmigen, dann tun wir das, weil wir sie am konkreten Standort für nützlich und vertretbar ansehen. Die vielen gleichzeitig laufenden Verfahren machen die Sache einerseits sehr komplex. Andererseits bietet dies die Gelegenheit, Entwicklungen aufeinander zu beziehen und zum Beispiel auch Hochpunkte gut zu verteilen.

Die Entwicklung des Mülheimer Südens wird uns hier im Rat weiter beschäftigen. Meine Fraktion und ich freuen uns auf jeden konkreten Schritt, die Entstehung des neuen Mülheimer Südens mit guten Beschlüssen zu Bebauungsplänen, Schulbauten und hoffentlich auch zum Grunderwerb durch die Stadt zu befördern.

Den vorliegenden Antrag der LINKEN halten wir für nicht zielführend und werden ihn daher ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Seiger hat gerade schon sehr viele Punkte genannt. Ich möchte einige Punkte aus dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der LINKEN hervorheben.

Wir teilen Ihre Einschätzung, dass die Situation unbefriedigend ist, was die städtebauliche Entwicklung und die konkrete bauliche Entwicklung betrifft. Da haben Sie unsere Zustimmung, was die Situation im Mülheimer Süden angeht. Der Mülheimer Süden ist ja eines der herausragenden städtebaulichen Entwicklungsgebiete unserer Stadt.

Damit komme ich auch zu dem ersten Punkt Ihres Antrages, zu dem ich mich äußern möchte, nämlich dem Thema Vorkaufsrecht. Sie wissen - und das ist das Problem bei der Entwicklung dieses Geländes -, dass hier nicht Grundstücke weiterveräußert werden, sondern Unternehmensanteile. Es finden also sogenannte Share Deals und keine Asset Deals statt. Das heißt, Herr Weisenstein, dass wir mit dem Vorkaufsrecht an der Stelle gar nicht weiterkommen - das ist eben auch das Grundproblem dieser Entwicklung -, weil hier Investoren tätig sind, die a) nicht ihre Heimat in Köln haben - es gibt ja durchaus auch lokale Investorengruppen, die gerne an der einen oder anderen Stelle zum Zuge gekommen wären, aber dauerhaft überboten wurden - und b) nicht bauen wollen, sondern die Immobilien oder die Grundstücke als Anlageprodukt sehen und dann unter den genannten Rahmenbedingungen weiterverkaufen.

Nun komme ich zu dem Thema der Umverteilung und der geforderten 30 Prozent geförderten Wohnungsbaus. Sie wissen, dass wir für das Otto-Langen-Quartier natürlich diese 30 Prozent anstreben. Sie wissen aber auch, dass wir an der Stelle das Segment des preisgedämpften Wohnungsbaus haben. Und Sie wissen auch, dass wir mit

der Fortschreibung des Kooperativen Baulandmodells ein Versprechen eingegangen sind, das Planungssicherheit für alle Seiten bedeutet und lautet, dass für die Grundstücke vor Überarbeitung des Kooperativen Baulandmodells gilt, dass die 30 Prozent nicht zu liefern sind, sondern dass hier Investoren auch freiwillig - das wissen Sie auch - bereit sind, geförderten Wohnungsbau zu errichten. Deswegen halte ich es in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Verwaltung, Politik und Investoren auch für angebracht, da ein zuverlässiger Partner zu sein.

Was die Hochhausdebatte oder die Frage der Hochpunkte angeht, glaube ich aus rein städtebaulicher Sicht, dass dieses Gebiet durchaus Hochpunkte trägt. Das muss in ein Konzept eingebettet sein, das parallel erarbeitet wird. Das heißt ja nicht, dass es im Endergebnis, während wir den B-Plan erarbeiten, also parallele Entwicklungen anschieben, hier nicht eine Debatte um Hochpunkte geben kann. Wir haben das im Stadtentwicklungsausschuss, Herr Kollege Weisenstein, ja schon diskutiert. Deswegen kennen Sie auch unsere Einstellung dazu. Wir stehen zu Hochpunkten, die passen müssen. Sie werden dann sicherlich auch im Zielergebnis in ein stadtweites oder in ein innerstädtisches Konzept eingepasst sein.

Zum Schluss möchte ich auf die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach § 165 ff. des Baugesetzbuchs eingehen. Wir wenden sie ja gerade im Deutzer Hafen an. Ich glaube aber, dass hier die Ausgangslage eine etwas andere ist.

Mit Erlaubnis der Oberbürgermeisterin zitiere ich einmal aus einer Dokumentation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Darin heißt es unter „Allgemeine Voraussetzungen“ unter anderem:

- c. die mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme angestrebten Ziele und Zwecke können durch städtebauliche Verträge nicht erreicht werden oder Eigentümer der von der Maßnahme betroffenen Grundstücke sind nicht bereit, ihre Grundstücke an die Gemeinde oder den von ihr beauftragten Entwicklungsträger zu dem Wert zu veräußern, der ihnen bei einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme geboten würde ...

Ich gehe einmal auf den ersten Punkt ein. Städtebauliche Verträge - das wissen Sie - sind gerade in Verhandlung bzw. in Rede zwischen der Verwaltung und den Investoren. Daher scheitern Sie alleine an diesem Tatbestandsmerkmal oder an dieser Voraussetzung mit dem Vorschlag, hier den § 165, also die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme, anzuwenden. Insofern könnten Sie sich diesen Punkt auch selbst beantworten.

Ich komme zu dem Ergebnis - das wird Sie nicht wundern -: Wir werden diesen Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Recktenwald das Wort.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Stream! Zunächst möchte ich den Kolleg*innen der LINKEN für diesen Antrag danken, den wir in seiner Grundausrichtung für unterstützenswert halten.

Allerdings besteht im Moment im Mülheimer Süden eine unübersichtliche und komplexe Lage. Viele Fragen sind aus unserer Sicht hier noch offen. Wir sind natürlich auch sehr besorgt über die Entwicklungen oder, besser gesagt, die Nicht-Entwicklungen in diesem Gebiet. Nun sollte gemeinsam alles unternommen werden, um die Weiterentwicklung hier voranzutreiben.

Auch ich möchte jetzt auf einige Punkte eingehen, zu denen wir heute noch Fragen hätten oder bei denen wir uns zumindest gerade nicht in der Lage sehen würden, ihnen zuzustimmen.

Bei den Punkten 1 und 2 stimmen wir Ihnen generell zu. Als SPD fordern wir, so viel geförderten Wohnraum wie möglich zu schaffen. Allerdings ist uns noch nicht klar, auf welcher Rechtsgrundlage die Eigentümer*innen dazu verpflichtet werden sollen, einen noch höheren Anteil an geförderten Wohnungen zu schaffen. Klar ist jedoch, dass dort, wo die Flächen der Stadt Köln bereits gehö-

ren, im besten Fall 100 Prozent geförderter Wohnraum geschaffen werden sollten oder das doch zumindest geprüft werden sollte.

Die Punkte 3 und 4 sehen wir auch etwas kritischer. Hier haben wir Zweifel, ob die einzelnen Gebiete die erforderliche Größe für eine solche städtebauliche Entwicklungsmaßnahme haben. Außerdem bleibt auch uns hier unklar, ob die Ziele dadurch erreicht werden können.

Die Eigentumsverhältnisse bestehen im Moment einfach und können jetzt nicht so leicht außer Kraft gesetzt werden. Wir befürchten auch, dass man sich dann, wenn die Stadt hier ihr Vorkaufsrecht ziehen würde, in eine spekulative Immobilienblase hineinbegäbe und am Ende Verluste verzeichnen müsste.

Den Punkt 6 würden wir gänzlich ablehnen. Die Entwicklung sollte jetzt einfach schnell vorangetrieben werden, und die Bautätigkeit sollte wieder aufgenommen werden. Allein wegen der Höhe können jetzt keine weiteren Verzögerungen entstehen.

Wenn Änderungen am B-Plan vorgenommen werden sollen, dann werden sie selbstverständlich ohnehin in den politischen Gremien diskutiert und gegebenenfalls auch beschlossen.

Es besteht also eine schwierige Situation. Daher möchten wir heute darum bitten, diesen Antrag in die Fachausschüsse, also den Stadtentwicklungsausschuss und den Liegenschaftsausschuss, zu verweisen, und die Verwaltung darum bitten, dazu dann vielleicht eine entsprechende Stellungnahme vorzubereiten, damit wir das fachlich diskutieren können. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Den ersten beiden Vorrednern, Christine Seiger und Niklas Kienitz, kann ich mich voll anschließen. Sie haben sehr staatstragend vorgetragen.

Bei der Kollegin Recktenwald klang es gerade so: Das ist ja ein toller Antrag - bis auf die Punkte 1, 2, 3 und 4, und die Punkte 5, 6 und 7 waren auch nicht so gut; also verweisen wir ihn lieber einmal.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Da bin ich dann schon eher bei den Kollegen, die davor gesprochen haben, und sage: Dann sollten wir ihn ablehnen; dann brauchen wir die Verwaltung damit nicht weiter zu beschäftigen.

Eigentlich geht es hier - frei nach dem Gedicht der Heinzelmännchen - nach dem Motto:

Wie war es doch vordem
Mit dem Sozialismus so bequem.

Denn alle Punkte, die hier aufgezählt sind, kommen im Grunde aus dem Giftschränk der Planwirtschaft.

(Vereinzelt Heiterkeit - Zurufe)

Der Kollege Weisenstein weiß selber, dass wir dann, wenn wir hier voll auf das Kooperative Baulandmodell - auch für die Flächen, für die es nicht gilt - setzen, weniger Wohnraum schaffen. Das ist besprochen worden, weil es ja so schon angekündigt worden ist.

Hier wird verlangt, dass erst die Infrastruktur geschaffen wird und dann die Wohnungen kommen. Das haben wir in Zündorf-Süd - lieber Michael Weisenstein, auch das weißt du - auch schon so gehabt. Da ist immer die Frage: Henne oder Ei? Alle sagen: Die Wohnungen erst, wenn die Umgehungsstraße und die Bahn da sind; die Bahn und die Umgehungsstraße aber erst, wenn die Wohnungen da sind. - So sind wir seit Jahren und Jahrzehnten da nicht weitergekommen. Auch das macht also keinen Sinn.

Zum Vorkaufsrecht: Klar; verstaatlichen wollten die Sozialisten schon immer.

Auch beim Thema Hochpunkte bin ich nicht bei euch. Wir wollen verdichten. Das kommt in jeder wohnungspolitischen Sonntagsrede vor. Aber wenn Investoren dann einmal sagen, dass sie über die vier oder fünf Geschosse hinausgehen wollen, kriegen alle direkt das Flattern. Ich bin sicher, dass der Dezernent in der Finalisierung des entsprechenden Hochhauskonzeptes ist. Das ist ein sehr schönes Wort, das Herr Kollege Görzel eben noch einmal herausgearbeitet hat. Hier sind

viele Konzepte in der Finalisierung. Darauf sollten wir auch nicht warten, weil - das hat Niklas Kienitz richtig gesagt - das nur die Bebauungsplanverfahren verzögern würde.

Im letzten Punkt wird noch die Jury im Grunde diskreditiert. Wir sind froh - wir haben das gemeinschaftlich getragen -, dass es diese Jury gibt. Wir sind froh, dass sich da Fachleute - neben der Verwaltung - dafür einsetzen, dass wir dort eine städtebauliche und architektonische Qualität hinbekommen. Hier wird im Grunde unterstellt, dass da etwas Unrechtes gemacht wird. Nein, ich bin sicher - das kann auch der Dezernent bestätigen -: Verhandlungen mit Investoren führt nur die Verwaltung im Namen der Stadt Köln und nicht irgendeine Jury. Das kann der Dezernent hier gerne noch einmal bestätigen.

Alles zusammengefasst, ist das also eine Wunschliste einer Politik, die wir schon einmal in einem Reallabor hier in Deutschland versucht haben und die auch dort nicht funktioniert hat.

(Zurufe)

Daher sollten wir diesen Antrag heute besser ablehnen, als noch einmal die Verwaltung oder weitere Fachausschüsse damit zu beschäftigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik, bitte.

Christian Achtelik (Voll): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe LINKE, beim ersten Lesen des Antrags dachte ich bei vielen Punkten: Ja, das klingt ja gut; es klingt nach einer schönen Wunschliste. - Beim zweiten Lesen ist mir dann natürlich klar geworden, dass uns das zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiterhilft. Das haben Herr Kienitz und Frau Seiger auch schon ausgeführt.

Trotzdem ist für uns in dieser Ratsperiode natürlich die Prämisse, dass wir als Stadtrat gemeinsam mit der Verwaltung alles in unseren Möglichkeiten Stehende tun, um schnell neuen Wohnraum zu schaffen - mit einem gemeinschaftlichen Ansatz bzw. einem Gemeinwohlanatz.

Um Sie da zu zitieren, Herr Weisenstein: „Köln braucht dringend mehr Wohnraum“ war, glaube ich, ungefähr Ihre Wortwahl. Trotzdem enthält Ihr Antrag zwei Punkte, Punkt 2 und Punkt 6, mit denen wir genau das zunächst nicht schaffen. Auf die Details brauche ich jetzt gar nicht weiter einzugehen. Das haben die Vorredner*innen schon erledigt.

Es wird nicht klappen, wenn wir noch keine Infrastruktur haben? Auch mein Wunsch wäre, dass immer zuerst die Bahn da ist, bevor ein Gebiet erschlossen wird. Aber wenn das Gebäude dann fertig ist, lassen wir es geschlossen? Vermutlich nicht.

Ich möchte mich allerdings Frau Recktenwald anschließen und um eine kurze Stellungnahme der Verwaltung bitten - vielleicht kann Herr Greitemann das noch kurz nachschieben -, um hier auch noch einmal die Verwaltungsmeinung zu hören.

Wir von der Voltfraktion möchten dieser Entwicklung im Mülheimer Süden aber keine Steine in den Weg legen und werden deswegen diesen Antrag ablehnen. - Danke.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann frage ich erst, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt, bevor ich dann Herrn Greitemann das Wort gebe. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nur ganz kurz, daher vom Platz: Ich finde es erschreckend, wenn hier mit der Forderung nach 30 Prozent sozial gefördertem Wohnungsbau so lapidar umgegangen wird. Natürlich gab es auch Genehmigungen oder Vereinbarungen, die bereits vor einem solchen Beschluss gefasst wurden. Das gilt ja für viele Sachen, auch für nachhaltiges Bauen und Weiteres mehr. Da bleibt mir nur, zu sagen: Dann hätte man eben so einen Beschluss mit den 30 Prozent sozial gefördertem Wohnungsbau als Mindestanspruch vielleicht ein paar Jahrzehnte früher treffen sollen. - Aber das sei einmal dahingestellt.

Ja, natürlich wollen wir ein zuverlässiger Partner sein - aber bitte doch nicht nur für die Investoren

dieser Stadt, sondern vor allem für die Bewohner*innen dieser Stadt und vor allem für die wirtschaftlich schwachen Menschen, die hier ebenso ihr gutes Recht haben, ein Leben zu leben, wie wir anderen auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Höhenkonzept kann ich jetzt nicht so viel sagen; das gebe ich ehrlich zu. Für mich klingt es allerdings logisch, erst einmal das Gesamtkonzept abzuwarten, bevor man vollendete Tatsachen schafft.

Dann möchte ich gerne noch etwas zu dem Sozialismusvergleich bzw. Vergleich mit der DDR sagen. Ich finde es wirklich ziemlich schwach, wenn hier ein politischer Partner, dem man doch eigentlich bitte auf Augenhöhe zu begegnen hat, derart diskreditiert wird. Hier hat niemand den Sozialismus und die Rückkehr in dieses überholte System gefordert. Das finde ich eigentlich sehr unsachlich und auch unnötig.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

An der Stelle könnte man sich ja genauso gut hinstellen und in Bezug auf Kapitalismus und Neoliberalismus sagen: Wenn Freiheit so definiert wird, dass diejenigen, die viel haben und die die Entscheidungshoheit und die Entscheidungsgewalt haben, im Sinne ihrer eigenen egoistischen Freiheit entscheiden, dann kommen wir auch nicht weiter. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nun bekommt Herr Greitemann das Wort.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat, eins eint uns mit Sicherheit: die Unzufriedenheit über die Fortschritte in diesem Gebiet. Herr Weisenstein, uns eint auch, dass dieses Projekt auf höchster Priorität bei mir in der Verwaltung angesiedelt ist. Ich kenne kaum ein Verfahren, das so eng begleitet wird wie die sieben Verfahren im Mülheimer Süden, um diese Verfahren

voranzutreiben. - Das nur einmal vorausgeschickt.

Es ist vieles dazu gesagt worden, warum dieser Antrag in dem Sinne, in dem Sie ihn verfasst haben, nicht zielführend ist. Aber ich möchte ganz gern auf die von Herrn Achtelik angesprochenen Dinge eingehen.

Ja, wir haben an dieser Stelle die Kooperativen Baulandmodelle in den jeweils gültigen Fassungen zu beachten. Dieses Verfahren läuft ja seit 2013/14. Wir haben eine Fassung vor 2017 und eine Fassung nach 2017. Je nachdem, wann die Bebauungsplanverfahren gestartet worden sind - und das ist sehr genau bemessen worden -, wird das entsprechende Kooperative Baulandmodell angewandt. Dann kommt an der einen Stelle dabei heraus, dass gar nichts an öffentlich gefördertem Wohnungsbau erbracht werden muss - das ist misslich; aber es ist so -, und an der anderen Stelle sind es die 30 Prozent.

Die Verwaltung - um das auch deutlich zu sagen - folgt in vielen Teilen den städtebaulichen, architektonischen Empfehlungen der Jury und verhandelt sie dann mit den Bauherren, mit den Vorhabenträgern.

Ich muss ganz deutlich sagen: Mit denjenigen, mit denen wir viel zusammenarbeiten, mit den Kölnern, kommen wir große Schritte voran. Mit denjenigen, die vorhin angesprochen worden sind, haben wir unsere erheblichen Probleme, weil sie als Investoren das Ganze dort definitiv eher als Bank sehen als als Entwicklungsgebiet.

Aber wichtig für Sie ist: Wir werden in der Verwaltung auch zukünftig in den Gebieten, in denen wir das Kooperative Baulandmodell nach neuer Fassung nicht anwenden können, immer wieder insistieren, um öffentlich geförderten Wohnraum herauszubekommen, herauszuverhandeln.

Vielleicht noch ein Hinweis für Sie alle: In letzter Konsequenz sind es Sie als Rat, der die Bebauungspläne beschließt, in denen Höhen festgelegt werden, in denen Höhen auf Grundlage des Werkstattverfahrens festgelegt werden. Welche Höhe dann dabei herauskommt, ist Ihre Entscheidung.

Die städtebaulichen Verträge werden wir natürlich auf Grundlage der Wünsche des Soveräns verfassen, damit wir unsere gemeinsamen stadtentwicklungspolitischen Ziele umgesetzt bekommen.

Vielleicht ist das auch ein Grund, warum wir etwas mehr Zeit verwenden, weil die Verwaltung hier - ich will es einmal so sagen - ziemlich dickes Beharrungsvermögen an den Tag legt und unsere stadtentwicklungspolitischen Ziele an dieser Stelle durchsetzen will.

Meiner Ansicht nach sollten wir - wenn ich das noch sagen darf - eine Lehre daraus ziehen. Dieses Verfahren ist ja vor über zehn Jahren gestartet. Wir sollten bei neuen Verfahren darauf achten - das haben wir in unserer Amtszeit auch so getan, dass wir die großen Entwicklungsgebiete hauptsächlich selbst in der Hand haben, also über große Anteile an Grundstücken verfügen. Das ist im Mülheimer Süden nicht passiert. Wir sind jetzt in der Phase, in der wir das auflösen müssen.

Ich war übrigens - das ist jetzt wirklich der letzte Satz - vor mehreren Wochen in Hamburg und Berlin. Diese Großstädte haben ähnliche Probleme mit den gleichen Protagonisten und ziehen dieselben Schlüsse daraus. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat sich noch Herr Wortmann gemeldet. Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Vielen Dank., Frau Oberbürgermeisterin. - Ich beantrage, über diesen Antrag in den einzelnen Punkten abzustimmen. Einzelabstimmung, bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann schlage ich vor, entsprechend dem Vortrag von Frau Recktenwald zunächst einen Änderungsantrag auf Verweisung in den Stadtentwicklungsausschuss und den Liegenschaftsausschuss zur Abstimmung zu stellen. Habe ich Sie da richtig verstanden? - Ja. Frau Recktenwald nickt. Danach würde ich über den Antrag der LINKEN abstimmen lassen, und zwar, wie Herr Wortmann vorgeschlagen hat, punktweise.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Frau Oberbürgermeisterin, wenn die Verweisung beschlossen würde, müssten wir hier keine Einzelabstimmung durchführen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, nein. Das ist mir auch klar. - Okay.

Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen, den Antrag der LINKEN in den Stadtentwicklungsausschuss und den Liegenschaftsausschuss zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind die Grünen, die CDU, die FDP und Volt. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist das abgelehnt. - Frau Gabrysch.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]:
Ich habe mich leider zu spät gemeldet!
Aber ich würde mich gerne enthalten!)

- Bei den Enthaltungen dürfen wir Sie notieren. Okay. - Dann ist der Antrag trotzdem abgelehnt. Aber wir wollen hier korrekt sein.

Dann lasse ich über den Antrag der LINKEN abstimmen. Wir können die Punkte auch nicht irgendwie zusammenfassen? - Nein. Gut. Dann folgen jetzt sieben Einzelabstimmungen und die Gesamtabstimmung, also insgesamt acht Abstimmungen.

Punkt 1. Zustimmung? - LINKE, SPD, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Herr Zimmermann. Abgelehnt.

Punkt 2. Zustimmung? - DIE LINKE, die SPD-Fraktion und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Abgelehnt.

Punkt 3. Zustimmung? - DIE LINKE, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Herr Zimmermann. Abgelehnt.

Punkt 4. Zustimmung? - DIE LINKE, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Herr Zimmermann. Abgelehnt.

Punkt 5. Wer wünscht zuzustimmen? - DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Herr Zimmermann. Abgelehnt.

Punkt 6. Wer wünscht zuzustimmen? - DIE LINKE und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Abgelehnt.

Punkt 7. Wer wünscht zuzustimmen? - DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Herr Zimmermann. Abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Gesamtantrag abstimmen. Wer wünscht zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Herr Zimmermann, die SPD-Fraktion und Die FRAKTION. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Den Antrag unter TOP 3.1.5 haben wir vertagt.

Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Planungs- und Gestaltungssicherheit für die Kölner Außengastronomien“ AN/1191/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt AN/1266/2022

Dazu hat als Erster Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine werten und geschätzten Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Meine Damen und Herren an den Monitoren und natürlich hier im Saal!

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Lauter!)

- Lauter? Ich soll lauter reden? - Das höre ich auch selten. Ich versuche es lauter.

Versuchen wir es noch einmal: Hören Sie mich jetzt besser, Herr Weisenstein?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja!)

Gut, dann versuche ich es noch einmal.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren an den Bildschirmen und hier im Saal! Wir finden, es ist durchaus ein gutes Signal, dass wir hier auf der Strecke am Ende doch zu einem gemeinsamen Ergebnis

kommen - zumindest interpretiere ich den gemeinsam getragenen Änderungsantrag jetzt so -, allerdings hätten wir uns, glaube ich, viele der Schleifen ersparen können, wenn die Dinge, die auch dieser Rat schon vor längerer Zeit beschlossen hatte, entsprechend umgesetzt worden wären.

Wir haben im Sommer 2021 Zuschriften und Hinweise bekommen, dass das eine oder andere nicht so richtig rundläuft, wenn es darum geht, Spielregeln im öffentlichen Raum - insbesondere hinsichtlich der Außengastronomie - zu überprüfen, und dass sich die Gastronomen auch damals schon gegängelt fühlten. Das war und ist meines Erachtens gerade vor dem Hintergrund, dass sowohl im letzten Sommer als auch in diesem Sommer die wichtigsten Phasen für unsere sehr wertvolle und sehr facettenreiche Außengastronomie sind, um auch wieder einmal ein bisschen Geld zu verdienen, alles andere als lustig. Und es hat uns streckenweise fassungslos gemacht, dass der Verwaltung an vielen Stellen das Augenmaß verloren gegangen schien.

Die Gastronomen beklagten Bürokratiewahnsinn sowie eine Gängelei und Drangsalierung. Das ist in diesem Sommer wieder so, obwohl es im Jahr 2017 - darauf will ich jetzt noch einmal verweisen - ein Gestaltungshandbuch gegeben hat, das wir hier - zugegebenermaßen noch in anderer Besetzung - beschlossen haben und in dem sehr klare Aufgaben an die Verwaltung gerichtet wurden, die bis heute nicht erfüllt wurden. So fehlt der Konsultationskreis, der an vielen Stellen immer wieder richtigerweise genannt ist, um zu sagen: Wir setzen uns mit allen Beteiligten zusammen - da sind wir wieder bei dem gleichen Punkt, den wir eben schon einmal bei den Rheinschiffen hatten - und erarbeiten Lösungen und überlegen gemeinsam, wie im Detail der Stadtraum gestaltet werden soll. Stattdessen scheint es eine Verwaltung zu geben - ohne dass es diesen Konsultationskreis gibt, ohne dass es Modifikationen am Gestaltungshandbuch gibt -, die eigene Regeln erfindet, wie der öffentliche Raum aussehen soll. Auch das macht sie zur Auflage und drangsaliert oder sanktioniert sogar am Ende die Gastronomen. Ob das überhaupt rechtens ist, bezweifeln wir stark.

Die Folge ist, dass wir nun im Jahr 2022 schon wieder hier stehen und über diese Fragen diskutieren.

Der Fun Fact am Rande ist, dass wir gerade auf der Deutzer Freiheit erleben, dass die Stadt selbst buntes, grünes Stadtmobiliar in den Raum stellt. Also das, was sie den Gastronomen verbietet, stellt sie jetzt selbst auf. Wir finden das gut, weil es auch den Stadtraum verschönert. Warum dürfen das aber nicht die Gastronomen? - Da hat doch das Ganze ein Stück weit System - so hat man zumindest den Eindruck -, auch wenn wir nicht wissen, wer den Gastronomen Böses will.

Deswegen gilt es doch in diesen Zeiten, die Außengastronomie oder die Gastronomie insgesamt zu unterstützen. Wir könnten viel mehr machen, als sie zu drangsalieren, vielleicht sogar den Verzicht auf Gebühren im außergastronomischen Bereich beschließen. Wir könnten auch vereinfachte Verfahren für neue Gastronomieflächen beschließen und die Gestaltung etwas offener machen.

Deswegen ist es für uns sehr, sehr wichtig, und zwar schon lange, dass diese Willkür gegenüber der Außengastronomie ein Ende haben muss und wir allgemeingültige Regeln erarbeiten müssen, was ich eingangs bereits sagte.

Gut ist, dass das Bündnis das jetzt aus unserer Sicht erkannt hat; denn der Änderungsantrag - ich sprach es an -, der jetzt vorliegt, führt genau in die richtige Richtung. Deswegen haben wir uns dem auch angeschlossen bzw. sind mit auf den Änderungsantrag gegangen. Er konkretisiert lediglich die Punkte, die wir aufgebracht haben.

Wir finden es notwendig und richtig, jetzt zu sagen: Es gibt diesen Konsultationskreis, und bis es von diesem Ergebnisse gibt, haben wir ein Moratorium, wonach im Prinzip die entsprechenden Regeln so nicht zur Anwendung kommen. Wir halten das für sehr vernünftig. Gut, dass wir als SPD-Fraktion diesen Antrag gestellt haben, sonst hätten wir das Ergebnis vielleicht heute auch nicht. Damit würde ich es aber an Eigenlob auch bewenden lassen.

Ansonsten freue ich mich; denn ein schöner, ein bunter, ein grüner Stadtraum - das darf ich an der Stelle durchaus sagen -, und zwar im Sinne von Pflanzen und Bäumen, ist doch etwas Wertvolles für uns alle, für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die vielen Touristen. Deswegen wollen wir, dass dies dann auch zu einem guten Stadtklima beiträgt.

In diesem Sinne bedanke ich mich und freue mich, wenn wir gleich alle zusammen diesen Antrag beschließen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, Sie können sich vorstellen, dass ich nicht gern auf der Verwaltung sitzen lasse, dass sie Gastronomen drangsaliert. - Frau Blome dazu bitte.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin, dass ich kurz sprechen darf.

Ich verahre mich aufs Schärfste dagegen, dass sich das Ordnungsamt, das zu meinem Geschäftsbereich gehört, mit dem Ordnungsdienst aufgemacht hat, um Gastronomen zu drangsaliieren. Diese Ausdrucksweise - das muss ich jetzt wirklich einmal kommentieren - geht überhaupt nicht.

Für Gastronomen, bei denen festgestellt wird, dass sie auf eklatante Art und Weise die genehmigten Flächen überschritten haben, Rettungswege zugestellt haben und Weiteres - hier geht es nicht um Sitzkissen mit karierten Maiglöckchen -, sie also dabei erwischt wurden - in Anführungszeichen - und sich dann auch noch über Social Media als drangsaliert darstellen, fehlt mir jegliches Verständnis. Vor allem fehlt mir manchmal das Verständnis, wenn nicht eingesehen wird, dass wir uns - so hätte ich die Erwartung; denn das ist unsere gemeinsame Verwaltung, die wir hier vertreten - hinter unsere Mitarbeitenden stellen und ich mich insbesondere hinter meinen Geschäftsbereich stelle. Das sollte wohl selbstverständlich sein, und das sollten Sie auch von mir erwarten. Gegen den Vorwurf einer Drangsaliierung von Gewerbebetrieben, die den öffentlichen Raum bereichern und die wir alle miteinander wollen, verahre ich mich. Das weise ich entschieden zurück. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Herr Richter ist nicht da. - Bitte, zweite Runde.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauer*innen am Livestream! Anfang des Jahres haben wir hier im Rat eine Strategie für die Außengastronomie beraten und beschlossen. Wir haben das Konzept „Sitzen statt Parken“ für den Außenbereich verankert und damit einer pandemiegebeutelten Branche eine schnelle und unkomplizierte Hilfestellung ermöglicht. Jetzt ist der Sommer da, und die Konflikte häufen sich. Auch die Beschwerden über das Ordnungsamt nehmen zu.

Über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten. Ich möchte betonen, dass es hier in der Debatte nicht um Blumenkübel und Schirmgrößen geht. Das wird der Debatte überhaupt nicht gerecht. Es geht um viel mehr. Es geht um den Umgang mit lokalen Unternehmer*innen vor Ort, um die Wertschätzung für liebevoll gestaltete Außengastronomie im Veedel und auch um Transparenz, und zwar vom ordnungsbehördlichen Handeln und Verwaltungshandeln. Es geht auch um Kommunikation und Verständnis füreinander, Verständnis für Regeln, die der Rat der Stadt gegeben hat, Regeln, die einzuhalten sind, Regeln, die auch vollzogen werden müssen. Auch dafür haben wir Verständnis, und dafür müssen auch die Gewerbetreibenden Verständnis haben. Das ist keine Einbahnstraße.

Als Vertreterin einer bürgernahen Politik erwarten wir hier offene Ohren für die Anliegen der Gastronom*innen. Aus diesem Grund haben wir auch in der letzten Woche im Wirtschaftsausschuss eine aktuelle Stunde zu dem Thema „Außengastronomie“ unter Einbeziehung aller Beteiligten abgehalten. Miteinander statt übereinander reden ist immer hilfreich. Daher möchte ich auch an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, zu erwähnen, dass die fachliche Debatte in die Fachausschüsse gehört und dort geführt werden sollte. Nicht alles muss in den Rat und nicht alles wird im Rat besser behandelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

- Danke.

Die Debatte wird auch in unseren Bezirken geführt. So hat auch die BV 1 einen entsprechenden Beschluss in diese Richtung gefasst. Es wird niemand infrage stellen, dass wir zum einen Regeln für die gewerbliche Nutzung des öffentlichen Raums brauchen. Zum anderen brauchen wir aber auch Fingerspitzengefühl in der Kommunikation, warum wir diese Regeln haben und wie sie durchgesetzt werden.

Für uns steht fest: Der öffentliche Raum darf nicht zum Spielball werden. Eine liebevoll gestaltete Außenterrasse soll aber auch nicht am Regelwerk scheitern.

Kurzum: Das Gestaltungshandbuch, das wir 2017 hier verabschiedet haben, braucht dringend ein Update. In diese Richtung geht auch der Antrag des Bündnisses oder - wie ich jetzt gehört habe - der gemeinsame Antrag. Die Regelungen zur Gestaltung der Außengastronomie werden bis zum zweiten Quartal 2023 pausiert, außer die Regel zur Barrierefreiheit. Barrierefreiheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht für uns hier nicht zur Disposition.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In die Fortentwicklung des Gestaltungshandbuchs sind neue Elemente wie Flächengestaltung von Parkplätzen, aber auch die Nutzung von Pflanzen mit einzubeziehen. Einen Vorschlag für diese Fortentwicklung soll der Konsultationskreis erarbeiten. Zu diesem gehören neben Politik und Verwaltung natürlich auch die Gastronomieverbände und die Behindertenvertretungen. Die große Runde ist hier wichtig, damit wir uns alle hinter dem gemeinsamen Entwurf versammeln können und dann auch etwas verabschieden können, was für ganz Köln gilt und wohinter auch jeder in Köln steht. Deshalb bitten wir darum, unserem Antrag zuzustimmen; denn das Kölsch an der frischen Luft soll nicht am Regelwerk scheitern. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren am Livestream und

auf der Zuschauertribüne! Wir wollen zunächst einmal festhalten: Die Situation der Außengastronomie hat sich in Köln durch die Pandemie radikal verändert. Wir haben eine maximale Ordnung und Beschränkung in der Zeit vor der Pandemie gehabt; das war auch Teil des Kölner Straßenbildes. Wir haben dann aber erlebt durch die Pandemie und die damit vollzogenen Lockerungen, die wir hier gemeinsam zusammen mit der Verwaltung auf den Weg gebracht haben, dass das, was neu entstanden ist - egal, ob auf den Parkstreifen oder das großzügigere Handling auf den Kölner Plätzen -, nicht nur die Gastronomie belebt hat, sondern auch in das Kölner Stadtbild etwas mehr - ich will es einmal so sagen - südländisches Flair und Großstädtigkeit hineingebracht hat. Vor dem Hintergrund muss man bestehende Regeln hinterfragen. Das Gestaltungshandbuch stammt noch aus einer Zeit, in der man diese Liberalität nicht hatte. Deshalb ist es jetzt wichtig, die Dinge zu überarbeiten und entsprechend fortzuentwickeln. Wenn man das unterstellt, macht es natürlich auch Sinn, dass man das Gestaltungshandbuch, bis diese Passagen weiterentwickelt werden, entsprechend aussetzt.

Aber das, was nicht geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, in der Phase, in der alte Regelungen noch gelten, unsere Verwaltung zu beschimpfen. Das gehört zwar zur Oppositionsrolle in gewisser Weise dazu,

(Zurufe von der SPD)

aber wenn ich mich an Ratssitzungen und Ausschusssitzungen erinnere, auf denen immer wieder beklagt wurde, dass wir kein Personal finden, dann muss ich die Frage stellen: Möchte denn jemand in einem Bereich der Verwaltung arbeiten, wo er regelmäßig von der Opposition beschimpft und diskreditiert wird? Das kann es doch nicht sein!

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bitte ich um etwas mehr Gelassenheit.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Wenn ich dann auch noch einmal in die Details hineingehe: Wie viele Gastronomen haben sich denn überhaupt beschwert? - Wir haben Tausende Gastronomen in Köln, die mit der Kontrollarbeit unseres Ordnungsamtes sehr zufrieden

sind. Das sage ich jetzt auch einmal als Ausschussvorsitzender. Klar gibt es immer wieder den einen oder anderen, der sich beschwert. In vielen Fällen ist die Beschwerde unbegründet. Deshalb sage ich noch einmal: Wir sollten hier auch mit unserer Verwaltung - das sage ich nicht nur als AVR-Vorsitzender, sondern auch als Vorsitzender der CDU-Fraktion - ordentlich umgehen und Dinge nicht aufbauschen, die nicht aufbauschbar sind.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur noch einmal dafür werben - auch an die andere Fraktionen gerichtet, auch wenn viele schon auf unserem Änderungsantrag stehen -: Lassen Sie uns das Gestaltungshandbuch ändern und gemeinsam dafür sorgen, dass sich diese neue Urbanität, die wir seit der Pandemie in Köln im Außenbereich haben, fortsetzt! Lassen Sie uns das Gestaltungshandbuch im Dialog - die Vorrednerin hat es schon gesagt - mit den Betroffenen und den wesentlichen Stakeholdern in dieser Stadt entsprechend weiterentwickeln! Ich glaube, davon wird unsere Stadt nur gewinnen. Ich denke, wenn die Regeln ansonsten immer eingehalten werden, profitieren alle Kölnerinnen und Kölner davon, dass wir hier in einer ordentlichen Stadt leben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich gern einfach noch einmal sagen, wie das Frau Karadag schon getan hat, dass der Antrag der SPD vernünftigerweise auch im Wirtschaftsausschuss hätte besprochen werden können. Ich glaube, es ist gut und wichtig, dass Anträge, die wirklich kompliziert sind, zu denen man auch eine Diskussion zulassen sollte, nicht im Rat Eingang finden, sondern zunächst in den Fachausschüssen. Das wäre gut gewesen.

Ich wundere mich auch darüber, dass das Bündnis mit diesem Änderungsantrag dazukommt; denn es gab schließlich eine aktuelle Stunde im Wirtschaftsausschuss. Warum hat man das

Thema im Vorfeld nicht im Wirtschaftsausschuss abgeräumt? Es ist schließlich kein neues Thema. Das ist verwunderlich.

Noch eine kurze Anmerkung zum Bündnis-Antrag: Knapp eine Stunde vorher zu fragen, ob man mit auf einen Antrag möchte, ist eine kleine Überforderung für ehrenamtliche Politiker*innen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wäre gut, wenn man so etwas zeitnah macht, damit man sich damit entsprechend beschäftigen kann.

Jetzt komme ich zu den eigentlichen Anträgen. Ich fange damit an, dass es natürlich richtig ist, die Kölner Gastronomie nach der schweren Corona-Zeit mit ihren großen Umsatzeinbußen zu entlasten. Deshalb sind wir in der Vergangenheit auch dafür eingetreten, sie für 2022 komplett von den Gebühren für die Außengastronomie zu befreien - leider vergeblich. Da hat das Bündnis nicht mitgemacht. Das Aufstellen von Blumenkübeln - wie in dem SPD-Antrag aufgeführt - sehen wir dagegen kritisch.

Jetzt gibt es natürlich den Bündnis-Antrag, der etwas detailreicher ist und in dem die Frage der Barrierefreiheit, die für uns von Bedeutung ist, noch einmal ganz explizit genannt worden ist. Wir dürfen nicht vergessen, meine Damen und Herren, dass es ein öffentlicher Raum ist, der durch die Außengastronomie kommerzialisiert und dem Zugriff der Öffentlichkeit entzogen wird. All denen, die nicht dafür bezahlen wollen oder können, ist er nämlich entzogen. Das tolerieren wir, weil es Menschen gibt, die sich gern dort hinsetzen und einen Kaffee oder ein Bier trinken wollen. Das ist auch wunderbar. Aber allen anderen gegenüber sind wir auch verpflichtet, diesen Zugriff auf den öffentlichen Raum so gering wie möglich zu halten. Das betrifft insbesondere, aber nicht nur gehbehinderte Menschen, alte Menschen mit Rollatoren sowie Eltern mit Kinderwagen und Kleinkindern, die mit ihren Rädern bis zum Alter von acht Jahren auf dem Bürgersteig fahren müssen. Ihnen und allen anderen sind wir es schuldig, dass dann auch nur das Nötigste, nämlich Tische und Stühle, auf dem Bürgersteig stehen dürfen. Wir halten Dekoration nicht für das Wichtigste, damit die Außengastronomie ihre Umsatzeinbußen wieder ausgleichen kann. Das denken wir nicht. Aber um an diese ganze Geschichte konstruktiv heranzugehen, muss man - vor allem, wenn man

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 28

vom Ordnungsamt erwartet, dass es dies und jenes macht - natürlich auch bedenken, dass das Ordnungsamt eine begrenzte Zahl von Mitarbeitenden hat, die kontrollieren sollen. Sie sollen nämlich auch vollziehen. Wie soll das klappen? Sie können schließlich nicht überall sein. Wie die Personalsituation aussieht, das wissen wir alle; denn das ist auch immer wieder Thema im AVR.

Jetzt noch einmal zu den einzelnen Punkten. Zu Punkt 1 des Bündnis-Antrages: Wenn es darum geht, dass die Barrierefreiheit die Ausnahme bleiben soll und der Rest ausgesetzt wird, muss man das auch wirklich ernsthaft betreiben. Dann muss man sagen: Barrierefreiheit steht an erster Stelle. Die beiden anderen Punkte kann man dann auch gern bis 2023 aussetzen.

Dass mit dem Konsultationskreis entsprechende Regelungen erarbeitet werden sollen, ist wunderbar. Es ist wichtig, dass man an diese Sache herangeht. Es wurde auch viel über das Gestaltungshandbuch gesagt, dass es überarbeitet werden muss. Es gibt natürlich Entwicklungen, die man sich genau anschauen muss, bevor man ihnen entgegenwirkt und neue Regelungen trifft.

Es gibt noch eine Sache, die ich wichtig finde, und zwar wird in Punkt Ihres Antrages gesagt: Bis zur Beschlussfassung sollen die Kontrollen ausgesetzt werden. - Ich bitte darum, dazu Stellung zu nehmen, wie man das zu verstehen hat. Meine Damen und Herren, es darf nicht ausgesetzt werden, die Barrierefreiheit zu prüfen. Das darf natürlich nicht sein.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Aus dem Antrag selbst ist nicht ganz eindeutig herauszulesen, dass es wirklich so gemeint ist. Es steht vielleicht in einem Nebensatz, aber schön wäre es gewesen, wenn man das noch einmal klargestellt hätte.

Unter der Prämisse, dass die Barrierefreiheit geleistet ist und das Ordnungsamt diese Barrierefreiheit - unabhängig davon, bis das Handbuch bzw. bis die Änderung kommt - auch wirklich kontrolliert, können wir diesem Antrag zustimmen.

Trotzdem möchte ich zum Schluss sagen: Es ist tatsächlich wichtig, solche Anträge gut zu diskutieren. Der Rat ist hierbei nicht der richtige Rahmen und nicht das richtige Gremium. Wir reden

immer wieder darüber, dass wir in Fachausschüssen Fachthemen besprechen, aber immer wieder schafft es diese Art von Anträgen in den Rat, und dann stehen wir hier und müssen im Galopp Entscheidungen treffen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Rückfrage von Herrn Michel zu?

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Bitte.

Dirk Michel (CDU): Keine Frage. Ich wollte aufklären - Sie haben das zweimal angesprochen -, warum das jetzt hier im Rat ist trotz unserer aktuellen Stunde. Wir haben der SPD-Fraktion zugesagt, dass wir den Antrag nicht abräumen, und daran haben wir uns gehalten. Das ist der Grund, warum das heute hier noch behandelt wird.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Rückfrage von Herrn Hammer. Dann können Sie vielleicht gemeinsam darauf reagieren.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Keine Rückfrage, sondern eine Aufklärung.

(Ralph Sterck [FDP]: Aufklärung gibt es doch nicht! Es gibt nur Zwischenfragen!)

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Darf ich jetzt noch etwas sagen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Natürlich, danach können Sie antworten.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ach so, okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich wollte nur zunächst beide Zwischenfragen zulassen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Tokyürek, Sie haben die Frage aufgeworfen, inwieweit die Barrierefreiheit denn auch mit dem dritten Punkt gemeint ist, nämlich ob die Kontrollen ausgesetzt werden oder nicht. Jetzt formuliere ich es als Frage: Ist Ihnen bekannt, dass in Punkt 1 dieses Antrages genau auf die Einhaltung der Barrierefreiheitsregeln abgehoben wird? Sehen Sie den Zusammenhang, dass das selbstverständlich auch für den Punkt 3 gilt und die Barrierefreiheit somit natürlich an erster Stelle steht?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und der FDP)

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Ich gehe zunächst einmal kurz auf Herrn Michel ein: Ja, das habe ich sehr wohl schon verstanden. Ich weiß, dass es in der aktuellen Stunde darum ging, ob dieser Antrag abgeräumt wird, sodass man heute im Rat nicht darüber spricht. Trotzdem geht es mir darum, dass es inhaltlich wichtig ist, bestimmte Themen in Fachausschüssen zu besprechen. Darum ging es mir. Das sollten wir uns vielleicht für die Zukunft - das gilt für jede Fraktion - ans Herz legen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sehe das sehr wohl in Punkt 1 und Punkt 3. Nichtsdestotrotz wäre es, glaube ich, gut gewesen, noch einmal ganz konkret zu sagen: Barrierefreiheit steht an erster Stelle, und die Kontrollen dessen werden nicht ausgesetzt. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort. - Herr Hupke, Sie sind auf der Rednerliste.

(Bezirksbürgermeister Andreas Hupke
[Innenstadt] sprintet nach vorn)

Auf der Rednerliste!

(Bezirksbürgermeister Andreas Hupke
[Innenstadt]: Ach so!)

Volker Görzel (FDP): Andreas, dass es dich bei dem Thema juckt, ist nachvollziehbar.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Tokyürek, ich freue mich sehr, dass Sie den Antrag und seine Steller*innen genau studiert haben, aber wir als FDP-Fraktion gehören nicht dem Bündnis an und unterstützen den Antrag trotzdem als Mit Antragstellende. Ich will Ihnen auch erklären warum: Wir sind der Meinung, dass es hier im Interesse liegt, das Thema jetzt zu befrieden, das Thema jetzt zu beenden. Denn wir sind der Überzeugung, dass das, was in den letzten Wochen teilweise von einer Handvoll Interessierten kam mit Drangsalierung, keine Bagatelle ist, die Verwaltung so anzugreifen.

Umgekehrt ist es so, Frau Stadtdirektorin, dass gelegentlich die Verwaltung sich auch die kritische Frage gefallen lassen muss, ob immer alles mit Fingerspitzengefühl zugeht.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich weiß, eine solche Situation, die in der Aufgeheiztheit entstehen kann, ist auch eine Herausforderung für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - das wissen wir -, gleichwohl meinen wir, dass man hin und wieder sensibilisieren muss, und zwar der Sache wegen. Heute dieses Thema endgültig abzuräumen ist uns eine Herzensangelegenheit, weil wir meinen - die Kritik müssen sich jetzt einige leider gefallen lassen -, dass das Thema auch innerhalb der politischen Szenerie nicht immer sauber behandelt wurde.

Dirk Michel, du hast eben zu Recht die aktuelle Stunde angesprochen, aber die aktuelle Stunde am vergangenen Mittwoch war aus meiner Sicht - ich habe das deutlich gemacht - eine Farce. Es war eine Farce, weil hier eben nicht mit allen Stakeholdern, Herr Kollege Petelkau, auf Augenhöhe diskutiert wurde. Nein! Hier wurden quasi über Nacht diejenigen eingeladen und es wurde denjenigen Rederecht eingeräumt, die in der Vergangenheit am lautesten geschrien haben. Ich hätte erwartet, Herr Petelkau, dass genau das passiert, was Sie für Ihren Ausschuss, den AVR, zu Recht reklamieren, dass man allen Beteiligten, auch der Verwaltung - die Stadtdirektorin war gar nicht erst eingeladen - und anderen Vertreter*innen von Verbänden, beispielsweise der DEHOGA, hier das Wort reicht. Das ist nicht passiert. Das wurde versäumt, und das muss ich kritisieren.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der
SPD)

Frau Kollegin Karadag, ich musste eben schon ein bisschen schmunzeln, als Sie davon sprachen: Ja, wir nehmen die Interessen der Gastronomen ernst. - Ich habe hier vor einer Stunde gestanden und von den Gastronomen auf dem Wasser gesprochen. Darüber gehen Sie einfach hinweg. Ich sage jetzt aber einfach einmal ganz salopp und ein bisschen provozierend: Wenn es Ihre Gastronomen sind, dann legen Sie sich ins Zeug, und dann kommen Sie auch noch mit der Bezirksvertretung Innenstadt - Andreas Hupke war gerade schon auf dem Weg hierher - und machen die Bezirksvertretung Innenstadt zu Ihrem Zeugen. Bitte merken Sie sich das, wenn wir nachher bei dem Thema „Belgisches Viertel“ sind. Da können Sie sich auch die Bezirksvertretung Innenstadt zum Zeugen machen. Denn das genau Umgekehrte machen Sie in ungefähr zwei Stunden. Sie gehen einfach handstreichartig - weil es Ihre Gastronomen sind - über die BV Innenstadt hinweg. Das möchte ich an dieser Stelle schon zu Protokoll geben.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass wir heute zum letzten Mal über die corona-pandemiebedingte Situation der Gastronomie gesprochen haben.

(Lukas Lorenz [SPD]: Sehr unwahrscheinlich!)

Ich hätte mir auch gewünscht - das ist jetzt ein wenig rückwärtsgewandt -, diese Krokodilstränen, die hier eben vergossen wurden, wären vor einem halben Jahr vergossen worden, als es um die Gebührenfreiheit ging. Da war plötzlich die Situation eine andere. Aber wir schauen nach vorn. Ich wünsche mir, dass wir hier im Konsens miteinander und nicht gegeneinander arbeiten und uns schon gar nicht vor den Wagen einer kleinen Gruppe, die laut genug schreit, spannen lassen; denn das können wir souveräner, ausgewogener und viel besser unter uns. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und

Herren! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen! Frau Tokyürek, warum besprechen wir solche Sachen immer hier? - Hier haben wir mehr Aufmerksamkeit. Hier haben wir viel Show. In den Fachausschüssen interessiert es vermutlich niemanden, und da kann man sich nicht aufregen. Wir haben es dort besprochen, wir haben es dort auf die Agenda gebracht, aber das ist natürlich ein Antrag, der einfach von vornherein dort hingehört.

Sprechen wir über Regeln: Regeln sind dazu da, befolgt zu werden. Unser ganzes Leben beruht darauf. Viele von den Regeln sind sehr sinnvoll, aber manche nicht. Wer die Regeln nicht befolgt, der handelt im besten Fall egoistisch. Im schlimmsten Fall beschneidet man mit seinem Verhalten die Freiheit von anderen.

In Bezug auf das Gestaltungshandbuch habe ich das selbst erlebt, als ich vorletzte Woche Freitag mit dem Ordnungsamt im Quartier Latäng unterwegs war. Dort wurde einem Barbetrieb auferlegt, eine Restgehwegbreite von 1,60 Metern aufrecht zu erhalten. Das ist ein bisschen weniger als meine Körpergröße. Bei den Kontrollen - es war die zweite in zwei Tagen - wurden zum zweiten Mal 0,4 Meter gemessen. Da ist natürlich ein Durchkommen selbst für mich zu Fuß fast nicht möglich gewesen. Es war erst recht kein Durchkommen für Rollstuhlfahrer und für Menschen mit Kinderwagen. Es war einfach schlicht unmöglich. Für Fahrradfahrer oder mit kleinen Kindern war sowieso nicht möglich.

Es ist selbstverständlich - da werden mir hier sicherlich alle zustimmen -, dass solche Verstöße vom Ordnungsdienst konsequent geahndet werden. Wir haben es auch im Antrag so festgelegt, dass diese Barrierefreiheit bestehen bleiben muss.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Der Ordnungsdienst hat in diesem Fall nach meinem Empfinden mit sehr viel Augenmaß und sehr viel Kulanz gehandelt, sodass die Situation an sich sehr entspannt war. Ich habe das am selben Abend auch noch anders erlebt.

Aber genau um diese Regeln geht es heute nicht. Es geht um die Regeln, die zumindest jetzt in unserem Sinne nicht sinnvoll erscheinen oder überholt sind. Dazu zählen mittlerweile die berühmt

gewordenen Blumenkübel, die heute schon mehrfach Erwähnung gefunden haben. Wie man es da besser machen kann, zeigt zum Beispiel Regensburg. Dort wird nur vorgegeben, wie die Blumenkübel auszusehen haben. Man muss sie aber nicht genehmigen lassen. Man darf sie einfach in dem genehmigten Bereich aufstellen. Regensburg kann also auch ein gutes Beispiel sein.

2017 wurde das Gestaltungshandbuch einstimmig im Rat verabschiedet. Die Intention können wir als Volt und im Bündnis nachvollziehen. Ich persönlich halte es auch für sehr sinnvoll, dass es ein solches Buch gibt.

Der Abschnitt H7 gehört aber nicht dazu in seiner jetzigen Form. Da man sich trotzdem an diese vermeintlich unsinnigen Regeln halten muss, gibt es nur noch eine Lösung: Man muss die Regeln anpassen. Das machen wir jetzt auch bzw. wir klammern sie erst einmal aus.

Um es noch einmal explizit zu sagen: Die Barrierefreiheit wird explizit ausgeklammert, weil das Regeln sind, die für unser Zusammenleben natürlich elementar sind und die man nicht einfach so aushebeln sollte.

Obwohl ich es jetzt auch schon an verschiedenen Stellen gehört habe, dass der Konsultationskreis ein bisschen überholt ist und man ihn eigentlich gar nicht mehr brauchen würde in seiner angelegten Form, so ist er - diese Kritik muss man sich leider auch gefallen lassen - politischer Wille seit 2017. Der politische Wille wurde 2019 erneuert, Anfang des Jahres 2022 wurde er noch einmal erneuert sowie Anfang des Monats in der BV 1 und jetzt noch einmal mit diesem Antrag. Das sind fünf Beschlüsse in fünf Jahren, in denen der politische Wille - das ist der demokratisch legitimierte Wille - umgesetzt werden sollte. Dass jetzt endlich Bewegung in die Sache kommt, wie es jetzt geschieht oder wie es gerade am Laufen ist, wird natürlich von uns sehr begrüßt. Wie der Kreis am Ende heißt, ist völlig egal. Ich bin nur froh, dass alle relevanten Akteur*innen gemeinsam an einem Tisch sitzen und wir dann auf Augenhöhe miteinander reden.

Weil wir gern in allen möglichen Dingen Vorreiter oder Spitzenreiter sein wollen, sollten wir vielleicht mit dem Gestaltungshandbuch anfangen und das so umschreiben, dass es seiner Vorreiterrolle auch gerecht wird und die Menschen zufrieden stellt, weil wir alle Betroffenen mitnehmen, damit

Parteien in anderen Städten bald auf ihre Plakate schreiben können: Stadtgestaltung wie in Köln. - Danke schön.

(Beifall bei Volt sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und am Livestream! Meine Fraktion wird dem Änderungsantrag selbstverständlich zustimmen. Wir danken der SPD-Fraktion, dass sie das hier aufs Tapet gebracht und hier kundgetan hat. Ich glaube, wir sollten uns als Köln bewusst sein, dass eine lebendige Gastronomieszene wichtig für unsere Stadt ist. Sie ist ein Standortvorteil. Deswegen begrüßen wir den Antrag.

Wir wollen aber hierbei eine Sache auch mal kurz feststellen: Die Probleme der Gastronomie haben mit staatlichen Übergriffen während der Corona-Zeit zu tun. Das haben wir jetzt hier nicht per se zu verantworten, sondern das ist auf anderer Ebene entschieden worden. So viel auch zum Thema Sozialismus. Der wird auch immer durch den Staat betrieben. Deswegen sollte man das auch alles nicht kleinreden. Wenn man sich hier hinstellt - ich glaube, das war Frau Tokyürek - und dann sagt, man sollte nicht nur schauen, dass die Gastronomen ihre Umsätze bzw. ihre Verluste wieder aufholen, kann ich nur sagen: Na ja, daran hängen Existenzen, aber das zeigt, wessen Geistes Kind die frühere SED ist.

Deswegen: Wir begrüßen den Antrag, wir werden ihm zustimmen. Wir sind auch für eine lebendige Gastro- und Kulturszene. - Von daher vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt auf der Rednerliste noch den Bezirksbürgermeister Innenstadt. Wird vorher noch das Wort aus dem Rat gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Herr Hupke, bitte.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Hause und in der ganzen Welt! Ich wollte zunächst einmal danke sagen, dass der Rat den Beschluss der Bezirksvertretung 1 aufgenommen hat und sich jetzt hier ein breiter Konsens abzeichnet. Das machen wir nicht, weil wir viel Spaß daran haben, sondern das hängt einfach damit zusammen, dass in der Innenstadt hinsichtlich der Außengastronomie natürlich der Druck am größten ist. Dann wird das weitergegeben - einmal von verschiedenen Betroffenen an uns, und wir geben es dann an den Rat weiter. Ich bin auch davon überzeugt, dass heute hier etwas beschlossen wird, was Frieden in die Stadt bringen wird.

Damit aber kein neuer Unfrieden entsteht, will ich noch etwas zur Barrierefreiheit sagen: Das war und ist bei uns immer in der Diskussion und kann man nicht singulär sehen. Man kann das nicht singulär sehen bei dieser Herausforderung, weil das ein großes Gebiet ist. Ich erinnere an die Versorgungskästen, die an den Häusern stehen. Das ist die ganze Diskussion. Wir sind dann immer so verfahren oder haben das diskutiert und sogar in die Richtung, glaube ich, beschlossen: Wir haben auch eine Sehbehindertenvertreterin von PRO RETINA, die jedes Mal an unserer Sitzung teilnimmt, mit der wir das auch diskutiert haben und auf die Straße gegangen sind. Uns ist es ein Anliegen gewesen, dass in diesen Konsultationskreis - der hat nun einmal diesen Namen; man kann ihn auch „Akteur*innenkonferenz“ nennen, das ist egal - die Herausforderung gehört. Deshalb haben wir uns auch darauf geeinigt. Das Moratorium heißt jetzt: Wir lassen es so, was 30 Jahre so gelaufen ist. Es soll dieser Konsultationskreis kommen, und dazu gehören nicht nur die betroffenen Wirte mit ihren Organisationen, Sprecherinnen und Sprechern, sondern auch Einzelköpfe, die Politik, die BV bzw. die BVen, wenn es woanders auch solche Herausforderungen gibt, und vor allem auch die Behindertenverbände. Das ist ganz wichtig, damit wir den Frieden haben. Lassen Sie uns daran weiterarbeiten! - Danke fürs Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt noch einmal Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Vielen Dank. - Ich mache das vom Platz aus.

Auch hier wieder in erster Linie als Reaktion auf die Einlassung von Frau Blome. Ich will nur Folgendes klarstellen: Frau Blome, keineswegs habe ich die Ordnungsdienstmitarbeiter, die für die Einhaltung dieser Regeln, die aus unserer Sicht fälschlicher- oder nicht legitimierterweise in der Verwaltung erarbeitet wurden, auf der Straße sind, kritisiert. Ganz im Gegenteil. Ich kann immer nur sagen: Meine Erfahrung und mein Blick auf diese Arbeit ist gut. Das Drangsalieren ist hier sozusagen das System.

Ich will nur darauf hinweisen, worum es ging, meine Damen und Herren. Es ging darum, dass wir in erster Linie, wie auch aus unserem Antrag hervorgeht - bei der ganzen Diskussion zur Barrierefreiheit herrscht Konsens, die brauchen wir hier nicht zu führen - über die Grüngestaltung diskutieren sollten. Da haben die Gastronominnen und Gastronomen die Erfahrung gemacht, dass sie geradezu kriminalisiert werden, wenn sie Grün in den öffentlichen Raum stellen. Das, meine Damen und Herren, kann nicht sein, wenn im Gestaltungshandbuch dazu überhaupt nichts steht. Das Gestaltungshandbuch regelt so, wie es vorliegt, überhaupt keine Grüngestaltung. Wenn es dann irgendwelche Regeln, die wir mittlerweile bekommen haben, seitens der Verwaltung gibt, wie Grüngestaltung aussehen mag, dann entbehren die zumindest jeglicher politischer Grundlage. Dann werden aber in dem Fall tatsächlich die armen Mitarbeiter losgeschickt, um das durchzusetzen. Das kann nicht sein, und das habe ich kritisiert. Ich verahre mich also gegen den Vorwurf, dass hier Ordnungsdienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter kritisiert wurden.

Frau Blome, wenn ich Sie richtig verstanden habe, sagten Sie in Ihrem Wortbeitrag eben, dass ein Großteil sehr renommierter und, wie ich finde, seriöser Gastronomen eher im Bereich des Kriminellen anzusiedeln ist, dass er zumindest gegen Regeln regelmäßig verstößt. Wenn Sie sagen, die Beschwerden kommen scheinbar nur aus den Ecken, wo jemand auch gegen Regeln verstößt, dann kann ich nur sagen, dann müssen diejenigen, mit denen ich gesprochen habe, ganz schlimme Finger sein. Nehmen Sie also doch die Kritik hier ernst, die, glaube ich, von verschiedenen Seiten geäußert wurde. Hier wird nicht immer mit den richtigen Regeln gearbeitet. Ich glaube

nicht, dass jedes Mal die Gastronomen das Problem sind. Das gibt es auch - das habe ich alles schon erlebt, ich habe den Ordnungsdienst auch schon begleitet und spannende Erfahrungen gesammelt -, aber bitte hier nicht schwarz-weiß; denn an der Stelle ist, wie gesagt, auch eine Reihe, wie ich finde, sehr renommierter Gastronomen betroffen.

Ein letztes Wort noch zur Barrierefreiheit, die hier so hochgehalten wurde: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Bündnis, wenn Sie die Barrierefreiheit so ernst nehmen, dann bitte auch der Auftrag an die Verwaltung, die Barrierefreiheit im Bereich der ausgleichenden Maßnahmen zum Gehsteig herzustellen. An der Stelle ist nämlich die Verwaltung genau umgekehrt unterwegs. Da müssen alle Bodenplatten oder alle Ausgleichsmaßnahmen, die getroffen werden, wieder abgebaut werden, was überhaupt nicht für Barrierefreiheit sorgt. Dort stehen nämlich dann der Tisch und der Stuhl sozusagen hinter dem Bordstein. Das ist gerade für Rollstuhlfahrer - unsere Lisa Steinmann kann davon ein Lied singen - ein Riesenproblem. Wenn wir die Barrierefreiheit hochhalten, dann bitte auch konsequent. Dann muss die Verwaltung auch diese Ausgleichsmaßnahmen zulassen. Das tut sie bis heute nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich verstehe mich jetzt nicht als Medium zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der SPD und der Stadtdirektorin, aber es gibt noch einen Unterschied zwischen Regeln und Strafgesetzen. Frau Blome hat - ich habe ihren Vortrag genauso vernommen wie Sie - niemanden der Gastronomen in den Zusammenhang mit der Verletzung von Strafgesetzen gestellt und sie irgendwie als kriminell bezeichnet. Das möchte ich jetzt hier auch nicht haben.

(Christian Joisten [SPD]: Okay, ein wenig spitz!)

Ansonsten müssen Sie sich einfach mal einigen, wie Sie sich verstehen können, würde ich sagen.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Aber sie wurden nicht in die Ecke von Kriminellen gestellt. Kriminelle verletzen das Strafgesetzbuch.

(Christian Joisten [SPD]: Aber gegen das Ordnungsrecht verstoßen!)

Das ist aber ein Unterschied. Von Kriminellen hat hier niemand gesprochen.

Gibt es weitere Wortmeldungen in der zweiten Runde? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt zunächst über diesen wunderbaren Änderungsantrag abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist dieser Änderungsantrag beschlossen. Der Ursprungsantrag hat sich erledigt.

Tagesordnungspunkt

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Entlastung für die Beschäftigten der Unikliniken von Köln und ganz NRW“ AN/1263/2022

Zunächst Herr Paetzold bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Klatschen allein genügt nicht. In der Hoch-Zeit der Pandemie standen abends Menschen auch in Köln auf ihrem Balkon und haben für das medizinische Personal geklatscht. Das war ein starkes Zeichen der Wertschätzung, und ich bin mir sicher, dass das auch angekommen ist. Viel mehr können Bürger*innen auch nicht tun. Derjenige, der hätte mehr tun können, der Landesarbeitgeberverband, hat aber auch nur geklatscht und warme Worte gefunden, sonst aber nichts getan. Dabei ist die Not der Pflege in den Krankenhäusern durch die Pandemie zwar ans Licht der Öffentlichkeit gekommen, es gab sie aber auch schon vor Corona: einfach zu viele Patient*innen für zu wenig Personal.

Ein Ultimatum des Personals der Unikliniken ist ohne jede Reaktion verstrichen. Deshalb streikt seit Wochen das nichtärztliche Personal in den sechs Unikliniken in NRW, also auch hier in Köln. Aber Streiks in Kliniken verlaufen anders als sonst üblich. In der Industrie gilt: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Das ist auch okay so. Ein Auto kann man auch später fertig bauen und einen Aktenvorgang auch

gern mal liegen lassen. Menschen, zumal Kranke, kann man aber nicht liegen lassen, und das wissen die Streikenden sehr genau; das gehört auch zu ihrem Berufsethos. Deshalb gibt es vor jedem Streik in Krankenhäusern Notfallvereinbarungen mit der Klinikleitung, und es wird sichergestellt, dass kein Notfall abgewiesen wird. Streiks an Krankenhäusern sind deshalb immer Streiks „light“.

Was sind nun die Forderungen der Streikenden? - Nein, diesmal geht es nicht um höhere Löhne. Gestreikt wird dafür, dass der Job, der eben nicht nur ein Job ist, gemacht werden kann, und zwar so, wie wir ihn uns wünschen, wenn unsere Angehörigen oder wir in der Uniklinik liegen: mit ausgeruhtem Personal, das nicht von Bett zu Bett hetzt, das seine verantwortungsvolle Arbeit in Ruhe und mit der nötigen Sorgfalt erledigen kann, das vielleicht auch mal Zeit hat für ein gutes Wort, einen Händedruck oder dafür, den Patient*innen den Schweiß von der Stirn zu tupfen. Ist das zu viel verlangt? Ist es wirklich zu viel verlangt, wenn Pflegende fordern, dass genug Personal auf Station ist, damit die Arbeit an den Patient*innen gut und verantwortlich getan werden kann? Ist es wirklich zu viel verlangt, wenn Pflegende sich wünschen, dass die Arbeit auch verlässlich mit dem Dienstende aufhört und man nach Hause gehen kann? Über die eine oder andere Überstunde redet im Krankenhaus sowieso niemand, aber das muss die Ausnahme und nicht die Regel sein. Ist es wirklich zu viel verlangt, wenn Pflegende sich wünschen, dass ihre freien Tage auch sicher frei bleiben und sie nicht wieder trotz frei auf die Station müssen, weil es Lücken zu stopfen gilt? Ist es wirklich zu viel verlangt, wenn Krankenpflegeschüler*innen sich wünschen, dass sie nicht nur als Notstopfen im Dienstplan verheizt werden, sondern wirklich gut ausgebildet werden? Denn dazu fehlt es dem examinierten Personal im Moment an Zeit.

Ich finde, das ist alles nicht zu viel verlangt. Das müsste eigentlich selbstverständlich sein.

Demjenigen, der jetzt sagt, ein Entlastungstarifvertrag bringe doch nichts, weil es einfach nicht genug Personal auf dem Markt gebe, sei gesagt: Es gibt Befragungen, die zeigen, dass 40 Prozent der aus dem Klinikdienst Ausgeschiedenen oder derer, die ihre Arbeitszeit verkürzt haben, bereit wären, ihren erlernten und oft auch geliebten Be-

ruf wieder aufzunehmen oder ihre Arbeitszeit aufzustocken, wenn die Forderungen der Streikenden erfüllt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Kolleginnen und Kollegen, da geht also etwas.

Liebe Kolleg*innen, es ist höchste Zeit, uns an die Seite derer zu stellen, die an unserer Seite stehen, wenn wir im Krankenbett liegen.

Kolleginnen und Kollegen, Sie können mir natürlich entgegenhalten, dass wir als Rat der Stadt Köln in dieser Sache nicht zuständig sind, aber der Antrag hat den Charakter einer Resolution, und solche Resolutionen hat der Rat der Stadt Köln schon oft beschlossen, wenn uns Dinge auf den Nägeln brannten. Ich bitte Sie sehr eindringlich, unserem Antrag zuzustimmen - vielleicht in Solidarität mit den Streikenden, ganz sicher aber auch aus Sorge um das Wohl der Bürger*innen dieser Stadt, für die wir hier Verantwortung tragen. Wenn die berechtigten Forderungen der Streikenden nicht erfüllt werden, dann wird der Exodus der Pflegenden aus den Unikliniken ungebremst weitergehen. Wie sollen wir junge Menschen für den an sich wunderbaren Beruf des Gesundheits- und Krankenpflegers oder der Gesundheits- und Krankenpflegerin begeistern, wenn nicht einmal die eigentlich selbstverständlichen Streikziele umgesetzt werden? Wer bitte soll uns dann in Zukunft noch in den Unikliniken pflegen? - Deshalb meine Bitte: Vergessen wir doch einmal ganz kurz, dass wir verschiedenen Fraktionen angehören, denken wir einmal nur an das Wohl unserer Bürger*innen, folgen wir dem Beispiel aus Münster und beschließen gemeinsam diese Resolution. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream! „Gebraucht, beklatscht, aber bestimmt nicht weiter so!“ - ich glaube, dieser Satz beschreibt genau den emotionalen Zustand der Menschen, die in den Kran-

kenhäusern und in der Pflege arbeiten. Streikende haben es immer schwer mit der öffentlichen Meinung. Abstrakt wissen viele Menschen, dass Streiks von Zeit zu Zeit notwendig sind, damit abhängig Beschäftigte ihren Anteil an der gesteigerten Produktivität, am gesteigerten Wohlstand erhalten. Wenn sie die Auswirkungen der Streiks aber praktisch in ihrem Alltag spüren, haben sie oft nicht mehr so viel Verständnis für das berechnete Interesse der Streikenden. Doch in diesem Streik, meine Damen und Herren, geht es den Beschäftigten gar nicht um höhere Löhne und ihren Teil am größer werdenden Kuchen. Darum geht es ihnen nicht! Es geht ihnen um bessere Arbeitsbedingungen, damit viele von ihnen nicht mehr so früh ausbrennen und den Beruf verlassen. Das ist wichtig, weil Pflegenotstand und riesiger Personalmangel in der Pflege herrschen. Den werden wir nicht bekämpfen, indem wir die Arbeitsbedingungen so lassen, wie sie gerade sind.

Die Streikenden wollen menschenwürdig pflegen können. Dazu gehört für sie nicht nur, medizinisch-pflegerisch perfekte Arbeit abzuliefern. Dazu gehört für sie auch, Zeit zu haben für kurze Gespräche mit den Krankenhauspatienten und auch Zeit für Sterbende.

Meine Damen und Herren, bei der Unterschriftenabgabe an der Uniklinik in Köln war ich dabei, und ich wünschte mir, viele von Ihnen hätten zugehört, was die Pflegenden aus ihrem eigenen Alltag berichtet haben. Es ist unglaublich, unter welchen schwierigen Bedingungen sie dort arbeiten müssen, wie wenig Zeit sie für die Patientinnen und Patienten haben und wie sie sich wünschen, diese Zeit zu haben. Insofern ist dieser Entlastungstarifvertrag enorm wichtig für die Menschen aus der Pflege, damit sie wirklich Spaß an ihrer Arbeit haben, damit sie Energie haben und auch die Geduld, Menschen so zu pflegen, wie sie es verdienen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Aber nicht nur die Pflegenden müssen entlastet werden, meine Damen und Herren, sondern auch die nichtmedizinischen Berufsgruppen im Krankenhaus. Die Beschäftigten der Haustechnik, in Küchen und Wäschereien, die Reinigungskräfte - auch sie leisten einen nicht unwichtigen Beitrag zur Gesundung der Krankenhauspatienten. Auch sie kämpfen in diesem Streik für bessere Arbeits-

bedingungen, damit zum Beispiel die Reinigungskräfte die Zeit haben, so sauber zu machen, dass Krankenhauskeime keine Chance haben, sich zu vermehren. Die Streikenden kämpfen also nicht nur für sich, sondern im Grunde kämpfen sie für uns alle und unseren Anspruch an eine humane Gesundheitsversorgung. Das sollten Sie, meine Damen und Herren, unterstützen!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wer ihnen das mit dem Argument der Kosten, der Sachzwänge, des fehlenden Personals verwehren möchte, muss seinen Wählerinnen und Wählern sagen: Eine menschenwürdige Pflege können wir uns nicht leisten.

Was nicht geht, ist, die Streikenden als verantwortungslos zu brandmarken. Schon werden Gerüchte gestreut: Krebspatienten warten auf lebensnotwendige Operationen, die wegen des Streiks nicht durchgeführt werden können. Wir wissen, dass ver.di eine Notdienstvereinbarung abgeschlossen hat; Herr Paetzold hat es gerade erwähnt. Alle Operationen, die das Krankenhaus als dringend einstuft, werden auch vorgenommen. Dass der Streik verantwortungsvoll abläuft, hat soeben das Arbeitsgericht Bonn bestätigt. Das ist richtig und wichtig so.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Eigentlich sind wir uns alle einig darüber, dass der Entlastungstarifvertrag kommen muss. DIE LINKE hat sich dafür immer ausgesprochen, aber auch Hendrik Wüst, Mona Neubaur und Thomas Kutschaty. Wir alle können von heute auf morgen darauf angewiesen sein, im Krankenhaus verantwortungsvoll gepflegt zu werden. Bitte bedenken Sie das, wenn Sie gleich hier abstimmen. Lassen Sie uns mit dieser Resolution unseren Teil dazu beitragen und diesen engagiert und leidenschaftlich Pflegenden den Rücken stärken! Das sind wir ihnen schuldig.

Die Stadt Münster hat mit einer Enthaltung dieser Resolution zugestimmt. Ich glaube, Köln sollte nicht dahinter zurückbleiben, sondern sollte dieser Resolution zustimmen.

Ich möchte auch noch einmal Herrn Paetzold zustimmen: Das ist eine sehr wichtige Resolution. Welch andere, teilweise unnötigen Resolutionen

haben wir in diesem hohen Rat schon abgestimmt? - Ich bitte Sie, diesem Antrag heute zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen auch aus der Verwaltung! Ich möchte mich kurzfassen: Ich stimme natürlich meinen antragstellenden Kolleginnen und Kollegen vollumfänglich zu, wie ihr euch denken könnt, da wir den Antrag mitstellen.

Ich möchte nur noch einmal bekräftigen und betonen, wie unzumutbar es ist, dass die Betroffenen in den Kliniken, die jetzt natürlich, aber auch ohnehin darauf angewiesen sind, dass ausreichend Personal zur Verfügung steht, um medizinisch versorgt und gepflegt zu werden. Das sind schon seit langem einfach unzumutbare Bedingungen. Es gibt nicht umsonst jetzt diesen Streik. Ich beglückwünsche absolut die Organisator*innen, die dahinter stehen, und auch die Menschen, die den Mut haben, zu streiken.

Unzumutbar sind auch die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals; wir haben es gerade schon gehört. Das ist uns allen bekannt, denke ich. Daran gibt es auch keine Zweifel. Es ist unfassbar, dass gerade die Menschen, die in diesen doch sehr altruistischen, sozialen Berufen, die sich aufreihen, selbst kurz vor dem Umfallen sind und manchmal sogar umfallen, immer zu kurz kommen in diesem System. Es ist unzumutbar, dass genau die Menschen in diesen systemrelevanten Berufen immer noch so wenig Wertschätzung, vor allem auch monetäre Wertschätzung, von unserer Gesellschaft erfahren. Auch das, liebe Kolleg*innen, ist ein wichtiger Punkt, wenn es um die ökosoziale Transformation geht, die uns bevorsteht und die wir ganz dringend durchschreiten müssen.

Daher appelliere ich jetzt noch einmal ganz ausdrücklich an alle hier anwesenden demokratischen Fraktionen und Einzelmandatsträger: Erinnerung euch bitte daran, dass wir zu Beginn des 100-Tage-Ultimatums - damals noch im Wahlkampf -

vor der Uniklinik standen und von allen demokratischen Parteien Vertreter*innen anwesend waren, die warme, gute Worte gefunden haben und auch den Forderungskatalog der Streikenden unterschrieben haben. Macht euch bitte klar: In diesem Fall müssen wir alle Schulter an Schulter zusammenstehen und uns für die Streikenden und für die betroffenen pflegebedürftigen Menschen einsetzen - unabhängig davon, das hoffe ich inständig, welche Fahnen auf diesem Antrag stehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Pflege ist ein essenzieller Bestandteil unserer Krankenhauslandschaft. Pflege ist ein Engpass in unserer Krankenhauslandschaft, wie wir nicht zuletzt an unseren eigenen Kliniken merken. Alles, was der hochgeschätzte Kollege Michael Paetzold über die Wertschätzung von Pflegenden an dieser Stelle gesagt hat, teile ich uneingeschränkt. Das ist auch der Grund, warum ich denke, dass es heute dringlich ist, hierüber zu sprechen und wir das an dieser Stelle auch besprechen wollen.

Nun ist es leider so, wie es eben auch schon angekungen ist: Die Anzahl der Pflegenden ist endlich, sie kann nicht durch Resolutionen, auch nicht durch Anträge einfach erhöht werden. Die zwei zitierten Studien - das muss man einschränkend sagen - sind einerseits von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben und andererseits vom Medizinproduktehersteller HARTMANN mit insgesamt 21 befragten Personen in qualitativen Interviews. Die Schnittmenge ist also relativ klein. Wenn man von da aus auf sechsstellige Zahlen hochrechnet, halte ich das für einen mutigen statistischen Ansatz. Das kann man so machen, aber ob das in der Realität trägt, da habe ich bei diesen Stichprobenzahlen - wir alle haben ja mal Statistik im Studium gehabt - gewisse Zweifel an der Stelle.

Ich würde mir aber wünschen - um es deutlich zu sagen -, dass es funktionieren könnte oder man

zumindest einen Teil in den erlernten Beruf zurückholen könnte.

Wir haben es heute mit einem Antrag zu tun, der nach meiner tiefen Überzeugung in die Tarifautonomie der Vertragsparteien eingreift. Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz ist hier einschlägig, wie mir mein juristischer Schwiegervater sehr ausführlich im Zusammenhang mit den Tarifvertragsgesetz erklärt hat.

(Unruhe bei der SPD und der LINKEN)

Ich zitiere jetzt einmal:

Abreden, die dieses Recht

- also das Recht auf die Tarifautonomie -

einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.

Dieses Zitat findet sich übrigens auf der Homepage von ver.di wieder.

Wir machen uns jetzt nur einmal für eine Sekunde klar, was in diesem Rat der Stadt Köln los wäre, wenn - sagen wir einmal - beispielsweise die FDP-Fraktion eingebracht hätte, wir mögen die Arbeitgeberposition der Universitäten mit Resolutionen unterstützen. Ich ahne in etwa, wie die Redebeiträge meiner Vorredner dann ausgefallen wären.

(Beifall bei der FDP)

Ich bitte zu bedenken, dass der Rat der Stadt Köln als Gesellschafterversammlung der Kliniken der Stadt Köln fungiert. Das heißt, ob uns das bewusst ist oder nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob es uns passt oder nicht, wir üben eine Arbeitgeberfunktion aus, und zwar - um einmal konkret zu werden - die Arbeitgeberfunktion eines Maximalversorgers, eines gut aufgestellten, wenn auch nicht finanziell hervorragenden, aber medizinisch sehr gut aufgestellten Maximalversorgers im Rechtsrheinischen, nämlich der Kliniken der Stadt Köln mit den Standorten Merheim, Holweide und Amsterdamer Straße.

Es gibt einen zweiten Maximalversorger in dieser Stadt, und zwar die Universitätsklinik zu Köln. An der Stelle muss man sich Folgendes klarmachen: Das, was der Antrag fordert, ist ein Eingriff in die Tarifautonomie unseres direkten Wettbewerbers.

Das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ich weiß nicht, ob Sie das umdrehen wollen mit Blick auf das Argument, das ich gerade gebracht habe, wenn die FDP-Fraktion mit einem solchen Unfug gekommen wäre, was die Kollegen selbstverständlich nicht tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Insgesamt ist allen Beteiligten klar - auch das ist in der Rede von Michael Paetzold angeklungen -, dass die Uniklinik natürlich eine Landesangelegenheit ist. Wir sind also - auch das ist angeklungen - nicht zuständig. Ich fand es sehr ehrlich, das bereits in der eigenen Rede zu sagen.

Wir haben es mit einem Entlastungstarifvertragsentwurf oder mit einem Ansinnen der Gewerkschaft zu tun, das ich hier gar nicht kommentieren will. Wie gesagt, die Wertschätzung für die Pflegenden steht außer Frage. Aber eines müssen wir uns auch klarmachen, lieber Michael Paetzold, als Aufsichtsrat der Kliniken. Nach meiner jetzt doch 20-jährigen kommunalpolitischen Erfahrung kann ich sagen: Wenn die Kolleginnen und Kollegen von ver.di etwas für die Unikliniken erstreiken, ist uns beiden doch klar, was als Nächstes bei den Kliniken der Stadt Köln passiert.

(Zuruf von der SPD: Das ist auch richtig so! - Weitere Zurufe von der SPD)

Uns beiden ist zumindest auch klar, wie die defizitäre Lage der Kliniken der Stadt Köln ist. Das heißt, vorsichtig gesagt wird das bei uns nicht besser werden als Ergebnis.

(Zurufe von der SPD)

- Eine Sekunde, ich komme gleich dazu.

Ich denke, wir werden das als Kliniken der Stadt Köln durchaus aushalten. Ich gebe aber allen Kolleginnen und Kollegen zu bedenken, die für diesen Antrag stimmen wollen, dass in kleineren Häusern mit kleineren Einheiten das Ganze so richtig nach hinten losgehen könnte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold wünscht eine Zwischenfrage.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte schön, Herr Kollege Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Lieber Kollege Ralf Unna, ist Ihnen bekannt, dass die Kosten für die Pflege vollumfänglich erstattet werden? Die sind hier heraus, das wissen wir beide. Das haben Sie jetzt nur gerade vergessen, denke ich einmal, oder wussten Sie es nicht?

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Wir können das jetzt ausdiskutieren, aber das langweilt wahrscheinlich die Kolleginnen und Kollegen, nehme ich an. In der Wirkung ist es so, dass wir bei mehr Freizeit, die wir einräumen wollen oder die die Gewerkschaften gern hätten, nur zwei Möglichkeiten haben: Entweder Pflegende vom Markt zu holen, die es im Moment nicht gibt - wir wissen, dass es schon aus dem Ausland Anwerbeversuche gibt, was ich unter völlig anderen Gesichtspunkten als unanständig empfinde, aber das nur als Nebenaspekt -, oder wir haben die Möglichkeit, dass bei sinkender Arbeitszeit die Kolleginnen und Kollegen vor Ort mehr Überstunden machen, die dann entsprechend bezahlt werden müssen. Das heißt, da gibt es ein Gap, und das Gap wird nicht finanziert. Das habe ich mit den Vorständen beider Maximalversorger im Vorfeld dieser Rede rückgekoppelt.

Ich wollte abschließend mit zwei Dingen enden, zunächst mit einer persönlichen Bitte, die ich sehr ernst meine. Meine Fraktionsführung hat mich gebeten, jede Schärfe herauszunehmen, was mir aber auch gar nicht schwerfällt, weil es wirklich eine persönliche Bitte ist, die ich mir als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses der Stadt Köln herausnehme. Mir ist bewusst, dass die Tarifvertragsparteien sehr genau darauf achten wollen, dass die Akutversorgung nicht gefährdet ist. Ich gehe davon aus, dass das sichergestellt ist. Ich bitte an dieser Stelle darum - ich kenne beide Parteien und auch die Menschen, die vor Gericht gestanden und sich dort ausgetauscht haben -, dass auch Menschen, die zum Beispiel mit bösartigen Tumoren auf Wartelisten stehen, nicht eine Verlängerung der Wartezeit bis zu ihrer lebensrettenden OP erleben müssen; denn die Folgen, die diese Menschen psychisch und physisch davontragen, wären verheerend.

(Lukas Lorenz [SPD]: Das ist doch Tarifautonomie! - Weitere Zurufe von der SPD)

Deswegen bitte ich an dieser Stelle um die notwendige Vernunft, dass beide Tarifvertragsparteien sich daran halten.

Abschließend kann ich aus den genannten Gründen mitteilen, dass wir diesen Antrag an dieser Stelle wegen Nichtzuständigkeit ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist auch abgelaufen.

Wir sind noch bei der ersten Runde, Frau Gabrysch.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]:
Ich wollte eine Frage stellen!)

Die Redezeit war lange abgelaufen. Sie ist nur durch die Zwischenfrage von Herrn Paetzold verlängert worden. - Frau Gärtner ist die Nächste auf der Rednerliste.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Auch wir werden dem Antrag nicht zustimmen.

Damit es nicht zu Missverständnissen kommt, möchte ich unsere Ablehnung im Folgenden begründen.

Die CDU-Fraktion spricht sich ausdrücklich für eine Entlastung und für verbesserte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, insbesondere die Pflegenden, der Uniklinik Köln und in ganz NRW aus. Dies soll aber nicht nur für Unikliniken, sondern für alle Krankenhäuser gelten.

Es ist wichtig, reicht aber nicht aus, dem Pflegepersonal Wertschätzung auszusprechen. Vielmehr müssen dringend die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Dabei geht es nicht allein um eine angemessene Bezahlung. Entscheidend sind verbesserte Arbeitsbedingungen, in erster Linie mehr Personal. Dafür setzen auch wir uns ein.

Die Belastungen der Beschäftigten in den Krankenhäusern waren immer schon hoch, sind aber in der Pandemie noch einmal enorm gestiegen. Das hat auch dazu geführt, dass etliche Beschäftigte ihren Beruf aufgegeben haben, weil sie die Belastung einfach nicht mehr verkraften konnten. Dadurch hat sich die Zahl der Fachkräfte, die ohnehin schon zu gering ist, nochmals reduziert.

Es wird intensiv daran gearbeitet, diese gefährliche Situation zu entschärfen. Die Ausbildungskapazitäten werden derzeit erhöht, aber die zusätzlichen Kräfte sind nicht von heute auf morgen vorhanden, und die Ausbildungsangebote müssen auch angenommen werden. Dazu gehört eben nicht nur eine angemessene Bezahlung, sondern die Perspektive, nicht im Alltag verheizt zu werden, sondern gute Arbeitsbedingungen vorzufinden.

Nun zum Arbeitskampf der Unibesetzten in Köln: Die Tarifgemeinschaft der Länder hat es bisher abgelehnt, dass ein Tarifvertrag „Entlastung“ geschlossen wird. Da die Zeit drängt, werden aber in NRW Gespräche zwischen Vertretern der Unikliniken in NRW und ver.di darüber geführt, nachdem der Landtag dies ermöglicht hat. Daher rührt auch unsere Ablehnung des Antrages. Der Rat der Stadt Köln hat nicht das Recht - mein Vorredner hat das schon ausgeführt -, sich in die laufenden Gespräche und Tarifverhandlungen einzumischen.

Auch die CDU-Fraktion treibt die Sorge um das Patientenwohl um. Wir wollen auch bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Wir versichern ihnen, wie wichtig uns ihre Arbeit ist und haben sie stets wertgeschätzt. Das betonen wir auch heute. Eine Lösung der Probleme kann aber nur am Verhandlungstisch der dazu Berechtigten erarbeitet werden. Der Rat der Stadt Köln sitzt nicht am Verhandlungstisch. Wir respektieren die Tarifautonomie, und wir sind zuversichtlich, dass die Beteiligten eine tragfähige Lösung der Probleme erarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für die FDP-Fraktion möchte ich hier deutlich machen, dass uns selbstverständlich das Wohl der Patienten in den Krankenhäusern - egal ob Uniklinik, Städtische Klinik oder sonst wo - am Herzen liegt. Bei den Antragstellern kam eben ein bisschen durch, dass nur derjenige, der hier den Antrag unterstützt, auch tatsächlich ein Herz für die Patienten hat.

Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern: Vor genau zwei Jahren während des Lockdowns lag mein Vater im Sterben, und ich konnte ihn acht Wochen nicht besuchen. Das sind alles Erfahrungen, die ich keinem anderen wünsche und die aber auch dazu führen, dass einem der Respekt vor den Pflegekräften sehr deutlich wächst.

Wir sind auch für eine bessere Personalausstattung und bessere Personalschlüssel. Kollegin Gärtner hat es eben angesprochen: Der ehemalige Landtag NRW hat hier auch mit unserer Unterstützung die Weichen entsprechend gestellt. Auch das bitte noch einmal zur Klarstellung.

Wir möchten auch betonen, dass wir es nicht hinnehmen, dass eine Gewerkschaft oder Gewerkschaftsvertreter in Ausübung ihres Grundrechts auf Koalitionsfreiheit diskreditiert werden. Damit auch das klar ist. Und ich fand, lieber Ralf, deine Schlussbemerkung leider missglückt.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, ich habe es missverstanden. Manchmal ist man ja etwas beschränkt. Ich habe auch etwas wenig Zucker und bin vielleicht auch deswegen ein bisschen reizbar. Aber es ist eben schon ein bisschen der Eindruck entstanden, als könnten aufgrund von Streiks Leben gefährdet sein. Ich glaube, das war nicht die richtige Wortwahl. Wenn jemand sein Grundrecht aus Art. 9 in die Hand nimmt und sich ganz im Gegenteil auch noch den Anwürfen von interessierten Kreisen aussetzt, dann müssen wir eine solche Person, die ihr Grundrecht wahrnimmt, beschützen.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der FDP)

Und das hier ist auch meine Aufgabe. Da brauchst du übrigens nicht deinen Schwiegervater zu fragen, sondern frag' mich. Ich bin stellvertretender Vorsitzender und Sprecher für Betriebsverfassungsrecht und Tarifrecht im Verband deutscher

Arbeitsrechtsanwälte. Wenn wir uns also da mal austauschen wollen, du hast ja meine Nummer.

Aber weil ich mich da ein bisschen auskenne und weil dein erstes Argument, lieber Ralf, viel überzeugender war, nämlich zu sagen, bei uns käme niemand auf die Idee, die Arbeitgeberseite oder überhaupt ein Lager zu unterstützen, möchte ich diesen Punkt für uns auch noch einmal deutlich machen. Tarifautonomie bedeutet: Die Player handeln ihre Bedingungen selbst aus, und es ist nicht etwa so, dass der Staat da immer eingreifen könnte. Das Ganze hat ja auch sein gutes Recht. Denn wer von uns außer den Gesundheitspolitikern kann sich denn wirklich anmaßen, zu wissen, was gut und was richtig ist bei Tarifverhandlungen? Da geht es um ein Geben und Nehmen. Ich kann das nicht. Und weil wir eben keine Tarifvertragsparteien sind - wir sind vielleicht Mitglied in einer -, weil wir eben nicht wissen, wo genau welche Knackpunkte sind, steht es uns gut zu Gesicht, vornehm und zurückhaltend die Tarifautonomie gewähren zu lassen. Das ist unser Standpunkt.

Selbstverständlich wünschen wir uns bessere Pflege. Selbstverständlich wünschen wir uns auch in Zeiten von starker Inflation ein etwas volles Portemonnaie. Aber es gibt Regeln, und an die wollen wir uns hier halten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Achtelik hat das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Als Volt-Fraktion möchten wir uns für ehrliche und transparente Politik einsetzen. Und zur Wahrheit gehört auch, dass wir im Kölner Stadtrat keinen Einfluss auf die aktuellen Verhandlungen an den Unikliniken haben. Dennoch benötigen die Beschäftigten natürlich den politischen Druck vom Landtag auf die entsprechenden Arbeitgeber*innen, dass hier Zugeständnisse gemacht werden.

Gleichzeitig benötigen aber auch die Arbeitgeber*innen Zusagen zur Finanzierung der zukünftigen zusätzlichen Stellen an den Unikliniken. Damit schweife ich ab in Gesundheitspolitik auf Bundes- und auf Landesebene, und das möchte ich

Ihnen dann hier doch im Folgenden ersparen. Aber gleichzeitig möchte ich betonen, dass auch wir uns natürlich dem schon Gesagten anschließen, nämlich dass wir für bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegenden in der Kölner Uniklinik, in allen anderen Unikliniken und in allen anderen Kliniken in Deutschland kämpfen wollen. Wir wollen einen besseren Personalschlüssel in den Kliniken.

Daher gilt auch unser Appell an dieser Stelle an alle Mitglieder im Kölner Rat, deren Parteikolleg*innen in der Bundesregierung oder zukünftigen NRW-Landesregierung Möglichkeiten haben, diesen Streik und die Verhandlungen zu einem Ergebnis zu führen und dabei am besten eine Reformierung der Finanzierung unseres Gesundheitssystems anzuschieben. Denn so funktioniert es nicht, wie wir jetzt gerade ganz deutlich sehen und in der Pandemie auch noch besser gesehen haben.

Setzen Sie sich innerparteilich dafür ein, dass die Forderungen der Streikenden so weit wie möglich erfüllt werden! Solidarität mit den Streikenden auszudrücken und Appelle an die Verantwortlichen zu richten, können wir aber auch ohne darüber in diesem symbolischen Akt abzustimmen. Daher lehnen wir den Antrag ab. - Danke.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Cremer hat jetzt das Wort.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und an den Livestream-Geräten! Meine Fraktion wird sich bei diesem Antrag enthalten. Wir sind auch für eine bessere Ausstattung der Pflege. Selbstverständlich! Das ist ein wichtiger Beruf. Dafür müssen sich Menschen entscheiden.

Wir sind hier jedoch nicht zuständig. Das ist ja auch schon festgestellt worden. Tarifverhandlungen sind Sache der Tarifpartner. Für die Grundlagen der Gesundheitspolitik sind Bund und Land zuständig. Die SPD stellt meines Erachtens den Bundesgesundheitsminister. Wenn es mehr Geld für die Pflege geben soll, wenden Sie sich doch

bitte an ihn. Ich glaube, der Kölner Stadtrat ist hierfür nicht zuständig.

Wir wollen aber auch nicht mit einem Nein so dastehen, als ob wir etwas gegen bessere Bedingungen in der Pflege hätten. Wir sind selbstverständlich dafür, dass dort die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen. Aber wie gesagt, wir sind dafür nicht zuständig. Tarifverhandlungen sind in erster Linie Sache der Tarifpartner. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zu diesem Tagesordnungspunkt weiter das Wort gewünscht? - Herr Paetzold und Frau Gabrysch. Zweite Runde. Und dann Herr Dr. Unna.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Tut mir leid für die zweite Runde, aber Sie haben vielleicht gemerkt, dass mir die Sache irgendwie am Herzen liegt. Und ich verstehe gerade nicht, warum die Münsteraner Kolleg*innen dümmer sind als wir.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dort gibt es doch bestimmt auch Juristen und Menschen, die sich damit auskennen. Ich bin halt nur Arzt. Ich verstehe nichts von „Rechthaberei“, aber ich verstehe etwas von Pflege. Ich habe nämlich erlebt, wie es da funktioniert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich finde es auch ziemlich unklug, wenn wir hier immer nur von einem Streik reden. Wir haben einen Arbeitskampf, da gibt es zwei Parteien, wie das auch betont wurde. Es gibt die Streikenden. Was sollen die sonst auch machen? Das ist sowohl ihr gutes Recht als auch ihr einziges Mittel. Und es gibt die Arbeitgeber, die völlig unzureichende Angebote machen. Jetzt kann man doch nicht die Streikenden beschimpfen, sie würden die Menschen gefährden. Genauso gut könnte man die zukünftige Landesregierung oder den Landesarbeitgeberverband beschimpfen. Das ist doch einfach unredlich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich will - und ich glaube, die meisten von Ihnen wollen das auch -, dass dieser Arbeitskampf so schnell wie möglich beendet wird; denn dann können die Pflegenden wieder an ihre Arbeit gehen. Das tun sie, glaube ich, viel lieber, als auf der Straße herumzustehen und mit der Trillerpfeife zu pfeifen. Aber dazu muss etwas passieren. Dazu muss es gescheite Angebote geben. Dazu müssen die Parteien aufeinander zugehen.

Ich versuche einmal eines: Ich habe verstanden, lieber Ralf Unna, dass das Wort „Tarifvertrag“ bei Ihnen fiese Pickel auslöst. Deshalb mein Vorschlag: Können wir uns vielleicht darauf verständigen, den ersten Spiegelpunkt einfach zu streichen? Da steht nämlich dieses böse Wort drin. Und dann wird auch klar, dass wir uns nicht in die Tarifautonomie einmischen. Aber die nächsten drei Punkte sind ganz unschädlich, was das Tarifrecht angeht. Da steht zwar noch einmal das Wort „Tarifergebnis“, aber da geht es genau um das, was ich eben gesagt habe. Das Land muss natürlich die Ergebnisse bzw. die Mehrkosten, die dieses Ergebnis dann bringt, auch ausgleichen und finanzieren. Das gilt dann später auch für kleinere Häuser.

Ich glaube, wir müssen gerade in der Situation von ansteigenden Coronazahlen und tatsächlich länger werdenden Wartelisten wirklich dazu kommen, dass dieser Arbeitskampf zu Ende geht. Und ich finde, wir sollten unsere Verantwortung als Rat der Stadt Köln wahrnehmen und hier an die Landesregierung ein Signal senden, damit sich da etwas tut. Die Münsteraner sind doch nicht dümmer als wir!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Noch einmal: Ein bisschen mehr Mut könnte gar nicht schaden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, genau, was können die Münsteraner, was wir nicht können? - Ich schäme mich gerade dafür, dass sich mit solchen Argumenten herausgeredet wird. Wir sind hier die demokratisch gewählten Vertreter*innen unserer Stadtbevölkerung. Ja, liebe

Christiane, das ist meine Meinung dazu. Wer soll denn bitte die Streikenden und die Betroffenen in den Kliniken vertreten? Genau darum geht es doch, lieber Ralf. Das ist doch genau das. Ja, natürlich geht es darum, die Situation für die Betroffenen in den Kliniken zu verbessern; denn natürlich sind die Bedingungen dort unzumutbar. Natürlich sind diese Bedingungen mental, emotional und gesundheitlich schwer belastend, aber doch mindestens genauso für das Pflegepersonal, für die Menschen, die sich dort jeden Tag um die Betroffenen kümmern, wenn es für sie nicht noch viel schlimmer ist.

Ich weiß nicht, ob ihr bei der Veranstaltung von ver.di wart, auf der 13 Menschen ihre Geschichte erzählt haben. Ich verstehe nicht, wie wir hier als gewählte Vertreter*innen auch dieser Menschen sitzen und sagen können, das geht uns nichts an.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich möchte auch noch einmal ausdrücklich diejenigen, die das dort draußen organisieren und die den Mut haben, aufzustehen und dagegen anzukämpfen, Mut zusprechen: Macht weiter! Ich hoffe, das ist erst der Anfang, und ich hoffe, wir werden eine noch viel größere Welle von Streikenden erleben. Denn wenn die Politik das anders nicht geregelt kriegt, dann braucht es offensichtlich den Druck von der Straße.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen] und Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] schütteln den Kopf)

- Es ist so! Da könnt ihr den Kopf schütteln und euch an den Kopf fassen, wie ihr wollt.

Ich möchte den Menschen da draußen und allen hier im Saal noch einmal laut zurufen: TVE für uns in NRW, und mehr von euch ist besser für alle! - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann das vom Platz aus machen. - Ich wollte noch einmal klarstellen, dass es aus meiner Sicht hier nicht nur um Arbeitsbedingungen geht, sondern

primär auch um Patientinnen und Patienten und damit um Menschenleben.

Ich möchte klarstellen und auch noch einmal zu Protokoll geben, lieber Michael Paetzold, dass ich ausdrücklich die Pflege wertgeschätzt habe, dass ich auch ausdrücklich keine Pflegerinnen oder Pfleger beschimpft habe, sondern dass ich mir erlaubt habe, am Ende meiner Rede eine persönliche Bitte zu äußern. Und zu dieser Bitte stehe ich. Ich habe gesagt, ich kenne beide Tarifvertragsparteien, ich wertschätze beide Tarifvertragsparteien, und mir ist klar, dass die Notfallversorgung sichergestellt ist. Ich habe ganz bewusst für einen ganz speziellen Kreis von Patientinnen und Patienten eine Bitte geäußert. Sie kennen mich lange genug, dass Sie wissen, dass diese Bitte nicht vom Himmel gefallen ist. Ich möchte das nur klarstellen. Ich habe hier niemanden beschimpft. Ich habe eine Bitte geäußert.

Abschließend kann ich schlicht feststellen: Wir sind an dieser Stelle nicht zuständig. Und ich gehe einen Schritt weiter. Ich wage die Aussage, dass das, was die Kolleginnen in Münster beschlossen haben, keinerlei Auswirkungen auf die guten, richtigen und notwendigen Tarifverhandlungen haben wird, von denen ich hoffe - und da bin ich abschließend und versöhnt wieder ganz bei Michael Paetzold -, dass sie zu einem schnellen und guten Ende kommen. Ich bitte um Ablehnung. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Thema Resolution und Zuständigkeiten nur am Rande noch bemerken: Wir haben hier alle - je nachdem, wie lange Sie im Rat Mitglied sind - etliche Resolutionen erlebt. Wir mischen uns ein in die Zuständigkeiten in Düsseldorf. Wir mischen uns ein in die Zuständigkeiten von Berlin. Wir mischen uns ein in internationale Zuständigkeiten, nationale Zuständigkeiten anderer Staaten etc. Überall erheben wir unsere Stimme, wenn es denn sein muss.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 43

Und, lieber Dr. Ralf Unna, wir sind nicht nur Arbeitgeber der Städtischen Kliniken, sondern die Pflegerinnen und Pfleger, die da draußen streiken, sind zu einem gewissen Teil - einem großen Teil höchstwahrscheinlich - auch unsere Mitbürger*innen in Köln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Daher verstehe ich nicht, warum wir diese Menschen nicht mit einem Appell unterstützen. Dieser Appell ist ja nun wirklich keine Brandrede oder etwas Ähnliches. Ich verstehe nicht, warum wir in anderen Angelegenheiten so viele Resolutionen machen und an dieser Stelle nicht über unseren Schatten springen können, um diese Streikenden in diesem Fall zumindest verbal zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, ich bin etwas entsetzt über die Diskussion hier. Draußen stehen Menschen, die sich versammelt haben, weil sie für ihre Rechte und für bessere Pflege kämpfen. Dann sagen Sie, Herr Unna: Uns geht es auch um die Patientinnen und Patienten. - Glauben Sie denn wirklich, den Menschen da draußen geht es nicht um die Patientinnen und Patienten?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Was ist das für eine Unterstellung? Ich kann es nicht fassen, dass Sie tatsächlich eine Bitte verpackt in einer Unterstellung äußern. Das muss man einfach zurückweisen.

Sie sehen, ich bin total erbost darüber, dass man eine solche Diskussion auf dem Rücken von Menschen führt, die sich da draußen eingefunden haben und die tagtäglich dafür sorgen, dass die Pflege funktioniert und es den Menschen gut geht.

Ich wünschte mir, Sie hätten sich tatsächlich - das hat Frau Nicolin Gabrysch schon gesagt - die 13 Reden von diesen Menschen angehört, unter welchen Umständen sie arbeiten müssen. Tag für Tag gehen sie dahin und machen trotzdem ihre Arbeit,

so gut es geht. Und Sie sitzen hier in diesem Rat und erzählen davon: Wir sind nicht zuständig hier, wir sind nicht zuständig da, und es geht um irgendwelche Koalitionsverhandlungen. Entschuldigung bitte, das ist eine Resolution!

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen] macht eine Handbewegung nach unten)

- Ja, tut mir leid, Christiane. Du bist vielleicht eher ruhig. Mich erbost das. Mich macht das unzufrieden, dass hier so eine Diskussion geführt wird, die wirklich total unsachlich ist.

Sie müssen doch überlegen, worum es in dieser Resolution geht. Es geht doch um eine Unterstützung. Sie haben hier teilweise Resolutionen beschlossen - denken Sie selber nach - von den Grünen, der CDU, von allen Fraktionen, die teilweise unnötig waren. Wir waren nicht zuständig. Wir haben Resolutionen beschlossen.

(Christian Joisten [SPD]: Machen wir doch mal auf, super Ansatz!)

- Ja, ja, also gut.

Es ist einfach unglaublich unsachlich und unsolidarisch, was Sie hier gerade machen. Es ist eine Resolution, und zwar eine gute Resolution. Ich kann Ihnen sagen, dass ich eine direkte Verbindung zu den Menschen von der Uniklinik habe. Die wissen ganz genau, was hier heute beschlossen wird und dass das unsolidarisch ist, was Sie hier gerade machen.

Bedenken Sie, dass diese Menschen Tag für Tag auch für uns arbeiten. Sie arbeiten dafür, dass es hier bessere Verhältnisse in den Krankenhäusern gibt. Da können Sie doch nicht hingehen und alles von sich zurückweisen mit den Argumenten: Wir sind nicht zuständig, wir wollen nirgendwo eingreifen. - Das tun wir doch überhaupt nicht! Es ist eine Resolution. Und wer hat das eben gerade gesagt, in Münster werde überhaupt nichts passieren? - Ich glaube nicht, dass wir an diese Resolution große Erwartungen haben. Es geht doch um eine Unterstützung der Menschen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Deswegen werbe ich noch einmal dafür, diesem Dringlichkeitsantrag, dieser Resolution heute zuzustimmen. Die Menschen draußen werden das mit Sicherheit goutieren, wenn wir das heute tun.

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 44

Wenn wir es nicht tun, werden sie sich das bestimmt merken. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es fällt Ihnen offensichtlich allen schwer, darüber sachlich zu debattieren. Das kann man verstehen bei diesem Thema. Aber es ist keine Resolution. Es ist eine Forderung, die direkt an die Landesregierung und an die Uniklinik gerichtet ist.

Wünscht noch jemand das Wort in der zweiten Runde? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen, wer diesem Dringlichkeitsantrag der SPD zuzustimmen wünscht.

(Christian Joisten [SPD]: Es gab einen Vorschlag von Herrn Paetzold!)

Es gab einen Vorschlag, einen Änderungsantrag? Sie wollen den ersten Satz streichen, richtig?

Michael Paetzold (SPD): Genau, Frau Oberbürgermeisterin. Wie ich in meiner Rede ausgeführt habe, schlagen wir vor - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Dann lassen wir das zuerst abstimmen.

Michael Paetzold (SPD): Ganz genau.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, dann lasse ich also erst über diesen Änderungsantrag abstimmen, in dem der erste Absatz wegfällt. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Die Frage war ja an diejenigen, die es ablehnen, gerichtet, ob sie dann diesem Antrag zustimmen würden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das lasse ich abstimmen. Genau darüber lasse ich jetzt abstimmen.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Ich dachte, es würde reichen. Wenn Sie wünschen, lasse ich auch punktweise abstimmen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Punktweise! Christian, lass uns punktweise abstimmen! - Christian Joisten [SPD]: Ja!)

Wenn eine punktweise Abstimmung gewünscht wird, lasse ich punktweise abstimmen. Dann komme ich zur punktweisen Abstimmung.

Zunächst Punkt 1: Unterstützung der Forderung nach einem Tarifvertrag. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Enthaltungen? - AfD-Fraktion und Herr Zimmermann. Dann ist Punkt 1 abgelehnt.

Punkt 2: Wer wünscht zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Enthaltungen? - AfD-Fraktion. Dann ist Punkt 2 abgelehnt.

Punkt 3: Zustimmung? - DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Enthaltungen? - AfD-Fraktion. Punkt 3 ist abgelehnt.

Punkt 4: Zustimmung? - DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Enthaltungen? - AfD-Fraktion. Dann ist auch Punkt 4 abgelehnt.

Dann lasse ich den gesamten Antrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Enthaltungen? - AfD-Fraktion. Dann ist das abgelehnt.

Christian Joisten (SPD): Darf ich fragen, wie die Oberbürgermeisterin abgestimmt hat?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich mische mich auch nicht in Tarifverhandlungen ein.

Christian Joisten (SPD): Okay. Sie haben also mit Nein gestimmt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe mit der Mehrheit des Rates gestimmt.

Ich rufe auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Änderung der Zuständigkeitsordnung hier: Beteiligung der Bezirksvertretung bei Grundstücksangelegenheiten 1799/2022

Ich habe gehört, dass gewünscht wird, die Vorlage im Liegenschaftsausschuss zu beraten. Also würde ich gerne heute über die Alternative abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Lindenthal betreffend den Abgrenzungskatalog zur Zuständigkeitsordnung hier: Aufnahme des Abgrenzungskatalogs in die Zuständigkeitsordnung 1985/2022

Gibt es zunächst Wortmeldungen aus dem Rat? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Bezirksbürgermeisterin um ihren Wortbeitrag. - Bitte.

Bezirksbürgermeisterin Cornelia Weitekamp (Lindenthal): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle dazu appellieren, die Bezirke zu stärken. Zunächst einmal möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich ganz erfreut darüber bin, dass unser Beschluss hier so schnell auf der Tagesordnung gelandet ist. Ja, das ist zumindest positiv zu vermerken.

Die Verwaltung hat zu unserem Beschluss schon eine Stellungnahme abgegeben und beschreibt korrekt, dass der Abgrenzungskatalog eine Erläuterung und Beispiele enthält, um mehr Klarheit und Transparenz bei der Frage zu schaffen, ob eine Angelegenheit bezirkliche oder überbezirkliche Bedeutung hat. Das ist richtig, aber bisher ist

das eine Regelung, die als Verwaltungsvorschrift nur interne Wirkungen hat.

Unser Anliegen ist es, diese Regelung auf eine Satzungsebene zu heben und ihr damit mehr Gewicht zu verleihen. Das heißt, wir möchten gern, dass der Rat sich letzten Endes mit seiner Einschätzung dessen, was hier bezirkliche und was überbezirkliche Bedeutung hat, noch einmal auseinandersetzt und das als Satzung beschließt, so dass es auch mit einer Außenwirkung versehen wird.

Wir sind der Meinung und ich bin auch der Meinung, dass mit einem solchen Satzungsbeschluss dann auch bei eventuellen Auseinandersetzungen das Gewicht der Bezirke in der Auseinandersetzung gestärkt wird. Deswegen bitte ich darum, dies auch so zu beschließen und im weiteren Verlauf des Verfahrens auch diese Gesichtspunkte zu beachten. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden das dann in der Kommission zur Stärkung der Bezirke beraten. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Ausgaben der Stadt Köln für Rechtsanwälte und Medien-Berater“ AN/0953/2022

Antwort der Verwaltung vom 14.06.2022 1902/2022

Die Antwort liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Eine kurze Anmerkung. Vielen Dank zunächst einmal für die Beantwortung der Fragen an die Verwaltung. Ich bin zwar verwundert, dass da einiges noch nicht aufgeführt

werden konnte, aber ich bin gespannt, was in den Sitzungen von AVR und Rechnungsprüfungsausschuss vorgetragen wird. Vielleicht kommen wir später noch einmal darauf zurück. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, danke.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Viva Colonia“ AN/1083/2022

Herr Zimmermann, die Antwort der Verwaltung wird ausführlich in der nächsten Sitzung gegeben. - Danke schön.

Dann komme ich zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln - § 22 Integrationsrat 1009/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung 1426/2022

Dazu sind von Herrn Hock Fragen gestellt bzw. angekündigt worden.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, Frau Reker, vielen Dank. Ich wurde darum gebeten, diese mündlich zu stellen, falls noch andere Interesse an der Antwort haben sollten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, bitte.

Michael Hock (Die FRAKTION): Und zwar hat sich uns die Frage gestellt hinsichtlich der Änderungen in § 10 Abs. 1 der Satzung. Da soll geregelt werden, dass die wirtschaftliche Nutzung oder Verwertung der vorhandenen Vermögensgegenstände und Ressourcen nunmehr auch erfolgen kann. Das soll eine klarstellende Regelung sein. Dazu hat uns interessiert, auf welcher Grundlage dafür eine Notwendigkeit erkannt wurde. Insbesondere: Bestehen da bereits konkrete Verkaufs- bzw. Verpachtungsaussichten? Wenn das der Fall sein sollte, würde uns natürlich interessieren, was das ist, damit es für uns ein bisschen klarer ist.

Zudem stellten wir uns zu dem gleichen Paragraphen noch die Frage: Welche Vermögensgegenstände und Ressourcen sollen überhaupt von dieser Satzungsänderung erfasst sein? Welche bieten sich also konkret an für eine wirtschaftliche Nutzung oder Verwertung? - Das ist zu Abs. 1 von § 10 der neuen Satzung.

Zu Abs. 4 Nr. 3 hatten wir auch eine Frage, und zwar soll hier eine Änderung erfolgen hinsichtlich der Zustimmung des Aufsichtsrates. Bisher war es so, dass eine Änderung des Wirtschaftsplanes erfolgen muss, wenn die Vermehrung oder Hebung der Stellen eine bestimmte finanzielle Grenze erreicht; ich glaube, 50 000 Euro. Jetzt soll eine Änderung des Wirtschaftsplanes dann angezeigt werden, wenn die Vermehrung oder Hebung der Stellen mehr als 1 Prozent der vorgesehenen Stellen umfasst. Dazu hat sich uns die Frage gestellt: Was ist die Bezugsgröße für die Ermittlung des Prozentwertes? Ist das die Anzahl der vorgesehenen Stellen oder ist es das Finanzvolumen aller vorgesehenen Stellen?

Wenn Sie das kurz beantworten könnten, hätten wir eine bessere Entscheidungsgrundlage. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hock, danke, dass Sie diese Fragen, die sicherlich für alle von Interesse sind, hier noch einmal stellen und dann unmittel-

bar auch einer Beantwortung hier in dieser Sitzung zuführen. Selbst wenn Sie gesagt hätten, dass Ihnen das gegebenenfalls auch schriftlich im Nachgang reichen würde, ist das, glaube ich, für alle von Interesse.

Zunächst einmal zu der Frage der Klarstellung, dass zu der wirtschaftlichen Arbeit der StEB gegebenenfalls auch Verpachtung und Veräußerung von Grundstücken, soweit sie nicht mehr benötigt werden, gehören könnten. Das ist tatsächlich lediglich eine kommunalverfassungsrechtliche Klarstellung. Dazu gibt es derzeit keine konkreten Verkaufsabsichten, es hat also keinen konkreten Hintergrund. Es ist aber durchaus vorstellbar, dass beispielsweise Grundstücke, die nicht mehr benötigt werden oder dass es zur Verpachtung von Gebäuden für Mobilfunkstandorte kommen kann. Das sind Fälle, die derzeit übliches Geschäft sind und hier noch einmal klargestellt werden entsprechend den kommunalverfassungsrechtlichen Gepflogenheiten. Daraus ergibt sich keine Änderung. Das ist lediglich eine Klarstellung im Sinne der Transparenz. Wenn man an eine solche Satzung geht, macht man auch die Dinge, wo man sagt: Da kann noch ein bisschen mehr Transparenz hinein!

Der zweite Punkt bezieht sich auf die Frage, ob es ein Nachtragserfordernis beim Wirtschaftsplan gibt bei Veränderungen im Stellenplan. Da gab es auch jetzt schon eine Bagatellklausel. Diese Bagatellklausel ist entsprechend der Kommunalunternehmensverordnung angepasst worden und bezieht sich zukünftig auf einen Prozentwert in Abhängigkeit vom Stellenplan. Es geht also nicht um das Finanzierungsvolumen, sondern es geht um den Stellenplan, und es geht hier in der Regel um ein Interim im Rahmen der Bewirtschaftung, bis dann ein neuer Stellenplan und Wirtschaftsplan der StEB gemacht wird, um der StEB auch unterjährig eine gewisse Handlungsfähigkeit und Flexibilität zu ermöglichen. Das sah die bisherige Satzung auch schon vor. Die bisherige Grenze war eine finanzielle, die starr war und jetzt der Aktualisierung zugeführt worden ist.

Ich hoffe, das dient noch einmal der Klarstellung. Wenn Sie Fragen haben, gerne nochmals nachfassen. Ansonsten hoffe ich, dass die Fragen damit hinreichend beantwortet sind. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock, haben Sie noch Nachfragen? - Dann würden wir das auch noch zur Niederschrift zum Nachlesen dazunehmen. Okay.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann komme ich zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6.1.2. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif 1054/2022

Wortmeldungen sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt

6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2022 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen 1098/2022

Ich würde vorab, bevor Ihre Wortmeldungen erfolgen, noch einmal feststellen, dass hier Fragen angekommen sind zu einzelnen tradierten Veranstaltungen, die im heutigen Beschlussvorschlag nicht als Öffnungstermin enthalten sind. Mit dem heutigen Beschluss wird für diese Veranstaltungen keine abschließende Entscheidung getroffen. Die Verwaltung hat in der Beschlussvorlage dazu Stellung genommen, entschieden darüber aber nicht.

So, jetzt würde ich gerne die Wortmeldungen abarbeiten. Ich beginne mit Herrn Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden gleich direkt in die Abstimmung gehen. Ich beantrage für unsere Fraktion, dass wir wie die Verwaltungsvorlage

letztlich abstimmen, allerdings ohne die Veranstaltung INTERMOT.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Herr Dr. Krupp.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. Ich mache es auch kurz vom Platz aus.

In der Tat ist es so, dass bei uns auch in der Fraktion thematisiert wurde, dass es hier einige Veranstaltungen gibt, die traditionell eigentlich auch Sonntagsöffnungen als Annexnutzung nach sich gezogen haben, die diesmal herausortiert wurden von der Verwaltung - jedenfalls in der Vorlage; darüber entscheiden tun ja wir. Wir glauben, dass das zumindest einer näheren Begründung bedarf. Wie es zum Beispiel für den einen Termin in Rodenkirchen dort steht, ist es doch ein sehr bisschen sporadisch, zu sagen: Das ist keine Veranstaltung. - Ja, warum nicht? Wo sind die Kriterien, die nicht erfüllt werden, und warum wurden die beim letzten Mal noch erfüllt?

Deswegen begrüßen wir sehr, wenn wir das mit diesem Zusatz jetzt beschließen, dass das eben nochmals geprüft wird. Wir würden nur darum bitten, dass wir uns auf ein Datum einigen, weil einige Veranstaltungen sind bereits Anfang August, die brauchen also eine gewisse Sicherheit, ob sie jetzt noch einmal zum Zuge kommen oder nicht. Deswegen wäre unser Vorschlag: Lassen Sie uns doch darauf einigen, es bis zum Hauptausschuss am 11.07. - das sind drei Wochen - -

(Zurufe: Geht nicht! - Das muss der Rat machen!)

- Ja, dann muss er im Zweifel eine Sondersitzung machen. Das tut mir dann leid.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber in der sitzungsfreien Zeit ist das wohl nicht möglich.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Das muss die Verwaltung prüfen.

Also, ich kenne die Entscheidung, über die Sie sich wahrscheinlich gerade beugen, dass eben das in der Dringlichkeitsentscheidung nicht funktioniert, wenn der Rat noch einberufen werden kann. Ich sage es aber einmal so: Wenn wir heute über diese Veranstaltungen nicht abschließend befinden, dann müssen sie doch zumindest eine Chance haben, wenn die Verwaltung zu einer anderen Einschätzung kommt, dass sie doch noch genehmigt werden, weil es sonst keinen Sinn machen würde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, aber das geht nicht über den Hauptausschuss, weil die Veranstaltung im Stadtteilbereich Lindenthal schon am Sonntag, den 10.07., ist, und der Hauptausschuss ist am 11.07.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Okay, dann noch früher. Wunderbar. Entschuldigung, dann war es unser Fehler. Uns geht es nur darum, allen zu ermöglichen, wenn die Verwaltung oder die Politik zu einer anderen Einschätzung kommt, dann doch noch genehmigt zu werden. Insofern je früher, je besser.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: So, wie ich es eben vorgetragen habe, dass ich glaube, dass dieser Zusatz beschlossen wird, wird ja keine Tür zugeschlagen.

(Christian Joisten [SPD]: Wird sie denn wieder geöffnet? Das ist doch die Frage!)

- Sie ist ja nicht zugeschlagen. Sie ist offen und sie bleibt offen. Genau das war mein Bestreben mit diesem Zusatz. - Herr Joisten.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Nehmen Sie mal Herrn Joisten.

Christian Joisten (SPD): Darf ich einfach noch einmal nachfragen: Was ist denn da die Operationalisierung? Wenn wir jetzt also zu dem Ergebnis kämen und auch die Verwaltung sagt, wir haben noch einmal darauf geguckt und die Veranstaltung in Sülz oder wo auch immer ist jetzt doch zulässig, wer entscheidet dann, dass diese eine Veranstaltung dann auch noch mit in den Pott kommt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also, ich weiß leider nicht - das mag jetzt an mir liegen -, um welche Veranstaltung es Ihnen überhaupt geht. Das ist mein Problem jetzt. Ich verstehe das alles, ich weiß nur nicht, um welche Veranstaltung es geht. Wenn Sie das vielleicht einmal sagen würden, dann könnten wir das konkretisieren. Also, ich sehe nur eben bei Lindenthal das Datum und weil mir zufällig der 11. auch in Erinnerung ist, weil das mein letzter Arbeitstag vor dem Urlaub sein wird.

Christian Joisten (SPD): Es geht auf jeden Fall um eine Veranstaltung in Sülz/Klettenberg und eine in Rodenkirchen, aber das kriegen wir doch wahrscheinlich jetzt hier - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, aber dazu haben wir nun Zeit gehabt. Es nützt nun nicht.

Christian Joisten (SPD): Die Frage ist jetzt nur: Wie ist dann der Weg?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Erstes übermitteln Sie doch mal den Fragenkatalog. Bei mir ist nur angekommen, dass es Fragen dazu gibt, aber nicht welche Fragen. Deswegen kann ich sie auch nicht beantworten.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Also gut, dann mache ich das ganz kurz aus der Lamäng.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, bitte. Das wäre doch ganz wunderbar.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sie haben hier zum Beispiel die Veranstaltung im Stadtbezirk Rodenkirchen. Das ist die Nr. 4 von den abgelehnten Veranstaltungen. Da wird gesagt: Das stellt schon keine Veranstaltung dar; die begleitenden Aktionen zur geplanten Verkaufsstellenöffnung sind für sich genommen nicht geeignet, einen hinreichenden Besucherstrom zu erzeugen. Da steht aber nicht, warum das nicht der Fall sein soll. Im Antrag der Rodenkirchner wird dargelegt: Überwiegend

werden die Besucher durch die Veranstaltung angezogen. - Und wenn die das erst einmal behaupten, dann muss doch die Verwaltung hingehen und im Einzelnen darlegen, warum diese Behauptung nicht zutreffen soll, erst recht angesichts der Vermutungsregelung - ich wollte es eigentlich nicht juristisch machen -, die es in § 6 Abs. 1 Satz 3 Ladenöffnungsgesetz gibt. Es kann ja sein, dass die Verwaltung recht hat, aber damit die Betroffenen und wir auch es nachvollziehen können, muss doch ein bisschen mehr da stehen als „Is nicht!“. Da muss doch stehen, warum diese Kriterien nicht erfüllt sind und warum man ihnen nicht glaubt, dass mehr durch die Veranstaltung angezogen werden als durch die Ladenöffnung. Wenn das da dargelegt wird, dann können wir auch darüber entscheiden, ob die Verwaltung mit dieser Einschätzung recht hat. Aber so ist es nicht möglich, und so ist es auch für die Betroffenen nicht möglich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das verstehe ich. Diese Veranstaltung ist jetzt am 11.09.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Nein, die ist am 07.08.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Am 07.08? Das ist Deutz.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Nein, in der Vorlage auf Seite 15. Es geht um die Nichtgenehmigung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ach, ich habe die genehmigten. Ja, ja.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Das ist aber nur ein Beispiel. Andere, wie zum Beispiel - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir können doch jetzt hier nicht den Fragenkatalog durcharbeiten.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Richtig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das hätten wir im Vorfeld gerne gemacht, wenn wir die Fragen gekannt hätten.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir wollen doch gar nicht in die Vergangenheit gehen. Wie bekommen wir das jetzt vom Eis?

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Richtig. Und diese Fragen hätten Sie auch gekannt, wenn diese Vorlage im AVR gewesen wäre, wo sie hingehört hätte. Da war sie aber überhaupt nicht vorgesehen.

Christian Joisten (SPD): Zuständiger Ausschuss für Satzungen ist nun einmal der AVR, und der ist nicht beteiligt worden.

Also noch einmal ganz kurz zusammengefasst: Sülz/Klettenberg „Kunst im Carrée“ und Rodenkirchen im Dezember, das sind die zwei Veranstaltungen „Advent im Veedel“, um die es geht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann könnte man es vielleicht so machen, dass wir doch noch den Fragenkatalog bekommen, dass wir jetzt nichts ausschließen. Ich habe ja eben den Zusatz gemacht, es wird nichts ausgeschlossen. Dann bekommen wir den Fragenkatalog, dann beantworten wir den Fragenkatalog, und dann können wir im Hauptausschuss immer noch darüber beschließen. Wie wäre das denn?

(Christian Joisten [SPD]: Wenn das geht!)

Ich versuche das ja einfach nur zu lösen, weil es auch um die Leute geht. Heute wird die Vorlage beschlossen, aber es wird nichts ausgeschlossen.

(Christian Joisten [SPD]: Ja!)

Und dann würden wir quasi eine neue Entscheidung im Hauptausschuss treffen, wenn Ihnen die Beantwortung der Fragen nicht reicht.

(Christian Joisten [SPD] nickt)

Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Könnten wir vielleicht für fünf Minuten die Sitzung unterbrechen? Denn ich glaube, hier geht es gerade ein bisschen in den ganzen Diskussionen durcheinander, und wir holen jetzt gerade eine Diskussion nach, die eigentlich im Wirtschaftsausschuss hätte geführt werden können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Ich will halt einfach die Kuh hier vom Eis kriegen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Dass wir uns jetzt hier einmal kurz zusammensetzen und gucken, wie wir damit umgehen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, dann machen wir fünf Minuten Sitzungsunterbrechung. Ich bitte darum, 17.45 Uhr wieder pünktlich hier zu sein.

(Unterbrechung von
17.39 bis 17.45 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, jetzt setzen wir die Ratssitzung fort. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich gerne in die Abstimmung eintreten. - Doch, Herr Görzel. Entschuldigung. Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Ich mache es auch vom Platz aus. - Zwei Anmerkungen:

Erstens. Wir haben uns vor zwei Jahren während der ersten Corona-Krise, -Pandemie, -Hochzeit ja alle in die Hände geschworen, den Innenstädten und den Veedeln zu helfen. Der aktuelle Oberbürgermeister von Düsseldorf, unser damaliger Stadtdirektor, hat seinerzeit die Anträge für Sonntagsöffnungen, ich sage einmal salopp, etwas großzügiger genehmigen lassen. Sie wurden ja zum Teil auch beklagt; zum Teil kamen sie wegen der Pandemie gar nicht zustande.

Ich lese aus dem aktuellen Verwaltungshandeln jetzt ein bisschen, dass da wohl wieder etwas

mehr Rückschritt herrscht - möglicherweise auch aus Angst oder aus Furcht davor, dass ver.di wieder klagt. Das findet meine Fraktion sehr bedauerlich. Wenn ich da falsch liege - das tut man gelegentlich -, dann können wir der Sache gerne auf den Grund gehen. Aber hier entsteht schon der Eindruck, dass doch eher eine Zurückhaltung an den Tag gelegt wird. Das finden wir schade.

Zweitens. Ich persönlich bin etwas baff und frage mich, warum jetzt plötzlich die INTERMOT, also die Öffnung am 9. Oktober in der Innenstadt, herausfallen soll. Ich habe eben noch einmal nachgesehen. Ich habe noch keine E-Mail erhalten, dass die INTERMOT abgesagt wird. Deswegen bin ich etwas sprachlos - zumal es bei der INTERMOT um eine Messe geht, die von der Koelnmesse durchgeführt wird, also einem städtischen Beteiligungsunternehmen. Hier sind ja auch einige Aufsichtsratsmitglieder. Wir haben uns im Aufsichtsrat, wie überall, auch in die Hand geschworen, dass wir gerne die Attraktivität unserer Koelnmesse steigern wollen.

Deswegen bin ich jetzt, ehrlich gesagt, baff. Ich habe eine Vermutung. Aber natürlich weiß ich nichts Näheres. Vielleicht kann mich ja jemand von den Bündnis-Fraktionen kurz erhellen, was der Hintergrund dafür ist, dass die INTERMOT hier herausgenommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zunächst einmal mag dieser Eindruck entstanden sein. Aber es gibt da keine Änderung der Haltung - vielleicht eine Änderung des Realitätsbewusstseins. Furcht vor Klagen von ver.di haben wir auch nicht. - Herr Hammer, zur INTERMOT.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil wir direkt angesprochen wurden: Die Vermutung, die Sie haben, ist wahrscheinlich die, dass es sich dabei um eine Motorradmesse handelt und sie deswegen nicht mit einer Öffnung verbunden werden soll. Dem ist beileibe nicht so. Uns fehlt hier auch der Zusammenhang zu dem Anlassbezug. Warum gerade bei dieser einen Messe und bei allen anderen Messen nicht? Deswegen wollen wir da auch eine gewisse Art der Gleichberechtigung herstellen und

bei den entsprechenden Messen nicht per se auch die verkaufsoffenen Sonntage haben. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Volker Görzel (FDP): Ich habe ja noch 30 Sekunden Redezeit. Vielen Dank. Aber das leuchtet mir wirklich nicht ein. Nur weil in der Innenstadt oder in Deutz kein Volksfest gemacht wird, wenn die INTER-irgendetwas stattfindet, hier einen verkaufsoffenen Sonntag nicht zuzulassen, kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht abnehmen - insbesondere nicht vor dem Hintergrund, dass wir in zwei Monaten die gamescom haben, bei der hoffentlich die ganze Innenstadt bespielt wird, und wir in den entsprechenden Gremien viel Geld dafür geben, dass das gamescom-Festival auf den Ringen stattfindet. Jetzt zu sagen, bei der INTERMOT wolle man das nicht haben, halte ich, ehrlich gesagt, für weit hergeholt und werde ich an anderer Stelle noch thematisieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel.

Dirk Michel (CDU): Ich möchte mich zu dem politischen Motiv bezüglich der INTERMOT nicht äußern. Ich möchte aber Herrn Görzel unterstützen - das habe ich im Wirtschaftsausschuss auch gesagt -, was die Zurückhaltung der Verwaltung angeht. Man kann das ganz klar benennen, weil die Industrie- und Handelskammer und der Einzelhandelsverband sich Sonntagsöffnungen in Sülz/Klettenberg zu Kunst im Carrée und in Rodenkirchen anlässlich des Wintermarktes, um nur diese beiden zu nennen, sehr gewünscht hätten.

Was auch wichtig ist - das habe ich auch im Wirtschaftsausschuss gesagt -, ist die Beteiligung oder Nicht-Beteiligung von ver.di an den Vorgesprächen. Der Stadtrat muss einfach wissen, dass sie nicht stattgefunden hat. Darauf muss auch reagiert werden. Denn es ist nur in Köln so, dass ver.di sich daran nicht beteiligt hat, und das ist nicht zu akzeptieren.

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 52

(Beifall bei Teilen der CDU und von Volker Görzel [FDP])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme das noch einmal mit. - Es gibt weitere Wortmeldungen. Jetzt geht das kreuz und quer. Herr Joisten und dann Herr Zimmermann.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich will nur noch einmal verstehen, was hier gerade gesagt wurde. Jetzt sollen nicht alle 14 genehmigungsfähigen Anträge beschlossen werden, wenn es nach dem Ratsbündnis geht. Wenn ich es richtig verstanden habe, wird der Punkt 1 herausgenommen. Ich will das nur noch einmal klargestellt haben, damit ich - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nicht der ganze Punkt 1, sondern nur der 9. Oktober aus dem Punkt 1. So ist meine Erinnerung an den Antrag.

Christian Joisten (SPD): Der erste von 14 genehmigungsfähigen Anträgen, mit Nr. 1 gekennzeichnet, soll entfallen. Das sehe ich richtig, ja? Alle anderen 13 sollen beschlossen werden?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. In der Begründung ist es die Nr. 1.

Christian Joisten (SPD): Vielleicht kann das tatsächlich noch einmal begründet werden. Möglicherweise war ich gerade auch unaufmerksam. Wenn die Verwaltung hier doch zu dem Ergebnis kommt, dass sie genehmigungsfähig sind, was ist denn jetzt das Kriterium, das dies aus Sicht der Mehrheitsfraktionen infrage stellt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer noch einmal?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, sehr gerne. - Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns erschließt sich bei

dieser Genehmigung nicht der Anlassbezug zwischen einer stattfindenden Messe und einem verkaufsoffenen Sonntag in der Innenstadt. Es handelt sich dabei nicht um eine Veranstaltung in Deutz etc., sondern es geht um eine Messe. Eine Messe ist eine Messe, und dort findet auch Messegeschäft statt. Das andere ist ein verkaufsoffener Sonntag in der Innenstadt. Wir reden bei vielen anderen Veranstaltungen genau über diesen Anlassbezug, der dort gegeben sein muss. Bei anderen Festen sehen wir den Anlassbezug in dieser Form auch nicht gegeben, sagen aber, dass es durchaus andere Gründe gibt, diese Veranstaltung auch stattfinden zu lassen.

Bei dieser einen Veranstaltung sehen wir diesen Anlassbezug eben konkret nicht. Deswegen bitten wir hier darum, sie auch herauszunehmen.

Christian Joisten (SPD): Die zwischen 44 000 und 50 000 zu erwartenden Personen überzeugen Sie da also nicht. Okay. - Danke.

Volker Görzel (FDP): Ich habe eine Frage an die Verwaltung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erst einmal hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle auch, wie ab und zu mal zwischendurch, daran erinnern, dass es gute Gründe gibt, dass sonntags geschlossen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Sonntag - ich hatte das vor Jahren schon einmal gesagt - gehört dem Müßiggang und der Familie und nicht dem Kommerz. Ich möchte damit nicht dem Einzelhandel zu nahe treten. Aber ich gehöre zu den Menschen, die sich darüber freuen, wenn sonntags so wenig wie möglich geöffnet wird. Ganz klar: Dass es Ausnahmen gibt, mögen andere beschließen.

Ich werde die Vorlage aus den genannten Gründen als Ganzes ablehnen. Das möchte ich aber nicht als eine Schädigung der Kölner Wirtschaft

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 53

verstanden wissen, sondern als eine Maßnahme zum Schutz der dort arbeitenden Menschen. Ich stehe in diesem Sinne fest an der Seite der Gewerkschaften und auch der Kirche. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt gab es noch Fragen an die Verwaltung. Aber ich weiß nicht, von wem. Herr Görzel, von Ihnen?

Volker Görzel (FDP): Genau. - Da ich in Verwaltungsrecht nicht so sattelfest bin, habe ich eine Frage an die Verwaltung. Angenommen, die formellen Voraussetzungen für die Erteilung einer Genehmigung zur Veranstaltung eines verkaufsoffenen Sonntags liegen vor: Sind dann die Antragsteller berechtigt, das einzuklagen, unabhängig von unserer Entscheidung?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das können wir nur schriftlich nachreichen.

Volker Görzel (FDP): Gut. Ich bitte um zeitnahe Bescheidung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, klar. Sonst bringt es ja nichts.

Volker Görzel (FDP): Die Zeit läuft.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Ich wollte mich eigentlich nicht mehr melden. Aber das, was gerade von Herrn Zimmermann gesagt worden ist, kann man so nicht stehen lassen. Vor dem Hintergrund der Corona-Jahre braucht unser Einzelhandel, gerade der stationäre Einzelhandel, die Möglichkeit, verkaufen zu können. In dem Fall ist das wirklich wichtig. Das gilt auch für die INTERMOT. Wir haben den Leuten viel zugebetet.

Deswegen brauchen wir, wenn wir unsere einzigartigen Einzelhandelsstrukturen in der Stadt und alles, was damit zusammenhängt, auch als positiven Effekt auf die Gesamtstadt bewahren wollen, diese verkaufsoffenen Sonntage. Daher wird meine Fraktion zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr dazu.

Dann würde ich jetzt abstimmen lassen, und zwar zunächst einmal ohne den Punkt „am Sonntag, dem 09.10.2022“ in § 1 Nr. 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung und dann über die Gesamtvorlage mit dem Zusatz, dass, außer wenn wir jetzt über den Punkt 1 gesondert beschlossen haben, keine weitere Veranstaltung ausgeschlossen ist. Ich lese das noch einmal vor:

Im heutigen Beschlussvorschlag werden keine abschließenden Entscheidungen getroffen. Die Verwaltung hat in der Beschlussvorlage dazu Stellung genommen, entschieden aber nicht.

So stimmen wir jetzt ab.

Wer wünscht dem mündlichen Änderungsantrag der Grünen zuzustimmen?

(Ralph Sterck [FDP]: Los, CDU, Hände hoch!)

CDU, Grüne und Volt.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist nicht die gesamte CDU!)

CDU, Grüne und Volt. Wer ist dagegen? - Das sind die AfD, Die FRAKTION, Herr Zimmermann, die SPD und die Oberbürgermeisterin.

(Zuruf: Herr Zimmermann war dafür!)

- Moment. - Jetzt müssen wir noch einmal in die Abstimmung eintreten. Ich frage noch einmal, wer für „ohne INTERMOT“ ist, also dafür, dass die INTERMOT nicht als Grundlage für diesen offenen Sonntag genommen wird, oder für die Streichung der INTERMOT. - Das sind die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU und Volt. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind die SPD, die FDP und die AfD. Enthaltungen? - Die FRAKTION, Frau Gabrysch und DIE LINKE enthalten sich. Dann ist die INTERMOT draußen.

Nun lasse ich über die Vorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von der LINKEN, Frau Gabrysch, Herrn Zimmermann und der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Lassen Sie mich noch einmal sagen: Vorberater der Ausschuss ist gemäß § 25 Abs. 2 Ziffer 15 unserer Zuständigkeitsordnung der Wirtschaftsausschuss. Wir haben es vielleicht manchmal anders gemacht. Das kann sein; das kann ich jetzt nicht sagen. Aber wir haben es jetzt gelöst. Das ist die Hauptsache, dass wir zu einem Ergebnis kommen.

(Christian Joisten [SPD]: Okay!)

- Okay.

Dann kommen wir jetzt zu:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2022 **1787/2022**

Da muss es in der Anlage 1 „12.04.2022“ und nicht „12.04.2021“ heißen. Das ist ein redaktioneller Fehler. Ich bitte um Nachsicht.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann ist das so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KommHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Neubau von zwei Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Brohler Str., 50968 Köln-Marienburg

0190/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann haben wir das zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Generalinstandsetzung der Pützlachstraße und der Frasengasse in Köln-Flittard **1094/2022**

Wortmeldungen? - Kenntnisnahme erfolgt.

Tagesordnungspunkt

7.2.3 Kostenerhöhung für den Neubau des Pavillons Alte Schule Widdersdorf **1363/2022**

Wortmeldungen? - Kenntnisnahme erfolgt.

Tagesordnungspunkt

7.2.4 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln im Rahmen des Projektes „Leitstelle 2020“; Umsetzungsbeschluss Teil 2 - Notleitstelle für die Feuerwehr Köln **0049/2022**

Wortmeldungen? - Zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

TOP 10.1 ist zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt

10.2 Anmietung eines bisher als Beherbergungsbetrieb genutzten Appartementhauses mit abgeschlossenen Wohneinheiten im Methweg zur Unterbringung Geflüchteter **0545/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

TOP 10.3 ist zurückgestellt worden.

Tagesordnungspunkt

10.4 Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI

0840/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens, bitte. - Entschuldigung. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Rudolph, der bitte zunächst spricht - und dann Herr Boyens, wenn sich niemand mehr meldet.

Floris Rudolph (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuschauende! Der Juni ist ja bekanntermaßen The Pride Month. Wir sehen die zahlreichen Regenbogenfahnen in der Stadt, in den Geschäften und überall auf den verschiedenen Social-Media-Plattformen. Am Samstag wurde der ColognePride eröffnet, der in gut zwei Wochen mit der großen Parade sein glitzernes Ende finden wird. In dieser Zeit werden über 1 Million Besucher*innen in Regenbogen und Glitzer in Köln sichtbar sein.

Trotzdem sind tagtäglich Diskriminierung, Bedrohung und Gewalt gegenüber LSBTIQ auch in Köln völlig üblich - auch in diesem Zeitraum des ColognePride, in dem wir uns ja gerade befinden.

Deswegen bin ich glücklich, dass wir heute über das Förderprogramm zur Gewaltprävention und zum Ausbau der Teilhabe und der Antidiskriminierungsarbeit von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Inter- und nicht binären Menschen sowie Asexuellen und allen anderen Sternchen abstimmen werden. Das Förderprogramm soll den bereits beschlossenen Aktionsplan flankieren. Heute geben wir dafür 80 000 Euro aus dem Gesamtpaket von insgesamt 200 000 Euro aus, die wir im Haushalt zur Verfügung gestellt haben.

Ich finde es gut, dass wir jetzt pünktlich zum ColognePride ein deutliches Zeichen setzen, dass wir Ausgrenzung und Gewalt gegenüber LSBTIQ nicht nur nicht dulden, sondern dem auch aktiv etwas entgegensetzen werden. Dafür vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe eine ganz dünne Rednerliste. Wenn jetzt niemand sonst das Wort wünscht, dann Herr Boyens, bitte.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich für die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln klarstellen: Gewalt und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung ist nicht zu tolerieren und wird von uns selbstverständlich aufs Schärfste verurteilt.

(Beifall bei der AfD)

Zur Wahrheit, meine Damen und Herren, gehört aber auch, dass Vorfälle wie der zunächst wochenlang von den Behörden als Touristenmord abgetane Messeranschlag in Dresden auf ein schwules Pärchen aus Köln - unsere ehemalige Bundeskanzlerin schweigt übrigens bis heute zu diesem Vorgang - eine direkte Folge der unkontrollierten Massenmigration kultur- und raumfremder Menschen in unsere Sozialsysteme sind.

(Beifall bei der AfD - Zuruf: Zum Thema!)

- Doch, es hängt genau damit zusammen. - Insofern dürfen wir die heute zu genehmigenden 80 000 Euro für eine entsprechende Präventionsarbeit getrost als weiteren Kostenpunkt mit direktem Bezug zu dem von Berlin zu verantwortenden Migrationsdesaster verbuchen.

In Deutschland leben mittlerweile 5 bis 6 Millionen Muslime. Natürlich - das ist vollkommen klar - sind nicht alle von ihnen homophob. Aber wir dürfen doch als Gesellschaft nicht die Augen davor verschließen, dass wir mit dem Islam und mit diesen Menschen etliche Probleme für die LSBTI-Community importiert haben.

Man hätte gewarnt sein können. Haben wir vergessen, wie 2016 in Orlando ein islamistischer Täter bei einem Anschlag auf einen von Homosexuellen besuchten Nachtclub 49 Menschen tötete? Haben wir vergessen, dass der Islamische Staat im Internet Videos veröffentlichte, bei denen Homosexuelle vom Dach eines Hochhauses geworfen wurden? Haben wir vergessen, dass Erdoğan im Frühjahr 2020 - das ist gerade einmal zwei Jahre her -

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

die Thesen des Chefs seiner Religionsbehörde Diyanet verbreitete, Homosexuelle seien für den Ausbruch von Corona verantwortlich? Und haben wir vergessen oder wollen wir nicht zur Kenntnis

nehmen, dass die Scharia Homosexualität als todeswürdiges Verbrechen verurteilt?

Meine Damen und Herren, jeder, der heute für die Freigabe dieser Mittel stimmt - und das tun auch wir; das tut auch meine Fraktion -, sollte sich dessen gewahr sein, was eben auch ein maßgeblicher Grund für diese Ausgabe, die wir tätigen, und für diese neuerliche Belastung des Steuerzahlers ist. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln (Linie 17) und Verlängerung Linie 7 0054/2022

Ich frage, ob das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 11.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Einrichtung des angemieteten Gebäudes und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Gymnasium Aachener Straße 744 - 750 in Müngersdorf 0103/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Förderprogramm Niedrigschwellige Suchthilfe - Drogenkonsumraum Mülheim 0995/2022

Meine Damen und Herren, wird das Wort gewünscht? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stadt Zürich in der Schweiz hat eine lange und leidvolle Geschichte in Sachen Drogenkonsum hinter sich, ist aber mittlerweile international zu einem Vorbild dafür geworden, wie man das Problem angehen sollte und erfolgreich angehen kann. Beispielsweise Frankfurt am Main hat entschieden, aus den Erfahrungen von Zürich zu lernen.

Nun, was sind die zentralen Erkenntnisse aus Zürich? Diese lassen sich in drei zentralen Punkten zusammenfassen.

Erstes Hauptziel ist die sogenannte Stadtverträglichkeit. Das heißt, alle Einwohner einer Stadt, also sowohl die Drogenkranken als auch die ganz normalen, nicht betroffenen Einwohner, sollen sich sicher fühlen und sollen menschenwürdig leben können. Dahinter steht die Erkenntnis, dass weder eine einseitige Repression noch unkontrolliertes Gewährenlassen zum Ziel führen. Dahinter steht auch die Erkenntnis, dass Sucht eine Konstante in der Geschichte der Menschheit ist und sich dabei immer besonders in urbanen Zentren konzentriert hat.

Zweite zentrale Erkenntnis: Sicherheit ist immer und überall zu garantieren. Sicherheit ist die zentrale Voraussetzung für Lebensqualität. Störungen der öffentlichen Ordnung werden daher konsequent und unnachgiebig verfolgt.

Das dritte Learning aus den Erfahrungen von Zürich ist: integrieren statt ausgrenzen. Das bedeutet, dass den Suchtkranken ein breites Hilfsangebot offensteht. Als Gegenleistung wird aber verlangt, dass die Betroffenen, die Suchtkranken, sich nachweislich um eine Besserung ihrer Situation bemühen. Kurz gesagt: Es geht um Fördern und Fordern.

Wenn wir uns nun das vorliegende Konzept der Stadt Köln anschauen, meine Damen und Herren, dann fällt auf, dass hier ausschließlich aus der Perspektive der Suchtkranken argumentiert wird. Das verkürzt die Problematik in unzulässiger Weise.

Als jemand, der ungefähr zwei- bis dreimal pro Woche selber mit dem Fahrrad über den Wiener Platz in Mülheim fährt, kann ich Ihnen sagen - -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Darüber darf man gar nicht mit dem Fahrrad fahren! - Heiterkeit)

- Doch, das kann man. Da gibt es einen Radweg. Herr Weisenstein, Sie sollten häufiger mal aufs Rad steigen. Dann würden Sie den Fahrradweg da kennen.

(Beifall bei der AfD)

Dann wüssten Sie auch, wie es am Wiener Platz in Mülheim aussieht. Denn ich kann Ihnen eines sagen, Herr Weisenstein: Dieser Platz ist schon längst kein öffentlicher Raum mit geschätzter Aufenthaltsqualität mehr. Das ist ein ziemlich heruntergekommener Platz.

Mit dem hier vorliegenden Konzept soll nun ein Drogenkonsumraum möglichst - so steht es in dem Konzept - in der Nähe des Wiener Platzes eingerichtet werden. Wir halten dies für den falschen Weg - nicht, weil wir gegen die Einrichtung eines Drogenkonsumraums wären, nein.

Es kann aber nicht sein, meine Damen und Herren, dass wir uns als Stadt und als Stadtrat den Standort eines solchen Konsumraums durch die Vorlieben der Drogenabhängigen vorschreiben lassen. Ja, diese Menschen sind krank und brauchen Hilfe. Aber wo sie diese Hilfe bekommen, legen immer noch wir fest, und zwar nach den Kriterien „gute Erreichbarkeit“, „Verfügbarkeit von Räumen für die angemessene Behandlung“ und „möglichst wenig Beeinträchtigung der übrigen Einwohner und Bürgerinnen der Stadt“.

Das schließt aus, meine Damen und Herren, dass wir diese Drogenkonsumräume in der Nähe von zentralen Plätzen und geschätzten Aufenthaltsorten in dieser Stadt einrichten, also in der Nähe des Neumarktes oder hier am Wiener Platz.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie deshalb gegen das vorliegende Drogenkonzept. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Die gesamten demokratischen Kräfte im Stadtrat freuen sich über einen weiteren Drogenkonsumraum. Über den Drogenkonsumraum diskutieren wir jetzt schon seit vielen, vielen Jahren im Rat und insbesondere auch im Sozialausschuss. Da habe ich nie eine Äußerung der AfD, weder eine kritische noch überhaupt eine Äußerung, zu diesem ganzen Thema gehört. Deswegen finde ich Ihre Rede in jeder Hinsicht, inhaltlich und auch formal, deplatziert.

(Beifall)

Ich muss die Stadt Zürich in Schutz nehmen. Die Stadt Zürich macht eine sehr gute Drogenberatung. Sie hat zum Beispiel die Originalstoffvergabe eingeführt. Daran könnten wir uns zum Beispiel auch ein gutes Vorbild nehmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Vonseiten der Stadt Zürich wird also eine vorbildliche Drogenpolitik gemacht.

Im Übrigen sind wir uns hier im Rat auch sehr einig, dass beim Thema Drogenkonsumraum Soziales und Ordnungspartnerschaftliches zusammengehört. Das ist nicht das eine oder das andere, sondern gehört zusammen. Deswegen treten wir als LINKE für sozialraumorientierte Ordnungs- und Polizeiarbeit ein. Dazu gehört der Streetworker; dazu gehören alle. So muss man das betrachten.

Sie betrachten das eben nicht so. Das ist ein großer Fehler vonseiten der AfD. Da wäre es gut, wenn Sie ein bisschen dazulernen und sich an den Diskussionen in den Fachausschüssen auch beteiligen würden.

Und den Hinweis von Herrn Weisenstein, dass der Mülheimer Platz kein Fahrradweg ist, sollten Sie sich, glaube ich, als Ratsmitglied hinter die Ohren schreiben. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kann ich darüber abstimmen lassen.

Zu der im Sozialausschuss aufgeworfenen Frage zur Tarifsteigerung hat die Verwaltung ja in Anlage 3 Stellung genommen. Ich lasse daher abstimmen wie Vorlage.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 Neubeschaffung der Fahrzeuge und Einrichtung der 19 Mehrstellen für die Baumpflege entsprechend des Wirtschaftlichkeitsvergleiches „Make or Buy“
0999/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.9 Zuschussgewährung Stromsparcheck der Caritas (Fortführung bis 31.03.2023)
1021/2022**

Zunächst hat Herr Bauer-Dahm das Wort.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Das war anders abgesprochen!)

- Bei mir steht es so. Ich lese hier nur vor. Also nicht. Gut. - Wird denn sonst das Wort gewünscht? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben in Köln jede Menge verschiedenster Organisationen und Einrichtungen, die sich mit dem Thema Energiesparen und Stromsparen beschäftigen. Das sind die Verbraucherzentrale, die RheinEnergie, diverse Energieberater und, und, und. Es braucht weiß Gott nicht auch noch die Caritas, um dieses Thema zu bearbeiten.

Wir haben es hier in diesem Bereich ja schon seit Jahren mit einer Doppel-, Dreifach-, wenn nicht Vierfachförderung zu tun, die absolut nicht mehr zeitgemäß ist.

Und bitte halten Sie sich vor Augen: Wir haben mittlerweile das Internet. Sie finden dort jede Menge Tipps, Angebote und konkrete Vorschläge.

Kurz: Jeder und jede, der und die ernsthaft sparen möchte, wird dort fündig.

Die jüngst stark gestiegenen Energiepreise tun auch ein Übriges dafür - so viel Vertrauen, liebe Grüne, in die marktwirtschaftlichen Anreizwirkungen von Preisen sollte sein -, dass die Menschen ganz von alleine angeregt werden, Energie einzusparen.

Hinzu kommt: Wir stehen finanziell vor schwierigen Zeiten. Die hier vorgesehenen 100 000 Euro, die wir der Caritas sozusagen rüberschieben wollen, sollten nicht freigegeben werden.

Bezeichnenderweise weist die Vorlage des zuständigen Dezernats auch ganz konkret eine Alternative auf. Schauen Sie in Ihre Unterlagen. Darin steht nämlich: Die Förderung wird nicht gewährt, und das Programm der Caritas wird nicht weiter unterstützt.

Stimmen Sie, meine Damen und Herren, deshalb für die Beschlussalternative. Die Verwaltung hat den Weg gewiesen. Dieses Geld können wir einsparen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt wird von Herrn Detjen das Wort gewünscht.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte, doch festzustellen - der Kollege arbeitet bei der RheinEnergie, und dieses Projekt ist ja ein Kooperationsprojekt mit der RheinEnergie -, ob es zulässig ist, dass er dazu reden darf.

Das müssen Sie nicht jetzt tun. Er hat ja geredet. Insofern ist das ein uninteressantes Thema. Lassen Sie uns lieber in der Tagesordnung fortfahren und den Beschluss fassen. Wir sind uns ja auch im Rat einig. Aber ich bin doch etwas irritiert, dass der Kollege, der bei der RheinEnergie arbeitet, sich einfach frech zu diesem Thema äußert. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich hatte nicht den Eindruck, dass Herr Boyens befangen

ist. Sonst hätte ich das - - Aber wir gucken es uns noch einmal an. - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Ich mache es kurz. Ich kann, auch wenn es hier eigentlich nicht ganz hingehört, nur wieder sagen: Die Ursachen dafür, dass überhaupt Stromsparen in dem Umfang nötig ist und die Preise so hoch sind, liegen in einer fehlgeleiteten Energiepolitik. Deswegen rede ich auch hier dazu. Herr Spahn von der CDU hat sich ja auch für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke, im Volksmund Atomkraftwerke - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber jetzt geht es wirklich um dem Stromsparcheck der Caritas.

Christer Cremer (AfD): Ja. Aber da sollten - - Warten Sie doch mal ab. Dann bräuchten wir - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. Wir machen hier gerade eine zweite Runde. Jetzt warte ich mal nicht mehr ab. Dann reden Sie bitte auch wirklich zur Sache.

Christer Cremer (AfD): Ich komme doch jetzt dahin. Denn wir könnten dieses Geld einsparen, wenn wir eine solche fehlgeleitete Politik als Kommune nicht irgendwie ausgleichen müssten. Deswegen: pro Kernkraft, pro Kohlekraftwerke. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen Sie jetzt bitte auch zur Sache.

(Zuruf von Christer Cremer [AfD])

- Aber nicht zur Sache. Sie haben nicht zur Sache gesprochen. Das ist es ja leider.

(Zuruf: Das ist leider das Problem bei denen!)

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wir sind bei TOP 10.9, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.10 „Integrationsbudget 2022“ - Verteilung von Restmitteln für eine mehrsprachige Informationskampagne zu Gesundheitsthemen
1325/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Änderung des Statuts für den Umweltschutzpreis
1476/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.12 Historische Stadtbibliothek - Restaurierungsprojekt 2024 - 2028
hier: Festlegung eines Zuschusses der Stadt Köln
1548/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.13 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2021
1596/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 RTZ Rechtsrheinisches Technologie- und Gründerzentrum Köln GmbH: Verlängerung der Betrauung
1182/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 TU-/GU-Schulbaumaßnahme: Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule Adalbertstraße durch Totalunternehmen - Planungs-, Bau- und Mittelfreigabebe-schluss
2399/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Erstellung eines Erweiterungsbaus Küche mit Mensa sowie die erforderlichen Nebenräume für die offene Ganztags-schule inklusive Anbau einer Aufzugs-anlage für die Grundschule Ernstberg-str. 2, 50765 Köln-Blumenberg, Baube-schluss
2642/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so be-schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Wirtschaftsplan 2022 der Gebäudewirt-schaft der Stadt Köln
4439/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so be-schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Sanierung der Trauerhalle auf dem Friedhof Weiß und Umnutzung als Ko-lumbarium - Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss
0032/2022/1**

Wortmeldungen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Alle drei Punkte bezüglich der Kolumbarien finde ich ausgesprochen prickelnd. Da sieht man, was unsere Anregung beim Kalkberg bewirkt. Ich hoffe, dass wir vielleicht noch einmal zum Kalkberg-Kolumbarium zurückkommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gerne abstimmen lassen. Weitere Wortmeldungen sehe ich auch nicht.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Sanierung der alten Trauerhalle auf dem Friedhof Melaten und Umnutzung als Kolumbarium - Bedarfsfeststel-lungs- und Baubeschluss
0032/2022/2**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegen-stimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Baubeschluss - Neubau eines Gerä-tehauses der Freiwilligen Feuerwehr und der Rettungswache in Köln-Ro-denkirchen
0826/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so be-schlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 „Identität stärken - natürliche Mehr-sprachigkeit fördern!“
1017/2022**

Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das Thema Inflation ist dieser Tage in aller Munde. Das vorliegende Positionspapier des Integrationsrates ist auch ein schönes Beispiel für eine Inflation - nicht die Geldinflation, sondern die Inflation der Worte, die wir seit Jahrzehnten beobachten.

(Beifall bei der AfD)

Sie kennen sicher folgendes Beispiel: Die Zehn Gebote kommen mit 110 Worten aus, die Unabhangigkeitserklarung der USA mit 1 300, und der

seinerzeitige Entwurf der Europäischen Gemeinschaften für den Import von Karamellbonbons umfasste 26 911 Worte.

Anders ausgedrückt: Wir haben eine abnehmende Regelungsdichte, brauchen dafür aber immer mehr Worte.

Das vorliegende Positionspapier des Integrationsrates - immerhin vier dicht beschriebene Seiten - ist ein schönes Beispiel dafür.

Das Ganze hat vor über 200 Jahren Johann Wolfgang von Goethe in einem Satz zusammengefasst. Er hat gesagt - Zitat -:

Wie viele Sprachen du sprichst,
sooft mal bist du Mensch.

Das Positionspapier des Integrationsrates enthält viele grundsätzlich richtige Aussagen, aber eben auch einige ganz grundverkehrte und toxische, hochgefährliche Aussagen. Das sage ich nicht zuletzt als jemand, der selber bis zu seinem sechsten Lebensjahr dreisprachig aufgewachsen ist.

Wir lehnen diese Vorlage aus folgenden Gründen ab:

Erstens. Selbstverständliches muss nicht extra beschlossen werden. Das vorliegende Positionspapier enthält, wie gesagt, jede Menge hinlänglich Bekanntes und längst Verstandenes. Aber wir müssen hier im Rat nicht alle naslang Selbstverständliches erneut beschließen. Schließlich bekräftigen wir auch nicht, dass die Gesetze der Schwerkraft für das Stadtgebiet Köln gelten.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens. Sprache wird - und das ist ganz wichtig - mit und durch Personen und persönliche Beziehungen erlernt. Im Positionspapier heißt es unter dem ersten Spiegelstrich - Zitat -:

Das bisherige Dogma „hier wird deutsch gesprochen“ bei Eintritt des Kindes in Kindergarten oder Grundschule ist ein grober pädagogischer Fehler, ...

Das, meine Damen und Herren, ist grundverkehrt.

Ich zitiere hier aus dem Leitfaden „Frühe Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund“ der Stadt Basel in der Schweiz. Dort wird gesagt - und das ist ganz entscheidend -, dass Kinder

eine fremde Sprache dadurch lernen, dass sie mit einer bestimmten Person immer in dieser Sprache sprechen. Das kann ein Elternteil sein; das kann im Kindergarten sein; das kann in einer anderen Einrichtung sein. So werden Sprachfähigkeit und Sprachkompetenz vermittelt.

Die Sprache ist immer auch Teil einer Kultur. Die Kinder lernen diese Kultur über diese Eins-zu-eins-Beziehungen zu der Einrichtung, zu einer Person. Deshalb ist es wichtig, dass die Fachpersonen, die Erzieher oder die Lehrer, diese Kultur und diese Sprache repräsentieren.

Deshalb ist es auch extrem wichtig, dass diese Erzieher oder Lehrer mit den Kindern sprechen, also erstens mit ihnen sprechen und dies zweitens auf Deutsch tun. Ich hätte doch auch nicht eine Sprache gelernt, wenn mit mir nicht im Kindergarten permanent in dieser Sprache gesprochen worden wäre.

Damit das passiert, braucht es einen vernünftigen Betreuungsschlüssel. Was es nicht braucht, sind mehrsprachige Erzieherinnen. Genau das wird aber in diesem Positionspapier - schauen Sie es sich bitte an - unterschwellig gefordert.

Drittens. Die Förderung von Herkunftssprachen kann nicht kommunale Aufgabe sein. Wir haben in Köln 180 Nationen. Natürlich ist die Förderung der Herkunftssprache wichtig. Aber das kann nicht kommunale, städtische Aufgabe sein.

In diesem vorliegenden Positionspapier, meine Damen und Herren, kommt wieder einmal mehr eine Anspruchshaltung gewisser migrantischer Kreise zum Ausdruck, die wir nicht zulassen dürfen.

(Beifall bei der AfD)

Den richtigen Weg weist hier die Japanische Schule Köln e. V. Googeln Sie bitte einmal „Japanische Schule Köln“. Dort haben die in Köln lebenden Japaner effizient, still und bescheiden eine anerkannte Einrichtung geschaffen, in der japanische Kultur und Sprache über eine Elterninitiative den Kindern vermittelt wird, und zwar extrem erfolgreich. Googeln Sie einmal die Seite.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Was 700 Japaner hier in Köln auf die Beine gestellt haben, werden ja wohl die über 53 000 Türken, die

19 000 Italiener, die 9 300 Iraker, die 9 100 Bulgaren, die 8 000 Syrer oder die 4 600 Iraner doch allemal schaffen.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie gegen diesen Beschlussvorschlag.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Akude.

Dr. John Akude (CDU): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und Zuschauer hier und zu Hause! Wir wissen, wie viel Zeit wir hier verbringen. Deswegen wollen wir auch nicht zu allen Themen unseren Senf dazutun. Aber dass jemand hierhin kommt und ein Positionspapier des Integrationsrates als toxisch bezeichnet, finde ich schon ein bisschen töricht.

(Beifall)

So etwas sollten wir hier nicht tolerieren, denke ich.

Außerdem würde ich dem Kollegen raten, die Vorlage noch einmal richtig zu lesen. Es geht nicht darum, dass man Deutsch als Hauptsprache in Deutschland infrage stellt, sondern darum, dass man den Kindern die Möglichkeit geben möchte, auch andere Sprachen, möglicherweise Sprachen aus dem Herkunftsort ihrer Eltern, zu lernen. Man möchte also, dass den Kindern das nicht verboten wird. Das ist eigentlich der Sinn.

Bisher ist es so gelaufen, dass sie diese Sprache nicht sprechen dürfen. Dabei haben Wissenschaftler seit ungefähr 30 Jahren - so lange verfolge ich das schon - erklärt: Je mehr Sprachen man lernt, umso besser kann man denken, umso intelligenter wird man.

(Beifall)

Aber hier wird das Lernen von weiteren Sprachen blockiert, um irgendetwas zu beschützen, was niemandem etwas bringt. Das wollen wir aufbrechen.

Vielen Dank. Ich weiß, dass Sie diesen Antrag unterstützen. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“ 0961/2022

Ich gebe Frau Kessing das Wort.

Ulrike Kessing (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Rat und im Livestream! Als erste Millionenstadt hat Köln sich vor fünf Jahren auf den Weg gemacht, Kinderfreundliche Kommune zu werden. Die erste Phase dieses Projekts liegt bereits hinter uns.

Heute verabschieden wir den neuen Aktionsplan. Hieran haben viele Menschen - in der Steuerungsgruppe vom Dezernat IV, in der Verwaltung und in der Politik, aber auch viele Trägerinnen und Träger der Jugendhilfe - in einem sehr konstruktiven Prozess mitgewirkt. Ich finde, dass wir an dieser Stelle dafür auch einmal Danke sagen sollten.

(Beifall)

Dies gilt umso mehr, weil sich das Ergebnis mehr als sehen lassen kann. Der Plan hat heute deutlich an Kontur gewonnen und ist gestrafft worden. Er definiert sechs strategische Handlungsfelder, die mit 14 konkreten Maßnahmen hinterlegt sind.

Selbstverständlich widmet sich der Plan weiterhin wichtigen Fragen: Wie können wir Kinder und Jugendliche vor Gewalt oder vor den Folgen von Armut schützen? Wie können wir ihre Bildungschancen verbessern? Das ist richtig und bleibt leider weiter notwendig.

Aber heute sind für mich auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune zwei Felder von besonderer Bedeutung.

Erstens ist das die direkte Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Denn dabei handelt es sich um ein Herzstück dieses Projekts. Wir wollen, dass Kinder überall mitmischen können, nicht nur zu Sonntagsfragen oder dann, wenn es uns Erwachsenen beliebt - und das nicht etwa, weil wir so nett sind, sondern weil wir daraus lernen, wenn wir Kindern zuhören. Wenn wir ihre Anliegen und ihre Interessen wahrnehmen, profitieren auch wir als Gesellschaft. Gleichzeitig erfahren Kinder auf diesem Weg, dass ihr Wort zählt, dass sie Rechte haben und dass sie diese Rechte auch wahrnehmen können. So funktioniert dann Kinderfreundliche Kommune live.

Deswegen bin ich sehr froh, dass die Verwaltung sich jetzt auch auf den Weg macht, Prototypen zu entwickeln, die wir dann bedarfsgerecht in den einzelnen Gremien anwenden können. Nicht jedes Mal müssen wir das Rad neu erfinden.

Als zweiten Punkt möchte ich hervorheben, dass die Verwaltung vorschlägt, Kinderrechte systematisch in das Verwaltungshandeln zu verankern. Sie sollen zu einem Querschnittsthema werden. Wir alle wissen: Das ist leicht gesagt, aber schwer getan. Da haben wir ja schon die einen oder anderen Erfahrungen hinter uns, zum Beispiel beim Thema Gender oder ähnlichen Fragen.

Hier kommt es meines Erachtens ganz besonders auf Sie an, meine Damen und Herren, die hier rechts und auch links von mir auf der Verwaltungsbank sitzen. Denn das Jugenddezernat kann sich Ziele noch so sehr wünschen, Prozesse definieren oder auch Fortbildungen konzipieren - erfolgreich werden wir nur sein, wenn alle Dezernate mitziehen.

Mein Appell an Sie lautet: Machen Sie sich das Ziel, Kinderfreundliche Kommune zu werden, zu eigen. Stärken und unterstützen Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und fordern Sie sie in dieser Frage. Geben Sie der Kinderfreundlichkeit Gewicht und auch die notwendigen Zeitressourcen.

Aber was wäre die Verwaltung ohne die Politik, meine Damen und Herren? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie jetzt glauben, dass in den Fachausschüssen dieser Kelch oder diese Chance an Ihnen vorbeigeht, haben Sie sich getäuscht. Die Kinderfreundliche Kommune wird nicht im Jugendhilfeausschuss gemacht, sondern hier sind alle Fachausschüsse gefragt. Hier ist der

Beitrag aus dem Verkehrsausschuss oder der Beitrag aus dem AVR genauso wichtig wie der Beitrag aus dem Umweltausschuss.

Ich würde jetzt einmal vorschlagen, dass wir versuchen, einen kleinen Wettbewerb zu machen, um herauszufinden: Wer von uns ist denn der kinderfreundlichste Ausschuss? Wer thematisiert dieses Thema im normalen Alltagsgeschäft am effektivsten? Denn daran werden wir sehen, ob das Thema verankert wird und ob wir alle Chancen, die dieses Thema hat, auch entsprechend nutzen. Und dann bin ich gespannt, wo wir in zwei Jahren stehen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss: Von einigen Fachausschüssen, zum Beispiel vom Integrationsrat, gab es auch ganz konkrete Anregungen. Wir würden sie gerne noch einmal im Jugendhilfeausschuss aufrufen. Daher schlagen wir vor, jetzt wie JHA abzustimmen. Die konkreten Forderungen werden wir noch einmal im JHA bewerten und auch entsprechend qualifizieren. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann Herr Dr. Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Ich mache es vom Platz aus. - Danke, Kollegin Kessing. Sie haben den Inhalt schon wunderbar dargestellt.

Wir hatten ja auch die große Diskussion über die Frage, wie wir mit Partizipation umgehen. Das hier ist ja ein dynamischer Prozess. Die Kinderfreundliche Kommune wird immer wieder neu re-zertifiziert. Das Ganze ist also auch ein Weg. Eigentlich, liebe Frau Kessing - das ist eine kleine Spitze -, gehört das Thema federführend in den AVR. Warum? Weil es eine Beteiligungssache ist. Wir hatten darüber diskutiert, wie stark man das in der Hauptsatzung für alle Bereiche umsetzt. Natürlich haben wir kein Problem, im Jugendhilfeausschuss für Partizipation und für Kinder zu kämpfen. Eigentlich muss das aber bei sehr viel mehr Ausschüssen in den Querschnittsaufgaben enthalten sein. Es wird also noch ein langer Prozess. Die Diskussion unter dem Motto „Kinder-

rechte ins Grundgesetz“ kennen Sie ja alle. Insofern wollte ich noch einmal betonen, dass es ein dynamischer Prozess ist.

Jetzt möchte ich auch noch einmal den Blick auf die Verwaltung richten. Wir leisten in unserer Stadt - unter anderem mit diesem Prozess, aber auch mit dem kooperativen Kinder- und Jugendbüro oder dem Familienbüro; viele wissen gar nicht, dass wir jetzt auch ein Familienbüro in Kalk haben - unwahrscheinlich viel mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, was die Ressourcen angeht, in Sachen Kinderfreundlichkeit. Wir tun also sehr viel für Kinder und Jugendliche. Das muss man schon sagen.

In diesem Prozess sind wir - gerade mit der Diskussion darüber, wie wir partizipieren. Das ist ja einer der zentralen Punkte für eine kinderfreundliche Kommune. Viele verwechseln den Begriff „Kinderfreundliche Kommune“ damit - was im Ansatz auch richtig ist -, ob wir genug Kindergärten haben, ob die Kinder, wenn sie in die Schule kommen, genug Schulplätze haben usw. Es geht aber um sehr viel mehr.

Die ersten Starts sind erfolgt. Frau Kessing hat es, glaube ich, gesagt; ich hatte jetzt nicht bei allen Punkten genau zugehört; Entschuldigung; das tue ich sonst natürlich immer. Wir haben auch Beteiligungsprozesse wie jetzt in Mülheim gestartet. Möglicherweise sind das wunderbare Elemente, die man auf die ganze Stadt ausdehnen kann. Da müssen wir schauen. Wir sind in einem dynamischen Prozess.

Vielleicht mag es die einen oder anderen im Integrationsrat und auch in anderen Ausschüssen etwas verwundern, dass wir jetzt nicht die kompletten Änderungen beschließen. Es ist ja auch ein Stellenteil dabei. Das gehört eigentlich nicht zum Programm. Da es ein dynamischer Prozess ist, haben wir gesagt: Wir beschließen nur den Teil, den der Jugendhilfeausschuss jetzt genannt hat. Die anderen Teile nehmen wir in die Wiedervorlagen, weil es immer wieder neu vorgelegt wird, in den Jugendhilfeausschuss und geben es dann wieder zur weiteren Beschlussfassung zurück. - Es ist also immer wieder eine Erweiterung dessen, was wir tun.

Insofern geht noch einmal ein Dank an die Verwaltung und an alle, die mit dafür kämpfen. Wir brauchen natürlich den Finanzausschuss und den AVR auch sehr stark in diesem Prozess. Ich sehe

schon viel Nicken vom Gestaltungsbündnis. Schauen wir einmal. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich würde gerne das aufgreifen, was Frau Kessing gerade vorgeschlagen hat. Denn ich finde es sehr inspirierend, zu schauen, welcher Fachausschuss der kinderfreundlichste Fachausschuss ist.

Deswegen habe ich bei dem jetzt vorgeschlagenen Verfahren auch ein bisschen Bauchschmerzen. Der Integrationsrat hat sich das nun schon ohne Ihre Aufforderung, Frau Kessing, zu eigen gemacht und gesagt: Aus unserer Perspektive fehlen noch die und die Punkte; dann finden wir dieses Konzept in Ordnung. - Wenn ich es richtig verstanden habe, beschließen wir aber ohne die Änderung des Integrationsrates.

Ich kann verstehen, dass Sie das als federführender JHA, wie Herr Dr. Heinen es ja auch beschrieben hat, gerne noch einmal besprechen möchten. Das will ich auch gar nicht in Abrede stellen. Trotzdem fände ich es schade. Wie Herr Dr. Heinen gesagt hat, ist das ein dynamischer Prozess. Wir kennen die Prozesse. Bis zur nächsten Wiedervorlage wird es ein bisschen dauern.

Deswegen schlage ich Folgendes vor: Wir geben das gerne noch einmal in den Jugendhilfeausschuss. Dann können Sie über die Änderung des Integrationsrates beschließen. Jetzt wird es aber mit dieser Änderung zur Abstimmung gestellt. Denn ich fände es sehr schade, wenn die Änderung des Integrationsrates jetzt gar nicht mit auf den Weg gebracht würde.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Haben Sie dabei bedacht, dass nicht der Integrationsrat das beschließende Gremium ist, sondern der Jugendhilfeausschuss? Wenn wir das hier beschließen, haben wir bezüglich der Änderungen des Integrationsrates - ich will mich jetzt fachlich nur in einem Punkt dazu äußern -, wenn es notwendig

ist, dem Jugendhilfeausschuss die Möglichkeit der Entscheidung genommen.

Katja Hoyer (FDP): Nein. Deswegen sage ich ja nochmalige Debatte im JHA. Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin. Dann habe ich es falsch ausgedrückt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann habe ich es falsch verstanden. Ich will nur richtig darüber abstimmen lassen.

Katja Hoyer (FDP): Ich möchte gerne, dass der Jugendhilfeausschuss das jetzt noch einmal in den Ausschuss bekommt, dass das also zurückverwiesen wird und dass dort über die Änderung des Integrationsrates auch noch einmal entschieden wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber genau so haben wir das verstanden.

Katja Hoyer (FDP): Nein, ich habe das anders verstanden. Ich habe es folgendermaßen verstanden: Heute wird hier so beschlossen, wie der JHA es beschlossen hat, und dann wird irgendwann in dem dynamischen Prozess die Änderung des Integrationsrates beraten. - Das möchte ich nicht. Mein Vorschlag ist, zu sagen: Der Jugendhilfeausschuss als federführender Ausschuss soll auch über die Änderung des Integrationsrates beraten, aber das bitte in der nächsten Sitzung, und dann wird es hier mit der Änderung des Integrationsrates beschlossen. - Es ist also schon ein anderes Verfahren als das, was hier eben vorgeschlagen wurde.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich noch Herrn Kockerbeck auf der Rednerliste. Danach - das ist mein Vorschlag - werde ich noch einmal formulieren, wie ich gerne abstimmen lassen würde.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein solcher Beschluss, Frau Hoyer, wie Sie ihn uns vorschlagen, würde allerdings eine Zeitverzögerung bedeuten.

Deshalb möchte ich die Verwaltung bitten, doch einmal darzulegen, inwieweit sich eine solche Zeitverzögerung auswirken würde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben für heute einen Beschluss zu treffen. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich weiß nicht, ob das jetzt passt, weil ja gerade der Vorgang beraten wird. Aber ich würde ganz kurz auch noch inhaltlich etwas dazu sagen, wenn das noch angebracht ist. - Okay. Es kommt keine Widerrede. Danke.

Ich freue mich natürlich zusammen mit den KLIMA FREUNDEN sehr darüber, dass dieser Aktionsplan weitergeführt wird, und möchte mich im Namen der KLIMA FREUNDE auch bei allen Beteiligten bedanken.

Ganz besonders hervorheben möchte ich - es wurde eben auch schon einmal gesagt -, dass aus unserer Sicht auch ganz wichtig ist, dass das Ganze partizipativ geschieht.

In diesem Zusammenhang freut mich sehr, dass bereits mitgeteilt wurde bzw. ich vernehmen durfte, dass der Zukunftsrat Köln jetzt mit seinem zweiten Projekt des Zukunftsrats Schule auch in den Aktionsplan eingebunden wird.

Wichtig ist für uns natürlich auch, wie sich ja jeder denken kann, das Stichwort „Klimaresilienz“. Eine klimaresiliente Stadt gehört für uns eins zu eins zu einer Kinderfreundlichen Kommune hinzu. Denn die Kinder sind diejenigen, die noch am längsten in dieser Stadt leben werden und das in einem lebenswerten Umfeld und Ökosystem tun wollen.

Ich freue mich auch darüber, dass in der ganzen Planung die For-Future-Bewegung schon mitgedacht wurde. Denn das sind genau die Kinder und Jugendlichen, die sich in unserer Stadt mit diesem Thema ehrenamtlich ganz intensiv auseinandersetzen und da sozusagen das Expert*innengremium bilden. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank dafür.

Ich würde gerne klarstellen, warum wir heute entscheiden müssen. Das können Sie eigentlich auch der Dringlichkeitsbegründung entnehmen. Die vorläufige Siegelphase endet zum 20. Mai 2022. Sie wissen, dass die Siegel immer wieder erneuert werden müssen. Nach Abstimmung mit dem Verein Kinderfreundliche Kommunen wird die Verlängerung der vorläufigen Siegelphase um einen weiteren Monat, bedingt durch die umfangreiche Gremienfolge, die wir hier haben, mitgetragen. Um aber eine nahtlose Folgezertifizierung sicherzustellen, ist ein Beschluss der Vorlage durch den Rat der Stadt Köln heute dringend erforderlich.

Ich wollte vorschlagen - und ich glaube wirklich, dass das ein Missverständnis ist; wir sind da gar nicht auseinander, glaube ich; wir können dann auch gerne noch einmal Herrn Voigtsberger dazu hören -, abzustimmen wie JHA, Anlage 4, und die Anregungen des Integrationsrates sowie der StadtAG LST zur Umsetzung der Ziele des Aktionsplanes von der Verwaltung aktiv aufgreifen zu lassen und dem JHA gesondert zur spezifischen fachlichen Beratung vorzulegen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann haben wir nämlich den Inhalt, haben aber heute auch den Beschluss. Unabhängig von dem heutigen Beschluss würde das dann ja auch noch einmal im JHA beraten und beschlossen werden.
- Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Gut. Ich werde mich dem anschließen. Wir gehen da aufeinander zu. Mir wäre es dann aber wirklich wichtig, dass der JHA das auch möglichst in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung nimmt. Ich sehe ja den Vorsitzenden des JHA, und ich sehe Frau Kessing. Wenn sie mir beide zusichern, dass sie das im nächsten JHA machen, bin ich damit auch einverstanden.

(Dr. Ralf Heinen [SPD] und Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen] nicken)

Mir geht es wirklich darum, dass der Integrationsrat berücksichtigt wird. Die Kolleginnen aus dem Integrationsrat wissen, wie wichtig es den Migrantenvertretern ist, dass ihre Arbeit auch in den Ausschüssen Niederschlag findet. Und dafür stehe

ich hier - nicht als Migrantenvertreterin, aber als engagiertes Mitglied des Integrationsrates.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das verstehe ich auch absolut. Aber so wäre es zu machen. - Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Ich halte den Vorschlag, den Sie jetzt gemacht haben, für sehr zielführend. Wir wollen im Gesamtkontext der ganzen Arbeit, die im Zusammenhang mit der Kinderfreundlichen Kommune zu tun ist, die Fachlichkeiten und die Akteure, die dort arbeiten, ja auch nicht außen vor lassen. Das heißt, dass dort Punkte sind, die wir einbauen wollen. Wir wollen sie aber auch so einbauen, dass wir andere Punkte nicht hinten herunterfallen lassen. Außerdem gibt es Prioritäten in den Dingen, die zurzeit getan werden, sodass man in der Taktung nicht alles direkt abarbeiten kann. Deswegen wäre es gut, wenn wir diesen Punkt separat beraten würden.

In dem Punkt, den Sie jetzt direkt beschlossen haben wollten, geht es ja auch noch um eine weitere Fachstelle in einer Einrichtung. Das ist wieder eine haushaltsrelevante Sache. Darüber würden wir dann im Zuge der Beratungen, wenn es dann möglich und sinnvoll ist, über den neuen Haushaltsplan nachdenken. Das würde dann Sinn machen.

Insofern ist es, glaube ich, besser, wenn wir das in die nächste Beratungsfolge hineinbringen, damit sich der JHA bei seiner nächsten Sitzung Ende August damit befasst.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würde ich jetzt so abstimmen lassen - mit dem Zusatz, dass es in die nächste Ausschusssitzung des JHA kommt. Das gilt für unsere Stadtarbeitsgemeinschaft ebenfalls. - Okay. Gut.

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich unter der Voraussetzung des vorher Gesagten abstimmen. Soll ich es noch einmal vorlesen? - Nein. Okay.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.23 Stärkung des Tanzes - Weiterförderung der Kompanie Richard Siegal/Ballet of Difference am Schauspiel Köln 1416/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.24 Wirtschaftsplan der Bühnen für die Spielzeit 2022/23 1070/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Umbau der Kasemattenstraße in Köln-Deutz zur Klimaanpassung („Klimarobuste Kasemattenstraße“) 0261/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD und der FDP. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.26 Einrichtung eines stadtweiten Lastenradverleihsystems (KVB-Lastenrad): Durchführung eines Pilotversuches in den Stadtteilen Nippes und Deutz 0448/2022

Meine Damen und Herren, gibt es Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke. - Nur ganz kurz möchte ich an dieser Stelle noch einmal zu Protokoll geben, dass es aus unserer Sicht sehr wünschenswert wäre, wenn die Pilotierungsphase deutlich kürzer ausfallen würde, damit deutlich schneller das wünschenswerte und, wovon wir ausgehen, natürlich erfolgreiche Konzept auf die ganze Stadt ausgeweitet wird. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehmen wir natürlich zur Niederschrift.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 9.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.27 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer 4-zügigen Grundschule mit zwei Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-Rondorf Nord-West 0600/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich habe zu den Tagesordnungspunkten 10.27, 10.28 und 10.29 eigentlich die gleiche Frage. Es könnte sein, Herr Greitemann, dass das vielleicht auch teilweise im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden muss.

Aber ich habe zum Beispiel bei TOP 10.27 folgende Frage: Das Gelände gehört ja bereits einem Investor, der es von der Stadt Köln erworben hat. Ist es so, dass die Stadt Köln im Rahmen dieser Ausschreibung diesen Grund und Boden mit Schulgebäude wiedererwerben muss? Oder ist es - ich habe das schon einmal gefragt - ein PPP-Modell, und die Stadt Köln zahlt dann Kosten für die Nutzung dieses Schulbaus?

Das würde mich einfach interessieren. Deshalb würden wir uns erst einmal grundsätzlich, wenn das nicht ausreichend beantwortet werden kann, bei allen drei Punkten enthalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Greitemann.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei allen drei Verfahren handelt es sich um Investorenverfahren. Das heißt, dass die Grundstücke in

dem Ausschreibungsverfahren noch nicht hundertprozentig festgelegt sind. Daher sind wir in allen drei Verfahren offen. Wenn es andere Möglichkeiten gibt, wenn es also andere Grundstücke gibt, die dann ebenfalls dafür geeignet sind, wird das Verhandlungsverfahren, das sich dann anschließt, ergeben, welches Grundstück sich am besten darstellt.

Es handelt sich auch nicht um ein PPP-Verfahren, sondern um ein Investorenverfahren. Den Gebäudebetrieb - so der Plan - wird die Gebäudewirtschaft weiter bei sich haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Ich habe noch eine Nachfrage. Im Fall von Rondorf gibt es ja einen Plan, in dem auch genau festgelegt ist, wo dieser Schultyp entstehen soll. Aber meine zweite Frage in diesem Zusammenhang ist: Hat die Stadt Köln nicht das Recht, auf den Grund und Boden bezogen ein Vorkaufsrecht auszuüben, sich also quasi diesen Grund und Boden wieder zurückzukaufen?

Beigeordneter Markus Greitemann: Die Frage des Vorkaufsrechts kann ich Ihnen nicht so dezidiert beantworten, muss ich ganz ehrlich sagen, Herr Wortmann. Nach allem, was ich weiß - ich muss einmal zu meinem Kollegen herüberschauen -, haben wir kein direktes Vorkaufsrecht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, ein Vorkaufsrecht kann ja nur greifen, wenn ein Verkauf stattfindet. Das ist hier aber nicht der Fall. Ob wir es jetzt hätten oder nicht hätten, ist also - -

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Entschuldigung. Ich will es kurz machen, Frau Reker. Wir können uns an einer anderen Stelle darüber auseinandersetzen. Aber wenn, wie Herr Greitemann sagt, dieses Gelände möglicherweise außerhalb des bereits bestehenden Grund und Bodens von Rondorf Nord-West liegt, hätte die Stadt Köln ja allemal dieses Recht.

Aber es geht eigentlich darum, dass ich Land verkaufe und auf diesem Land ein Gebäude gebaut wird, das ich wieder in irgendeiner Form nutze - nicht als Eigentümerin, sondern letztendlich als Schulbetreiber. Dahin geht meine Frage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber dann kaufe ich es ja nicht zurück.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Aber das könnte man doch machen. Wo ist das Problem?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber ich hätte kein Vorkaufsrecht, weil ich es nicht kaufe und es auch an keinen anderen verkauft wird, sondern weil es uns zur Nutzung übergeben wird, weil wir durch den Pachtvertrag die Verfügungsgewalt bekommen. - Aber vielleicht klären wir das an anderer Stelle, Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Ja. Okay. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin bei TOP 10.27 und frage, ob es zu diesem Tagesordnungspunkt weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar wie Finanzausschuss, Anlage 3. Der Finanzausschuss hat den Beschluss des Sportausschusses übernommen.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FRAKTION, DIE LINKE und Frau Gabrysich enthalten sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.28 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors oder einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grund- und Gesamtschule im Stadtbezirk Mülheim 0797/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen wie Sportausschuss, Anlage 2, und Finanzausschuss, Anlage 3.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Der LINKEN und der FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.29 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines oder mehrerer Investor*innen mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gymnasiums im Stadtbezirk Porz
0954/2022**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1255/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/1264/2022**

Wird dazu das Wort gewünscht? - Zunächst Frau Hölzing-Clasen, bitte.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und an den Bildschirmen! Seit den letzten Anmeldeverfahren für Gesamtschulen und Gymnasien wissen wir alle: Wir müssen endlich genug Schulplätze schaffen, und zwar hurtig. Uns treiben nicht nur die hohen Anmeldezahlen in allen Schulformen um, sondern bei den Gymnasien zusätzlich auch die Rückkehr zu G 9 - von den Gesamtschulen, bei denen die Misere noch schlimmer ist, ganz zu schweigen.

Viele Schülerinnen und Schüler müssen in einem System bleiben, das jetzt schon überlastet ist, mit hohen Klassenfrequenzzahlen und Mehrklassenbildung. Mehrklassen und hohe Klassenfrequenzen können nur durch den Bau von Gymnasien abgeschafft werden. Mit unserem Beschluss, in Porz nach einem Investor für ein weiteres Gymnasium zu suchen, sieht die Verwaltung einen Schritt, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Dabei reicht dieses Vorhaben aber bei Weitem nicht aus. Wo bleiben die Gesamtschulen? Auch diese wollen viele Eltern für ihre Kinder haben.

Fast 1 000 Ablehnungen dieses Jahr bei dieser Schulform sprechen Bände.

Schauen wir uns Porz an. Hier gibt es bereits drei Gymnasien: das Lessing-Gymnasium, das Maximilian-Kolbe-Gymnasium und das Stadtgymnasium. Laut Vorlage sollen noch ein oder zwei Gymnasien dazukommen - aus den Gründen, die ich schon genannt habe.

Wie viele Gesamtschulen gibt es in Porz? Eine, die Lise-Meitner-Gesamtschule. Warum bauen wir dort keine Gesamtschule? Diese Frage haben wir im Ausschuss für Schule und Weiterbildung gestellt und Beratungsbedarf angemeldet.

Die Verwaltung hat die Zeit bis zu dieser Ratssitzung genutzt und uns die sogenannten Stärkungspakete für Gymnasien und Gesamtschulen vorgestellt. Dafür sage ich erst einmal Danke schön. Das war ein Gesamtüberblick über das, was in Köln passiert, und eine Planungsmatrix für Schulbau in Köln. Das war sehr sinnvoll.

In den nächsten Jahren sollen Schulbauten für beide Schulformen umgesetzt werden und schon 2025 eine spürbare Entlastung bei den Schulplätzen bringen. Wir setzen darauf. Sie, Herr Greitemann, und Sie, Herr Voigtsberger, stehen damit aber bei uns im Wort. Sorgen Sie dafür, dass das keine Luftnummer wird.

Warum werden wir dieser Vorlage zustimmen?

Die funktionale Ausschreibung und das Bausoll für diese Ausschreibung und für die Zügigkeit eines sechs- bis achtzügigen Gymnasiums wurden speziell entwickelt - das ist auch ein Sonderfall - und sind nach Aussagen der Verwaltung fertig.

Zudem haben wir einen gefassten Beschluss, Grundstücke für Schulen bestmöglich auszunutzen, was durch diese spezielle Ausschreibung gegeben wäre.

Außerdem wollen wir - das ist der entscheidendste Punkt - durch Umplanung keine Verzögerungen verursachen.

Das erklärt auch, warum wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen werden.

(Lachen bei der SPD)

Aber wir wollen dieser Vorlage eine Ergänzung hinzufügen. Die in Zündorf geplante Gesamtschule soll zügig entwickelt werden und ebenfalls auf den Weg gebracht werden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute schon viel Richtiges gehört, insbesondere in den letzten drei bis fünf Minuten, was den Schulbau in dieser Stadt betrifft.

Es ist doch ganz klar: Als Erstes haben wir hier eine Vorlage der Fachverwaltung, die die Investorensuche für ein Gymnasium in Porz auf den Weg bringen muss. Sie wissen besser als ich, dass wir wegen der Rückkehr zu G 9 im August 2025 4 000 gymnasiale Schüler mehr im Schulsystem halten müssen. Dafür brauchen wir Plätze.

Die Verwaltung weiß das nicht erst seit gestern, hat die Ergebnisse noch einmal in ihrem Stärkungspaket Gymnasien fokussiert und schlägt vor, sechs Gymnasien zu bauen, um natürlich auch mittelfristig gymnasiale Plätze zu schaffen, aber insbesondere mit Blick auf G 9. Alle diese Schulen müssen im August 2025 fertig sein.

Das ist eine sportliche Aufgabe. Aber keine Sorge, Herr Greitemann und Herr Voigtsberger; daran messen wir Sie - das ist überhaupt kein Problem -, und dabei unterstützen wir Sie auch.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Gymnasien sind quer über die Stadt verteilt. Das ist auch richtig so. Sie liegen unter anderem rechtsrheinisch. Wir in Porz laden natürlich auch jeden ein, der nicht in unserem Stadtbezirk wohnt, aber gute Kontakte nach Porz hat oder zu Porz benachbart wohnt, eines unserer vier schönen Gymnasien zu besuchen, wenn wir denn vorher die Kinder aus dem Stadtbezirk Porz ausreichend beschulen konnten.

Deshalb bringt es auch gar nichts, jetzt die Verwaltungsvorlage abzuändern und noch einmal zu diskutieren oder umzuplanen. Dann schaffen wir es bis August 2025 sicherlich nicht, den Teil unserer Kinder, die weiterhin gymnasial beschult werden wollen, ausreichend zu beschulen, weder in Porz noch in der Stadt. - Das ist die eine Seite, warum wir natürlich der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Aber zur Wahrheit gehört auch - das hat Kollegin Bärbel gerade schon zu Recht gesagt -: Eine Stadt, die jedes Jahr 1 000 Gesamtschüler ablehnt, sollte sich über die Erweiterung des Schulsystems Gedanken machen. Das heißt, dass wir auch im Gesamtschulbereich weiter vorangehen müssen. Da ist es selbstverständlich, dass wir, auch wenn G 9 bevorsteht, nicht erst nur die Gymnasien bauen und die Gesamtschulen später errichten. Wir müssen beides parallel machen. Wenn das schwerfällt, gibt es ja zum Glück auch die Politik, die das vielleicht noch einmal klarer formuliert.

Deshalb ist ein Ziel, das auch dieses Bündnis hat, dass wir in jedem Stadtbezirk mindestens zwei Gesamtschulen brauchen. Wenn Sie sich jetzt einmal die aktuelle Situation und die Planung angucken, sehen Sie, dass wir das in sieben von neun Stadtbezirken erreichen werden. Für den Stadtbezirk Porz und auch für den Stadtbezirk Chorweiler findet man das aber noch nicht mittelfristig als Ziel. Dabei gibt es in beiden Stadtbezirken fehlende Gesamtschulplätze, also Ablehnungen an Gesamtschulen auch in diesem und im letzten Jahr.

Als erstes Ziel werden wir unseren Zusatzantrag, auch im Stadtbezirk Porz eine weitere, eine zweite Gesamtschule zu errichten, heute beschließen und die Verwaltung beauftragen, dies so schnell wie möglich zu machen, um diese Lücke etwas zu schließen.

Es wäre sinnvoll, sich diesem Änderungsantrag anzuschließen, damit die Verwaltung morgen anfangen kann, auch dies zu gewährleisten, und zwar durch die Arbeit der Gebäudewirtschaft, durch die Arbeit im Rahmen des ersten und zweiten Beschleunigungspaketes, also durch GU/TU, und auch durch die neu gegründete Schulbau GmbH.

Wenn man diese Werkzeuge jetzt auf den Weg bringt, ist sicherlich auch eine Zeitlinie 2025/26 realistisch. Vermutlich wird - darüber reden wir ja im Herbst - der nächste Start einer Gesamtschule im nächsten Jahr im Stadtbezirk Kalk erfolgen - und dann, wie gesagt, auch jährlich, sodass die Ergebnisse noch deutlicher sichtbar werden als bisher. Dann ist mir nicht bange; denn dann können wir das sicherlich auf den Weg bringen. Aber wir können jetzt nicht jedes Mal noch drei, vier oder fünf Monate diskutieren und umplanen. Dann schaffen wir es ganz bestimmt nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie, weiter mit uns, mit der Verwaltung und mit der Frau Oberbürgermeisterin den Weg zu gehen, den wir 2017 eingeschlagen haben. Die ersten Früchte sieht man ja in diesem Jahr. Es reicht noch nicht, sondern muss noch weitergehen. Deswegen fordere ich Sie auf: Bauen Sie mit uns, oder bringen Sie eine Gesamtschule und ein Gymnasium rechtsrheinisch auf den Weg. Dann können wir diesen Weg gemeinsam weitergehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer*innen! Es freut mich sehr, dass jetzt endlich wieder Schulpolitiker*innen für das Bündnis hier reden dürfen.

In diesem Jahr wurden über 1 000 Kinder an Kölner Gesamtschulen abgelehnt. Das wurde richtigerweise schon erwähnt. Damit können diese Kinder nicht nur nicht ihre Wunschschule besuchen, sondern auch die für sie geeignete Schulform wird ihnen vorenthalten. Diese Zahl steigt seit Jahren an. Auch im nächsten Jahr sind ähnlich hohe Zahlen zu befürchten.

In der letzten Zeit ist deutlich geworden, dass das Bündnis keine ernsthaften Anstrengungen unternimmt, um dies zu ändern.

Dieser Mangel an Gesamtschulplätzen - dort wird im Übrigen durchgängig inklusiv gearbeitet - führt

zusätzlich zu einer ständig steigenden Verdrängung in das dreigliedrige Schulsystem, besonders an die Gymnasien. Hier wird mit der Bildung von Mehrklassen schon seit Jahren Flickschusterei betrieben, was erhebliche Belastungen an den Gymnasien auslöst.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

So muss in erschreckend hoher Zahl der Fachunterricht, zum Beispiel in den Naturwissenschaften, ausfallen.

Dies ist insbesondere dadurch verursacht, dass die Eltern und Kinder ein deutlich zu geringes Angebot an Gesamtschulen in der Stadt vorfinden. Überall dort, wo Gesamtschulen dann nach Jahren bzw. Jahrzehnten endlich einmal zum Glück an den Start gehen, ist die Nachfrage riesengroß. Das belegen unter anderem die neuen Gesamtschulen Wasseramselweg, IGIS und Helios. Die Zahl der Abgelehnten ist dort extrem hoch. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie Angebot auch zusätzliche Nachfrage schafft.

Im Stadtbezirk Porz haben die Familien bzw. die Kinder zurzeit folgende Auswahl an weiterführenden Schulen: wie eben schon genannt, drei Gymnasien und eine Gesamtschule. Jetzt würde ja jede und jeder auf die Idee kommen, dass dieses Missverhältnis, wenn nicht ausgeglichen, doch zumindest angeglichen werden müsste. Sie merken, dass ich hier den Konjunktiv nutze. Statt dieses Verhältnis annähernd anzugleichen, soll allerdings gar keine neue Gesamtschule ausgeschrieben werden - Sie müssen diese Vorlage lesen - und sollen möglicherweise sogar zwei - in Worten: zwei - neue Gymnasien entstehen. Die Rechnung lautet dann also im Sinne des Bündnisses: von drei Gymnasien zu einer Gesamtschule auf nun fünf Gymnasien zu einer Gesamtschule.

Dies klingt nicht nur absurd, sondern ist es auch, meine Damen und Herren. Denn jeder neue Gesamtschulplatz entlastet auch die Gymnasien. Um der immer noch typischen konservativen Schnap-atmung zu begegnen: In unserem Änderungsantrag soll auch der zweite Standort mit einem Gymnasium versehen werden.

Kurzum: Die Entscheidung, das Verhältnis von einer Gesamtschule zu drei Gymnasien auf eine Gesamtschule zu fünf Gymnasien zu verändern, ignoriert erstens die Wünsche der Kinder und El-

tern und verschärft zweitens das nicht nachvollziehbare Ungleichgewicht der zwei Schulformen Gesamtschule und Gymnasium in unserer Stadt.

Der Änderungsantrag des Bündnisses, den wir wenige Minuten vor der Ratssitzung erhalten haben - eindrucksvoller konnten Sie Ihre Hilfslosigkeit mal wieder nicht dokumentieren -,

(Beifall bei der SPD)

ist ein wenig symptomatisch für Ihre Bildungspolitik der letzten Jahre: immer ein bisschen zu spät und mit wenig Substanz.

In Ihrem einen Satz halten Sie gleich drei für Sie typische Aussagen fest:

- „soll“: Das zeigt Ihre Entschlossenheit bei diesem Thema.
- „zügig“: Wir wissen mittlerweile, was das bei Ihnen bedeutet.
- „auf den Weg gebracht“: Es fragt sich nur, auf welchen.

Das ist nichts Konkretes - nach dem Motto: Freiber für alle.

Aber was steckt wirklich hinter diesem Antrag, der so banal ist, dass man natürlich nicht dagegenstimmen kann? In den jüngsten Debatten haben wir das bildungspolitische Profil insbesondere der CDU Köln ja bekanntlich das eine oder andere Mal aufgezeigt bekommen: Scheuklappen auf und ideologisch zurück in die 80er-Jahre. Geschenk! Das ist schließlich die CDU. Aber von Volt und Grünen hätte das die interessierte Öffentlichkeit doch nicht geglaubt. Folgt nun also nach dem unsäglichen Theater um die Gesamtschule Rondorf ein nächster fauler Kompromiss, nur weil die CDU im Bündnis ihre bildungspolitische Ideologie durchsetzen möchte? Selbst in konservativen Kreisen müsste sich doch mittlerweile herumgesprochen haben, dass Gesamtschulen in unserer Bevölkerung von den Eltern und den Kindern mehr als gefragt sind.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Oliver Seeck (SPD): Selbstverständlich.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Lieber Oliver, ich möchte nur einmal nachfragen. Du redest hier ja immer von der CDU. Das ist auch gut. Von der CDU und dem Bündnis kann man nicht genug reden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber nur einmal eine Frage: Es hört sich bei dir ja so an, als ob ich die Vorlage geschrieben hätte. Ich möchte dich daher konkret fragen: Das ist die Vorlage unseres Schuldezernenten, der nach meiner Kenntnis ja noch nicht der CDU angehört.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Verstehe ich es also richtig, dass das alles Quatsch ist und dass er ein konservativer Hardliner und Gymnasialanhänger ist, dem du das alles vorwirfst? Oder habe ich das falsch verstanden?

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oliver Seeck (SPD): Wenn ich darauf direkt antworten darf: Genau das ist die interessante Logik. Ihr denkt, das sei unser Dezernent. Ich habe keinen Dezernenten. Wir haben eine politische Richtung. Wenn ihr in diesen Kategorien denkt, dann mag das die CDU-Richtung sein. Geschenk! Das ist auch in Ordnung. Ich betone aber: Wir haben hier keinen eigenen Dezernenten, sondern es geht um eine politische Richtung, die entweder richtig oder falsch ist.

Wenn ihr glaubt, es sei richtig, aus drei Gymnasien und einer Gesamtschule fünf Gymnasien und eine Gesamtschule zu machen, dann müsst ihr das begründen.

(Beifall bei der SPD)

Stimmen Sie daher bitte - ich setze jetzt meine Rede fort - für unseren Änderungsantrag, der deutlich weiter geht und der auch konkreter eine priorisierte Gesamtschule vorsieht und durchaus auch ein Gymnasium vorsieht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Erkelenz hat auch noch eine Nachfrage.

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 73

Oliver Seeck (SPD): Ja. Der Fragebedarf bei der Union ist sehr groß. Sehr gerne.

Martin Erkelenz (CDU): Herr Kollege Seeck, danke schön für die Worte.

Oliver Seeck (SPD): Gerne.

Martin Erkelenz (CDU): Ich möchte zu dem nachfragen, was der Kollege Schlieben gerade gesagt hat, oder das einmal von Ihnen konkretisiert haben.

Oliver Seeck (SPD): Sie müssen aber eine Frage stellen.

Martin Erkelenz (CDU): Es steht ja außer Frage, dass Herr Voigtsberger als Dezernent für den Bereich Schule hier auch Ihr Parteibuch hat. Das ist auch gut so und auch in Ordnung; das haben wir alles mitgetragen.

Aber heißt das nach Ihren Worten, dass er jetzt klassische CDU-Politik macht? Dann würde ich ihm ja sehr danken und bin ihm auch sehr dankbar dafür. Aber wie beurteilen Sie das denn?

Oliver Seeck (SPD): Nach Herrn Petelkau ist es jetzt das zweite Mal schiefgegangen, wenn sich jemand aus der Nicht-Schulpartie zu diesem Thema äußert.

Ich kann das noch einmal wiederholen. Wenn Sie sich um die Sache bemühen, dann geht es nicht darum, wer welches Parteibuch hat. Noch einmal: Wenn Sie in dieser Kategorie denken, mögen Sie das so tun. Wir tun es nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der LINKEN das Wort gewünscht? - Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Das, was Oliver ausgeführt hat, brauche ich jetzt nicht alles zu wiederholen. In der Tat ist das eine sehr unglückliche Verwaltungsvorlage, denke ich. Da wird also ein sechszüiges Gymnasium beschlossen. An dieser Stelle muss ich einmal kurz etwas zur Baupolitik sagen.

Diese Art der europaweiten Ausschreibung, bei der für ein größeres Gebiet ausgeschrieben wird, finde ich - sofern man das Investorenmodell trägt - ausgesprochen gut. Denn es ist ja möglich, dass mehrere Investoren Schulgrundstücke haben. Dann kommt man noch zu einem zweiten und vielleicht sogar zu einem dritten. Das hielte ich also erst einmal für einen guten Ansatz, wenn ich das Investorenmodell grundsätzlich befürworten würde.

In dieser Vorlage ist aber vorgesehen, erst einmal sechs Züge Gymnasium auszuschreiben und dann, wenn ein zweites Grundstück dazukommt, noch vier Züge dazuzusetzen. Das ist - dem werden sehr viele Menschen zustimmen, glaube ich - eine sehr unglückliche Vorlage.

Deshalb haben wir im Schulausschuss zu Recht einmal eine Planung für die nächsten Jahre sehen wollen. Denn es muss doch für alle nachvollziehbar und transparent sein, welche konkreten Schritte es gibt, zum Beispiel kurzfristig. Dann kann jeder sehen: Beide Seiten werden berücksichtigt, sowohl Gymnasien als auch Gesamtschulen; es wird keiner benachteiligt.

Daher ist das eine unglückliche Vorlage. Deshalb werden wir dieser Vorlage auch nicht zustimmen.

Hinzu kommt, dass Eltern und Kinder, die Gesamtschulen brauchen und möchten, seit 15 Jahren darauf warten, dass sie, ohne Angst haben zu müssen, zu den vielen, vielen Abgelehnten zu gehören, berücksichtigt werden.

Es gibt seit vielen, vielen Jahren eine große Kölner Gesamtschullücke. Deshalb ist die Vorlage so unglücklich.

Natürlich ist die Stimmung nicht so gut. Es herrscht ein gewisses Misstrauen: Wird die Stadt es schaffen, genügend Gesamtschulen in zwei bis drei Jahren zu bauen?

Der andere Schluss, den man daraus ziehen kann - und wir tun das, und die SPD tut das -, ist, dass man jetzt entschlossen Schritte in die Wege leiten müsste, um zu zeigen: Ja, Gesamtschulen haben

Priorität. Gesamtschulen müssen jetzt auf den Weg gebracht werden, damit Vertrauen bei der Elternschaft der Stadt entsteht, damit überhaupt Vertrauen in den Kölner Schulbau entsteht.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Porzer Lage: Ich finde es erst einmal einen guten Ansatz, Helge, wenn wir darüber sprechen - denn wir haben immer noch fünf Stadtbezirke, in denen es nur eine Gesamtschule gibt - und sagen, dass es mindestens zwei Gesamtschulen sein müssen. Das ist schon einmal ein Fortschritt. Für mich würde das nicht ausreichen. Aber es wäre ein Fortschritt. Dann muss man sehen, dass wir in der Innenstadt neun Gymnasien und eine Gesamtschule haben. Wir haben also Verhältnisse, bei denen für mich zwei Gesamtschulen nicht ausreichen würden. Aber es wäre für diese fünf Stadtbezirke auf jeden Fall ein Fortschritt. Das würde ich einräumen.

In Porz legen die Anmeldezahlen der letzten Jahre nicht unbedingt nahe, dass wir jetzt zwei Gymnasien bauen müssen. Das geben sie einfach nicht her. Die Ablehnungszahlen an der einen Gesamtschule in Finkenberg waren regelmäßig höher.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal zu einem anderen Strukturproblem kommen. Wenn wir einmal die Gesamtschulen als die integrative Säule unseres Schulsystems und das dreigliedrige Schulsystem als die andere Säule betrachten, dann kommen wir noch zu ganz anderen Zahlen. Ich habe es mir noch einmal angeschaut. Im Jahr 2021 waren nach der ersten Runde 105 Plätze an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien frei. An der Gesamtschule in Porz fehlten allerdings 70 Plätze.

Das heißt, dass die Stadt Köln einen hohen Preis dafür bezahlt. Sie hält nämlich vom 5. bis zum 7. Schuljahr im dreigliedrigen System an Realschulen und Hauptschulen Plätze vor, auf die dann später die Kinder kommen, die vom Gymnasium „abgeschult“ werden - in Führungszeichen. Ich mag diesen technischen Begriff nicht. Dahinter stecken auch Kinderseelen. Sie müssen aber die Schule gezwungenermaßen verlassen und gehen dann auf eine Hauptschule oder eine Realschule. Das heißt, dass dieses Festhalten am dreigliedrigen System auch Ressourcen kostet.

Deshalb wäre es besser, deutlich mehr Gesamtschulen in Köln zu haben. Dann haben wir diese frei bleibenden Plätze nicht.

Damit will ich Schluss machen. Ich halte auch den Änderungsantrag des Bündnisses für ein reines Placebo und ein allgemeines, unverbindliches Versprechen. Wir werden für den Änderungsantrag der SPD stimmen. Ansonsten werden wir uns allerdings enthalten. Wir springen hier mit dieser Befürwortung des Antrags der SPD etwas über unseren Schatten, weil wir das Investorenmodell als Form des PPP ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Brust. Danach hat dann Frau Ruffen das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Heiner, wir haben uns ernsthaft überlegt, dem Antrag auch zuzustimmen. Wir haben uns allerdings sachkundig gemacht und informiert, ob es überhaupt zwei Plätze gibt, an denen man Schulen bauen kann. Der SPD-Dezernent sagt uns, dass der zweite Platz gar nicht mehr zur Verfügung steht. Ist euch das bekannt?

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Entschuldigung. Wir haben nicht nachgefragt. Du meinst also, dass die zweite Fläche nicht zur Verfügung steht? Ich gehe bisher davon aus, dass wir eine europaweite Ausschreibung machen und dann einmal schauen, weil das Ergebnis noch nicht feststeht. Wenn die Ergebnisse eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens feststehen würden, müssten wir uns bezüglich der Darstellung in der Öffentlichkeit wirklich Sorgen um diese Ausschreibungsverfahren machen; denn offenbar ist dann nicht mehr viel auszuschreiben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat zunächst Frau Ruffen das Wort. Danach werde ich den Schuldezernenten bitten, nachdem Sie jetzt viermal seine Vorlage kritisiert haben, Herr Kockerbeck, zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen und zu erklären, warum sie so ist, wie sie ist. - Hat das jeder verstanden, obwohl mein Mikrofon nicht eingeschaltet war?

(Zurufe: Nein!)

- Nein. Dann sage ich es gerne noch einmal. Ich werde gleich Herrn Voigtsberger Gelegenheit geben, nachdem Herr Kockerbeck viermal die Vorlage kritisiert hat, Stellung zu nehmen. Vielleicht kann er einmal jedem hier im Raum erklären, warum sie so ist, wie sie ist. Es muss nämlich schnell gehen. - Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Vielleicht reicht mein Wortbeitrag ja schon, um das zu verstehen. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe SPD, ihr habt es schon wieder getan. Ich verstehe das einfach nicht. Wir diskutieren darüber immer wieder. Heute haben wir erneut festgestellt, dass wir Schulplätze brauchen, und zwar vor allen Dingen an weiterführenden Schulen. Wir brauchen auf jeden Fall Gesamtschulplätze. Denn hier werden jedes Jahr an die 1 000 Kinder abgelehnt.

An den Gymnasien ist das nicht so. Denn - Obacht - dort dürfen keine Kinder abgelehnt werden. Vielmehr müssen alle, die wollen, aufgenommen werden - und das zu einem sehr, sehr hohen Preis. Es gibt immer wieder Mehrklassen, ohne dass die notwendigen Fachräume vorhanden sind. Des Weiteren werden die gesetzlich zulässigen Frequenzen immer wieder voll ausgeschöpft. Von Klassengrößen mit 27 Kindern, wie an Gesamtschulen üblich, können die Gymnasien nur träumen.

Jetzt stehen wir im Bereich der Gymnasien vor zwei großen Herausforderungen.

Erstens. Die Bezirksregierung und das Schulministerium verlieren langsam die Geduld mit uns und haben schon angekündigt, dass Mehrklassenbildung zukünftig noch kritischer betrachtet wird.

Zweitens. Der erste G-9-Jahrgang wächst heran und wird bald als kompletter Jahrgang an den Gymnasien verbleiben, während jedes Jahr der neue Jahrgang der 5. Klasse hinzukommt.

Kurz gesagt: Es brennt, und der das Feuer anfachende Wind wird immer stärker.

Liebe SPD, und da kommt ihr jetzt schon wieder mit einer Planung, die das, was die Verwaltung

sich vorgestellt hat, aufhält, indem ihr ein Gymnasium in eine Gesamtschule umswitchen wollt. Um im Bild zu bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist der Ölkannister fürs Feuer.

Wir haben in dem Fachgespräch erfahren, dass wir hier wieder Zeit verlieren. Und eigentlich hatten wir uns alle im Schulausschuss einmal versprochen, dass wir keine Zeit mehr verlieren wollen, egal für welchen Schulplatz.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich würde mir wünschen, dass ihr auch nur einmal nicht irgendetwas auf Gesamtschule umswitchen wollt. Dann würde ich euch auch glauben, dass ihr das sachlich hinterlegt und dass es nicht eine rein ideologische Debatte ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Schulverwaltung zeigt im Schulentwicklungsplan, dass sie verstanden hat, welche Schulplätze gebraucht werden. Sie hat uns in einem gesonderten Fachgespräch dargelegt, dass zurzeit ebenso viele Gesamtschulen wie Gymnasien entwickelt werden.

Letztlich zeigt die Verwaltung durch ihr aktuelles Handeln, dass sie offensichtlich auch einen Weg gefunden hat, diese große Aufgabe endlich zu bewerkstelligen. Darauf haben wir lange genug gewartet.

Wir als FDP werden sie nicht durch eine ideologische Debatte davon abhalten. Deshalb können wir dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

Dem Ergänzungsantrag des Bündnisses kann man getrost zustimmen; denn er enthält nichts, was nicht ohnehin schon getan wird. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe jetzt keine weitere Wortmeldung. Deswegen würde ich Herrn Voigtsberger gerne bitten, dazu einmal Stellung zu nehmen. Vielleicht wirkt das ja auch.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte

Vertreterinnen und Vertreter hier im Rat! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle muss ich, glaube ich, einmal einige Dinge sortieren und richtigrücken.

Ich fange einmal vorne an. Erstens ist es keine Vorlage des Dezernates IV, sondern eine Vorlage des Dezernates VI. Das spielt aber keine Rolle, weil wir uns verwaltungsintern abstimmen und diese Vorlagen auch einer Planung folgen, die wir im Übrigen auch schon beschlossen haben.

Mir ist wichtig, zu Beginn zu betonen - das habe ich auch schon an diversen Stellen gemacht -, dass wir gleich dringend Gymnasialplätze wie auch Gesamtschulplätze benötigen.

Auf der einen Seite stehen wir vor der enormen Herausforderung der Rückkehr von G 8 zu G 9 im Jahr 2026/27, weshalb wir bis 2025/26 weitere, zusätzliche Gymnasien benötigen. Insgesamt geht die Verwaltung davon aus, dass wir sechs Gymnasien brauchen. Denn wir haben momentan einen nicht gedeckten Bedarf von 680 Plätzen. Deswegen brauchen wir zwingend das Stärkungspaket Gymnasien, das Sie auch alle in Ihren Beiträgen erwähnt haben.

Auf der anderen Seite - das ist genauso wichtig - brauchen wir natürlich auch dieselbe Anzahl an Gesamtschulen. Wir möchten auch sehr zügig damit starten, dass wir gleichrangig sowohl Gymnasialplätze als auch Gesamtschulplätze entwickeln.

Eben ist in einigen Stellungnahmen das Wort „unglücklich“ genannt worden; es wurde ausgeführt, dass die Verwaltungsvorlage an dieser Stelle unglücklich wäre. Da kann ich nur sagen, dass der Vorschlag der Verwaltung, im Stadtbezirk Porz ein sechszügiges Gymnasium neu zu errichten, sich in der vom Rat beschlossenen Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020 befindet, die am 18. Juni 2020 hier beschlossen wurde.

(Zuruf: Mit den Stimmen der SPD!)

Wenn wir am Ende über ein sechszügiges Gymnasium sprechen, dann sprechen wir über die große Umsetzung, nämlich an einem Standort ein sechszügiges Gymnasium zu errichten. Wir schreiben in der Vorlage aber auch, dass wir uns auch vorstellen können, an zwei Standorten zwei kleinere Gymnasien zu errichten. Es ist nicht so, Herr Kockerbeck, wie Sie formuliert haben, dass

wir sowohl ein sechszügiges Gymnasium als auch ein vierzügiges Gymnasium entwickeln wollen. Vielmehr soll es entweder an einem Standort ein sechszügiges Gymnasium oder an zwei Standorten ein vierzügiges Gymnasium bzw. ein dreizügiges Gymnasium geben.

Wir brauchen diese Gymnasien dringend - deswegen werbe ich da um Ihre Zustimmung -, weil wir anders den enormen Platzbedarf, den wir haben, insbesondere mit Blick auf G 8/G 9, aus unserer Sicht nicht erfüllt bekommen.

Gleichzeitig - das möchte ich noch einmal betonen - müssen wir auch die Gesamtschulplätze entwickeln. Dazu werden wir Ihnen auch in Zukunft diverse Vorlagen machen. Denn wir wollen schon nächstes Jahr mit einer neuen Gesamtschule an den Start gehen. Sie erfährt zwar eine Umwandlung bzw. folgt nach einer auslaufenden Schließung einer anderen Schulform. Wir wollen aber darauf aufbauend auch noch weitere Gesamtschulen entwickeln - schon im Jahr 2024, aber auch in den fortfolgenden Jahren.

Daher glauben wir, damit ein ausgeglichenes Paket zu haben, das beiden Bedarfen Rechnung trägt. Denn es geht am Ende - das möchte ich sagen - darum, keine Zeit zu verlieren, sondern jetzt massiv voranzuschreiten, um dieses Problem zu lösen. Das haben die Kinder in dieser Stadt - das sage ich Ihnen ohne Umschweife - verdient. Deswegen müssen wir jetzt durchziehen und diese Vorlage auch beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Voigtsberger.

Ich lasse dann zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, die SPD und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Änderungsantrag nicht beschlossen.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die LINKEN und Die FRAKTION enthalten sich. Dann ist dieser Änderungsantrag beschlossen.

Da er ein Ergänzungsantrag ist, lasse ich jetzt über die Vorlage in geänderter Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der FRAKTION, der LINKEN und der SPD. Dann ist so beschlossen wie Vorlage in durch den eben beschlossenen Änderungsantrag geänderter Fassung. - Ich bin sehr froh, dass der Schulbau nicht aufgehoben wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Tagesordnungspunkt

**10.31 Beschluss über die Anbringung einer Gedenktafel zur Erinnerung an den rechtsterroristischen Anschlag in der Probsteigasse
hier: erneute Zustimmung zu dem geänderten Text
0978/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage und wie Integrationsrat.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

Tagesordnungspunkt

**10.32 Regionalplanneuaufstellung
hier: Stellungnahme der Stadt Köln zum Regionalplanentwurf Köln
1159/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke. und Die FRAKTION sowie von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE)
AN/1259/2022**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1260/2022**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1269/2022**

**Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/1270/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU
AN/1265/2022**

Ich gebe Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank an die Verwaltung für die Vorlage einer umfangreichen Stellungnahme zum Regionalplanentwurf, der von der Bezirksregierung Köln vorgelegt wurde.

Der Regionalplan soll für die kommenden zwei bis drei Jahrzehnte darstellen, wo im Stadtgebiet Köln noch Siedlungs- und Gewerbeflächen möglich sein könnten - das heißt nicht: gebaut werden müssen; möglich sein könnten - und wo es gilt, Freiflächen zu sichern. Das ist allerdings eine restriktive Vorgabe.

Der Umfang der Vorlage und die dazugehörigen Anlagen beweisen, dass der Verwaltung sehr daran gelegen war, das Verfahren so transparent wie möglich zu machen und der Politik auch entsprechende Hilfestellung für die Entscheidungen zu geben. Trotzdem muss man natürlich feststellen, dass die Darstellung einer gewissen inneren Verwaltungslogik folgt und von der Semantik her für die Politik teilweise eine echte Herausforderung war.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Stellungnahme der Stadt Köln muss bis zum 31. August bei der Bezirksregierung abgegeben werden. Diese Frist ist nicht verlängerbar. In Anbetracht der kommenden Sommerpause war der Zeitdruck für diese Beratungen wirklich enorm. Umso mehr gilt mein ausdrücklicher Dank den Bezirksvertretungen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

aber auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, die einen enormen Kraftakt unternommen haben, um heute wirklich beschließen zu können.

Es galt natürlich, zu den Belangen einer wachsenden Stadt übereinzukommen. Ob wir jetzt wollen, dass sie wächst, oder nicht - sie wird wachsen. Sie muss auch ihre Pflicht zur Daseinsvorsorge

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 78

erfüllen. Das haben wir bei dem Punkt vorher gerade noch einmal sehr schön vermittelt bekommen. Dafür müssen Flächen bereitgestellt werden, was den Wohnungsbau, vor allem den sozialen Wohnungsbau, und natürlich den Schulbau angeht.

Es galt aber auch, zu den Erfordernissen der Klimawandels übereinzukommen. Damit ist die Wichtigkeit der Freihaltung aller möglichen Freiflächen und aller nötigen Freiflächen gemeint. Wir brauchen die Frischluftschneisen für ein lebenswertes Leben hier in dieser Stadt. Das war für all unsere Diskussionen ein determinierender Faktor.

Es galt aber auch, zu den Belangen des Verkehrs und der Wirtschaft übereinzukommen, was die Bereitstellung von Gewerbeflächen angeht - wobei auch hier die Diskussionen zeigten, dass es bei den Gewerbeflächen nicht so weitergehen kann, wie es bisher gelaufen ist.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Hier wird auch die größere Verdichtung, die nachträgliche Verdichtung von existierenden Gebieten eine wichtige Rolle spielen. Es werden neue Anforderungen an Gewerbegebiete gestellt werden. Wir werden auch hier eine Art Köln-Katalog brauchen, wie wir ihn gerade für den Wohnungsbau entwickeln. Das wäre ja auch eine schöne Aufgabe für unseren neuen Stadtentwicklungsdezernenten.

Unter Berücksichtigung all dieser Belange und natürlich auch unter Berücksichtigung der Beratungen der Bezirksvertretungen legen Grüne und CDU heute einen Änderungsantrag vor, der zum einen versucht, wirklich zwischen diesen verschiedenen Anforderungen abzuwägen und auch einen gangbaren Weg für eine lebenswerte Stadt aufzuzeigen. Man kann darin aber auch - vielleicht sollte man das auch - einen gewissen Auftrag an die Verwaltung erkennen, dass der Kurs verstärkt auf Innenverdichtung und Innenentwicklung gelenkt wird, und zwar aus den beschriebenen Gründen der Schonung von freien Flächen und der Freihaltung von Frischluftschneisen.

An dieser Stelle sollten wir uns aber auch in Zukunft manchmal etwas ehrlicher machen. „Innenverdichtung und Innenentwicklung“ heißt auch, dass wir es mit viel Widerstand in Nachbarschaft-

ten und mit Interessenverbänden zu tun bekommen werden. Auch mit den Bezirksvertretungen, die Freiflächen nicht herausrücken wollen, wird es Konflikte geben. Damit ist zu rechnen. Der Kollege Sterck hat vorhin bei dem Punkt zu Mülheim schon wunderbar beschrieben, womit da zu rechnen ist. Gerade was solche zukünftigen Entscheidungen angeht, wünsche ich uns allen ein breites Kreuz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Zu dem Änderungsantrag der SPD, der heute vor 14 Uhr vorlag: Der Polemik möchten wir uns natürlich nicht anschließen. Aber auch inhaltlich können wir dem nicht zustimmen. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, wie Köln bis an die Stadtgrenzen aussehen würde, wenn die SPD ihre ungehemmte Bauwilligkeit umsetzen könnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Kurz vor knapp gab es dann noch einen zweiten Änderungsantrag der SPD - wobei ich denke, dass er wahrscheinlich den ersten Änderungsantrag nicht ausschließt, sondern ergänzend hinzugekommen ist. Ich finde es wirklich unerhört, wie man am Tag der Ratssitzung, nachdem wir uns sieben Wochen lang mit diesen ganzen Vorlagen beschäftigt haben - -

(Zuruf von der SPD)

- Ja. Aber da ich vielleicht nicht noch einmal drankomme, trage ich schon einmal die Haltung der Grünen dazu vor. - Sie fordern jetzt eine Expertenanhörung, nachdem wir uns schon sieben Wochen beraten haben. Ich würde einmal sagen: Experten und Expertinnen sind wir alle inzwischen schon selber - gezwungenermaßen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte auch noch einige Sätze zum Änderungsantrag der LINKEN - wir haben heute ja viele Änderungsanträge vorliegen - sagen. Zuerst dachte ich: Oh, da wird eine Kooperation mit den Nachbarkommunen gefordert; das ist ja auch sehr löblich. - Wir haben das alle in unseren Wahlprogrammen stehen. Es steht auch zum Beispiel in unserer Bündnisvereinbarung mit CDU und Volt. In diesem Antrag ist das aber mit einem Auftrag an die OB verbunden. Damit kann ich eigentlich

nicht einverstanden sein. Es ist unser aller Aufgabe, diese Kooperation mit Nachbarkommunen vorwärtszutreiben und auch darauf zu bestehen, dass es irgendwann formale Gremien geben wird, die über solche Wege beschließen können - wobei ich zumindest für unsere Fraktion ganz sicher sagen kann: Wir möchten das Planungsrecht der Kommune Köln nicht aus der Hand geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Planungsrecht ist nämlich - ich komme jetzt zum Schluss - das, was uns immer bleiben wird, egal was wir heute beschließen. Es wird nichts passieren, ohne dass dieser Rat oder ein zukünftiger Rat eine Bebauung für eine Fläche beschließt. Das kann uns auch die Bezirksregierung nicht vorschreiben.

Ich bitte jedenfalls um breite Zustimmung zu dem Änderungsantrag von CDU und Grünen. Der Beschluss muss die Stadt schließlich über einen sehr langen Zeitraum tragen, und er muss die Stadt auch lebenswert erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, mir ist bewusst, dass die Redezeit überschritten wurde. Ich habe mitgestoppt und ermögliche das natürlich den anderen Rednern auch, weil dieses Thema so wichtig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Da kommt jetzt also keiner zu kurz; das ist ja klar. - Als Nächster hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich dem Dank meiner Vorrednerin an die Verwaltung anschließen. Der Verwaltung ist es gelungen, in kurzer Zeit einen sehr komplexen Sachverhalt und eine sehr komplexe und auch in Teilen, glaube ich, sehr emotional aufgeladene Diskussion fachlich hervorragend zu begleiten. Deswegen, Herr Greitemann, herzlichen Dank an Sie und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes 15.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Ein Dank geht allerdings auch an meine eigene Fraktion

(Beifall bei der CDU - Zuruf)

- ja - und auch an die Bezirke, weil wir in den letzten Wochen in unserer Fraktion auch noch einmal sehr kontrovers, aber sehr gut diskutiert haben, und zwar über das Stichwort, das hier schon gefallen ist, über die wachsende Stadt. Ich komme darauf wahrscheinlich gleich noch einmal zurück.

Es ist ja so, wenn man eine solche Debatte anfängt - - Ich glaube - das möchte ich einschieben -, dass das eine der wichtigsten Debatten ist, die wir im Rat in dieser Wahlperiode führen, weil wir eine Planungsperspektive für die nächsten Jahrzehnte beschließen.

Ich befürchte, dass in einigen Redebeiträgen gleich Untergangsszenarien aufgemalt werden und behauptet wird, dass die Stadt sich jetzt nicht weiterentwickeln könne. Nein, Kolleginnen und Kollegen, das Gegenteil ist der Fall. Dieser Kompromiss, den CDU und Grüne geschlossen haben, ist ein Bekenntnis zur wachsenden Stadt.

Ich fange einmal ganz anders an, als man das vielleicht vermuten mag. Wir beschließen heute sogenannte ASB-Flächen, also Flächen, auf denen Wohnungsbau, Verkehrsinfrastruktur und soziale Infrastruktur - Schulbau, Sport usw. - entstehen können. Wir beschließen circa 750 Hektar dieser Flächen. 750 Hektar sind 1 100 Fußballfelder und bedeuten circa 50 000 Wohneinheiten.

(Beifall bei der CDU)

Bevor hier gleich das Lied darauf abgesungen wird, dass wir den Wohnungsbau und andere Themen abwürgen würden, möchte ich klarstellen: Dem ist nicht so, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Wir beschließen 530 Fußballfelder sogenannter GIB-Flächen, also Flächen, auf denen sich unsere Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten weiterentwickeln kann. Das sind 370 Hektar, also 3,7 Millionen Quadratmeter, und entspricht circa 2 500 Betrieben, die sich ansiedeln können, oder

circa 50 000 Arbeitsplätzen, Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, das ist das Statement, das heute wichtig ist.

(Beifall bei der CDU)

Als zweiten Punkt möchte ich erwähnen, dass CDU und Grünen nicht nur ein Bekenntnis zur wachsenden Stadt gelungen ist, sondern auch die Versöhnung widerstreitender Interessen, nämlich Wohnungsbau, Gewerbeflächen, Schulbau - wir haben eben über Schulbau diskutiert - und soziale Einrichtungen - wir werden Pflegeeinrichtungen benötigen -, aber auch Klimaschutz, Klimawandelfolgen und Umweltbelange, also Erhalt von Freiflächen und Frischluftschneisen. Das ist das zweite Statement, liebe Kolleginnen und Kollegen, das heute hier von diesem Rat ausgeht.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Uns ist es gelungen, eine Balance herzustellen - eine Balance zwischen den Anforderungen einer wachsenden Stadt mit ihren Bedarfen, die ja durchaus auch hinterlegt sind, und den Bedürfnissen von Freiraum, von Frischluftschneisen und von Freizeitflächen, die diese Stadt braucht.

Der dritte Punkt, den ich hervorheben möchte, ist das Thema Akzeptanz. Das haben wir auch noch einmal in unserer Fraktion besonders diskutiert. In den letzten Jahren haben wir da, wo die Stadt erweitert wurde, ein Versprechen nicht einlösen können. Da, wo wir gebaut haben, haben wir nämlich nicht die nötige Infrastruktur hingebraht.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin davon überzeugt, dass wir schauen müssen, dass wir, wenn wir die Stadt sukzessive erweitern, auch die Akzeptanz der Bevölkerung erreichen können - die Akzeptanz, diese Stadt auch weiter auszubauen und zu erweitern. Das geht aber nur, wenn wir ein Versprechen einlösen, nämlich, wie uns das hoffentlich bei Rondorf Nord-West gelingt, dort auch die nötige ÖPNV-Infrastruktur und die nötige Bildungsinfrastruktur hinzubringen.

Wir sind aber auch die Verpflichtung eingegangen - auch als CDU, auch als Grüne -, den Bedürfnissen der Wirtschaft, den Bedürfnissen des Woh-

nungsbaus und allen anderen Bedürfnissen nachzukommen. Ich habe das gerade gesagt und will darauf gar nicht mehr eingehen.

Jetzt wird auf der Uhr am Pult das Ende der Redezeit angezeigt. Ich glaube, es ist klar geworden, worauf ich hinauswill. Die Stadt kann wachsen - aber unter den aktuellen Herausforderungen von Akzeptanz. Wir gehen die entsprechende Verpflichtung ein. Es sind die aktuellen Herausforderungen von Umweltbelangen und Klimabelangen, aber auch einer wachsenden Wirtschaft und einer wachsenden Wohnbevölkerung.

Abschließend möchte ich zu den SPD-Anträgen nur kurz Stellung nehmen. Das ist jetzt ein blöder Abschluss. Denn, ehrlich gesagt, weiß ich jetzt eigentlich nicht mehr weiter. Ich hoffe aber, dass eine Kollegin oder ein Kollege gleich helfen kann. Es gibt hier einen Änderungsantrag vom 17. Juni, in dem Sie sich schon relativ ausführlich mit der Angelegenheit befasst haben. Allerdings ist das fachlich auch schwierig. Im Punkt 7 gehen Sie darauf ein, dass die Bevölkerungsentwicklung in der Zukunft vielleicht anders verlaufen könnte als angenommen, und führen aus, dass das dann natürlich Sache der Bauleitplanung ist. Das ist im Übrigen selbstverständlich.

Sie haben sich also offenbar schon eine Meinung gebildet und warten dann heute - die Kollegin hat es gerade gesagt - kurzfristig mit einer Kehrtwende auf. Obwohl Sie in Ihrem ersten Antrag das Ganze sehr dezidiert in sieben Punkten aufführen, wollen Sie jetzt plötzlich noch einmal Experten befragen. Ich weiß nicht, was Sie in den letzten Wochen gemacht haben. Wir haben uns mit Expertinnen und Experten unterhalten. Das ist die normale Arbeit, die eine Fraktion macht. Natürlich haben wir auch die Schreiben vom Mieterverein usw. zur Kenntnis genommen. Das ist uns klar. Es tut mir leid; aber ich weiß nicht, was Sie da gemacht haben.

Natürlich sind wir gezwungen, diesen Antrag abzulehnen. Denn die Frist läuft, wie Sie wissen, Ende August ab. Im Übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, dass diejenigen, die Sie benennen, die Möglichkeit haben, über die sogenannte Jedermann-Beteiligung bis Ende August Stellungnahmen abzugeben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das können diejenigen ja machen. Das kann die IHK machen. Das kann der Mieterverein machen. Sie haben hier ja alle aufgezählt. Ich meine das gar nicht despektierlich, sondern tatsächlich mit allem Respekt. Im Übrigen haben wir natürlich auch diese Gespräche geführt.

Eine Botschaft geht also von diesem Tag aus: Diese Stadt kann weiter wachsen - unter allen Rahmenbedingungen, die aktuell wichtig und nötig sind. Das ist der Wohnungsbau, das ist die Wirtschaft, das ist der Klimaschutz, und das ist der Umweltschutz. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort. Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es mag, wie von Vorrednern schon angedeutet wurde, in der Öffentlichkeit nicht so bekannt sein, und die Aufmerksamkeit hält sich leider auch weiterhin in Grenzen. Aber wir beraten heute tatsächlich eine der wichtigsten Vorlagen zur Zukunft unserer Stadt, die man sich überhaupt vorstellen kann. Denn der Entwurf des zukünftigen Regionalplans legt die grundlegende Richtung fest, in die sich Köln in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten entwickeln kann oder sich eben nicht entwickeln kann.

Damit sind wir schon mitten im Thema. Diese Vorlage und Ihre Ergänzung stellen eine Bankrotterklärung dar - nein, genau genommen sogar zwei Bankrotterklärungen: zum einen eine Bankrotterklärung der Verwaltung und zum anderen, was noch viel schlimmer ist, eine Bankrotterklärung des Bündnisses aus Grünen, CDU und Volt. Ach, Entschuldigung, liebe Kolleginnen und Kollegen von Volt, Sie sind ja gar nicht dabei. Das ist an dieser Stelle vielleicht hervorzuheben. Aber CDU und Grüne - ich nenne es einmal das sogenannte Restbündnis -

(Lachen bei der CDU)

beschließen heute hier - und das sogar unter Beteiligung einer Partei wie der CDU, die einmal

durch besondere Wirtschaftskompetenz geblüht hat - den Abgesang unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem, was die Verwaltung in dieser Vorlage schreibt, wird im Zweifelsfall genau das widerlegt, was Herr Kienitz hier vorgetragen hat und auch andere gesagt haben, meine Damen und Herren. Die Verwaltung schreibt selber - ich zitiere -:

Für die Stadt Köln wurde bis 2046 ein endogener Bedarf von 2.920 ha Fläche für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und 886 ha Gewerbefläche für Gewerbe/Industrie (GIB) ermittelt.

Jetzt lassen wir einmal die ganzen Zahlenspielen beiseite, Herr Kienitz, die Sie mit uns noch einmal gemacht haben. Wir nehmen einmal die Prozentzahlen. Das macht nämlich die Sache vielleicht ein bisschen klarer. In der gleichen Vorlage steht im nächsten Satz:

... also nur rund 28 % des benannten endogenen Bedarfs für ASB und etwa 44 % für GIB werden dabei aufgrund räumlicher Restriktionen und fehlender geeigneter Flächen überhaupt in dem Regionalplanentwurf im Stadtgebiet planerisch umgesetzt.

Das heißt: Die Vorlage, auf der Sie mit Ihrem Änderungsantrag aufsetzen, deckt noch nicht einmal ansatzweise den Bedarf, der in der eigenen Vorlage benannt wird.

Dann können Sie hier doch nicht sagen: Die Welt ist schön in 30 Jahren. - Ganz im Gegenteil: Wir haben in 30 Jahren ein echtes Problem.

(Beifall bei der SPD)

Denn umgekehrt bedeutet dies, dass der vorliegende Entwurf des zukünftigen Regionalplans über 70 Prozent der Fläche, die wir zur Schaffung von Wohnraum in den nächsten 20 bis 30 Jahren benötigen, eben nicht schafft.

Dies bedeutet ebenfalls, dass wir über die Hälfte des Bedarfs, den Gewerbe und Industrie benötigen, um hier eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, nicht decken können.

Meine Damen und Herren, allein das ist für Köln fatal. Denn es zeigt, dass wir eigentlich keine

wachsende Stadt mehr sein können, sondern dazu gezwungen werden, zu stagnieren.

Dies bedeutet in der Konsequenz, dass sich der Wohnraum weiter dramatisch verteuern wird, da die Menschen ja trotzdem kommen werden, auch wenn sich dann zunehmend nur noch die Reichen unsere Stadt leisten können.

Dies bedeutet auch, dass selbst die vorhandenen Wirtschaftsbetriebe sich nicht mehr weiterentwickeln können und zunehmend unsere Stadt verlassen werden.

So betreibt man systematisch den Abstieg einer Stadt - und eben nicht deren Zukunft.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Nun sollte man denken, dass jetzt die regierende Politik, also das Restbündnis aus Grünen und CDU, hingeht und sich genau anschaut: Wo können wir mehr ermöglichen? Wo können wir mehr Flächen ausweisen, auf denen Wohnraum entstehen kann? Wo können wir Gewerbe und Industrie ansiedeln?

Aber nein! Sie machen es noch viel schlimmer. Es kommt eine Bankrotterklärung dazu. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich müsste man als Opposition ja dankbar dafür sein, dass Sie hier so deutlich zeigen, wie Sie sich die Nicht-Zukunft unserer Stadt vorstellen. Denn Ihr Änderungsantrag führt eine Liste von Flächen auf, die Sie zukünftig als AFAB festgelegt wissen wollen.

„AFAB“ heißt auf Deutsch „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ oder, einfacher gesagt, „Freiflächen“. Das hört sich erst einmal schön an. Denn wer kann schon gegen Freiflächen sein? Aber ich möchte das noch einmal übersetzen, damit es die Menschen draußen verstehen. Rund 200 Hektar Fläche, die jetzt nicht entstehen können, bedeuten 12 000 Wohnungen, die auf dieser Fläche nicht entstehen können, und 40 Fußballfelder, auf denen kein Gewerbe und keine Industrie mehr angesiedelt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen und CDU, seien Sie ehrlich und sagen Sie, dass Sie gar nicht wollen, dass Köln weiter wächst. Sie wollen den Stillstand. Diesen zementieren Sie mit Ihrem Änderungsantrag, der ja noch weiter einschränkt, als die Verwaltung ohnehin schon einschränkend unterwegs war.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen ist es also egal, dass die Menschen und ganze Familien ins Umland abwandern. Ihnen ist es egal, wenn Klein- und Mittelverdiener keine Wohnung mehr in Köln finden bzw. sie sich nicht leisten können. Für diese Menschen interessieren Sie sich anscheinend überhaupt nicht mehr. Sie faseln von Freiraum, anstatt heute die Grundlage dafür zu legen, dass wir, bildlich gesprochen, übermorgen Baugebiete für Wohnungen ausweisen können.

Das Gleiche gilt fatalerweise für die Wirtschaft. Ihnen ist auch die wirtschaftliche Entwicklung Kölns egal. Ihnen ist egal, dass Betriebe über die Stadtgrenze hinaus abwandern müssen. Ihnen ist egal, dass damit die Gewerbesteuern wegbrechen und dass damit final auch der Kölner Haushalt den Bach heruntergeht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt Zwischenfragen.

Christian Joisten (SPD): Jetzt nicht; später. - Sie interessieren sich nur für Freiflächen und begründen das damit, dass wir in Köln keine weiteren Flächen versiegeln wollen.

Aber das ist eigentlich Quatsch, wie man sieht, wenn man sich einmal anschaut, wie sich die Flächenversiegelung in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt hat. Laut Statistischem Jahrbuch sind in den letzten 20 Jahren die bebaute Fläche weniger und die Verkehrsfläche etwas mehr geworden. Das gleicht sich halbwegs aus. Deutliche Zuwächse, wie Sie immer unterstellen, gibt es da nicht. Aber bei Parks und Grünanlagen und auch bei den Waldgebieten haben wir in den letzten Jahren deutlich zugelegt. Das will ich überhaupt nicht kritisieren. Es ist ja gut so. Aber man kann doch nicht so tun, als hätte hier in den letzten Jahren eine Versiegelungssorgie stattgefunden. Das ist einfach falsch. Dem ist nicht so.

Man sollte zumindest vor einem Beschluss über die Entwicklung unserer Stadt in den kommenden - das sei noch einmal betont - Jahrzehnten noch einmal diejenigen hören, die maßgeblich damit zu tun haben und als relevante Player hier in unserer Stadt sowohl den Wohnungsbau als auch die Wirtschaft begleiten. Sie haben ihnen ja anscheinend nicht ausreichend zugehört. Nichts anderes

ist mir nämlich in den letzten Tagen noch einmal sehr massiv von allen gespiegelt worden - angefangen vom Mieterverein über Haus & Grund bis zu Handwerkskammer und IHK. Alle, die dabei eine Rolle spielen, schlagen die Hände über dem Kopf zusammen und sagen: So etwas kann man doch in einer solchen Situation nicht beschließen. Bitte sorgt dafür, dass hier noch einmal Expertise gehört wird.

Frau Pakulat, wir mögen alle Experten sein. Aber das sind für mich die wahren Experten. Sie beschäftigen sich nämlich jeden Tag mit diesen Themen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hier noch einmal zu hören, kann kein Fehler sein.

Deswegen kann ich nur an Sie appellieren: Stimmen Sie unserem letzten gestellten Änderungsantrag von heute zu. Er schlägt nämlich nichts. Er nimmt uns noch einmal mit und gibt uns die Möglichkeit, mit den Experten zu sprechen und sie anzuhören. Wir haben einen klaren Fahrplan aufgezeigt, wie man trotzdem zu einer Beschlussfassung innerhalb der Fristen kommen kann. Ich glaube, wir sind es unserer Stadt, den Menschen, der Wirtschaft und den Mieterinnen und Mietern schuldig, dass wir das tun und hier nicht unsere Zukunft verbauen. Stimmen Sie daher bitte unserem Änderungsantrag zu. Er schlägt nichts. Danach können Sie immer noch Ihren aus unserer Sicht nicht zielführenden Antrag oder Ihre Vorlage beschließen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben sieben Sekunden verschenkt.

Christian Joisten (SPD): Dann kommen wir zu den Fragen. Sieben Sekunden habe ich ja noch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Fragen werden zugelassen. - Ich habe Sie beide gleichzeitig wahrgenommen. Ich weiß nicht, wer sich zuerst gemeldet hat.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christian Joisten, welche Rechenoperation hat die SPD-Fraktion genau durchgeführt, um darauf zu kommen, dass dann, wenn man in einem Regionalplan zusätzliche Flächen ausweist, davon auszugehen sei, dass das nicht einer wachsenden Stadt entspräche, sondern einer Schrumpfung entsprechen würde?

Christian Joisten (SPD): Ich dachte, ich hätte jetzt ausreichend Zahlen vorgelegt. Wer schon mit nur 28 Prozent des Bedarfs startet, ist ja weit vom Bedarf 2046 entfernt. Das ist jetzt gar keine schwierige Rechenoperation, meine ich. 2046 ist doch die Zielmarke.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Aber dass wir wachsen, ist schon klar?

Christian Joisten (SPD): Damit werden wir nicht langfristig wachsen, nein.

(Bernd Petelkau [CDU]: 50 000 neue Wohnungen und 50 000 neue Arbeitsplätze!)

Es gibt noch weitere Fragen, oder?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Lieber Kollege Christian Joisten, erstens habe ich folgende Frage: Ist der SPD-Fraktion oder dir die Systematik zwischen der Landesplanung und der Regionalplanung bekannt? Das sind die Ziele aus der Landesplanung heruntergebrochen auf die Regionalplanung. Symbolisch benenne ich hier nur einmal wenige Ziele: Bereitstellung von Siedlungsflächen für Wohnen, Handel, Gewerbe usw. - das sind die berühmten ASB- und GIB-Flächen - , Schutz und Entwicklung von Natur und Landschaft, Sicherung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Das ist die Landesentwicklungsplanung heruntergebrochen auf den Regionalplan.

Zweitens. Ist dir weiter bekannt, dass die rechnerisch ermittelten Bedarfe in der Zukunft unter diesen Rahmenbedingungen der Landesentwicklungsplanung von Anfang an gar nicht zu erfüllen waren? Das heißt: Ist dir bewusst, dass die Zahlen, die die Stadt rein objektiv und transparent der Politik zur Verfügung gestellt hat, von Anfang an überhaupt nicht erfüllt werden konnten, weil unter anderem die Bezirksregierung Flächen, die die Stadt angemeldet hat, mit Verweis auf die Ziele der Landesplanung zurückgewiesen hat? Ist das der Fraktion so bekannt gemacht worden? Das heißt: Ist der SPD-Fraktion und dir bekannt, dass die Bedarfe von Anfang an gar nicht erfüllt werden konnten? - Danke schön.

Christian Joisten (SPD): Selbstverständlich ist uns bekannt, dass nicht alles, was hier zur Disposition stand, auch tatsächlich am Ende in die reale Planung übernommen werden kann.

Aber Sie haben mit Ihrem Antrag ja noch einmal unterhalb dessen angesetzt, was überhaupt vorgesehen war. Sie reduzieren sehenden Auges die Flächen, die in den Regionalplan aufgenommen werden könnten, und nehmen uns damit den Handlungsspielraum der Zukunft. Das ist doch das, was hier gerade passiert.

Dass es da natürlich entsprechende Unterdeckung gibt, ist uns klar. Aber lassen Sie uns deswegen, wenn Sie auch Zweifel haben, dass wir das richtig verstanden haben, doch die Experten anhören, die vielleicht viel mehr Ahnung davon haben. Dann können sie uns das ja noch einmal erklären, und am Ende des Tages sind wir alle schlauer. Wenn sie uns auch sagen, das sei alles gar nicht so schlimm, dann bin ich ja bei Ihnen. Dann stimmen wir sogar auch Ihren Anträgen gerne zu.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube aber, dass Ihnen die Ohren wackeln werden und dass Ihnen Hören und Sehen vergehen wird, wenn Sie zur Kenntnis nehmen müssen, wie die Experten, also diejenigen, die mit Fachwissen darauf schauen, am Ende die Lage beurteilen.

Haben wir noch eine Frage? Sie haben die Sitzungsleitung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ist das jetzt wirklich noch eine Zwischenfrage an Herrn Joisten, oder was ist das?

(Dirk Michel [CDU]: Keine Frage! Ich muss etwas zum Thema Experten zurückweisen!)

- Ich würde Sie bitten, jetzt erst einmal die Rednerliste abzuwarten.

Danke schön, Herr Joisten. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Regionalplan soll für die nächsten Jahrzehnte definieren, was auf welcher Fläche entstehen kann. Die Bedarfe für Köln sind weit größer als das, was im aktuellen Entwurf des Regionalplanes vorgesehen ist.

Gleichzeitig wird das Rufen der Gesellschaft, nicht zu viele Flächen zu versiegeln, immer lauter. Das ist auch kein Wunder. Denn der Klimawandel ist in vollem Gange, und Freiflächen können helfen, die Folgen des Klimawandels abzufedern.

Andererseits brauchen wir dringend neue Wohnungen. Ohne neue Siedlungen werden wir nicht genügend preiswerte Wohnungen bauen können.

Wir befinden uns in einem echten Dilemma. Das sieht man auch daran - und das ist jetzt überhaupt kein Vorwurf -, dass es der Verwaltung nicht gelungen ist, eine einheitliche Verwaltungsmeinung zu diesem Regionalplan herzustellen. Die Verwaltungsvorlage enthält zwei Alternativvorschläge. Beide sind weit unter der Deckung der Bedarfe, die wir in Köln eigentlich haben.

Das zeigt, dass der vorliegende Plan keine Lösung aufzeigt. Die kommunale Planung in der Metropolregion stößt an ihre Grenzen.

Daher müssen neue Wege beschritten werden. Die Metropolregion muss sich als Einheit verstehen. Sie braucht mehr Planungskompetenz. Flächenbedarfe der Metropole müssen auch in der Region gedeckt werden können. Aber die Region muss auch von der Metropole profitieren, und zwar in vielen Bereichen, beispielsweise in der Kultur, im Gesundheitsbereich und im Verkehrswesen.

Es gibt Ansätze der interkommunalen Zusammenarbeit, zum Beispiel bei dem Verein Region Köln/Bonn oder bei der Metropolregion Rheinland. Diese Zusammenarbeit muss viel intensiver und verbindlich werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die StädteRegion Aachen oder auch die Region Hannover könnten da für uns Pate stehen, wenn es darum geht, dass wir uns in diese Richtung entwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dem aufgezeigten Szenario - ich nenne es einmal „der Kampf um die Fläche“ - muss uns eines klar werden: Wir müssen viel, viel dichter bauen - innerhalb, aber auch außerhalb der Stadtgrenzen.

Unsere Verwaltung arbeitet an einem guten Konzept für kompakte Quartiere mit hohen Dichten auch außerhalb der inneren Stadt - Stichwort „Köln-Katalog“. Vielleicht hat es der eine oder andere schon einmal gehört. In den Fachkreisen der Stadtentwicklung wird das ja relativ intensiv diskutiert.

Es gibt - das zeigt auch dieser Köln-Katalog - in Köln und erst recht im Umland viel zu viele Einfamilienhäuser.

(Martin Erkelenz [CDU]: Zu wenige!)

- Nein, viel zu viele. Es gibt viel zu wenige? Nein. Es gibt viel zu viele Einfamilienhäuser.

(Heiterkeit)

- Ja, jetzt dürft ihr alle einmal lachen. Aber die Zeit bekomme ich nachher draufgeschlagen. - Es gibt also viel zu viele Einfamilienhäuser, sowohl in Köln als auch im Umland.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Petelkau schüttelt den Kopf. Aber er weiß es eigentlich auch besser. Denn wir wissen alle, dass wir die Wohnungsbedarfe nicht ökologisch abbilden können, wenn wir nicht aufs Einfamilienhaus verzichten. Das weiß ein jedes Kind.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, deswegen darf in Köln auch kein einziges weiteres Einfamilienhaus mehr gebaut werden.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Doch. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn der laufenden Ratsperiode hat eine sehr große Mehrheit dieses Rates die Einführung des Unterausschusses Regionale Zusammenarbeit beschlossen. Die Periode ist jetzt schon fast halb herum; Weihnachten haben wir Halbzeit. Der Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit hat nicht ein einziges Mal getagt. Warum? Messen wir denn dem Thema so wenig Priorität bei?

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich doch als Verwaltung und als Bündnis endlich einmal hinsetzen und das Ding ans Arbeiten bringen. Wir haben jetzt einen neuen Dezernenten, der für das Regionale zuständig ist. Heute ist er noch nicht da. Aber es bleibt ja die Hoffnung, dass der gute Mann in dieser Frage für ein bisschen Schub sorgt. Dann müssen Sie als Mehrheitsbündnis das natürlich auch bitte mit voranbringen.

Wir sind eigentlich der Auffassung - - Gleich wird es ja eine große Abstimmenschlacht geben. Es würde mich sehr wundern, wenn unser Antrag eine Mehrheit fände. Das ist eher unwahrscheinlich. So realistisch sind wir. Da sind sich Herr Petelkau und ich einig.

(Heiterkeit)

Herr Petelkau, aber vielleicht überlegen Sie einmal, ob Sie unserem Punkt 3, in dem steht, dass der Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit endlich seine Arbeit aufnehmen soll, nicht folgen können - natürlich nicht nur die CDU, sondern das gesamte Haus. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jetzt ist schon viel zum Regionalplan gesagt worden. Um Sie als Ratsmitglieder und die Öffentlichkeit ein bisschen mitzunehmen, möchte ich betonen, was für ein wichtiges Instrument das hier ist. Schließlich geht es darum,

heute Potenziale für die Stadt Köln festzulegen, die dann über 25 Jahre oder 30 Jahre als Potenziale entwickelt werden können. Das hat die Kollegin Pakulat auch schon gesagt. In 25 Jahren sind wir fast im Jahr 2050. Daran kann jeder sehen, welche große Verantwortung er heute bei dieser Entscheidung trägt.

Heute geht es also nicht darum, wo irgendwelche Quadratmeter versiegelt werden. Das können spätere Generationen von Kommunalpolitikern entscheiden, und zwar über Flächennutzungsplanänderungen und über Bebauungspläne. Dabei können sie jeweils nach der Situation, die wir dann in der Stadt haben, beurteilen, welcher Bedarf an entsprechenden Flächen besteht.

Es gibt sehr optimistische Prognosen, wie sich die Stadt weiterentwickeln wird. Aber wir sehen ja selber, dass jetzt so etwas wie Corona, Homeoffice und ein Krieg in Europa kommt. Das sind alles Faktoren, die natürlich auch in den nächsten Jahrzehnten die Welt und Köln verändern können. Deswegen ist schwer vorauszusagen, wie die Welt und Köln im Jahre 2050 aussehen werden.

Wir können aber - und das ist das Instrument des Regionalplanes - hier Potenziale festlegen. Wir können Potenziale für Wohnungsbau, für Schulen und für Gewerbe offenhalten. Das Sträfliche und Fahrlässige an dem, was das - wenn ich diesen Begriff nehmen darf - Restbündnis hier heute macht, ist aus meiner Sicht, dass wir uns jetzt im Jahr 2022 dieser Potenziale berauben, indem wir Flächen freiwillig zurücknehmen.

Ja, die Verwaltung hat eine Alternative vorgeschlagen. Der Klimadezernent hat in der Alternative schon die ersten sechs Flächen herausgenommen. Es gibt keine einheitliche Verwaltungsmeinung. Ich finde es sehr schade, dass uns als ehrenamtlichen Ratsvertretern das nicht von der Verwaltung entsprechend vorgegeben wurde.

Bei diesen in der Alternative aufgeführten sechs Flächen hat das Bündnis es aber nicht belassen, sondern nimmt noch mehr Potenzial heraus. Insgesamt 19 Flächen werden heute hier herausgenommen - noch einmal eine mehr als im Stadtentwicklungsausschuss.

Deswegen, lieber Kollege Joisten, stimmen auch die in deiner Rede genannten Zahlen nicht. Das war vielleicht noch der Stand aus dem Stadtentwicklungsausschuss. Heute kommt ja noch eine

Fläche in Rodenkirchen mit 18,5 Hektar dazu. Es sind also insgesamt 240 Hektar Wohnbauflächen und 20 Hektar Gewerbeflächen, die hier noch einmal aus dem ohnehin zu kleinen Angebot herausgenommen werden.

Bei Angaben in Hektar handelt es sich natürlich um sehr theoretische Zahlen. Hier wurde es gerade schon einmal in Fußballfelder umgerechnet. Wir machen die Politik ja für die Menschen. Deswegen müssen wir doch einmal herunterbrechen, was das bedeutet. Wenn wir den Schlüssel anlegen, den wir zum Beispiel im Clouth-Quartier realisiert haben, bedeuten diese 240 Hektar 20 000 Wohnungen.

Niklas Kienitz kann natürlich sagen: Wunderbar; wir bauen 50 000 Wohnungen. - Aber 20 000 Wohnungen nehmen wir an Potenzial heraus.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Das müssen wir wissen. Wir können uns auch für die Arbeitsplätze loben. Aber 2 000 Arbeitsplätze nehmen wir heraus.

Und wenn die Angabe in Wohnungen immer noch zu theoretisch ist: Es geht hier um die Existenz von 22 000 Kölner Familien. Das sind am Ende 70 000 Menschen - vom Säugling bis zum Greis -, denen wir in dieser Stadt keine Wohnung geben und keinen Job geben, sondern die wir vor die Tore der Stadt verweisen.

(Beifall bei der FDP)

Dann zu sagen, das sei klimapolitisch sinnvoll, ist eine Milchmädchenrechnung. Denn wenn sie sich vor der Stadt ansiedeln, verbrauchen sie dort ja auch Flächen. Ich war gerade vorletzte Woche - Michael Weisenstein, du hast gesagt: wir wollen hier keine Einfamilienhäuser bauen - bei einem Freund aus Schultagen, der aus Holweide kommt und sich jetzt in Rommerskirchen angesiedelt hat. Dort hat er ein wunderschönes großes Grundstück für sein Einfamilienhaus erworben. Er verbraucht jetzt in Rommerskirchen natürlich mehr Fläche, also mehr Ressourcen, als er hier in Köln gebraucht hätte. Hinzu kommt, dass er für seinen Arbeitsweg, für den Weg zur Schule, für den Weg zum Einkaufen usw. - dasselbe gilt im Übrigen auch für Unternehmen, die sich dort ansiedeln - mehr Verkehrsaufkommen und damit mehr CO₂-

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 87

Aufkommen erzeugt, als es der Fall wäre, wenn er hier in Köln eine Fläche gefunden hätte.

(Beifall bei der FDP)

Insofern ist das doch eine Milchmädchenrechnung. Aufgrund dieser 70 000 Menschen, die wir nicht in dieser Stadt mit einer Wohnung und einem Arbeitsplatz versorgen können, haben wir bis 2050 und über 2050 hinaus den entsprechenden CO₂-Ausstoß.

Ja, die Bezirksregierung hat - das ist eben schon gesagt worden - Pi mal Daumen einen dreimal höheren Bedarf für Köln an Wohnbauflächen und an Gewerbeflächen festgelegt, als es schon die Verwaltung hier nur vorgeschlagen hat. Dieses Potenzial wird jetzt durch die Ratsmehrheit weiter reduziert.

Diese Politik können wir nicht mittragen. Ich will nicht solche Kraftausdrücke benutzen, wie der Kollege Joisten das getan hat. Es geht auch nicht darum, dass die Stadt schrumpft. Aber das Potenzial, das wir haben könnten und das wir späteren Generationen von Kommunalpolitikern hinterlassen könnten, um hier über Flächennutzungspläne und Bebauungspläne zu entscheiden, wird leider sträflich reduziert. Deswegen gehen wir diesen Weg, den CDU und Grüne hier vorschlagen, nicht mit.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Michael Weisenstein, die regionalen Ansätze in eurem Änderungsantrag teile ich sehr. Du hast Aachen und Hannover genannt. Auch die von dir formulierte Kritik, dass der Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit noch nicht konstituiert wurde, ist wichtig. Denn über welches Thema wollen wir in diesem Unterausschuss entscheiden? Frau Kollegin Schneeloch hat es ja gestern auf der Veranstaltung vollkommen richtig gesagt. Was wollen wir in einem Regionalausschuss entscheiden, wenn wir nicht dort den Regionalplan beraten?

(Beifall bei der FDP)

Das wäre doch im Grunde die letzte Möglichkeit gewesen, dieses Gremium zu konstituieren.

Insofern finden sich in eurem Antrag einige gute Ansätze. Aber leider habt ihr darin alles so verquickt, dass wir dem am Ende in der Summe nicht

zustimmen können - genauso wenig wie den anderen Änderungsanträgen, die vorliegen.

Jetzt muss ich noch etwas zu dem sagen, was die SPD hier treibt. In dem ursprünglichen, ersten Änderungsantrag stehen viele Dinge, die in die richtige Richtung gehen, aber dann natürlich mit klassenkämpferischen Parolen versehen sind, sodass die FDP dann doch nicht zustimmen kann. Deswegen werden wir uns zu diesem Antrag enthalten.

Dann wird aber in Torschlusspanik heute noch schnell ein zweiter Antrag nachgeschoben. Christian Joisten, du hast gesagt, dass er ja nichts vorschlägt. Das ist doch Quatsch. Wir sind jetzt in der Woche vor der Sommerpause. Wie sollen wir bis zum 31. August denn noch ein Expertenhearing hinbekommen und das - mit den ganzen Änderungen, die wir hier haben - noch einpflegen? Diese Idee kommt massiv zu spät. Deswegen werden wir diesen Änderungsantrag auch ablehnen.

(Christian Joisten [SPD]: Ein bisschen Mut, Herr Sterck! Ein bisschen Ehrgeiz!)

Mir wird hier freundlich signalisiert, dass die Redezeit abgelaufen ist. Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank. Wie gesagt, finde ich es bedauerlich, dass wir der Stadt diese Potenziale nehmen und es späteren Generationen nicht erlauben, die Stadt so weiterzuentwickeln, wie es dann im Jahre 2030, 2040 oder 2050 notwendig ist. Das ist die falsche Entscheidung. Deswegen werden wir, wenn der Änderungsantrag am Ende durchkommt, dieser Vorlage so nicht zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier und zu Hause an den Bildschirmen! Wir befinden uns in einem Dilemma bzw. einem Zielkonflikt, der heute auch schon wiederholte Male angesprochen worden ist. Auf der einen Seite haben wir Klimaschutz und Klimafolgenanpassung und auf der anderen Seite die Bedarfe einer wachsenden Stadt.

Mit dieser Vorlage treffen wir heute eine Entscheidung für die nächsten 25 Jahre, sofern die Bezirksregierung die Stellungnahme der Verwaltung und die Änderungen aus der Politik berücksichtigt.

In dieser Diskussion müssen wir uns bewusst machen, dass es um Flächenentwicklungspotenziale geht. Wir entscheiden heute nicht über die Bebauung dieser Flächen. Wir entscheiden heute, welche Entwicklungsmöglichkeiten unsere Stadtgesellschaft in den nächsten zwei Jahrzehnten haben soll.

Die Klimaschutzaspekte sind dabei wichtig und müssen berücksichtigt werden. Alle weiteren Mitglieder des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün, dem ich ja auch angehöre, wissen um mein Engagement in diesem Bereich. Dabei ist jede Art von Flächenversiegelung kritisch.

Zu der Milchmädchenrechnung, die du aufgemacht hast, lieber Ralph Sterck: Ja, es geht auch darum, unsere Mobilität zu dekarbonisieren, damit das in Zukunft auch funktioniert; das ist vollkommen richtig. Aber du warst wie ich und weitere Mitglieder dieses Hauses gestern beim „Straßenland“ auf der Nord-Süd-Fahrt. Dort haben wir live gespürt, wie sich versiegelte Flächen im Sommer anfühlen. Das kann für Köln nicht unser Ziel sein.

(Beifall bei Volt und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichzeitig erkennen wir aber auch an, dass immer mehr Menschen in unsere Stadt ziehen wollen. Daraus folgt, dass jede einzelne Fläche wertvoll ist. Wenn eine unversiegelte Fläche potenziell genutzt und dabei versiegelt werden soll, sollte sie effizient, klimafreundlich, klimaanpassungsfreundlich und sozialverträglich bebaut und genutzt werden.

Wenn wir über die Bedürfnisse einer wachsenden Stadt sprechen, bedeutet das nicht, dass Köln auf das Doppelte oder Dreifache wachsen soll. Das geht nicht. Das wollen wir nicht. Das wissen wir alle.

Trotzdem gibt es schon seit Jahren einen stetigen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum sowie Schul- und Kita-Plätzen. Auch darüber haben wir heute schon viel gehört.

Ich bin 33 Jahre alt. Viele meiner Freundinnen und Freunde bekommen hier in Köln Nachwuchs. Die

Voltfraktion hat dieses Jahr schon zweimal Nachwuchs bekommen.

(Beifall)

- Dafür sollte man nicht mich beklatschen. Aber ich freue mich trotzdem, dass ihr euch auch freut.
- Ich möchte, dass diese Generation von Volt-Nachwuchs oder von unser aller Nachwuchs hier in Köln zur Schule gehen kann und eine Wohnung und einen Arbeitsplatz in der Region finden kann.

Die Streichung von vielen weiteren Flächen kann uns diese Möglichkeit nehmen. Da sind wir auch wieder bei unserem Dilemma zwischen Bedürfnissen einer Stadtgesellschaft und Klimaschutz und dem Begegnen dieser Hausforderungen.

Noch einmal: Das Baurecht liegt bei uns in diesem Rat und im Stadtentwicklungsausschuss. Wir können zukünftige Trends dabei nicht immer voraussehen. Deswegen brauchen wir und die angesprochene nächste Generation genau diese Flexibilität, um auf neue Bedürfnisse oder Trends reagieren zu können.

Wir können leider nicht erwarten, dass das Umland alle diese Bedürfnisse auffangen kann. Aber auch wir würden sehr gerne mit dem Umland darüber reden. Deswegen sollte der Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit natürlich in die Beteiligung einbezogen werden. Dazu ist es jetzt aber etwas zu spät.

Meine Anmerkung, dass wir flexibel auf zukünftige Trends reagieren wollen und können wollen, ist kein Freifahrtschein für unendliche Versiegelung. Jede Fläche ist kostbar und muss dezidiert und kritisch geprüft werden. Das werden wir in den Gremien in den nächsten 25 Jahren dann auch tun.

Wir möchten daher der Variante 2 der Beschlussvorlage zustimmen.

Zusätzlich zu der Beschlussvariante 2 der Vorlage der Verwaltung sollten noch zwei weitere Flächen, nämlich GIB-029-01 und 9-903-001 - das eine ein kleiner Wald, das andere ein rechtsrheinischer Grünzug -, gestrichen werden. Wir haben uns jetzt nicht die Mühe gemacht, dazu einen separaten Änderungsantrag zu stellen. Das hätte ja vermutlich nicht funktioniert.

Die gestellten Änderungsanträge inklusive des Antrags von Grünen und CDU lehnen wir heute

ab. Aber keine Sorge! Damit ist das Bündnis keineswegs zerschlagen. Man muss sich in einer Demokratie auch mal streiten und dann am Ende nicht einig werden können.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

In Bezug auf die beiden anderen Änderungsanträge erinnere ich noch einmal an die Frist, die heute schon mehrfach angesprochen wurde. Die Frist, die von der Bezirksregierung gesetzt wurde, läuft bis zum 31. August. Auch wir sind sehr, sehr skeptisch - Ralph Sterck hat das gerade schon ausgeführt -, dass der von euch aufgeführte Weg der SPD funktionieren kann. Wenn die Stadt nicht fristgerecht abgibt, werden die Interessen der Stadt Köln im weiteren Prozess nicht berücksichtigt. Daran kann doch niemand hier im Raum ein Interesse haben.

Noch einmal zur SPD: Ja, der prognostizierte Bedarf wird nicht gedeckt; das ist richtig. Wir müssen wohl einsehen, dass Köln auf die Region angewiesen ist und nicht alle Bedarfe hier allein decken kann. Aber Ihr Antrag geht uns, wie ich gerade mit dem, was wir uns eigentlich wünschen würden, schon ausgeführt habe, doch auch viel zu weit.

Nun komme ich zum Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE. Wenn, wie ihr in Punkt 2 fordert, alle von den Bezirksvertretungen als ASB und GIB angemeldeten Flächen gestrichen werden, haben wir 233 Hektar weniger Flächenpotenziale. Das kann natürlich mit dem, was ich gerade schon ausgeführt habe, nicht funktionieren.

Auch das Thema Nachverdichtung ist hier ganz zentral. Darüber haben wir heute schon einmal gesprochen. Nachverdichtung bedeutet auch, dass man in die Höhe geht. Aber habt ihr nicht eben gesagt, dass ihr nicht in die Höhe gehen wollt?

(Beifall bei Volt)

Dann wird es ja irgendwo auch nicht funktionieren. Auch deswegen können wir dem heute nicht folgen.

Zu guter Letzt gibt es noch den Antrag von Thor Zimmermann. Wir haben ihn leider erst gesehen, als diese Debatte schon angefangen hatte. Nach meinem Verständnis - wie ihr wisst, bin ich aber

auch nicht unser stadtentwicklungspolitischer Sprecher, sondern stehe heute nur in Vertretung hier - hilft uns dieser Antrag heute nicht weiter. Wie gesagt, entscheiden wir hier im Rat über die Entwicklung jeder Fläche und dann auch darüber, wie diese entwickelt wird und ob das klimaneutral, klimapositiv oder wie auch immer erfolgt. Diese Begriffe müssen ja auch definiert werden. Das sollten wir heute nicht im Schnellschuss entscheiden. Aber darauf freue ich mich. Ich sitze ja im Ausschuss Klima, Umwelt und Grün und werde das den nächsten Jahren dann sicherlich auch zur Vorlage bekommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe meine Position, denke ich, klargemacht. Wir werden die Änderungsanträge ablehnen und der geänderten Beschlussvorlage dann aber zustimmen, damit wir die Stadt Köln weiterentwickeln können. - Danke.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der AfD dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Zuruf: Das ist zu kompliziert für die!)

Wünscht Die FRAKTION das Wort? - Auch nicht. Dann spricht jetzt Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Verwaltungsmitarbeiter*innen! Wo fange ich an? Lieber Christian, „Zielkonflikt“ richtet sich auch an die SPD. Zum Beispiel sage ich das zum wiederholten Male. Das ist doch genau der Punkt. Man kann das so denken und Sozialpolitik gegen Klimapolitik stellen. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Wie ich immer wiederhole, müssen wir beide Dinge zusammendenken. Denn beide Dinge gehören unweigerlich zusammen. Klimapolitik funktioniert nicht, wenn man den Kapitalismus grün anmal. Klimagerechtigkeit können wir nur bekommen, wenn wir sozial gerechten Klimaschutz machen. Sonst bringt auch Sozialpolitik auf mittlere bis lange Sicht nichts. Auch wenn wir die tollsten Sozialwohnungen und Schulen en masse bauen, nützt das nichts, wenn diese Gebäude dann irgendwann nicht mehr nutzbar sind, weil wir die Klimapolitik vernachlässigt haben.

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 90

Beides gehört unweigerlich zusammen. Wir müssen beides konsequent zusammendenken. Ich wünsche mir wirklich inständig, dass diese Denke langsam mal hier in allen Köpfen ankommt, damit ich mich nicht ständig wiederholen muss.

Was das Höhenkonzept angeht, muss ich auch kurz widersprechen. Es wurde nie gesagt, dass man hier nicht in die Höhe bauen will. Es wurde nur gesagt, dass man sich wünscht, dass erst das beschlossene Höhenkonzept verabschiedet wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn natürlich müssen wir in die Höhe bauen. Meines Wissens haben wir in dieser Stadt 10 bis 15 Prozent Nachverdichtungspotenzial von bereits versiegelten Flächen. Diese müssen wir konsequent nutzen. Dazu gehört natürlich auch, in die Höhe zu gehen.

Eine deiner Aussagen in Richtung LINKE, FRAKTION und KLIMA FREUNDE war - wenn ich dich zitieren darf -, das könne nicht funktionieren. Damit sind wir auch beim Stichwort „Milchmädchenrechnung“. Ich habe mich hier gerne als Milchmädchen. Ich habe schon überlegt, ob ich beim nächsten Mal mit einem T-Shirt mit dem entsprechenden Aufdruck hierhin komme. So nenne ich mich dann gerne.

Ich finde es schon fast anmaßend, damit implizit zu behaupten, dass Zehntausende Scientists for Future alleine in unserem Land - weltweit sind es noch viel mehr -, die sich durchaus als Expert*innen und Wissenschaftler*innen in den Bereichen Klima und Umwelt, aber auch Stadtentwicklung, Bauen usw. intensivst mit diesen Themen auseinandersetzen und da auch ganz konkrete Fahrpläne, Lösungsansätze und Forderungen in den Raum gestellt haben, quasi Milchmädchen seien. Sie implizit so zu bezeichnen, ist schon sehr anmaßend.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann sind wir auch, lieber Christian, liebe SPD, beim Thema „Experten anhören“. Ich würde mir wünschen - und das kommt mir bei euch auf jeden Fall zu kurz -, dass man, wenn man schon Expert*innen anhört und Fachwissen heranzieht, dann doch bitte vor allem die Kompetenz der Scientists for Future nutzt. Denn genau dafür haben sie sich ja gegründet, und genau dafür gibt es

sehr viel Input von dieser Seite. Das scheint hier auch wenig Berücksichtigung zu finden.

(Christian Joisten [SPD]: Das nehmen wir gerne mit auf! Ich habe vor denen keine Angst!)

Wir würden uns Handlungsspielraum für die Zukunft nehmen und sollten uns nicht unsere Zukunft verbauen - Zitate vom Kollegen Christian Joisten von der SPD. Es ist schon interessant, wie die gleichen Aussagen aus völlig unterschiedlicher Perspektive getroffen werden können. Denn aus meiner Sicht ist das ja genau das, was wir damit tun. Wir verbauen uns unsere Zukunft, wenn wir diese Stadt noch weiter versiegeln und weiter zubauen. Mit dieser Sichtweise stehe ich auch bei Weitem nicht alleine da.

Köln ist übrigens Nummer eins darin, Grünflächen zu vernichten. Das sei nur einmal nebenbei gesagt. Auch dazu wurde gerade eine falsche Aussage getroffen.

Die Bemerkung, man könne doch in einer solchen Situation nicht so beschließen, ging tatsächlich in Richtung des Änderungsantrages des Bündnisses, aber umso mehr natürlich auch in Richtung unseres Änderungsantrages. Auch hier gilt wieder: Die gleiche Aussage könnte ich aus einer völlig anderen Perspektive genauso treffen.

Was bleibt noch zu sagen? „Freiraum“, „Grünflächen“ und „Frischluftschneisen“ waren Worte, die du in den Raum gestellt hast, lieber Niklas Kienitz. Das unterschreiben wir absolut. Ich werde auch auf jeden Fall gleich für euren Antrag stimmen, weil ich sehr begrüße, dass ihr da über die Forderungen der Verwaltungsvorlage hinausgeht.

Ich möchte aber auch noch einmal alle aufrufen - mit wenig Hoffnung auf Erfolg -, unserem Antrag zu folgen. Denn wir haben in unserer schönen Stadt das weltberühmte Grünsystem, also ein in China nachgeahmtes Kühl- und Belüftungssystem der Stadt, das wir seit Jahren durch Flächenfraß vernichten und das irgendwann auch nicht mehr funktioniert, wenn wir immer so weitermachen. Das ist die grüne Lunge unserer Stadt. Ich sage nur: Kippunkte. Diesen Begriff habt ihr sicherlich alle schon einmal gehört. Die ersten Kippunkte sind bereits erreicht oder gefallen. Das ist ein sich potenzierendes System der Erderwärmung, das schon in vollem Gange ist. Die grüne

Lunge der Erde, der Amazonas in Brasilien, ist bereits gekippt. Dort wird mehr CO₂ produziert, als aufgenommen wird. Irgendwann kommen wir in Köln mit unserem Grünsystem auch dahin. Dieser Schatz, den wir hier in dieser Stadt haben und den es zu bewahren und auszubauen gilt, ist unermesslich.

Ich könnte jetzt eine Reihe von Baustellen und Vorhaben oder auch schon abgeschlossenen Abrissarbeiten anführen - aber das würde hier bei Weitem die Zeit sprengen; das mache ich gerne zu einer anderen Gelegenheit noch einmal -, bei denen man sich immer wieder fragen muss, warum in dieser Stadt immer noch solche Beschlüsse gefasst werden, obwohl wir doch den Klimanotstand ausgerufen haben und viele tolle Papiere - dafür geht auch Dank an die Verwaltung - auf den Weg gebracht haben.

Die Umweltprüfungen - wir haben übrigens auch die Expert*innen im Naturschutzbeirat sitzen; auch deswegen finde ich unseren Änderungsantrag sehr wichtig, weil dort nämlich der Naturschutzbeirat zu Wort kommt und Gehör findet und seine Empfehlungen aufgegriffen werden - sind unabdingbar, wenn wir es mit dem Klimanotstand und der Klimaresilienz in dieser Stadt ernst meinen - und übrigens auch mit der Kinderfreundlichen Kommune. Wie ich vorhin bereits sagte, ist für die Kinder vor allem eine klimaresiliente Stadt wichtig.

Ja, natürlich müssen wir die Region mitdenken. Wir können das nicht alleine hier innerhalb unserer Grenzen stemmen. An dieser Stelle komme ich auch noch einmal auf die Milchmädchenrechnung zurück. Fragt die Scientists for Future. Sie werden euch aufzeigen, dass wir, wenn wir die Region mitdenken, unter dem Strich weniger CO₂ in die Atmosphäre ballern als dann, wenn wir versuchen, alles auf unserer Stadtfläche hinzubekommen.

Ich möchte noch einmal zum Stichwort „Flächeneffizienz“ kommen. Das Nachverdichtungspotenzial hatte ich schon genannt. Das ist doch eine unserer großen Herausforderungen beim Thema Stadtentwicklung. Hier wurde polemisch gesagt, dann würden wir Stillstand oder Rückentwicklung und kein weiteres Potenzial für Stadtentwicklung haben. Das Gegenteil ist doch der Fall. Wir sind doch jetzt erst recht gefragt, mit kreativen, visionären Lösungen - so visionär sind sie gar nicht unbedingt; denn in anderen Teilen der

Welt und in anderen Städten werden sie uns schon vorgelebt - diese Stadt zu entwickeln und eben nicht einfach nach Schema F weiterzumachen, sondern neue, zeitgerechte Lösungen zu finden.

Da gibt es viele tolle Ansätze - zum Beispiel, wenn es um Umwidmung von Straßenraum geht. Da sind sich hier ja viele auch einig. Wir hatten das Thema „Venloer Wall“. Warum geht man das nicht einmal grundsätzlich an? Ich weiß, dass die Verwaltung das an der Stelle und auch noch an einer anderen Stelle schon geprüft hat. Aber es gibt doch zum Beispiel die Möglichkeit, Gebäude auf Säulen zu stellen. Dann bleibt der Zugang zu der unter der Erde liegenden Infrastruktur erhalten. Da wünsche ich mir mehr Kreativität. Man sollte open minded an diese Sachen herangehen. Wenn der Wille wirklich da wäre, würden wir Lösungen finden.

Lösungen würden wir dann übrigens auch zum Thema Wohnkonzepte finden. Es ist schon angeklungen. Gestatten Sie mir noch einen letzten Satz dazu, weil das auch ein wichtiger Punkt ist. Wenn es um Wohnraum geht, müssen wir uns auch einmal fragen: Wie viel Wohnraum steht uns überhaupt zu? Können wir nicht den vielen Leerraum, den es gibt, anders nutzen? Viele Menschen leben auf vielen Quadratmetern. Kann man da nicht ein Wohnungs-Sharing machen? Da gibt es ganz viele tolle Konzepte. Das wünsche ich mir in dieser Stadt.

Abschließend plädiere ich noch einmal dafür, dass auch unserer Antrag Berücksichtigung findet. Wir müssen hier jeden Baum und jeden Quadratmeter Grün erhalten, wenn wir es wirklich ernst meinen und unsere Stadt als klimaresiliente Stadt entwickeln wollen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren an den Bildschirmen und hier im Saal! Köln ist eine Stadt im Klimanotstand. Das müssen wir uns immer wieder bewusst machen. Nicolin hat es gerade auch noch einmal recht

deutlich gemacht. Meinem Empfinden nach haben wir in Köln eher zu wenig als zu viel Grün. Daher ist es eigentlich naheliegend, überhaupt gar keine Flächen zur Verfügung zu stellen, wenn wir dieses Grün erhalten wollen. Andererseits ist dies auch eigennützig; denn wir haben ja unseren Platz in dieser unserer Stadt schon gefunden. Wir stehen aber unter einem gewissen Zuzugsdruck - auch als „wachsende Stadt“ bezeichnet - und müssen uns mit dieser Herausforderung auseinandersetzen.

Ich bin seit etlichen Jahren beratendes Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss und verfolge dort auch immer die Statistiken. Wenn wir uns die Zahlen von früher dazu anschauen, wie viel Köln bis zu welchem Zeitpunkt wachsen wird, müssen wir feststellen, dass es schon erste leichte Korrekturen gibt und Köln gar nicht so stark wachsen wird, wie es ursprünglich einmal prognostiziert wurde. Wir haben in dieser Stadt in den letzten Jahren aber auch andere Effekte gehabt, die zu einem stärkeren Zuzug geführt haben. Letztendlich sehe ich aber den Druck manchmal gar nicht so stark, wie er immer beschrieben wird.

Wie dem auch sei - wir können diesen Zuzug nicht verwehren. Daher müssen wir also Flächen zur Verfügung stellen. Doch für wen? Und warum nehmen wir all dies in Kauf, wenn wir diese Flächen, unsere letzten verbliebenen Grünflächen, zur Verfügung stellen?

Die SPD fordert zu Recht „bauen, bauen, bauen“ und will so günstigen Wohnraum schaffen. Das habe ich heute schon mehrfach aus verschiedenen Mündern gehört. Es geht dann immer darum, dass preiswerter Wohnraum geschaffen wird, dass wir günstigen Wohnraum für unsere Stadt brauchen etc.

Die Realität in dieser Stadt sieht, wie wir alle wissen, vollkommen anders aus. Obwohl wir seit Jahrzehnten jedes Jahr Tausende Wohnungen bauen, wird es in dieser Stadt immer teurer. Das hat nicht etwas damit zu tun, dass wir zu wenig bauen würden, sondern liegt an Renditeüberlegungen usw., aber auch daran, dass unsere GAG leider zu schwach ist, um allen günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Allein die Formel „bauen, bauen, bauen“ wird dieses Problem meiner Ansicht nach nicht lösen. Die Preise steigen weiter.

Wie gesagt, sitze ich seit vielen Jahren im Stadtentwicklungsausschuss und beobachte das dort auch ganz aktuell. Ich befasse mich bei jeder einzelnen Vorlage immer mit der Frage, was da eigentlich gebaut wird, wie gebaut wird und für wen gebaut wird. In der Regel bin ich dann doch immer ziemlich frustriert und enttäuscht, weil es überhaupt nicht dem entspricht, was wir hier eigentlich vorhaben.

Christian Achtelik hat das Beispiel mit den Familien genannt. Wir wissen auch alle aus den Statistiken, dass die Familien Köln verlassen. Sie verlassen Köln nicht unbedingt freiwillig, sondern, weil sie hier keinen günstigen Wohnraum finden - nicht, weil sie vielleicht unbedingt ein Eigenheim mit Garten haben möchten, das Herr Weisenstein ihnen nicht mehr zugestehen möchte, sondern, weil sie überhaupt keinen Wohnraum finden, der günstig ist. Sie wären schon mit einer verkehrsberuhigten Straße vor dem Haus oder einem begrünten Innenhof zufrieden.

Das ist alles wunderbar, aber zu bezahlbaren Preisen nicht zu finden. Denn gebaut wird in Köln - entschuldigen Sie den Ausdruck - in der Regel Investorenmist, also etwas, was sich gut rechnet. Wir haben aktuell genug Beispiele auf der Tagesordnung. Schauen Sie sich nur Nördlich Colonia an. Dort will man ein Riesenhochhaus aus Beton bauen. Es wird ein Hotel und hat nichts mit Familien zu tun. In meiner direkten Nachbarschaft liegt das ehemalige 4711-Gebäude. Was ist daraus geworden? Hunderte von Single-Appartements zu absoluten Wucherpreisen. Oder nehmen Sie das ehemalige Postgebäude am Ehrenfeldgürtel. Was wird dort gebaut? Single-Appartements zu hohen Preisen. Es wird einfach nicht das gebaut, was wir eigentlich in dieser Stadt haben wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da frage ich mich: Warum sollen wir dafür unsere Flächen zur Verfügung stellen? Ich stelle gerne Flächen für sozialen Wohnungsbau, für ökologischen Wohnbau etc. zur Verfügung. Natürlich soll es dafür gerne Fläche geben. Nicolin hat aber auch vollkommen recht: Man kann das miteinander versöhnen.

Ich bin weiterhin der Meinung, dass Klimaschutz höchste Priorität hat. Ich bin aber auch ganz klar der Meinung, dass wir dafür durchaus Flächen zur Verfügung stellen können, wenn a) klimaneutral

17. Sitzung vom 20. Juni 2022

Seite 93

gebaut wird, b) ökologisch gebaut wird und c) sozialverträglich gebaut wird. Dann können wir diese Flächen zur Verfügung stellen. Da gibt es keinen großen Widerspruch.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Doch Köln und auch dieser Rat machen seit Jahren das Gegenteil. So ist es leider. Es wird gebaut, was Rendite abwirft, und es wird nicht das gebaut, was diese Stadt eigentlich dringend braucht.

Wenn man Glück hat, wird vor das Haus - das ist ja auch Pflicht - Styropor geklebt. Dann hat man eine schöne kleine Wohnbox für - was weiß ich? - 15 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter bzw. 5 000 oder 6 000 Euro Eigentumswohnungspreis pro Quadratmeter. Legt man ein bisschen mehr Geld drauf, bekommt man auch ein paar Ziegelrähmchen davorgeklebt, und das war es dann.

Das ist das, was zu 90 Prozent in Köln gebaut wird. Und das frustriert mich. Dafür möchte ich eigentlich überhaupt keine einzige Fläche zur Verfügung stellen.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Nun kennen Sie mich hier im Rat aber auch als Pragmatiker. Sie kennen auch die Mehrheiten in diesem Rat und die Änderungsanträge, die heute vorliegen. Natürlich schätze ich, dass Teile der Verwaltung inständig darum bemüht waren, Flächen herauszunehmen und nach Umweltverträglichkeitsprüfungen davor zu warnen, diese zu bebauen. Ich schätze auch den Antrag von Grünen und CDU, noch weitere Flächen herauszunehmen. Denn wir machen diese Prüfungen ja nicht zum Spaß.

Herr Sterck, da muss ich Ihnen auch ein bisschen widersprechen. Wenn Sie eine ganz nüchterne CO₂-Bilanz aufstellen, haben Sie vielleicht recht damit, dass das Grundstück woanders genauso viele Ressourcen vernichtet wie in Köln. Aber es gibt ja noch andere Faktoren, die bei dieser Umweltprüfung eine Rolle spielen. Das sind beispielsweise Kaltluftentstehungszonen. Es bringt mir nichts, wenn die Kaltluft irgendwo anders weiterhin entstehen kann; denn ich brauche sie hier in Köln. Natürlich brauchen wir auch ganz normalen Umweltschutz und Naturschutz hier vor Ort. Da hilft es uns nichts, auf die Region zu verweisen

und zu sagen, dass die Leute dort ja auch Umwelt vernichten würden; denn wir müssen unsere Umwelt hier in Köln schützen.

Daher kann ich dem Änderungsantrag von Grünen und CDU zustimmen.

Ich habe aber auch selbst einen Änderungsantrag eingebracht und bitte dringend um Zustimmung. Christian Achtelik, du hast gerade gesagt, es sei jetzt zu früh, diesen Antrag zu stellen, weil wir das alles erst später eventuell einmal beschließen würden. Letztendlich geht es in diesem Antrag nur darum, der Regionalplanung mit auf den Weg zu geben, dass die Stadt Köln diese Flächen klimaneutral oder im besten Fall sogar klimapositiv entwickeln möchte. Ich will jetzt nicht in die Semantik einsteigen. Aber es ist wirklich ein Wunsch oder eine Bitte. Es ist in dem Sinne kein Beschluss. Wir wollen das mit auf den Weg geben. Sie können es als eine Art kleine Selbstverpflichtung verstehen. Sie können es aber auch als einen Hinweis an die Regionalplanung verstehen, dass wir in Zukunft darauf achten wollen, dass diese Flächen klimaneutral entwickelt werden. Wenn wir das mit dem Klimanotstand ernst meinen, spricht eigentlich nichts dagegen, diesem Antrag zuzustimmen. Insofern bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Herr Weisenstein hat eine Frage, glaube ich.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Ja. - Lieber Thor Zimmermann, ich lese deinen kleinen Änderungsantrag. Aber ich habe es nicht ganz durchdrungen. Was genau verstehst du unter „ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Klimaneutralität“? Schließt du damit eine Bebauung aus? Oder hebst du darauf ab, dass, wenn etwas entsteht, die Maßgabe ist, dass die Fläche klimaneutral bebaut werden kann?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Natürlich. Selbstverständlich.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Das wird in dem Antrag nicht ganz deutlich.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): „Ausschließlich“ bedeutet „ausschließlich“. Es geht natürlich darum - wir haben ja das Beispiel Kreuzfeld vor Augen -, dass wir unsere Flächen klimaneutral entwickeln sollten. Selbstverständlich kann man klimaneutral bauen. Wenn man in Beton baut, wie es bislang gemacht wurde oder wird, ist das nicht möglich. Das wird natürlich eine andere Bauweise sein. Aber darauf sollten wir uns doch bitte verständigen können. - Danke.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen dazu sehe ich nicht.

Ich würde gerne einmal mein Abstimmungsverhalten erläutern. Den Änderungsanträgen werde ich nicht zustimmen, da ich nur eine der von Grünen und CDU genannten weiteren Änderungen mittragen kann. Ich finde, dass hier wichtige Aspekte genannt worden sind - sowohl das klimaneutrale Bauen als auch der Unterausschuss, der über Regionalplanung entscheiden soll. Ich darf Ihnen sagen, dass wir uns in der Region Köln/Bonn als Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister auch versprochen haben, weil Wachstum eben kein demokratischer Prozess ist, dass wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass Flächen so weit wie möglich zur Verfügung stehen. Sie werden deswegen Verständnis dafür haben, dass ich heute für die Verwaltungsvorlage stimme, und zwar in der Variante 2.

Im Übrigen, lieber Herr Sterck, wünscht der Rat sonst ja immer eine Alternative. Hier gibt es jetzt eine echte Alternative. Was keine Alternative ist, wird von mir auch nicht als Alternative benannt. Eigentlich müssten Sie jetzt alle sehr zufrieden sein, weil Sie eine Alternative haben. Aber wie man es dann macht - -

Ich nehme das klimaneutrale Bauen also sehr gerne mit. Auch den Unterausschuss nehme ich sehr gerne mit, Herr Weisenstein. Das mag auch mit daran liegen, dass wir erst in Zukunft einen Stadtentwicklungsdezernenten haben werden, der ja auch für Regionales zuständig ist.

Nun kommen wir zu den Abstimmungen. Das wird jetzt ein bisschen kompliziert. Deswegen bitte ich Sie alle um Konzentration.

Ich werde Ihnen erst einmal vortragen, wie ich gedenke, abstimmen zu lassen. Ich werde als Erstes über den Änderungsantrag der SPD zum Thema Expertenanhörung, also den zweiten Änderungsantrag, abstimmen lassen. Dann werde ich über den Änderungsantrag der LINKEN, der FRAKTION und von Ratsmitglied Gabrysch abstimmen lassen. Danach werde ich den Änderungsantrag der SPD, der ein Ersetzungsantrag ist, zur Abstimmung stellen, dann den Änderungsantrag von GUT und dann den Änderungsantrag von Grünen und CDU. Und dann gucken wir einmal, ob danach die Vorlage in geänderter Fassung zur Abstimmung steht. So ist also jetzt der Fahrplan. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wären Sie bitte so nett, den Punkt 3 unseres Änderungsantrags separat zur Abstimmung zu stellen? Darin geht es darum, dass der Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit seine Arbeit aufnehmen soll. Das ist der Punkt 3 des Änderungsantrags von DIE LINKE, Die FRAKTION und KLIMA FREUNDE.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da könnte ich sogar mitstimmen. Aber „umgehend“ bedeutet im Verwaltungsdeutsch „innerhalb von zwei Stunden“. Das werden wir nicht schaffen. Deswegen kann ich da so nicht mitstimmen. Das werden Sie bitte auch verstehen. Ich nehme das gerne auf. Aber es wird so nicht klappen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wir wollen ja nichts Unmögliches. Dann streichen wir das „umgehend“ und schreiben „bald“ oder „sehr bald“.

(Zuruf: Zügig!)

- Zügig. Danke. Genau. Wir ersetzen „umgehend“ durch „zügig“.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Bitte schön, Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte nur darauf hinweisen, dass für diesen Tagesordnungspunkt - oder generell, aber generell für diesen Tagesordnungspunkt - Pairing

vereinbart wurde, sodass in Fraktionsstärken abgestimmt wird.

(Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß davon jetzt überhaupt nichts. - Wir zählen die Leute, die da sind. Einverstanden? Wir zählen sehr genau. Es wird auch zu einem eindeutigen Ergebnis kommen. - Wir machen eine kurze Sitzungsunterbrechung bis fünf vor neun. Seien Sie dann aber bitte pünktlich.

(Unterbrechung von
20.49 bis 20.53 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. Ich würde gerne zur Abstimmung kommen.

Zunächst lasse ich über den zweiten Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und DIE LINKE. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags der LINKEN abstimmen. Zustimmung? - Von der LINKEN, Frau Gabrysch und der FRAKTION. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann. Dann ist das abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Ziffer 3 in der mündlich geänderten Fassung, in der jetzt statt „umgehend“ „zügig“ steht. Zustimmung? - DIE LINKE, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die FDP stimmen zu. Mich selbst zähle ich mit; ja, klar. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Nun stimmen wir über den ersten Änderungsantrag der SPD - ich sage jetzt einmal: den großen Änderungsantrag - ab. Zustimmung? - Der SPD-Fraktion und der AfD. Enthaltungen? - Die FDP und Die FRAKTION enthalten sich. Abgelehnt.

Wer stimmt dem Änderungsantrag von GUT zu? - Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und DIE LINKE. Enthaltungen? - Es enthält sich Die

FRAKTION. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt komme ich zum Änderungsantrag von Grünen und CDU. Wie gesagt, kann ich einer darin genannten Fläche auch zustimmen. Ich mache jetzt aber nicht noch einen Änderungsantrag oder so, sondern gebe das dann zur Niederschrift.

(Ralph Sterck [FDP]: Frau Oberbürgermeisterin, welche Fläche ist das?)

- Das ist die Fläche - Moment; ich habe sie mir extra aufgeschrieben - 3-309-006.

(Zuruf)

- Ja, ich musste mir leider auch alle Ihre Flächen herausuchen. Das war auch umständlich. - Gegenstimmen? - DIE LINKE, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt und die AfD stimmen dagegen. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Herr Zimmermann. Dann ist dem zugestimmt. Damit ist dieser Antrag beschlossen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, die FDP, die AfD und Die FRAKTION.

Michael Hock (Die FRAKTION): Die FRAKTION nicht, Frau Reker, bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die FRAKTION nicht. Gut. Dann habe ich mich vielleicht verguckt. Okay. - Gibt es Enthaltungen? - Vier Enthaltungen, nämlich von der FRAKTION und Herrn Zimmermann. Dann ist dem zugestimmt. Damit ist die Vorlage so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Noch einmal: Enthalten haben sich Die FRAKTION und Herr Zimmermann - und die Oberbürgermeisterin.

Tagesordnungspunkt

10.33 Fußgängerpassage zwischen Schildergasse und Brüderstraße

4099/2021

Meine Damen und Herren, ich bitte um Wortmeldungen. - Es gibt keine Wortmeldungen.

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 10.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.34 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchester Köln | Wirtschaftsjahr 2022/23
1603/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Die Fragen sind alle beantwortet.

Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.35 Einrichtung einer Stabsstelle „Kulturraummanagement“ im Dezernat Kunst und Kultur
0556/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich Herrn Charles, noch einmal kurz zwei Sätze dazu zu sagen.

Beigeordneter Stefan Charles: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Kolleg*innen aus der Verwaltung! Kunst und Kultur sind ja ganz klar wichtige Standortfaktoren für die Attraktivität einer Stadt.

In der Vergangenheit gelang es unseren Künstler*innen oft, Räume in der Stadt sozusagen zu erobern - entweder Orte, die traditionell der Kunst zur Verfügung standen, oder aber Brachen und Nischen, die Künstler*innen durch ihre Flexibilität in Besitz nehmen konnten.

Doch in einer wachsenden Stadt entstehen zunehmend Flächenkonkurrenzen - wir haben es ja gerade gehört -, ob durch Wohnraumschaffung, durch Ausweisung von Flächen für gewerbliche Zwecke oder durch Umwidmung von Flächen in

Naherholungsräume. Die Kultur wird immer stärker von Verdrängungsprozessen bedroht, denen sie sich nicht mehr aus eigener Kraft entgegenstellen kann.

Eine Antwort auf diese Herausforderungen für Kulturschaffende soll die Einrichtung eines professionell agierenden Kulturraummanagements sein, so wie es im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung beschlossen wurde. Denn ohne Raum ist keine Kunst möglich. Es geht dabei in erster Linie um den Schutz und die langfristige Sicherung bereits existierender Kulturräume, aber auch um die Erschließung neuer Räume für Kunst und Kultur im Rahmen von Stadtentwicklungsprozessen.

Ausgehend vom Ratsbeschluss zur Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung aus dem Jahr 2018 hat die Verwaltung in den letzten Jahren dezernatsübergreifend ein detailliertes Arbeitsprogramm zu den Themen Kulturraumschutz und Kulturraumentwicklung entworfen.

Mit der im Dezernat Kunst und Kultur geplanten Stabsstelle Kulturraummanagement bekommt dieses Arbeitsprogramm nun die dringend notwendige Heimat innerhalb der Verwaltung, von wo aus sich die Wirkung in die Kunst- und Kulturszene entfalten kann.

Wichtig ist, dabei zu betonen, dass wir bewusst den Weg eines Reallabors gehen wollen, also mit einem Team, welches sich mit seinen Aufgaben kontinuierlich weiterentwickelt. Dies ermöglicht uns, Informationen zu sammeln sowie Bedarfe zu erkennen und perspektivisch im Dreiklang aus Szene und Politik sowie in dezernatsübergreifender Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung das bestmögliche Zukunftsszenario zu entwerfen. Zugleich lässt sich so aber auch schnell sichtbar der so dringend benötigte Output erzeugen, nämlich die Schaffung von neuen Räumen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der Oberbürgermeisterin, die diesen Entwicklungsprozess des Kulturraummanagements engagiert begleitet und unterstützt hat. Ich bin mir sicher, dass sie dies auch weiterhin tun wird.

Mein ganz besonderer Dank gilt aber auch Ihnen, den Mitgliedern des Rates und seiner Fachausschüsse. Sie haben diesen für den Kulturstandort Köln so wichtigen Beschluss zur Einführung eines

Kulturraummanagements angestoßen. Ihre aktive Prozessbegleitung und Ihre teils auch kritischen Anmerkungen waren es, die diese Beschlussvorlage maßgeblich mitgestaltet haben.

Ich freue mich über eine breite Zustimmung des Rates zu dieser wirklich richtungsweisenden Entscheidung. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt über den aktualisierten Beschlussvorschlag, Anlage 3, abstimmen.

Dass die Verwaltung die Beschlüsse des Rates umsetzt, sollte selbstverständlich sein. Aber die Aufgabenverteilung würde ich dann doch ganz gerne übernehmen. - Ich hoffe, dass ich das jetzt diplomatisch genug ausgedrückt habe.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer wünscht dagegenzustimmen? - Das ist die AfD. Wünscht auch jemand, sich zu enthalten? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.36 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln), Jahresabschluss 2021 1663/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.37 Erhöhung der Personalkostenzuschüsse an die freien Träger der Schulsozialarbeit an Grundschulen 2691/2021

Meine Damen und Herren, gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.38 Projektpartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Dnipro 2001/2022

Am Ende der Rednerliste würde ich dann gerne noch den Beschlussvorschlag etwas verdeutlichen. Aber ich rufe zunächst einmal Herrn Michalak auf, der dazu Stellung nimmt.

Mario Michalak (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen! Am 17. März 2022 haben alle demokratischen Einzelmandatsträger*innen und Fraktionen dieses Rates unsere Oberbürgermeisterin beauftragt, eine Projektpartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt vorzubereiten. Den jetzigen dramatischen Zeiten Rechnung tragend, haben wir nun heute schon die Beschlussvorlage für eine Projektpartnerschaft mit Dnipro vorliegen. Liebe Verwaltung, vielen Dank für diese zügige Bearbeitung.

Dnipro, eine Stadt in der Zentralukraine mit circa 1 Million Einwohner*innen, Dnipro, ein wichtiges Drehkreuz in dieser Zeit des Angriffskrieges auf die Ukraine, Dnipro mit sehr dringenden, jetzt schon definierten Bedarfen an bereitzustellenden Hilfsgütern: Wir Grünen finden, dass dies eine gute Vorlage ist. Unsere Fraktion wird diesem Beschluss gerne zustimmen.

Damit senden wir von Köln aus ein Signal. Wir senden ein Signal nach Deutschland, nach Europa und meinetwegen in die ganze Welt. Aber vor allen Dingen senden wir ein Signal in die Ukraine. Wir wünschen uns und hoffen auf eine vertrauensvolle und produktive Zusammenarbeit mit Dnipro. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, jeder von uns kann sich noch genau daran erinnern, wann und wo er oder sie von dem kriegerischen Überfall auf die Ukraine erfahren hat, wann ihm oder ihr am 24. Februar klar wurde, dass es wieder Krieg in Europa gibt. Ich denke,

jeder von uns wird diese schlimme Nachricht zunächst mit Unglauben und vielleicht sogar mit Schock zur Kenntnis genommen haben.

Dann wird aber sehr schnell in jedem von uns der Wunsch gewachsen sein, nicht nur tatenlos zuzuschauen, sondern irgendetwas zu unternehmen - etwa durch die Teilnahme an den zahlreichen Solidaritätsbekundungen, wie zum Beispiel in Köln am Rosenmontag geschehen, wo sich Hunderttausende für den Frieden in der Ukraine versammelt haben, oder mit Spenden oder mit echter karitativer Hilfe, mit Hilfsmaßnahmen für Millionen ukrainische Flüchtlinge, aber auch mit Hilfen für die Menschen vor Ort in der Ukraine.

Nun wollen und können wir als Rat der Stadt Köln hier keine Außenpolitik machen. Wir wollen und können uns als Rat der Stadt Köln nicht in die Angelegenheiten der Verteidigung ukrainischer Städte gegen russische Aggressoren einmischen. Aber wir können hier in Köln nach dem großartigen Signal von Rosenmontag selbstverständlich weitere Zeichen der Solidarität mit der Ukraine setzen.

Deswegen ist die CDU-Fraktion sehr dankbar, liebe Frau Oberbürgermeisterin, dass es nach dem Grundsatzbeschluss dieses Rates vom 17. März Ihnen und der Verwaltung sehr schnell gelungen ist, die Vorlage über die Projektpartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Dnipro zur Beschlussfassung in die heutige Ratssitzung einzubringen. Auch dann, wenn es noch keine Städtepartnerschaft im eigentlichen Sinne ist, die wir heute beschließen, sondern die Ebene der Zusammenarbeit die besagte Projektpartnerschaft ist, können wir doch alles das leisten, was wir jetzt in diesen Tagen unbedingt leisten müssen. Außerdem kann sich aus dieser zeitlich begrenzten Zusammenarbeit am Ende ja durchaus auch eine Städtepartnerschaft entwickeln.

Insbesondere, weil Dnipro eines der großen Drehkreuze für die zahllosen Binnenflüchtlinge ist und diese schlimme Situation diese Stadt wie viele vergleichbare Städte völlig überfordert, können wir nun mit gezielten Maßnahmen sehr schnell helfen und unterstützen. Aktuell geht es in Dnipro zum Beispiel unter anderem um fehlende Lebensmittel, um dringend benötigten Feuerwehrbedarf oder um fehlende Medikamente und Tierfutter.

Die Stadt Köln kann nun auf der Basis unseres heutigen Beschlusses dazu beitragen, die Not der Menschen in Dnipro zu lindern.

Die 25 000 Euro initiales Projektbudget erscheinen angesichts der großen Herausforderungen natürlich sehr wenig. Allerdings soll die Projektpartnerschaft ja deutlich über eine Unterstützung aus rein städtischen Dienststellen hinaus wirksam werden. Lokale Hilfsorganisationen wie das phänomenale Blau-Gelbe Kreuz, unser Stadtwerke-Konzern und viele andere Akteure, auch bundespolitische wie die SKEW, sollen für ein gemeinsames Engagement für Dnipro geworben werden.

Ich gehe davon aus, dass eine erfolgreiche Kooperation mit den Menschen von Dnipro auf Basis der Projektpartnerschaften über die Lieferung von Hilfeleistungen hinaus Strukturen schaffen wird, die weit über eine projektbezogene und temporäre Zusammenarbeit hinausgehen.

Wir wollen hoffen, dass es bald wieder Frieden in Europa gibt und dass die Menschen in Köln und Dnipro dadurch die Chance erhalten, über eine Vertiefung ihrer Partnerschaft nachzudenken - und über alles das, was sonst üblicherweise mit einer solchen Idee der Völkerverständigung zusammenhängt, zum Beispiel einen regelmäßigen Schüleraustausch, gemeinsame kulturelle Veranstaltungen oder ein Zusammentreffen von Sportvereinen oder anderen Gesellschaften, eben einen friedlichen Austausch zwischen den Menschen aus zwei Städten zweier Länder in einem friedlichen Europa.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Beschluss ist sehr viel mehr als nur ein Symbol. Ich glaube, die Stadt Köln hat - wir alle zusammen: die Bürgerinnen und Bürger, der Rat der Stadt Köln und auch die Verwaltung - schon zu Anbeginn gezeigt, dass sie mit der Ukraine solidarisch ist. Das tun wir natürlich auch mit unserem Schritt, den wir auf diesem langen Pfad gemacht haben, zur direkten kommunalen Unterstützung.

Wir erinnern uns - Herr Elster hat es ja gesagt - an die erste große Aktion in der Stadt, nämlich am Rosenmontag, als Hunderttausende auf den Beinen waren, um die Unterstützung zu zeigen. Der Karneval hat dort mitgezogen.

Wir haben noch sehr viel mehr getan. Wir haben Unterstützungsorganisationen. Ich erinnere nicht nur an das Blau-Gelbe Kreuz, sondern auch an viele kleine Organisationen, die da aktiv sind. Die Arbeit aller Organisationen richtet sich immer auf die Städte. Man kennt jemanden in den Städten, unterstützt in den Städten und organisiert die Hilfslieferungen in die Städte hinein.

Ich darf auch an unsere gemeinsame Aktion erinnern, bei der wir vonseiten der Stadt Köln in Partnerschaft mit CologneAlliance Spenden gesammelt haben, um unsere Partnerstädte zu unterstützen, die in direkter Nachbarschaft liegen, nämlich Kattowitz auf der einen Seite und Cluj-Napoca oder Klausenburg in Rumänien auf der anderen Seite. Alles das sind Dinge, die wir kontinuierlich machen.

Dies mündet jetzt - wie Kollege Elster sagte, hoffen wir natürlich immer, dass es irgendwann zu einem Waffenstillstand und Frieden kommt - in diese Projektpartnerschaft. Ich nenne sie lieber Solidaritätspartnerschaft, weil ich das etwas sympathischer finde; aber sei es drum. Im Rahmen dieser Partnerschaft soll nun Dnipro - ich weiß immer noch nicht genau, wie man es ausspricht - unterstützt werden.

Wir können das gut. In friedlichen Zeiten haben wir das mit sehr vielen Städten gemacht. Zum einen ist der kommunale Austausch überhaupt nicht zu unterschätzen, was den Aufbau angeht, nämlich beispielsweise die Verwendung von technischem Gerät wie Feuerwehrgeschütz, die Unterstützung mit Material oder die Unterstützung von Kliniken mit fachlichem Know-how. Das kennen wir aus unserer Städtepartnerschaftsarbeit allzu gut. Dies wollen wir jetzt auch dort tun. Zum anderen hoffen wir natürlich, dass wir das Ganze so weit festigen können, dass wir in Friedenszeiten auch einen richtigen Austausch mit dieser Projektpartnerstadt Dnipro umsetzen können.

Frau Oberbürgermeisterin wird gleich noch einige Dinge zur Beschlussvorlage bzw. zum Beschlusstext sagen. Ich glaube, dass wir uns im

Ziel alle einig sind. Wir werden als Kommune natürlich humanitär in allen Facetten, die dort möglich sind, helfen. Das können wir auch.

Ich freue mich, dass wir dieses Signal jetzt in die Ukraine senden können - als einen weiteren Punkt der vielen Hilfsmaßnahmen, die sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Politik auf den Weg bringen; auch die Verwaltung tut das mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dafür natürlich extra Zeit aufwenden. Es ist gut, dass wir das jetzt auch in diesem Beschluss gemeinsam tun können.

Ich freue mich darauf und hoffe natürlich, dass wir diese Partnerschaft dann auch in friedlichen Zeiten aktiv weiter fortsetzen können. - Vielen Dank und auf gutes Gelingen.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Sehr gerne haben wir mit allen demokratischen Kräften im Rat am 17. März die Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt beschlossen.

Wir sind sehr angetan und ein wenig stolz, dass diese wichtige ukrainische Stadt mit Köln eine Partnerschaft eingehen will. Danke an Frau Generalkonsulin Shum für ihre Unterstützung, und Danke an die Stadtverwaltung von Dnipro, dass sie das Vertrauen hat, mit uns eine Partnerschaft einzugehen. Man sollte auch einmal betonen, dass es ja auch ein umgekehrtes Verhältnis ist.

Unsere Fraktion DIE LINKE betrachtet diese Partnerschaft nicht nur als ein Zeichen gegen den Krieg. Nein, das ist uns zu wenig. Wir brauchen eine Antikriegsstrategie, die zu einem Frieden führt. Dazu ist diese Partnerschaft mit Dnipro ein Mosaiksteinchen von vielen.

Der Kölner Rat ist nicht für die territoriale Verteidigung zuständig, wie es etwas irrtümlich in der Begründung der Beschlussvorlage heißt. Wir sollten uns auf humanitäre Hilfsmaßnahmen konzentrieren. Dazu zähle ich keine Drohnen. Da es in dem Punkt 2 heißt, dass das geprüft werden soll, gehe ich davon aus, dass die Verwaltung so etwas nicht

machen wird und keine leichten Waffen an die Stadt Dnipro liefern wird.

Die Kölner Delegierten bei der Vollversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion, Bürgermeisterin Brigitta von Bülow, Bürgermeister Ralf Heinen, Bürgermeister Andreas Wolter, Dirk Michel und ich, haben am 25. März, kurz nach dem Kriegsbeginn, die Resolution gegen den Ukraine-Krieg unterstützt, die folgende Aussage beinhaltet - Zitat -:

Wir stehen an der Seite der ukrainischen Kommunen. Wir wollen das Netz von deutsch-ukrainischen Kommunalpartnerschaften stärken. Daher rufen wir deutsche Kommunen auf, für die Zukunft Partnerschaften mit ukrainischen Kommunen zu erwägen.

In dieser Resolution heißt es einen Absatz später:

Wir appellieren an die russischen Kommunen, sich mit uns gemeinsam für den Frieden einzusetzen. Wir nutzen im Rahmen unserer Partnerschaften die Kontakte mit der russischen Zivilgesellschaft für einen kritischen Dialog.

Diese beiden Aussagen sind für uns, DIE LINKE, elementar. Das ist ein kleiner Bestandteil einer Antikriegsstrategie in Europa.

Wie hat es Jürgen Habermas in seinem wichtigen Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* Anfang Mai formuliert? Zitat:

... dass die Ukraine den Krieg nicht verlieren darf.

Ich würde mir wünschen, dass meine persönliche Vision Wahrheit wird und wir zu einem solchen Zeitpunkt, den Herr Habermas beschrieben hat, die Oberbürgermeister von Dnipro und Wolgograd zu einem Dialog der drei Städte Köln, Dnipro und Wolgograd einladen. - Ich bedanke mich für Ihr Interesse.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich Herrn Zimmermann auf meiner Rednerliste stehen.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Entschuldigung. Zuerst ist Frau Hoyer an der Reihe. - Aber Frau Hoyer spricht dann nach Ihnen. Sie ist so großzügig und lässt Sie weitermachen. Okay.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Danke schön. Ich wollte mich nicht vordrängeln. Ich bin nur aufgerufen worden. - Ich begrüße diese Projektpartnerschaft natürlich ausdrücklich. Dnipro scheint ja auch eine Stadt zu sein, die gut zu Köln passt, was die Größe angeht und was die komplexen Aufgaben angeht. Es wurde ja schon erwähnt, dass es darum geht, die Geflüchteten unterzubringen, zu versorgen etc. Alles das sind Sachen, bei denen Köln sicherlich sehr gut helfen kann.

Sie haben schon angekündigt, dass Sie die Beschlussvorlage erläutern wollen. Herr Detjen hat es gerade auch angesprochen. Ich will jetzt nicht in außenpolitische Debatten einsteigen. Aber ich bin natürlich auch über die Formulierung „finanzielle Unterstützung für die territoriale Verteidigung“ gestolpert. Dass das der Wunsch der Stadt Dnipro ist, kann ich natürlich vollkommen verstehen. Das ist ein legitimer Wunsch. In der Beschlussbegründung werden dann - Herr Detjen hat schon darauf hingewiesen - Drohnen, aber auch Nachtsichtgeräte und Wärmebildkameras erwähnt.

Sosehr ich diesen Wunsch der Stadt Dnipro verstehen kann, würde ich auch sagen: Da zu helfen, ist nicht unsere Aufgabe, sondern die Aufgabe der Bundesregierung.

Deswegen möchte ich bitte wissen - abgesehen von Ihrer angekündigten Erläuterung -, ob das auch aus dem Beschlusstext gestrichen wird. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es relativ kurz. Aber dieser Beschluss ver-

dient es auch, dass man sich hier an das Rednerpult begibt, finde ich; denn was wir heute hier beschließen, ist etwas so Besonderes, dass das damit auch irgendwie zum Ausdruck kommen muss.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Zuerst einmal möchte ich mich recht herzlich bedanken: bei der Verwaltung; bei Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, persönlich; bei der Generalkonsulin; bei allen Institutionen, die an der Umsetzung unseres Beschlusses vom März beteiligt gewesen sind. Das ist sehr schnell gegangen, und es ist sehr erfolgreich, dass wir das heute schon beschließen können.

Ich halte es auch für ganz wichtig, immer wieder Zeichen zu setzen, dass wir mit der Ukraine solidarisch sind und sie nicht vergessen. Denn je länger dieser Krieg dauert, umso größer ist die Gefahr, dass man die Menschen dort vergisst. Deswegen müssen wir immer wieder Zeichen setzen und immer wieder Unterstützung leisten. Denn dieser Krieg ist etwas, was man wirklich nur als unmenschlich bezeichnen kann.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Ich finde es besonders bemerkenswert, dass wir diesen Beschluss am heutigen Tage fällen, weil wir heute - der eine oder andere mag es wissen - den Weltflüchtlingstag haben. Gerade haben wir vom Kollegen Elster gehört, dass die Stadt Dnipro so wichtig ist, was das Thema Binnenflüchtlinge betrifft. Dass wir hier an diesem Tag Unterstützung leisten und sagen: „Ja, wir als Stadt Köln haben bei der Unterstützung der Geflüchteten eine gute Geschichte“, zeigen wir auch mit dem heutigen Beschluss.

Ich bin über die 25 000 Euro gestolpert, weil sie eigentlich relativ wenig und nur ein kleines Zeichen sind. Aber in der Vorlage steht ja, dass es die erste Anbahnungsphase ist. Deswegen hoffe ich wirklich, dass wir da mehr Geld investieren. Denn eine solche Unterstützung kostet nun einmal Geld. Da müssen wir uns auch ganz ehrlich machen. Das ist absolut nachvollziehbar.

Auch der von anderen angesprochene Aspekt, dass wir das Thema Zivilgesellschaft stark in den Fokus nehmen müssen, ist etwas ganz Wichtiges. Die Zivilgesellschaft in Köln hat gleich am Anfang des Krieges Enormes geleistet. Wir als Politik und

als Verwaltung sind dann erst hinterhergekommen, würde ich sagen. Deswegen ist es gut, dass wir jetzt langfristig auf eine Partnerschaft mit der ukrainischen Stadt hinarbeiten und dabei die Zivilgesellschaft mit einbeziehen.

Abschließend möchte ich gerne noch kurz etwas zu dem sagen, was Herr Detjen und Herr Zimmermann gerade angesprochen haben. Das ist mir auch aufgefallen. Herr Detjen, Sie haben so schön gesagt, dass diese Stadt uns Vertrauen entgegenbringt. Das ist auch wichtig. Meines Erachtens müssen wir dann auch ernst nehmen, was diese Stadt sich wünscht. Diese Stadt wünscht sich Sachen unter dem Stichpunkt „territoriale Verteidigung“, was im ersten Moment ja wirklich vielleicht etwas waffenaffin klingt. Ich bin nicht in der Situation, in der diese Stadt ist; aber ich versuche sie mir vorzustellen. Dass man in dieser Stadt, die angegriffen wird, aus der Menschen fliehen müssen und in der Menschen um ihr Leben bangen, ein Nachtsichtgerät haben will, kann ich verstehen.

Ich finde es auch absolut in Ordnung, dass das in dieser Vorlage steht. Sie werden das ja sehr wahrscheinlich erläutern, Frau Oberbürgermeisterin. Aber von meiner Fraktion kann ich Ihnen schon jetzt sagen: Wir können damit nicht nur sehr gut leben, sondern unterstützen es sogar. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lassen Sie mich nur kurz Folgendes erläutern: Mich haben in den letzten Tagen wieder Rückfragen zu unserer Städtepartnerschaft mit Wolgograd erreicht. Ich möchte noch einmal klarstellen, dass wir die Städtepartnerschaft, anders als es in der Presse zu lesen war, nicht aufgekündigt haben.

(Beifall)

Wir lassen sie allerdings aufgrund der aktuellen Lage ruhen, setzen aber das bürgerschaftliche Engagement fort, insbesondere das Programm zur Unterstützung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Wolgograd, das wir im Jahr 2000 gestartet haben.

(Beifall)

Die Verwaltung ist und ich selbst bin auch in guten Gesprächen mit dem Städtepartnerschaftsverein. Es gibt auch bereits Planungen, was wir nach Kriegsende machen wollen. Wir haben ja die Hoffnung, dass das dann irgendwann wieder möglich ist.

Jetzt die Erläuterung zur Vorlage zur Projektpartnerschaft: Ja, wir haben die Wünsche der zukünftigen Projektpartnerin, vielleicht auch einmal Städtepartnerin, aufgegriffen.

Der Beschlusspunkt 2 der Vorlage zu Dnipro bedeutet nicht, dass wir Hilfsgüter für die territoriale Verteidigung oder finanzielle Mittel dafür in die Ukraine schicken, sondern, dass es von uns geprüft wird. Das steht auch so darin.

Noch einmal zur Klarstellung: Zur territorialen Verteidigung werden wir keine Hilfsgüter schicken - wir haben auch keine Waffen, die wir bunkern und in die Projektpartnerstadt schicken würden; natürlich nicht -, aber Dinge zum Katastrophenschutz - siehe Nachtsichtgerät - vielleicht schon.

Ich schlage vor, die Formulierung im Beschlussvorschlag entsprechend zu ersetzen, damit darüber Klarheit herrscht, also „Katastrophenschutz“ statt „territoriale Verteidigung“ zu schreiben, damit keine Missverständnisse aufkommen können.

(Beifall)

Dann würde ich gerne darüber abstimmen lassen, damit ich der Generalkonsulin dann direkt eine SMS schreiben kann.

Der Betrag von 25 000 Euro hört sich tatsächlich nicht so viel an; das ist richtig. Das sind unsere eigenen Mittel. Wir sind aber im guten Gespräch mit der RheinEnergie. Dieter Steinkamp hat mir zugesagt, dass jedenfalls in einem ersten Schritt 25 000 Euro aus den von der RheinEnergie beschlossenen Spendenmitteln auch zur Verfügung stehen.

(Beifall)

Das heißt, dass wir morgen sofort anfangen können. Wir haben die Liste im Grunde schon abgearbeitet, und die Pakete sind bereits gepackt.

Ich bitte jetzt um Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen, vielen Dank.

(Beifall)

Dann komme ich zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65450/05

Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 0931/2022

Als Erstem gebe ich Herrn Schwanitz das Wort.

Hans Schwanitz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Dass wir von den vielen, vielen B-Plänen, die wir im Stadtentwicklungsausschuss haben, gerade diesen hier etwas intensiver betrachten, auch auf dieser großen Bühne, freut mich besonders. Denn ich bin vor 22 Jahren aus dem schönen Belgien in die schöne Kölner Innenstadt gezogen, und alleine daher halte ich es für gerechtfertigt, dass wir das Belgische Viertel einmal ein wenig intensiver betrachten. Es ist aber auch ein besonders großer und fachlich ganz besonderer B-Plan.

Ich gehe noch einmal in die Genese. 2016 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, dieses Viertel baurechtlich zu beplanen - nach damaligen Aufzeichnungen insbesondere auch zur Stärkung der Wohnnutzung und zum Zurückdrängen diverser ordnungsrechtlicher Fehlentwicklungen.

Wir haben aber bereits kurz danach in der Diskussion in der Stadtgesellschaft gesehen, dass man bei dem ersten Ansatz damals nicht in hinreichendem Ausmaß den kulturellen Reichtum und die Einzigartigkeit des Veedels in mehreren Punkten berücksichtigt hatte. Köln hat viele, viele reine Wohnviertel. Mit dem Belgischen Viertel haben wir aber auch einen Leuchtturm. Es ist eines der Viertel in unserer Millionenstadt, in denen neben der Wohnnutzung auch eine gesamtgesellschaftlich und gesamtstädtisch zu definierende kulturelle Funktion für die Stadt als Metropole vorhan-

den ist. Das ist etwas, was zuerst nicht stark genug berücksichtigt wurde, was aber in der Diskussion dann mehr und mehr evident wurde. Es gibt hier Orte und Etablissements, für die junge Menschen - nicht nur aus Deutschland, sondern aus der ganzen Welt - zu uns ziehen. Darauf sind wir auch stolz. Einer dieser Menschen steht vor Ihnen.

Der Rat und der Fachausschuss haben deshalb schon vor einigen Jahren beschlossen, Änderungen in den ersten Entwurf des Bebauungsplans einzuarbeiten, um die Regeln für den Bereich dieser kulturellen Nutzung nachzuschärfen und zu korrigieren und damit zu einer befriedigenden B-Planung des Viertels beizutragen. Denn es ist ja offensichtlich: Wo so viele Nutzungswünsche aufeinandertreffen, gibt es immer auch Nutzungskonflikte. Es gibt Lärm. Es gibt Unordnung.

Solche Probleme, die überwiegend eigentlich ordnungsrechtlich sind, durch das Planungsrecht mit zu lösen, ist kein grundsätzlich falscher Ansatz, aber fachlich gesehen immer herausfordernd, weil es eigentlich nur dann funktioniert, wenn man bereit ist, die einmal gewachsene Struktur eines Viertels grundsätzlich zu verändern. Dazu sind wir bei diesem Viertel nicht bereit. Das wollen auch die Menschen in Köln gesamtstädtisch nicht. Wie wir aus der Umfrage des Bezirksbürgermeisters wissen, wollen es eigentlich auch die Leute, die in diesem Viertel wohnen, nicht.

Aber natürlich hören wir auch die Konflikte vor Ort, die Sorgen, die vorhanden sind, und auch die Sorgen der Bezirksvertretung, die sich ja nun mehrfach anders als der Rat positioniert hat. Befürchtet wurde unter anderem, dass beim Auslaufen der Veränderungssperre die Fehlentwicklungen aller Art sofort aus dem Boden springen würden und wir gar nicht die Kontrolle darüber bekommen könnten.

Durch die zwischenzeitlichen Verzögerungen wissen wir, dass diese Sorge nicht mehr gegeben ist. Die Veränderungssperre ist ausgelaufen, und es ist nicht so, dass sofort das Viertel von allerlei Investoren oder Ähnlichen übernommen wurde. Das heißt, dass wir diese Sorge ad acta legen können. Natürlich müssen wir für die Zukunft weiter gut darauf achten, ob es noch zu solchen Fehlentwicklungen kommt. Da vertrauen wir auf die Verwaltung. Es ist aber nicht so, dass wir jetzt sofort bauplanungsrechtlich handeln müssten.

Nachdem wir den Auftrag gegeben hatten, den ursprünglichen Ratsantrag zu überarbeiten, hat die Verwaltung nun festgestellt, dass man bei der Umsetzung der Änderungswünsche des Rates das eigentliche Planungsziel überarbeiten müsste. Daher schlägt die Verwaltung neben der Ursprungsversion als Alternative die momentane Zurückstellung des Planes und die potenzielle Überarbeitung der Planungsziele vor.

In dieser sehr schwierigen Gemengelage vor Ort und in der Fachdiskussion im Ausschuss hat sich nach intensiver Diskussion und in der Verantwortung für die Gesamtstadt der Fachausschuss mit elf zu zwei Stimmen für diese Alternative entschieden, also mit 85 Prozent. Für diese eindeutige Aussage möchte ich den Kolleg*innen im Fachausschuss einmal danken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diesem Votum wird meine Fraktion auch hier folgen - in der Überzeugung, dass es das Beste für die Stadt Köln als Gesamtstadt und auch als Weltstadt ist. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank auch für das „Weltstadt“, Herr Schwanitz.

(Heiterkeit)

Das tut mir immer so gut. - Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur „Weltstadt“ fällt mir nur ein, dass Köln trotzdem in Teilen dörflich bleibt, insbesondere in seinen beliebten Quartieren und Vierteln.

(Heiterkeit)

Kolleginnen und Kollegen, ich habe - ich weiß gar nicht mehr genau, wann das war - vor anderthalb Jahren bei der Debatte um den Änderungsantrag, den damals Grüne, CDU und Volt eingebracht hatten, gesagt, dass die Erwartungen, die mit der Erstellung des B-Plans oder auch den mitgegebenen Zielen verbunden waren, eigentlich gar nicht erfüllt werden können, weil sich damit seitens der

Wohnbevölkerung berechtigterweise die Erwartungen verknüpft haben, dass es dann, wenn wir das so beschließen würden, ruhiger wird, dass es sauberer wird und dass die Konflikte gelöst werden. Diese Erwartungen kann, muss man ehrlicherweise sagen, dieser Bebauungsplan, wenn er denn beschlossen werden würde, gar nicht erfüllen. Das war vielleicht auch von Anfang an die Fehlanlage dieses Weges, den man zu gehen versucht hat - in der Tat auch vor dem Hintergrund eines Urteils, das da gesprochen wurde.

Die Situation hat Hans Schwanitz in seiner Beschreibung schon gut umrissen. Es ist ein Biotop, das sich dort im Belgischen Viertel entwickelt hat - Stichwort „Quirligkeit“. Dort spielt sich eine gegenseitige Befruchtung von Gewerbe, Gastronomie und Kultur ab. Es herrschen Lebendigkeit und Vielfalt. Als Impuls für die Gesamtstadt ist das sicherlich ein wichtiges Quartier.

Aber ich sage einmal so: Wir haben das auch in der Fraktion noch einmal diskutiert und werden in der Abwägung letztendlich - so haben wir es ja auch im Ausschuss entschieden - den B-Plan, wie die Presse schon schreibt, auf Eis legen.

Allerdings gibt es durchaus eine Erwartungshaltung. Diese möchte ich auch formulieren und mit auf den Weg geben. Es gibt die Erwartung an die Verwaltung, an das Ordnungsamt. Es gibt aber in der Tat auch die Erwartung an mögliche Ordnungspartnerschaften im Wege einer Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt. Außerdem gibt es die Erwartung bezüglich derer, die sich aufseiten der Gewerbetreibenden, aufseiten der Gastronomie gegen den B-Plan eingesetzt haben, dann aber jetzt auch zu liefern.

Man sollte also vielleicht ein Format entwickeln - einen runden Tisch oder andere Formate -, in dessen Rahmen man tatsächlich noch einmal schaut, ob das jetzt der Punkt ist, an dem wir hier zusammenkommen und auch im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner einen Kompromiss schaffen oder Wege finden, wie wir die Punkte angehen, die uns ja alle stören - trotz Quirligkeit, trotz Lebendigkeit, trotz Bier auf der Straße. Natürlich muss man dann auch noch einmal die Situation des Bierverkaufs nach 22 Uhr oder 23 Uhr beleuchten. Insofern war der Diskussionsbeitrag der Stadtdirektorin durchaus wichtig, finde ich. Aktuell fehlt uns da aber noch die Landesgesetzgebung. Wenn wir im Weiteren aufhören würden, über diese Punkte oder das, was da an Kommunikation

entstanden ist, zu reden, würde ich das für einen Fehler halten.

Was wir nicht wollen, ist, dass es eine zweite Zülpicher Straße wird. Wir haben ja verschiedene Problembereiche in der Innenstadt. Wir wollen dort keine zweite Zülpicher Straße. Deswegen gilt tatsächlich der Appell an viele Akteurinnen und Akteure vor Ort, zueinander zu finden und das, was in den letzten anderthalb Jahren - insbesondere jetzt noch einmal in der Diskussion, aber auch vor anderthalb Jahren - an uns herangetragen wurde, auch an gutem Willen, in die Tat umzusetzen und nach Wegen zu suchen, wie sich dort tatsächlich auch alle wohlfühlen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Frau Recktenwald.

Viola Recktenwald (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat ja von Anfang an den B-Plan nicht als das richtige Instrument angesehen, den öffentlichen Raum am Brüsseler Platz zu organisieren. Wir treten weiter für eine organisatorische Lösung, nämlich ordnungspolitischer bzw. ordnungsbehördlicher Art, ein.

Über den ursprünglichen Entwurf des B-Plans durch die Verwaltung war die SPD im intensiven Austausch mit den verschiedenen Interessengruppen. Mit Anwohner*innen, Gewerbetreibenden, Gastronom*innen und ehrenamtlichen Akteur*innen haben wir gesprochen. Daraus hat sich dann unsere Forderung einer Überarbeitung des Ursprungsentwurfs ergeben.

Daher halten wir es schon für eine Missachtung dieser gesellschaftlichen Teile der Stadt und des Belgischen Viertels, wenn dann dieser Auftrag zur Überarbeitung nicht wirklich erfüllt wird.

Wir wissen doch alle, dass es die Problemlage am Brüsseler Platz nicht erst seit sechs Jahren, sondern schon seit über 20 Jahren gibt. Denn der Platz ist einfach sehr attraktiv. Er hat Infrastruktur und bietet Einkaufsmöglichkeiten, Klubs und noch vieles andere. Aus diesem Grund sind ja auch

viele dorthin gezogen und zieht es auch weiterhin viele Besucher*innen dorthin.

Der Brüsseler Platz ist auch noch mehr als das. Denn er ist ja auch das Abbild der gesamtstädtischen Entwicklung, dass es Menschen nach draußen zieht und man sich zunehmend draußen treffen will.

Beispielhaft wird das Belgische Viertel zu Recht von KölnTourismus beworben, und Reiseführer weisen sogar ausdrücklich auf den Brüsseler Platz hin.

Wie gesagt, finden gerade die jungen Kölner*innen den Platz toll. Das sollen sie auch künftig tun dürfen. Wir, der Kölner Rat, müssen für Menschen draußen Angebote schaffen, um der angesprochenen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gerecht zu werden.

Das Problem ist nicht die Gastronomie, sondern insbesondere das Spannungsfeld zwischen der Erwartungshaltung unserer Bevölkerung, die sich abends unter freiem Himmel aufhalten will, und den Interessen derer, die sich dadurch - teilweise berechtigt, aber teilweise auch unberechtigt - gestört fühlen.

Das bisherige Planverfahren zum Belgischen Viertel wird dieser Aufgabe und Forderung nicht gerecht. Daher treffen wir heute die richtige Entscheidung, es nicht fortzuführen. Köln muss sich zu seiner Kulturszene und seiner Gastronomie bekennen. Das sollte unser zukünftiger Weg sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss wie folgt anfangen: Ich bin sehr enttäuscht über die Entwicklung, und ich bin sehr enttäuscht über die Mehrheit, die sich hier leider abzeichnet, nämlich gleich zu beschließen, die Anstrengungen aufzugeben, für das Belgische Viertel einen Bebauungsplan aufzustellen.

Ich kann auch sagen, warum ich darüber so enttäuscht bin. Mich enttäuscht ein bisschen, dass

ein Weg irgendwann - - Man hat sich in der Politik darauf verständigt, dass man für das Belgische Viertel einen Weg geht, bei dem ein Baustein der Bebauungsplan ist. Jeder von uns, der sich damit beschäftigt, ist sich völlig darüber im Klaren, dass ein Bebauungsplan die Problematik im Belgischen Viertel nicht alleine bewältigen kann. Da braucht es einen ganzen Strauß. Aber es wäre wichtig, dass in jeder Sparte der Stadtverwaltung ein Beitrag dazu geleistet wird, dass das Belgische Viertel ein lebendiges Viertel bleibt.

Jetzt sagen die heutigen Gegner des Bebauungsplans alle: Wir müssen da die Freiheit bestehen lassen; dann wird das ein lebendiges Viertel. - Pustekuchen! Es wird ein monotones Viertel werden. Denn wenn wir diesen Bebauungsplan nicht beschließen, werden sich die Gewerbe außerhalb von Gastronomie und Kiosk oder Diskothek, die sich momentan dort befinden, nicht halten können. Das ist doch völlig klar. In diesem Gebiet rentieren sich natürlich ein Klub, ein Kiosk und eine Kneipe gut.

Wenn wir aber doch ein gemischtes Viertel haben wollen, müssen wir sicherstellen, dass auch andere Gewerbe dort noch eine Chance haben - ein Friseursalon, eine Schneiderei, weiß der Kuckuck was alles. Das macht doch ein lebendiges Viertel aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Schwanitz, jeder Mensch weiß, dass es natürlich nicht so ist, dass wir heute einen Bebauungsplan beschließen und dann morgen dort eine völlig veränderte Situation haben. Das ist doch völlig klar. Ein B-Plan ist immer ein langfristiges Instrument. Wenn wir heute einen B-Plan für das Belgische Viertel beschließen, dann wollen wir doch eine langfristig ausgleichende Wirkung für dieses Belgische Viertel erreichen. Die Früchte würden wir in vier oder fünf Jahren ernten und dann sehen: Da ist ein bisschen Beruhigung eingetreten, und die Gastronomie kann sich nicht weiter ausdehnen.

Was Sie heute machen, ist exakt das Gegenteil davon, dafür zu kämpfen, dass wir ein ausgeglichenes und lebenswertes Viertel für alle haben. Sie leisten hier der Monotonisierung Vorschub. Wir werden in zehn Jahren - der Kollege Kienitz hat ja gesagt, dass er das nicht will; aber er tut jetzt etwas dafür, dass es so kommt - die gleiche Situation im Belgischen Viertel haben, wie wir sie

heute auf der Zülpicher Straße haben. Und das will kein Mensch.

Wir haben nun einmal das Glück, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in unserer Innenstadt immer noch ein paar Leute wohnen haben. Das ist in anderen Städten teilweise anders. Es macht Köln ja ein Stück weit aus, dass wir in der Innenstadt noch über 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner haben. Auch denen müssen wir irgendwo gerecht werden.

Es geht nicht darum, dort abends um 20 Uhr die Bürgersteige hochzuklappen. Darum geht es überhaupt nicht. Aber es muss natürlich auch mit Augenmaß herangegangen werden, damit das Belgische Viertel einerseits ein attraktives Viertel bleibt und man andererseits dort auch wohnen kann. Es geht nicht nur um Leute, die feiern wollen, sondern es müssen nach unserer Auffassung auch alte Leute und Familien mit Kindern im Belgischen Viertel und ansonsten in der Innenstadt leben können.

Der B-Plan kann dazu einen Beitrag leisten. Ich finde es wirklich traurig, dass Sie diesen Weg vor anderthalb Jahren verlassen haben. Mir tut das auch für die Verwaltung, die sehr intensiv daran gearbeitet hat, sehr leid. Sie haben vor anderthalb Jahren einen Beschluss gefasst, bei dem jeder wusste, wie er ausgeht. Das haben Sie sehenden Auges gemacht. Das macht mich traurig und ärgerlich. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und von Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich kann im Grunde nahtlos an das anschließen, was Kollege Weisenstein hier gerade vorgetragen hat. Wir hatten die Debatte ja in der letzten Woche im Stadtentwicklungsausschuss. Das Argument der Kollegin Isabella Venturini - die ich von dieser Stelle herzlich grüße; vielleicht schaut sie ja zu -, dass B-Pläne keine grölenden Massen oder keine pinkelnden Schweine verhindern - sie hat sich im Stadtentwicklungsausschuss etwas gewählter ausgedrückt -, ist vollkommen richtig. Das hat Michael

Weisenstein gerade auch gesagt. Das sind Fragen des Ordnungsrechtes und des Ordnungsamtes.

Wir müssen aber feststellen, dass sich viele Anwohnerinnen und Anwohner im Belgischen Viertel von der Stadt, vom Ordnungsamt, von der Ratsmehrheit verlassen fühlen, weil wir es über die Jahre nicht geschafft haben, diese Auswüchse, diese negativen Begleiterscheinungen zu verhindern und die Anwohner entsprechend zu schützen.

Deswegen ist der B-Plan, genau wie Michael Weisenstein gesagt hat, *ein* Instrument in diesem Instrumentenkasten. Dieser Bebauungsplan ist *ein* Instrument, um gewisse Fehlentwicklungen zu stoppen.

Da geht es nicht darum, an dieses Biotop - das Bild des Biotops hat der Kollege Kienitz ja genutzt - heranzugehen, sondern es geht um den Wildwuchs, den es darum herum gibt und der sich leider immer negativer entwickelt.

Deswegen stehen wir heute vor der Entscheidung: Gibt es ein Weiter-so, sodass die Probleme immer weiter wachsen und die Sachen sich auch immer weiter negativ entwickeln? Oder gebieten wir gewissen Fehlentwicklungen und auch denen, die es dort zu toll getrieben haben, auch einfach einmal Einhalt?

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Diskussion beim Rathenauiertel schon einmal gehabt. Der Herr Bezirksbürgermeister wird ja vielleicht nachher auch etwas dazu sagen, weil er dort, glaube ich, Anwohner ist. Hier haben wir vor 15 Jahren einen Bebauungsplan beschlossen. Dort gibt es natürlich ähnliche Entwicklungen. In gewissen Bereichen haben wir, wie ich aus meinem Posteingang heute schließe, eine gewisse Beruhigung erreicht, nämlich für den Rathenauplatz selber, für die Wohngebiete. In den anderen Teilen, in denen wir durch den Bebauungsplan eine weitere gastronomische Nutzung und auch eine Entwicklung zugelassen haben, haben wir aber heute die Fehlentwicklungen, die wir auf der Zülpicher Straße immer schwerer in den Griff bekommen.

Diese Entwicklungen haben wir, obwohl wir einen Bebauungsplan beschlossen haben. Hier verzichten wir jetzt auf dieses Instrument. Es wird für uns

immer schwerer werden, diese Dinge wieder einzufangen.

Ja, Herr Kollege Schwanitz, in den letzten zwei Jahren ist trotz des Auslaufens der Veränderungssperre nichts passiert. Aber das waren doch die Corona-Zeiten. Das kann man nun wirklich nicht als Referenzzeitraum nehmen. Da stehen schon Leute in den Startlöchern; dessen können wir gewiss sein. Diese Umwandlungen, von denen Michael Weisenstein auch gesprochen hat, werden kommen. Das Instrument, mit dem wir das verhindern könnten, haben wir leider aus der Hand gegeben.

Es ging darum, Dinge zu beruhigen, die flächenmäßige Ausweitung von Gastronomie gerade in die Wohnbereiche zu stoppen und den Anwohnerinnen und Anwohnern ein klares Signal zu geben, dass wir dieses Instrument aus dem Instrumentenkasten für mehr Nachtruhe, für mehr Sicherheit und für mehr Sauberkeit im Belgischen Viertel nutzen.

Die Ratsmehrheit wird anders beschließen - und auch mit einer so breiten Mehrheit. Mich überrascht es nach den Debatten, die wir im Ausschuss geführt haben, genauso wie Michael Weisenstein, dass die Mehrheit heute so ist.

Das ist dann Ihre Verantwortung. Ich habe teilweise nachts Mails von Anwohnern bekommen, in denen stand: Kümmern Sie sich darum. Gucken Sie einmal, wie das hier an der Ecke Antwerpener Straße/Maastrichter Straße aussieht. Schauen Sie sich einmal an, was da gerade vor meiner Tür stattfindet. Wo ist das Ordnungsamt? - Diese Anwohnerinnen und Anwohner schicken wir jetzt alle zu Ihnen. Denn Sie übernehmen für diese Entwicklungen die alleinige Verantwortung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen, die noch da sind! Liebe Zuschauer*innen, die bestimmt auch noch da sind! Ich spreche in Vertretung

von Frau Venturini. Die Grüße gebe ich natürlich sehr gerne weiter. Ich bin auch sicher, dass sie bei diesem Thema noch zuhört.

Herr Weisenstein, es ist manchmal so, dass man Wege einschlägt und auf dem Weg merkt, dass man vielleicht falsch abgebogen ist. Dann ist es ja das gute Recht des Rates, zu sagen: Da sind wir vielleicht falsch abgebogen; jetzt gehen wir einmal einen anderen Weg und schauen, ob wir andere Möglichkeiten finden.

Es ist doch mitnichten so - Herr Kollege Kienitz hat es gerade auch gesagt -, dass der B-Plan jetzt für immer und ewig weg ist, dass wir ihn also begraben haben. Er ist erst einmal auf Eis gelegt. In einem nächsten Schritt können wir ja gucken, wie es weitergeht.

Sie haben gerade wieder davon gesprochen, dass so viele Menschen sich beschwert haben, und gesagt, wie schlimm es auch alles ist. Das ist natürlich völlig richtig. Wir sehen das ja auch so. Aber eben wurde schon auf die von Bezirksbürgermeister Hupke durchgeführte Umfrage hingewiesen, die mit einer Mehrheit ergeben hat, dass die Leute gegen den B-Plan sind. 6 000 Menschen, die gegen einen B-Plan sind, haben eine Petition unterschrieben. Da können Sie doch nicht allen Ernstes behaupten, dass die große Mehrheit der Stadtgesellschaft - -

(Zuruf)

- Sie haben schon gesagt, dass es eine große Mehrheit gibt, die für den B-Plan ist.

Diese Menschen und auch die Gastronom*innen kann man ja nicht einfach außer Acht lassen und sagen: Wir brauchen jetzt unbedingt diesen B-Plan.

Die dort vorhandenen Probleme sind ordnungsrechtlich anzugehen; das ist völlig richtig. Aber das ist ja auch das Quartier Latäng. Ich frage mich immer, wie das funktionieren soll. Stellt man dort ein Schild mit der Aufschrift „Achtung, hier fängt der B-Plan an“ hin, und die Menschen hören dann auf, zu trinken oder an die Wände zu pinkeln? Das passiert ja nicht. Die Leute trinken doch trotzdem. Das muss man halt ordnungsrechtlich in den Griff bekommen. Da hilft sicherlich das Ordnungsamt. Da helfen vielleicht auch eine gute Portion höhere Strafen, damit die Leute lernen, dass man nicht

an Häuserwände pinkeln sollte. Aber das sollte eigentlich auch von zu Hause aus klar sein.

Es ist klar, dass der B-Plan jetzt erst einmal auf Eis gelegt wird. Für die Zukunft sollten wir nun wieder konstruktiv darangehen und Verständnis für beide Seiten aufbringen: für die Bedürfnisse der Anwohner*innen, die natürlich ein Recht auf Nachtruhe haben, aber ebenso für die Nachtschwärmer*innen, die - das zitiere ich jetzt aus der Rede von Frau Venturini - in einer europäischen Metropole das Recht auf ein lebendiges Nachtleben haben.

Letztendlich zeigt das ja nur, dass das Belgische Viertel ein Symptom dafür ist, dass wir in dieser Stadt mehr Freiräume brauchen, die den Menschen die Kreativität, die Kultur und das kölsche Lebensgefühl geben können, damit die Menschen diesen Raum haben und sich auch frei entfalten können. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Von Frau Gabrysch. Herr Hupke steht dann als Letzter auf der Rednerliste. Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich mache es ausnahmsweise kurz. - Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute offensichtlich eine Ratsmehrheit gegen diese Vorlage zustande bekommen und dass wir uns in großen Teilen einig sind, dass dieser B-Plan eben nicht geeignet ist, das Verhalten der Menschen im öffentlichen Raum dort im Belgischen Viertel zu verändern, und dass er vor allem auch den Stand des Veedels, wie es heute ist, nicht erfasst und die Probleme, die wir dort haben, nicht lösen kann.

Eben wurde gesagt, dass es trotz des Auslaufens der Veränderungssperre wegen Corona so ist. Ich glaube, gerade wegen Corona würden wir das doch jetzt, wo gerade wieder alle Schleusen offen sind, sehen. Ich finde also schon, dass man da ganz gut sehen kann, dass sich jetzt eben keine sogenannte Feuerwalze der Ballermannisierung durchs Veedel wälzt.

Ich möchte auch noch einmal klarstellen - es wurde gerade auch schon gesagt -, dass es hier

nicht - so wird das ja immer wieder dargestellt - um „Bewohner*innen gegen Gastro-Partyvolk“ geht. Schließlich hat sich die IG Belgisches Viertel mit 6 000 Menschen, die dort Anwohner*innen sind, gegen diesen B-Plan starkgemacht. Es geht also wirklich darum, dass auch ganz viele Menschen, die dort leben, diesen B-Plan nicht für die Lösung gehalten haben und nicht für die Lösung halten.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass ich mich auch aus Sicht der KLIMA FREUNDE sehr darüber freue und es für ein positives Beispiel halte, dass überholte, in der Vergangenheit getroffene, aber jetzt nicht mehr zeitgemäße Beschlüsse auch mal revidiert werden können. Davon wünsche ich mir natürlich gerne mehr. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte am Ende nur noch den Herren Weisenstein und Sterck beipflichten und kurz etwas zur Erläuterung sagen.

Die Verwaltung, die lange an diesem B-Plan gearbeitet hat, will ich jetzt nicht in Schutz nehmen; das wäre anmaßend. Aber so, wie ich einen B-Plan verstehe, hat er nie den Anspruch, ein Viertel vor saufenden Horden, vor Junggesell*innenabschieden, vor Bierbikes oder vor sonstigen Monster-Attraktivitäten zu beschützen. Es geht darum, das Viertel zu bewahren und es letztendlich so, wie es ist, zu schützen.

Wir haben das ja alle schon ewig lange diskutiert. Die gastronomischen Betriebe haben alle Bestandsschutz. Da kann es Besitzerwechsel geben etc. pp. Das wäre mit dem B-Plan alles möglich.

Ich sehe eher Folgendes etwas skeptisch: Wie Herr Weisenstein schon sagte, wirft eine Kneipe natürlich mehr Rendite ab als ein kleiner Friseursalon oder eine kleine Modeboutique mit einer Designerin oder einem Designer, die oder der vielleicht gerade erst am Anfang steht. Diese Leute werden verdrängt. Da kommt die Kneipe hinein.

Das ist das Gegenteil dessen, was wir eigentlich wollten. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hupke.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Hause und, wie ich schon einmal gesagt habe, draußen in der Welt! Ich habe jetzt die doch nicht so leichte Aufgabe, hier eine Rede halten zu dürfen - ich muss mich ja auch beeilen; ich halte mich auch an die fünf Minuten - als jemand, der 15 Jahre da Einsatz gezeigt hat. Das waren 15 Jahre Einsatz in ehrenamtlicher Tätigkeit. Es fing 2008/2009 an. Damals kam das alles hervor - die ganzen harten Zustände, die dann da waren.

Was haben wir von der Politik und von der Bezirksvertretung gemacht? Wir haben eine Mediation beschlossen. Wir haben einen runden Tisch beschlossen - mit der Verwaltung, mit den ganzen Akteuren, mit den Wirten vor Ort. Wir haben auch ein Kulturdeck beschlossen, damit die Jugend, die da bisher auftritt, einen alternativen Ort hat. Alles das ist weg. Der runde Tisch wurde damals von der Verwaltung eingestellt. Das Kulturdeck ist zurzeit auch nicht mehr da.

Aber was haben wir ganz besonders gemacht? Das war das Entscheidende. Es war von der Bezirksvertretung Innenstadt interfraktionell einstimmig. Wir sind immer durch das Viertel gegangen und haben allen Menschen gesagt, dass wir den Bebauungsplan favorisieren, und zwar als Befriedungsinstrument für die Zukunft, damit dieses Viertel nicht ein homogenes Viertel wird, sondern ein heterogenes Viertel bleibt. Das ist das Entscheidende.

Wir müssen hier zwischen zwei Welten unterscheiden. Das eine ist das, was da abgeht. Das geht überall in der Innenstadt ab, mittlerweile ja auch schon in Rodenkirchen, wo Partys gefeiert werden usw. usf. Das geht auch in Lindenthal ab. Da kriege ich das alles mit. Das andere ist: Behalten wir hier ein Viertel? Können wir es schützen?

Es ist, finde ich, die Aufgabe der Politik, im Spannungsfeld des Koordinatensystems alle Interessen zu beleuchten und da das Korrektiv zu sein. So sind wir in dieses Viertel hineingegangen. Das haben wir gemacht. Da sind wir auch auf sehr große, tolle Resonanz gestoßen.

Wir haben als Politik auch gesagt, dass wir damit im Endeffekt den Wirten helfen. Denn die Klagen über zu laute Gaststätten, Klubs und alles, was es da sonst noch gibt, werden kommen. Dann stehen wir auf der Seite der Wirte und können gegenüber den Klägern sagen: Wir haben einen Bebauungsplan. Diese Kneipen, diese Klubs, diese Gaststätten wollen wir hier haben. Wir wollen nicht, liebes Gericht, dass sie aufgrund einer Klage geschlossen werden.

So sind wir damals dahin gegangen. Dafür haben wir gestanden und stehen wir bis heute. Deshalb haben wir auch ein zweites Mal in der Bezirksvertretung 1, Innenstadt/Deutz, mehrheitlich dafür beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Das war unsere Sache. Das andere haben die Vorredner gesagt.

Ich lebe 45 Jahre im Quartier Latäng. Da können Sie sich die Zülpicher Straße angucken. Da ist sie homogen. Da hat sich der Markt durchgesetzt.

Jetzt noch zum Schluss: Keiner hat mehr Ahnung vom Markt als DIE LINKE und die FDP. Warum? Ganz einfach: Die FDP musste sich immer mit der staatsgelenkten Planwirtschaft auseinandersetzen, um die DDR auseinanderzunehmen, und DIE LINKE musste sich immer - jetzt geschichtlich - mit der FDP und mit den Wertkonservativen auseinandersetzen, um die Marktwirtschaft auseinanderzunehmen, um dann zu sagen, was da Fehler sind. Dann kam die CDU mit ihrem Ludwig Erhard und sagte: soziale Marktwirtschaft. Das war eine lange Zeit sehr, sehr gut und sollte auch mal wieder mehr kommen.

Ich bin oft angerufen worden und auch immer wieder zitiert worden. Ich habe von diesen Karten

(Der Redner hält eine Postkarte hoch)

3 000 Stück verteilt. Davon sind gut 10 Prozent zurückgekommen. Ja, es waren auch 20 mehr, die gegen den Bebauungsplan waren. Aber warum ist das so gewesen? Weil ein Bebauungsplan

hochkomplex und kompliziert ist, haben die Menschen das nicht verstanden, und in der Pandemie konnte man es ihnen nicht erklären.

Ich lese Ihnen das einmal ganz vor:

Ich bitte um weniger Müll und Lärmterror, besonders nachts, im Belgischen Viertel, dafür mehr begrünte Dächer, Fassaden und Grünanlagen zur Klimaverbesserung. Vielen Dank. Den Bebauungsplan befürworte ich nicht.

Das steht hier drauf.

Wir hatten keine Chance, auf die Befürworter eines Bebauungsplans zuzugehen. Es herrschte die Pandemie. Wir waren die analogen Menschen. Dadurch hatten diejenigen, die im Internet aktiv waren, die Nase vorn. Sie haben das dann einfach auch ganz gut für sich genutzt. So ist es gewesen.

Die Redezeit ist abgelaufen. Aber gestatten Sie mir noch ein, zwei Sätze. Sie haben jetzt die Verantwortung dafür, wie es laufen wird. Und eines müssen Sie wissen - das ist nicht eine Drohung, sondern einfach eine Erfahrung -: Die Bildungsbürger in diesem Viertel sind aufgewacht. Sie sind aufgewacht, weil ihre ruhigen Straßen - - Bei mir waren Anwälte und Betriebswirte, die auch gar nicht wussten, was ein Bebauungsplan ist, und haben sich bei mir Rat geholt. Sie formieren sich jetzt. Ich bin auch eingeladen, dort noch einmal zu referieren. Sie formieren sich jetzt.

Was mir auch Sorgen macht, ist, dass es - das können Sie an dem Urteil zur Volksbühne sehen - mehr Klagen geben wird. Die Zukunft des Viertels wird dann durch zwei Dinge entschieden: erstens durch die Marktgesetze - das haben wir bei Keynes, bei Smith und bei Gutenberg, aber auch bei Karl Marx gelernt - und zweitens durch die Klagen in Münster.

In diesem Sinne: Alea iacta est; der Würfel ist gefallen. Sie haben die Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 15, Alternative der Beschlussvorlage.

(Zuruf: Wie Stadtentwicklungsausschuss, haben Sie jetzt gesagt?)

- Ja. - Da frage ich als Erstes nach Gegenstimmen. - Dagegen sind die LINKEN, die FDP, Die FRAKTION, Herr Zimmermann und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Enthaltungen gibt es nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage Köln-Altstadt/Nord Arbeitstitel: „Westlich Unter Goldschmied (Laurenz Carré)“ in Köln-Altstadt/Nord 1380/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Nachbesetzung im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“ AN/1008/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Drogenhilfe Köln e. V. 1594/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Besetzung des Aufsichtsrates

1952/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17: Sparkasse Köln-Bonn: Weisung an die durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter*innen für die Abstimmung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn“
AN/1246/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17: Sparkasse Köln-Bonn: Entsendung in die Verbandsversammlung“
AN/1250/2022

Bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin, noch eine Klarstellung zu dem Beschluss: Dadurch, dass wir einen Beschlusspunkt vorher Frau Schlömer in den Verwaltungsrat entsenden, wird sie ja Mitglied des Gremiums dort sein. Dementsprechend soll Frau Yazicioglu stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Genau. Stellvertretend.

Ich lasse jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17: Neubesetzung von Gremien“
AN/1252/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17: AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat“
AN/1251/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Umbenennung eines sachkundigen Bürgers im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden“
AN/1254/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Umbenennung von sachkundigen Einwohner:innen“
AN/1253/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Nachbesetzung einer Sachkundigen Bürgerin im Ausschuss Gleichstellung für Frauen und Männer“
AN/1256/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Umbesetzung in den Ausschüssen“
AN/1258/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17. Sitzung vom 20. Juni 2022 **Seite 112**

**17.12 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Benennung einer neuen Sachkundigen Einwohnerin“
AN/1262/2022**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

**18.1 Ukrainehilfe - Ausweitung der Beratung für Geflüchtete
1302/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**18.2 Aktualisierung der Satzungen der Stadt Köln über die Errichtung von Übergangswohnheimen für ausländische geflüchtete Personen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Übergangswohnheimen für ausländische geflüchtete Personen
1624/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Damit haben wir den öffentlichen Teil der heutigen Ratssitzung abgeschlossen und kommen zum nichtöffentlichen Teil. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 22.13 Uhr)